

InkriT-Aufruf für <i>Das Argument</i>	437
Hilferuf und Neue Veröffentlichungen des Argument-Verlags	439
<i>Die USA, der Papst und der Mord an Erzbischof Romero</i> (Juan José Tamayo)	441
<i>Jürgen Seifert, Bürgerrechtler par excellence</i> (Hermann Klenner)	444
<i>Holzkaamps Haltung</i> (Frigga Haug)	446
<i>Nachrichten aus dem Patriarchat</i> (Silke Wittich-Neven)	449

Aktuelle Analysen

Wolfgang Fritz Haug <i>Untergang der deutschen Linksregierung</i> – <i>Aufstieg der Linkspartei. Statt eines Editorials</i>	451
Gerhard Schoenberger <i>Linkspartei – aus der Vorgeschichte eines Wahlerfolgs</i>	459
Rick Wolff <i>Ökonomisches Fundament und fundamentalistische Religion</i> <i>Bushs Wiederwahl und die Perspektive einer US-Linkspartei</i>	461
Ingar Solty <i>Eine Linkspartei für die USA? Bemerkungen zu Rick Wolff</i>	469
Moshe Zuckermann <i>Die Larmoyanz des bestohlenen Kosaken</i> <i>Israels Rückzug aus dem Gazastreifen</i>	473
José María Ripalda <i>Habermas und Europa</i>	477

Links-Regierungen unterm Neoliberalismus

Jerry Harris <i>Drei ökonomische Erfolgsgeschichten: China, Indien, Brasilien</i>	482
Steve Ellner <i>Die drei anti-neoliberalen Strategien Lateinamerikas</i>	496
Dorothea Melcher <i>Venezuelas Erdöl-Sozialismus</i>	506
Margot Geiger <i>Die Reintegration der Revoltierenden in Argentinien</i>	521
Emir Sader <i>Brasilens Anpassung an den Weltmarkt</i>	532
Pablo González Casanova <i>Soziale Bewegung geht vor Linksregierung</i> <i>Für die Große Diskussion der mexikanischen Zapatistas</i>	539
Patrick Bond <i>Südafrikas Kapitulation vorm Neoliberalismus</i>	543
Bill Freund <i>Mbekis Dritte-Welt-Vision</i>	552

Maxine Molyneux <i>»Soziales Kapital« und Geschlechterverhältnisse</i>	557
Hanna Behrend und Peter Jehle <i>Eine Kontroverse um kritische Literatur-Lektüre</i>	566
Kongressbericht <i>Bertelsmann</i> (Thomas Barth)	573
Ankündigungen	574
Personenangaben; Zeitschriftenschau; Summaries	616

Besprechungen

Philosophie

Bidet, Jacques, <i>Explication et reconstruction du »Capital«</i> (Wolfgang Fritz Haug)	575
Callinicos, Alex, <i>Die revolutionären Ideen von Karl Marx</i> (Wolfgang Fritz Haug)	579
Kinner, Klaus, u. Helmut Seidel (Hg.), <i>Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes</i> (Thomas Marxhausen)	581
Miéville, China, <i>Between Equal Rights. A Marxist Theory of International Law</i> (Hermann Klenner)	582
Ritsert, Jürgen, <i>Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie</i> (Urs T. Lindner) ..	585
Lüdemann, Susanne, <i>Metaphern der Gesellschaft. Studien zum soziologischen und politischen Imaginären</i> (Tilman Reitz)	586
Badiou, Alain, <i>Deleuze. »Das Geschrei des Seins«</i> (Carsten Schmidt)	588
Villa, Paula-Irene, <i>Judith Butler</i> (Pia Eberhardt)	589

Kunst und Kultur

Raunig, Gerald, <i>Kunst und Revolution. Künstlerischer Aktivismus im langen 20. Jahrhundert</i> (Jutta Held)	590
Kegler, Karl R., Karsten Ley u. Anke Naujokat, <i>Utopische Orte. Utopien in Architektur- und Stadtbaugeschichte</i> (Rüdiger Haude)	592
Meschnig, Alexander, u. Mathias Stuhr, <i>Wunschlos unglücklich. Alles über Konsum</i> (Franz Hochstrasser)	593

Pädagogik

Arnold, Patricia, Lars Kilian, Anne Thilloßen u. Gerhard Zimmer, <i>E-Learning. Handbuch für Hochschulen und Bildungszentren</i> (Albert K. Petersheim)	594
Meister, Dorothee M., Sigmar-Olaf Tergan u. Peter Zentel (Hg.), <i>Evaluation von E-Learning. Zielrichtungen, methodologische Aspekte, Zukunftsperspektiven</i> (Anne Thilloßen)	596
Kandzia, Paul-Thomas, u. Thomas Ottmann (Hg.), <i>E-Learning für die Hochschule. Erfolgreiche Ansätze für ein flexibleres Studium</i> (Anne Thilloßen)	596
Schulmeister, Rolf, <i>Lernplattformen für das virtuelle Lernen</i> (Michael Bauer) ..	597
Rinn, Ulrike, u. Dorothee M. Meister (Hg.), <i>Didaktik und Neue Medien. Konzepte und Anwendungen in der Hochschule</i> (Michael Bauer)	597
Kerres, Michael, Marco Kalz, Jörg Stratmann u. Claudia de Witt (Hg.), <i>Didaktik der Notebook-Universität</i> (Michael Bauer)	597

Fortsetzung auf S. VII

InkriT-Aufruf zur Rettung der Zeitschrift *Das Argument*

Seit seiner Gründung im Jahre 1996 war die Zeitschrift *Das Argument* Sprachrohr, Grundlage und Diskussionsforum für das gemeinnützige *Berliner Institut für kritische Theorie (InkriT) e.V.* Für die Verfolgung seiner Ziele, vor allem die Förderung kritischer Theorie, nicht zuletzt des *Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus* und der in diesem Zusammenhang jährlich stattfindenden internationalen Tagungen, ist dieses Organ kritischer Sozialwissenschaft unentbehrlich.

Der Argument-Verlag befindet sich seit längerem in einer ökonomisch äußerst schwierigen Lage. Dabei bringt er als Non-Profit-Unternehmen die wichtigsten InkriT-Publikationen heraus – neben der Kritischen Werkausgabe von Antonio Gramscis *Gefängnisseften* und dem *Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus* auch die *Berliner Beiträge zur kritischen Theorie*, eine Reihe, in der bislang der InkriT-Tagungsband zum 100. Geburtstag von Brecht, Gramsci und Marcuse sowie Jan Rehmanns *Postmoderner Links-Nietzscheanismus* und W.F. Haugs um die *Sondierungen zu Marx / Lenin / Luxemburg* erweiterte Neuauflage der *Dreizehn Versuche zur Erneuerung marxistischen Denkens* erschienen sind und die deutsche Ausgabe von Domenico Losurdos Standardwerk zu Nietzsche in Vorbereitung ist.

Angesichts der Tatsache, dass *Das Argument* rote Zahlen schreibt und in seiner Existenz bedroht ist, hat der Vorstand des InkriT beschlossen, zum Erhalt der Zeitschrift im Rahmen seiner Möglichkeiten beizutragen. Benötigt werden pro Heft 1 000 Euro.

Das InkriT bittet daher um Spenden mit dem Stichwort *Argument* auf das InkriT-Konto 17 35 76 84 00 bei der SEB AG, Filiale Berlin, BLZ 100 101 11.¹

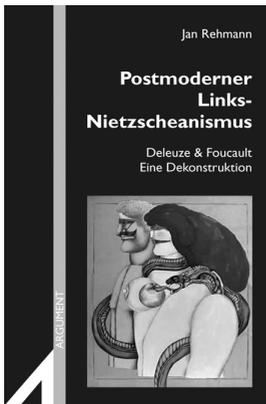
1 Diese Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Zum Jahresende wird eine Spendenbescheinigung ausgestellt.

Den Konformismus von links durchdringen



»Nicht nur in Krisen tragen Intellektuelle zur allgemeinen Verunsicherung bei, indem sie Denk- und Lebensart der Mehrheit als Spießertum kritisieren. Damit fördern sie auch Veränderungen (...). Es sind kluge, spannende Gedanken, die der Autor in 11 Studien um Bücher wie *Babbit* von S. Lewis oder Hesses *Steppenwolf* oder Filme von Chaplin, Lang und Pasolini bis hin zu *Easy Rider* und *American Graffiti* kreisen lässt.«
PS

Thomas Barfuss
Konformität und bizarres Bewusstsein
 Zur Verallgemeinerung und Veraltung von
 Lebensweisen in der Kultur des
 20. Jahrhunderts
 AS 291 · 20,50 € · ISBN 3-88619-291-1



»Wäre das Ethos wissenschaftlicher Redlichkeit bestimmend, müsste Rehmanns neues Buch die Foucault-Literatur das Fürchten lehren. Unnachsichtig konfrontiert es Interpretationen mit dem interpretierten Text, sekundär übernommene und weitertradierte Interpretationen mit den Untiefen ihrer jeweiligen Matrix. Es trägt dazu bei, einen lähmenden Zauber zu brechen, ohne die fruchtbaren Impulse des kritisierten Denkens preiszugeben.«
 Wolfgang Fritz Haug

Jan Rehmann
Postmoderner Links-Nietzscheanismus
 Deleuze & Foucault. Eine Dekonstruktion
 AS 298 · 16,50 € · ISBN 3-88619-298-9


 Argument
 www.argument.de

Im Buchhandel oder direkt vom Argument-Versand:
 Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, Fax: 030 / 611 42 70, versand@argument.de

Frigga Haug

Hilferuf zur Rettung des Argument-Verlags

Die ökonomische Lage hat sich im Jahre 2005 dramatisch verschlechtert. Nach einem Aufschwung im Vorjahr brach der Umsatz um etwa 15 Prozent ein. Ein solcher Rückgang lässt sich nicht mehr leicht verkraften. Wir haben eine Weile gezweifelt, ob wir den Verlag weiterführen können und sollen. Wir haben uns zu dem Entschluss durchgerungen, uns dafür mit aller Kraft einzusetzen. Ein wichtiger Punkt war dabei die Veränderung der politischen Landschaft, die uns Mut macht. Ein weiterer Aktivposten sind die gerade erst sich amortisierenden Projekte: einige Titel, die in die Gewinnzone kommen; der Erfolg unseres ersten Hörbuchs zum *Kommunistischen Manifest*, die allmählich wachsende Akzeptanz einer Reihe unserer Titel sowohl im Wissenschaftsbereich wie in der Belletristik (siehe die Verlagsmitteilungen).

Zunächst einmal haben wir ein drastisches Sanierungsprogramm in Gang gesetzt und Einschnitte bei Personal, technischer Ausstattung und Räumlichkeiten vorgenommen. Dazu überlegen wir, das Kapital der GmbH abzuwerten (wie zuletzt vor sieben Jahren) und eine Rekapitalisierung einzuleiten. Das geht nur, wenn wir neue Gesellschafter finden. Daher rufen wir um Hilfe: durch Zeichnung von Gesellschafteranteilen das gestrandete Schiff wieder flott zu machen.

Zur Behebung des dramatischen Liquiditätsmangels gibt es weitere Möglichkeiten, den Verlag am Leben zu erhalten. Vor allem »Buchpatenschaften« helfen dabei. Hierbei geht es um zinslose Kredite zur Vorfinanzierung einer Neuerscheinung oder einer Neuauflage, wobei das Darlehen garantiert zu einem Drittel bereits vier Monate nach Erscheinen des betreffenden Titels und der Rest in 10 monatlichen Raten zurückgezahlt wird. Hilfreich ist schließlich alles, was unsere Bücher und Zeitschriften (oder die Kenntnis davon, auch durch Rezensionen oder Empfehlungen) unter die Leute bringt. Nicht zuletzt geht es um die Gewinnung neuer Abonnenten für unser Flaggschiff, die Zeitschrift *Das Argument*.

Nachfragen und Hilfsangebote bitte an Frigga Haug, c/o Argument-Verlag, Glashüttenstr. 28, D-20357 Hamburg, Fax: +49 [0]40 40 18 00 20 oder friggahaug@aol.com

Argument-Neuerscheinungen

Wissenschaft

Neu im November: »Beschäftigen wird uns ebensowohl, was es heißt, in der Philosophie Marxist zu sein, als auch die noch viel kniffligere Frage, was es heißt, im Marxismus Philosoph zu sein.« Wolfgang Fritz Haug: *Philosophie und Marxismus. Eine Einführung* (ISBN 3-88619-331-4, ca. 12,50 €). Mit dieser Vorlesung hat Haug sich nach 35-jähriger Lehrtätigkeit im Winter 2000 auf 2001 von Berlin und seiner Freien Universität verabschiedet. »Wie man bei einem Buch das Vorwort zuletzt schreibt, holt die Abschiedsvorlesung die Vorschule [...] nach. Sie tut dies, indem sie

die Voraussetzungen kritischen Philosophierens im Anschluss an Marx reflektiert, dessen Denkentwicklung sie einer eingehenden Relektüre unterzieht.« (Vorwort)

Im September erschien bereits der Nachdruck von W.F. Haugs *High-Tech-Kapitalismus* (AS 294, ISBN 3-88619-294-6, 19,50 €), und Ende Oktober folgt die um zwei Kapitel zur literarischen Ästhetik erweiterte Neuausgabe seiner »philosophischen Programm- und Bekenntnisschrift« *Philosophieren mit Brecht und Gramsci* (ISBN 3-88619-315-2, ca. 17,90 €).

Schon wenige Monate nach Erscheinen ist die erste Auflage des Argument-Hörbuchs *Das Kommunistische Manifest* mit der Einführung von Eric Hobsbawm, eindringlich vorgetragen von Rolf Becker, vollständig verkauft. Die zweite Auflage kommt Anfang Oktober (Hörbuch, 2 CDs, ISBN 3-88619-463-9, 19,90 €). – Die klassische Buchausgabe des *Kommunistischen Manifests* mit Eric Hobsbawms Einführung (gebunden, ISBN 3-88619-322-5, 12,90 €) geht bereits in die 6. Auflage und ist seit Oktober wieder lieferbar.

Soeben erschienen sind die Neuauflagen von Frigga Haug, *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit* (ISBN 3-88619-321-7, 17,90 €), und Peter Brückner, *Sozialpsychologie des Kapitalismus* (mit einem Vorwort von Klaus Weber und in Kooperation mit dem Psychosozial-Verlag, ISBN 3-88619-328-4, 15,90 €).

Belletristik

Eine der besten deutschen Krimiautorinnen ist Christine Lehmann, Journalistin aus Stuttgart. Ihre *Harte Schule* begeistert durch eine so im Deutschen noch nicht gekannte, aus Subkulturen schöpfende Sprache, die dem *tough talk* der besten amerikanischen Autoren etwas ebenso Ebenbürtiges wie Eigenständiges zur Seite stellt (Ariadne 1157). Anfang Oktober kommt ihr neuer Krimi *Höhlenangst* (Ariadne 1161, ISBN 3-88619-891-X, 9,90 €): Tief, dunkel und viele Kilometer lang untergraben die Höhlen der Schwäbischen Alb das Land. Wenn Gerüchte von Korruption und Mord umgehen, steckt die narbengesichtige Journalistin Lisa Nerz ihre Nase auch ins finsterste Fledermausnest. Politisch subversiv, literarisch ein Hochgenuss.

Ende Oktober erscheint das Debüt der Berlinerin Barbara Ahrens, *Operation Schönheit* (Ariadne 1162, ISBN 3-88619-892-8, 10,90 €). So notwendig wie aufklärerisch geht es um die Thematik Brustkrebs, eine Krankheit, die heute jede fünfte Frau trifft. Aber aus Leid lässt sich auch Geld machen. Als ein Berliner Chirurg, der sich einen Namen durch aufwendige Prothesenherstellung gemacht hat, erschossen aufgefunden wird, nimmt die Polizei die Selbsthilfegruppe der Krebspatientinnen unter die Lupe. Die Detektivin auf eigene Faust, Dora Wulff, sympathisiert mit der Tat und macht sich ihrerseits auf die Suche.

Noch im September erschien der Roman *Hannah und die Anderen* von Adriana Stern (Ariadne 4009, ISBN 3-88619-993-7, 10,90 €). Spannend wie ein Krimi, erzählt er die Geschichte eines Mädchens mit der wissenschaftlich umstrittenen Diagnose der »multiplen Persönlichkeit«.

Neu aufgelegt erscheint im Oktober Ariadnes Schwabenanthologie *Mord isch hald a Gschäft* (Ariadne 1154, ISBN 3-88619-884-7, 9,90 €).

Juan José Tamayo

Die USA, der Papst und der Mord an Erzbischof Romero

Eine Erinnerung

Am 24. März jährte sich zum 25. Mal die Ermordung von Monseñor Oscar A. Romero, Erzbischof von San Salvador. Alle Anzeichen wiesen von Anfang an auf Major Roberto D Abuisson – den Kopf der Todesschwadronen – als Drahtzieher des Mordes. Warum töteten sie einen Erzbischof in einem so katholischen und von einem christdemokratischen Präsidenten geführten Land wie El Salvador?

Monseñor Romero war immer ein konservativer Priester und Bischof, Rom gehorsam und wenig empfänglich für die Ungerechtigkeiten in diesem kleinen, von wenigen Familien kontrollierten Land. Gerade wegen seiner Unterwerfung unter den Vatikan wurde er 1977 zum Erzbischof von San Salvador ernannt. Kaum aber mit der Realität konfrontiert, kam es bei ihm, wie vor ihm bei anderen lateinamerikanischen Bischöfen, zu einem einschneidenden Wandel, einer »Bekehrung«, wie die Christen sagen. Ausgelöst wurde seine Wandlung durch die Ermordung von Rutilio Grande, eines Jesuiten, der die Armen im Bauerndorf Aguilares politisch sensibilisierte. »Wenn sie ihn für das, was er getan hat, ermordet haben, muss ich den gleichen Weg gehen. Rutilio hat mir die Augen geöffnet«, war sein Kommentar vor dem Leichnam des ermordeten Jesuiten. Von diesem Augenblick an entschied er, an keiner Amtshandlung der Regierung mehr teilzunehmen, solange das Verbrechen nicht untersucht würde, und er hörte nicht auf, seine prophetische Stimme gegen die Regierung und die herrschende Klasse zu erheben, die ihn mit Geld zum Schweigen bringen wollte.

Dann kamen die Morde an weiteren Priestern, überhaupt die Repression gegen die katholische Kirche, der systematische Verstoß gegen die Menschenrechte und die Massaker an der wehrlosen Zivilbevölkerung. Romero denunzierte die Missbräuche der Regierung, die die Gewalt rechtfertigte, ja sie zu einer der Säulen des Staates machte, und den Großteil des Volkes in einem Zustand der chronischen strukturellen Armut hielt. Er verurteilte die Gewalt der Armee gegen führende Politiker, Kirchenleute und Gewerkschafter, die die Menschenrechte verteidigten und das repressive System kritisierten. Er trat für einen Strukturwandel ein, der eine bessere Verteilung des Reichtums ermöglichen sollte, nicht nur für eine Erneuerung der Fassade, die alles beim Alten ließ. Er rief stets zur Aussöhnung zwischen Guerilla und Armee auf; eine Aussöhnung, die über das Niederlegen der Waffen und die Schaffung einer gerechteren Gesellschaft führte. Und all dies durch das Wort seiner Predigten, die er jeden Sonntag in der Kathedrale hielt und die über das Radio der Diözese im ganzen Land verbreitet wurden.

Eine grundlegende Rolle bei seiner »Bekehrung« spielten die Befreiungstheologen Ignacio Ellacuría, Rektor der Universidad Centroamericana José Simeón Cañas (UCA), 1989 ermordet, und Jon Sobrino, gegenwärtig Leiter des Theologischen

Zentrums Monseñor Romero. Jener verschaffte ihm die analytischen Grundlagen für eine bessere Kenntnis der soziopolitischen Realität und für ein eingreifendes religiöses Handeln. »Mit Monseñor Romero ging Gott durch El Salvador«, pflegte Ellacuría zu sagen. Dieser gab ihm die Schlüssel zu einer theologischen Interpretation der Realität und einer auf Befreiung zielenden Praxis in der Todeshölle, in die sich das Land verwandelt hatte.

Die ersten, die angesichts der veränderten Haltung Romeros aufgeschreckt wurden, waren der Nuntius des Vatikans und die vermögende Klasse, die zum gleichen Befund kamen: Wir haben uns geirrt, als wir ihn zum Erzbischof ernannten. In dem Maße wie Romero sich für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzte und Regierung und Armee anklagte, distanzierte sich der Vatikan von ihm und neigte gar dazu, seiner prophetischen Amtsführung die Legitimation zu entziehen oder sie wenigstens in Frage zu stellen. In nur 18 Monaten musste er nicht weniger als drei apostolische Visitatoren empfangen, die mit Schnüfflernase Beweismittel gegen ihn suchten, um seine Absetzung zu rechtfertigen.

Nach der Wahl Johannes Pauls II. suchte er um eine ›Audienz‹ in Rom nach, um den Papst über die dramatische Lage in El Salvador und seine Arbeit für die Versöhnung zu unterrichten. Die vatikanische Bürokratie ließ ihn mehrere Wochen warten, bis er vom Papst empfangen wurde. Das Treffen konnte nicht enttäuschender sein, wie der deutsche Theologe Martin Maier – ein guter Kenner El Salvadors, wo er seine Doktorarbeit bei Jon Sobrino schrieb – in seinem Buch, *Oscar Romero: Meister der Spiritualität* (2001)¹, bezeugte. Johannes Paul, der vorab sehr negative Berichte über den Erzbischof erhalten hatte, verabschiedete ihn mit einer entmutigenden Botschaft: »Suchen Sie das Einverständnis mit der Regierung«. Unter Tränen verließ der Erzbischof die Audienz und erklärte: »Der Papst hat mich nicht verstanden, er kann nicht verstehen, weil El Salvador nicht Polen ist.« Im Januar 1980, kurz vor seiner Ermordung, fand ein neues Treffen mit dem Papst statt, das am ehesten als bitter-süß bezeichnet werden kann. Der Papst ermunterte ihn, weiter die soziale Gerechtigkeit zu verteidigen und sich vornehmlich für die Armen einzusetzen, warnte ihn aber vor der Gefahr der Infiltration des Marxismus und der Unterhöhlung des Glaubens des Volkes Christi. Darauf antwortete Romero, es gebe auch einen Antikommunismus, den der Rechten, der nicht die Religion verteidige, sondern den Kapitalismus.

Ohne die Unterstützung des Vatikans und unter ständiger Bedrohung durch die Armee konnte das, was folgte, nichts anderes sein als die Chronik eines angekündigten Todes. Der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, war die Predigt, die er am Sonntag, dem 23. März 1980, in der Kathedrale hielt. Nachdem er eine lange Namensliste von Opfern der Gewalt der vorangehenden Woche verlesen hatte, wandte er sich direkt an die Regierung, die Armee und besonders an die Soldaten und bat sie in beklemmendem Ton, von Morden an Mitbürgern abzulassen:

1 Anm. d. Übers.: Der deutsche Titel verschluckt, im Unterschied zum spanischen, die tätig-kritische Seite dieser Spiritualität (Oscar Romero, *Mística y lucha por la justicia*, Barcelona 2005).

»Brüder, Sie sind von unserem eigenen Volk, Sie töteten Ihre eigenen Brüder unter den Bauern, und gegenüber einem Tötungsbefehl, den ein Mensch gibt, muss das Gesetz Gottes vorwalten, das sagt: du sollst nicht töten. Kein Soldat ist verpflichtet, einem Befehl gegen das Gesetz Gottes zu gehorchen [...] Ein unmoralisches Gesetz muss niemand erfüllen [...] Es ist endlich Zeit, dass Sie Ihr Gewissen zurückerlangen, dass Sie Ihrem Gewissen gehorchen und nicht dem Befehl der Sünde. Die Kirche als Verteidigerin der Rechte Gottes, des göttlichen Gesetzes, der menschlichen Würde, der Person kann nicht schweigen vor soviel Unheil. Wir verlangen, dass die Regierung ernstnimmt, dass die mit soviel Blut befleckten Reformen zwecklos sind.« Und er schloss seinen ebenso dramatischen wie verzweifelten Aufruf mit den Worten: »Im Namen Gottes denn, und im Namen dieses leidgeprüften Volkes, dessen Klagen jeden Tag lauter zum Himmel aufsteigen, flehe ich Sie an, bitte ich Sie, befehle ich Ihnen im Namen Gottes: Lassen Sie ab von der Unterdrückung!«

Die Militärführer verstanden diese Worte als Aufruf an die Soldaten zur Dienstverweigerung, zum Ungehorsam. Am folgenden Tag bezeichnete ein Armeeeoffizier die Predigt des Erzbischofs als Straftat. Noch am selben Tag, als er in einem Spital der Hauptstadt eine Totenmesse feierte, sahen die Teilnehmer der Zeremonie, wie er, von einem tödlichen Schuss getroffen, hinter dem Altar zusammenbrach. Zur selben Zeit unterstützten die Vereinigten Staaten des christlichen Reagan die salvadorianische Regierung mit enormen Summen, damit sich diese an einer wehrlosen Bürgerschaft vergreifen konnte, und legitimierten mit Militärberatern den Befehl der Armee, Priester zu ermorden.

25 Jahre danach hat die Gestalt von Romero in El Salvador, in Lateinamerika und in der ganzen Welt sowohl religiös wie sozial an Bedeutung gewonnen und ist, zusammen mit den ermordeten Ordensschwestern und Jesuiten, zum Symbol eines Christentums der Befreiung geworden. Pedro Casaldáliga, ein anderer Bischof-Prophet und oft am Rande des Martyriums, hat die Gestalt Romeros mit folgenden Worten unsterblich gemacht: »Wie Jesus, auf Befehl des Reiches. Armer, glorreicher Hirte, verlassen von den eigenen Amtsbrüdern und Tischgenossen! Die Kurien konnten dich nicht verstehen. Keine wohl bestellte Synagoge kann Christus verstehen [...] Heiliger Romero von Amerika, unser Hirte und Märtyrer: Niemand wird deine letzte Predigt zum Verstummen bringen!« Romero selbst war prophetisch, als er ein paar Tage vor seinem Tod einem Journalisten erklärte: »Wenn sie mich töten, werde ich im salvadorianischen Volk wieder auferstehen.«

Aus dem Spanischen von Ruedi Graf

Hermann Klenner

Jürgen Seifert – Bürgerrechtler par excellence

Am 4. Juni 2005 starb der am 18. April 1928 geborene Jürgen Seifert, seit 1970 bis zu seiner Emeritierung Universitätsprofessor für Politische Wissenschaft in Hannover. Der Redlichsten einer ist nun und überraschend von uns gegangen. Es wäre töricht vorzugeben, dass ein anderer bereit stünde, seinen Platz auszufüllen. Der ursprüngliche Werkzeugmacher und danach studierte und promovierte Jurist – wegen seiner Mitgliedschaft im Bundesvorstand des SDS 1961 aus der SPD ausgeschlossen – kämpfte mit den Mitteln des gesprochenen wie des geschriebenen Wortes, auch als juristischer Experte der gewerkschaftlichen Opposition und in gewollter Gemeinschaft mit Gesinnungsgenossen unterschiedlicher Denkweise, gegen die atomare und sonstige Aufrüstung der Bundesrepublik, gegen den Vietnamkrieg der USA und deren Bündnispartner in Deutschland, gegen die Berufsverbote, die Notstandsgesetzgebung und anderweitige Einschränkungen der Grundrechte, übrigens auch gegen rechtsstaatswidriges Verhalten der Gauckbehörde. Er war Bundesvorsitzender der *Humanistischen Union*, Gründungsmitglied des *Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins*, ideenreichstes Mitglied im (schließlich an der übereinstimmenden Politik von CDU und SPD gescheiterten) *Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder*, Redaktionsmitglied der *Kritischen Justiz* und der *Vorgänge*, bis zuletzt Mitglied der G-10 Kommission des Deutschen Bundestages zur parlamentarischen Kontrolle der Geheimdienste.

Als Wissenschaftler gehörte er zu der okkasionell produzierenden Minderheit. Das in der von Michael Buckmiller und Joachim Perels unter dem Titel »Opposition als Triebkraft der Demokratie« herausgegebenen Festschrift (Hannover 1998, 535-60) veröffentlichte Verzeichnis seiner etwa fünfhundert Publikationen beweist es: JS schrieb aus dem existenziellen Drang, der »Forderung des Tages« zu genügen. Selbst seine beiden wichtigsten Monographien (*Kampf um Verfassungspositionen*, Köln 1974, sowie *Politik zwischen Destruktion und Gestaltung*, Hannover 1997) bündeln bereits andernorts publizierte Artikel. Das verlieh seinen Äußerungen eine intellektuelle Lebendigkeit, die mit Perfektionierungspublikationen längst bekannter Weltanschauungen nicht zu erreichen ist.

Okkasionell darf nicht etwa als prinzipienlos verstanden werden. Geschult vor allem am Gedankengut wie an der politischen Haltung von *Karl Marx* (über dessen Verständnis der Freiheitsrechte er publiziert hat), von *Rosa Luxemburg* (deren Beitrag zu einer Theorie sozialistischer Rechtspolitik er erörtert hat), von *Karl Korsch* (dessen *Politische Texte* er herausgegeben hat) und von *Wolfgang Abendroth* (mit dem er öffentlich und dann veröffentlicht diskutiert hat) bezog er eine glasklare Position, um, wie er es einmal formulierte, den dialektischen Zusammenhang zwischen dem Kampf um die Erringung und Verteidigung der politischen Emanzipation und dem Kampf um die Emanzipation

der Arbeiterklasse begreiflich zu machen. Er, der 1958 gemeinsam mit Ulrike Meinhof in Münster einen »Arbeitskreis für ein kernwaffenfreies Deutschland« gegründet und auch einige mit ihr geschriebene Artikel veröffentlicht hatte, zögerte später nicht, die terroristischen RAF-Aktionen ebenso wie die organisiert betriebene Verwechslung von sozialkritischem Denken mit Terrorismus-Sympathie als unvereinbar mit Bürgerechten anzuprangern, ganz zu schweigen vom Herabwirtschaften gewisser Rechtskonzeptionen zu einer Legitimationstheorie der herrschenden Machtverhältnisse.

Geben wir lieber Jürgen Seifert selbst das Wort; er kann es sich ja nicht mehr nehmen:

Auch die durch Regeln kanalisierte Gewalt bleibt Gewalt.

Ist es mit dem Maßstab des Rechts überhaupt möglich, den Unterschied zwischen arm und reich aufzuheben?

Die gefährlichste Antwort ist die Fixierung auf das Nationale oder Religiöse.

Der linke Jurist muss fragen, wo haben sich die materiellen Lebensverhältnisse so verändert, dass neue Rechtsforderungen formuliert werden können, die ihrerseits den politischen Kampf initiativ beeinflussen.

Wenn die Macht der Arbeiterklasse nicht hinter Rechtspositionen steht, wird die Nutzung der Legalität nutzlos wie das Wasserschöpfen mit einem Sieb.

Erst im politischen Kräftefeld entscheidet sich, ob Generalklauseln bloßes Instrument zur Sanktionierung von Herrschaftsinteressen werden.

Solange rivalisierende politisch-soziale Kräfte mit gewisser Chancengleichheit bestehen und solange ein nicht einseitig besetztes Verfassungsgericht angerufen werden kann, wird ein Verfassungstext kein bloßes Blatt Papier werden.

Der Kampf um Verfassungspositionen ist ein Kampf um die eigenen Interessen.

Viele Verfassungspatrioten übersehen, dass politische Freiheit nur die Voraussetzung schafft zur Realisierung sozialer Freiheit und zur Bewältigung ökologischer Probleme.

Eine Gesellschaft, die das kritische Potenzial der Intellektuellen ausgrenzt, kann sich nicht erneuern.

Jenseits des politischen Streites habe ich so etwas wie eine juristische Lösung im Hinterkopf.

Den politischen Kräften, die nach der Vereinigung Deutschlands jede Erneuerung unserer Verfassung blockierten, ging es primär um Machterhalt; sie fürchten und bevormunden das Volk.

Gesellschaftliche Umverteilung von unten nach oben wird verschleiert; deshalb braucht man »Globalisierung« als Schlagwort und »organisierte Kriminalität« als Feindbild.

Sozialist zu sein, ist für mich kein Irrtum. Ohne Gegenwehr der Arbeitnehmer und ohne Schutz für sozial Schwache kommt es zu Gewalttaten des Kapitals.

Frigga Haug

Holzkamp's Haltung¹

»Er hat Vorschläge gemacht. Wir
Haben sie angenommen.
Durch eine solche Inschrift
Wären wir alle geehrt.«
Brecht

Zehn Jahre sind vergangen seit Klaus Holzkamp gestorben ist. Sein Eingreifen in die tradierte Psychologie, seine Grundlegung einer marxistischen Psychologie ist nachlesbar. An seine Haltung aber und seine Herangehensweise ist besonders zu erinnern, da sie unentbehrliche Fermente für die weiterführende Rezeption seines Werks bereithalten. Bereits in seinen frühen Arbeiten, etwa in dem schon 1968 erschienenen Buch *Wissenschaft als Handlung*, suchte er nach einem Weg, menschliche Praxis mit Theoriebildung zusammenzubringen. Später wird er dies weiterentwickeln und direkt auf die handelnden Subjekte beziehen durch ein in die abstraktesten Sätze eingeschobenes »je mein«, das daran erinnert, sich selbst niemals aus der Theoriebildung hinauszudenken, sondern sich »unverschämt bescheiden« (Brecht) als den Spiegel einzusetzen, durch den Allgemeinaussagen reflektiert werden müssen.

Was Holzkamp anpackte, machte er sich mit Wucht zu eigen. Was er für richtig hielt, vertrat er mit einer leidenschaftlichen Einseitigkeit, die seiner Sprache etwas barock Privates mitteilen konnte. Ungeduldig setzte er Neologismen ein, wo die geläufige Sprache nicht ausdrücken wollte, worum es ihm ging. »Gebrauchswertvergegenständlichung« zum Beispiel verwies darauf, dass in den Dingen, die uns umgeben, menschlich gesetzte Zwecke stecken und die menschliche Gesellschaftlichkeit selbst dann noch sinnlich erfahrbar ist, wenn einer allein im Wald mit einer Axt tätig ist, die nämlich die Arbeit ganzer Generationen widerspiegelt. Die Ausdrücke wurden immer länger: »Bedingungs-Bedeutungs-Begründungs-Analyse«, eine Begriffskette als Leitfaden für Forschung. Dies ist freilich beweglich zu handhaben, denn dogmatisch angewandt können solche Begriffsvorschläge den Sinn ihrer Einführung, den in der tradierten Sprache enthaltenen ideologischen Erkenntnisfallen zu entkommen, ins Gegenteil verkehren. Zudem erschweren solche Sprachschöpfungen die Übersetzung.

Immer wieder überraschte Holzkamp mit seiner Fähigkeit, Neues zu entdecken. So leidenschaftlich er eine einmal gewonnene Erkenntnis vertrat, ja Problematisierungen laut und bestimmt zurückwies, lange Reden dagegen hielt und keine Kritik

1 Am 24. April 2004 organisierte die Gesellschaft für subjektwissenschaftliche Forschung und Praxis eine Tagung zu meinem Buch *Lernverhältnisse*. Hier versprach ich: »In dieser Diskussion vermisse ich Klaus Holzkamp am meisten wegen seiner Haltung. Ich habe vor, zum 10. Todestag im nächsten Jahr im *Argument* einige Überlegungen zu seiner Haltung zu notieren, die die Erinnerung daran wachhalten.« (FKP 48/2005, 75)

hörte, so plötzlich konnte er innehalten, zuhören, die Einwände auf sich selbst beziehen, das gerade noch für richtig Gehaltene fallen lassen und sich erneut auf den Weg der Rekonzeptualisierung machen. Wie ein Pionier im urbar zu machenden Gelände, begann er unermüdlich mit neuer Rodung, gleichermaßen ungestüm und stets bereit, Entdeckungen zu machen. So blieb es nicht aus, dass er Mitstreiter, die seine Lehre zu Glaubenssätzen erstarren ließen, verlor, neue gewann – aber nie selbst auf die Idee kam, Andersdenkende einfach auszuschließen bzw. sich in den entscheidenden Momenten solcher Ausschließung widersetzte. Was solche Wendungen ermöglichte, sein Denken beweglich hielt, hing mit der methodischen Grundentscheidung zusammen, an der Wirklichkeit der tätigen Menschen anzusetzen, hier den Rätseln von Denken und Erkennen, von Persönlichkeitsentwicklung und -behinderung nachzuspüren.

Als wäre es gestern gewesen, entsinne ich mich an ein solches Theorie-Ereignis. Es war auf einer jener Tagungen in den 1980er Jahren, zu denen aus vielen Städten Hunderte von Studenten sich aufmachten, um Kritische Psychologie zu erfahren. Nach Jahren kühler Fremdheit, in denen meine Untersuchungen zur weiblichen Vergesellschaftung in der kritisch-psychologischen Hauptströmung eine umstrittene Randexistenz führten, war ich eingeladen, die Studien zu weiblicher Angst vorzustellen. Ich sprach über eine widersprüchliche Vergesellschaftung, in der heranwachsende Frauen schließlich dazu kommen, sich zum Schutze gegen andere Männer einen eigenen Mann zuzulegen. Ich hatte noch nicht ganz ausgedrückt, als Holzkamp zu einer langen Rede ansetzte, in der er alles bezweifelte: die Angst, die Wahrnehmung des je anderen Geschlechts, die Erziehung zur Heterosexualität, die Alltagsgeschichten. Meine Gegenreden fruchteten nichts. Ich sprach wie von einem anderen Stern. Nach langem Hin und Her, in dem außer uns beiden niemand zu Wort kam, hielten wir erschöpft inne. Wir entschlossen uns zu einem nächtlichen Gang um den Block. In der Schwärze der Nacht, in der die Geräusche einem unheimlicher auf den Leib rücken, fragte ich ihn, einer plötzlichen Eingebung folgend, was er empfinden würde, ginge er allein durch eine dunkle, menschenleere Straße und hörte hinter sich das bekannte Klipp-klapp hochhackiger Schuhe. Er zögerte einen Augenblick und meinte dann, es würde ihn erregen. »Und was denkst du«, hielt ich entgegen, »würde wohl eine Frau allein in dunkler Gasse spüren, wenn sie hinter sich die schnell herannahenden festen Schritte eines Mannes vernähme?« Er antwortete, schon leicht unsicher, dass sie vermutlich das Nämliche empfände. Seine Unkenntnis der weiblichen Situation brachte mich zum Lachen. Er könne davon ausgehen, sagte ich dann, dass so gut wie alle Frauen dabei in Panik geraten würden, unzählige Geschichten von Vergewaltigung bis Mord im Kopf. Holzkamp wurde zusehends von einer anderen Erregung erfasst. Offenbar dämmerte ihm plötzlich, was in den einzelnen Geschichten der Frauen sich schon herauskristallisierte, dass im gewöhnlichen Alltag bzw. besonders in den gewöhnlichen Nächten, Frauen fremde Männer nicht so sehr als Mitmenschen, sondern als Tiere wahrnehmen, als triebhafte Natur, die ungehemmt und unkontrolliert jederzeit gewalttätig über sie herfallen könnte. Der Gedanke ergriff von ihm Besitz, er maß ihn dem bislang

für die Kritische Psychologie Entworfenen an und schloss bündig: »Wenn dem so ist, müssen wir auf kategorialer Ebene den Begriff der Geschlechterverhältnisse einführen. Das bedeutet allerdings, dass alles bisher Entwickelte neu durchdacht werden muss. Dies aber«, schloss er, »müsst dann ihr machen. Ihr seid jünger.«

Holzkaamps weiteren Veröffentlichungen nachspürend wird man den Einzug dieser Dimension nachzeichnen können, allerdings nur spurenweise. Es geht, theoretisch gesprochen, jetzt darum, dass Standpunkt und Perspektive der einzelnen durchaus verschieden, ja entgegengesetzt sein können. Was für die einen eigenes Interesse, kann für die anderen Bedrohung sein. Kritische Psychologie musste folglich auf den Dialog setzen, auf die gemeinsame Erarbeitung eines Horizonts, der die verschiedenen Perspektiven umschließt.

Jahre später ging es um sexuellen Missbrauch als Gegenstand Kritischer Psychologie. Holzkaamp hatte im Anschluss an Katharina Rutschkys Buch, wo ein schlechter Umgang mit der Statistik aufgewiesen und entsprechend die Wirklichkeit von Missbrauch bezweifelt, die Motive der feministischen Initiativen als eigensüchtig und sogar skandalös denunziert wurden, sich schnell und bestimmt der Gruppe der Zweifler an feministischer Redlichkeit angeschlossen und die Notwendigkeit, sich der Thematik anzunehmen, verneint. Die folgende Auseinandersetzung drohte das *Forum Kritische Psychologie* zu zerreißen – ein Riss, der bis heute anhält. Aber Holzkaamp wurde, gerade als er seine Mitstreiter die Gründe der beteiligten Frauen und Mädchen für nichtig erklären hörte, plötzlich klar, dass eben diese besserwisserische Abwehr mit dem Grundsatz, Handlungsbegründungen zum Gegenstand von Analysen zu machen, unvereinbar war. So schrieb er seinen eigenen Beitrag als Versuch, die herrschenden Opfer-Täter-Diskurse selbst zum Gegenstand der Analyse und die subjektiven Erfahrungen von Gewalt bearbeitbar zu machen, um so schließlich »die weibliche Befreiungsperspektive« als »Implikat der menschlichen Befreiungsperspektive« hervortreten zu lassen (*FKP* 33, 1994, 156). Notwendig werde, »die gesellschaftliche Dimension sexueller Männergewalt wie die öffentliche Diskussion darüber« in die Entwicklung Kritischer Psychologie einzubeziehen (5).

Auch dieser Analysevorschlagn ist kein Abschluss; das für richtig Gehaltene musste der ständig zweifelnden Überprüfung ausgesetzt bleiben. Die Theorie musste offen bleiben für immer neue Entdeckungen unter sich verändernden Bedingungen. Wenn etwas festzuschreiben war, dann genau dies. Die Unbedingtheit, sich restlos und schonungslos in die Arbeit zu werfen, ermöglichte zugleich die Bereitschaft, immer wieder von vorn zu beginnen, nichts für fertig zu erachten. So begann Holzkaamp noch angesichts des Todes, Vorschläge für eine kritisch-psychologische Erarbeitung von »Lebensführung« zu machen. Was für die einen als problematisch erscheinen mag, ist für die anderen eine unabdingbar anzustrebende Haltung: Erkenntnis als unabschließbaren und situierten Prozess zu begreifen, daher immer für Entdeckungen bereit zu sein und sich dabei selbst in Frage stellen zu können.

Nachrichten aus dem Patriarchat

Die Falschen und die Richtigen!

Falsch scheint die Vergreisung unserer Gesellschaft, also der Geburtenrückgang bei immer höherer Lebenserwartung. Meinte noch der Altkanzler Adenauer »Kinder haben die Menschen sowieso!«, ist dies heute zusehends komplizierter. Es gibt Ein-Kind-Familien, Alleinerziehende und immer mehr Menschen ohne Kind, sei es als DINKs (Double income, no kids), SINKs (Single income) und NINKs (No income), so dass Deutschland, was die Geburtenrate anbelangt, in Europa zu den Schlusslichtern gehört. Dies führt zu einem Nachfragerückgang bei Babykost, -bekleidung, Kinderwagen usw., Lehrerüberfluss, Schulschließungen, Wohnungsleerstand und -abriss, Arbeitskräftemangel und fehlenden Beitragszahlern in der Sozialversicherung und damit zu deren Kollaps. So zählte der Bundespräsident Köhler den Mangel an Kindern, damit die Vergreisung der Gesellschaft zu den Problemen, die ihn bewogen, den Bundestag aufzulösen. Die Sorge um die Nation bewegte auch Jürgen Rüttgers bei der Green Card Diskussion (»Kinder statt Inder«!) und wird ähnlich in den großen Wochenzeitungen *Spiegel* (37/2005: »Generation Kinderlos«) und *stern* (27/2005: »Land ohne Kind«) diskutiert.

Die makropolitisch bedingte Sorge von Politikern um Bevölkerungszahlen hat in der Geschichte zu widersprüchlichen staatlichen Interventionen zur Steigerung oder Drosselung individueller Reproduktion geführt: zu Verboten, finanziellen Anreizen und oft genug zur Indienstnahme der privaten Sehnsüchte nach Geborgenheit, Erfüllung und Glück. Zu denken wäre dabei an die Ehe- und Zeugungsgebote, die Augustus für Angehörige der römischen Führungsschicht erließ, weiter die strenge Bestrafung von Abtreibung und Kindstötung und Verfolgung von Hebammen als Hexen einerseits, Heiratsverbote für Arme seit dem beginnenden Mittelalter andererseits, die Ehe- und Steuererleichterungen im Merkantilismus, als im Bevölkerungswachstum eine politische und ökonomische Stärkung des Staates gesehen wurde und wiederum die Angst im ausgehenden 19. Jh. vor ungebremstem Bevölkerungswachstum, dem durch Empfängnisverhütung beizukommen wäre. Bei all diesen politischen Wechselbädern wird aber deutlich, dass es regelmäßig auch um die Qualität von Bevölkerung ging. Der Kinderreichtum der niederen Stände wurde ebenso beklagt, wie die geringe Geburtenfreudigkeit der mittleren und höheren Schichten, insbesondere der Akademiker. In gebildeten Statistiken wurde etwa nachgewiesen, dass unappetitlich aussehende, asoziale Familien reichlich freche, faule Gören in die Welt setzten, während deutsche Arbeiterfamilien sich gerade eben noch reproduzierten und die besonders wertvollen Akademikerfamilien sich der Aufgabe deutscher Arterhaltung mit weniger als 1,5 Kindern pro Paar entzogen. Dass sich an der falschen Reproduktionsweise wenig geändert hat, zeigt eine Forderung von Daniel Bahr (FDP), der Staat müsse »Akademiker bei der Erfüllung ihres Kinderwunsches unterstützen«. Das bezieht sich auf das neuere Datum, dass von den Akademikerinnen um 40 etwa 40 % kinderlos sind, also gerade jene, die ihre Kinder fördern und damit den wertvollen Teil der Nation für den globalen Wettbewerb

fit machen könnten. Bahr fährt fort: »In Deutschland kriegen die Falschen die Kinder. Es ist falsch, dass in diesem Land nur die sozial Schwachen die Kinder kriegen« und zeigt sich damit auch als uninformiert. Nicht nur Akademikerinnen, sondern alle Frauen in Deutschland sind gebärfaul geworden; nur noch 29 % der 25 bis 29-jährigen haben Kinder. Sollte Adam Smith Behauptung (*Wohlstand der Nationen*), dass die Menschen ihr Reproduktionsverhalten nach Marktgesichtspunkten ausrichten, auch in unserer Zeit gelten? Smith verwies auch darauf, dass eine junge Witwe mit vier bis fünf Kindern im arbeitskräftehungrigen Nordamerika anders als im britischen Mutterland eine gute Partie sei, während bei wirtschaftlicher Stagnation wie im damaligen China oder gar Wohlstandsrückgang wie in Bengalen durch Kindesaussetzung, -tötung und Verhungerlassen die Arbeitskräftequantität dem Bedarf angepasst würde. – Wenn Bahr über die sozial Schwachen als die Falschen spricht, ist ihm wohl auch entgangen, dass nach dem Armutsbericht der Bundesregierung Einkommensarmut häufiger bei Familien als bei Kinderlosen und ganz besonders bei alleinerziehenden Frauen anzutreffen ist, so dass das Kinderhaben als ›Armutsfalle‹ bezeichnet wird. Unter diesen Umständen wären die vielfach erhobenen Forderungen, Kind und Beruf zu vereinbaren, – partnerschaftliche Teilung der Familienarbeit, die Entwicklung familienfreundlicher Betriebe sowie eine Änderung von Steuer-, Sozial- und Familienpolitik in Gang zu setzen – sinnlos. Der Satz der Familienministerin Renate Schmidt, »Zu einem modernen Lebensstil gehören Kinder« und ihr Aufruf zur Bescheidenheit, »Wir müssen die Erst-Mal-Mentalität überwinden, die vor das erste Kind erst mal den Berufseinstieg, Hausbau, Heirat, großes finanzielles Polster setzt«, wäre als bloße Beschwörung ausgemacht.

Aber kann nicht möglicherweise das gute Vorbild von erfolgreichen Frauen, die Kindererziehung und Karriere unter einen Hut kriegen und nicht in der Armutsfalle landen, bei den Frauen in Deutschland Zukunftsvertrauen und die Realisierung von Kinderwunsch fördern? Denken wir an Politikerinnen: Renate Schmidt, Jutta Limbach und Herta Däubler-Gmelin kämen, da schon zu alt, als Vorbilder für die heutigen jungen Frauen nicht in Frage, Monika Hohlmeier, die Tochter von Franz Josef Strauß und ehemalige Ministerin in Bayern mangels dauerhaften Erfolgs ebenfalls nicht. Aber es bleiben noch einige: etwa die Sozialministerin von Hessen, Silke Lautenschläger, deren Eltern sich liebevoll um die Enkel kümmern, weiter Silvana Koch-Mehrin, Vorstandsmitglied der FDP und Europaabgeordnete, für die nach ihrer energischen Intervention anstandslos ein Wickelraum im Parlamentsgebäude eingerichtet wurde und schließlich Ursula von der Leyen. Die Ärztin und siebenfache Mutter ist niedersächsische Sozialministerin und Gesundheitsexpertin in Angela Merkels Kompetenzteam. Die Ministerin hat an Merkels Gesundheitsprämiensystem mitgearbeitet, und zieht gegen die Anspruchsmentalität der sozial Schwachen z.B. beim Kauf eines Schulranzens zu Felde. Sie kürzt die Landesblindenhilfe und geht gegen Honorarforderungen von Kiefernorthopäden vor. Auf Grund ihres Organisationstalents kann sie Amt und Kindererziehung miteinander vereinbaren, eine echte Powerfrau! – Was lehrt uns das? Die Falschen können nichts richtig machen, nur die Richtigen können das. Folglich sind die Lebensumstände insgesamt doch nicht die falschen und brauchen deshalb auch nicht verändert zu werden. Silke Wittich-Neven

Wolfgang Fritz Haug

Untergang der deutschen Linksregierung – Aufstieg der Linkspartei

I.

Die rot-grüne Regierung ist gescheitert. Ihr Untergang hat den Aufstieg der Linkspartei möglich gemacht. Diese hat fürs Erste ihre vier Hauptziele erreicht: In Fraktionsstärke ist sie in den Bundestag eingezogen, mit mehr Sitzen als die Grünen; sie hat wesentlich dazu beigetragen, den schwarzgelben Block zu verhindern; die rot-grüne »Hartz«-Koalition eines etwas sozialeren Neoliberalismus ist abgewählt; den von Rot-Grün Enttäuschten aber ist eine demokratische Alternative geboten und damit der Zuwachs der Neofaschisten gestoppt worden, die den Protest gegen soziale Ungerechtigkeit in nationalistischen Fremdenhass zu verwandeln trachten.

Die Zusammensetzung der Links-Wählerschaft gibt Anlass zur Hoffnung. Die beiden Altersextreme Jungwähler und Rentner sind mit je 8 Prozent gleich gut vertreten und liegen nur leicht unterm Gesamtdurchschnitt. Die Arbeitslosen aber haben die Linkspartei zu 25 Prozent und bisherige Nichtwähler, die es jetzt an die Urnen gezogen hat, zu 55 Prozent gewählt. Sie hat also Hunderttausenden das Gefühl gegeben, doch nicht völlig machtlos zu sein. Tatsächlich sind in Erwartung der Wahlen die Depressionswerte der Deutschen auf die Hälfte gesunken, was der Psychiater Fritz Simon mit einem Schwinden der Ohnmachtsgefühle erklärt. Die Wahl der Linkspartei/PDS habe wie ein Antidepressivum gewirkt: »Oskar Lafontaine konkurriert mit der Pharmaindustrie« (FAZ, 16.9.05, 14).

»Die Kräfteverhältnisse sind auf eine Weise in Bewegung gekommen«, schrieben wir vor einem Jahr, »die das Parteiensystem aufbrechen könnte.«¹ Nun ist es so weit. Das Spiel der alternierenden Machtblöcke ist aufgebrochen, und die schlecht verhüllte Ratlosigkeit der »Politiker«, deren Berufsname sich »allmählich in ein Schimpfwort« verwandelt (Noelle), bietet das Material zu einem öffentlichen Lehrstück.

Wenn die Exponenten der organisatorisch erst noch zu schaffenden Linkspartei sich als lernfähig erweisen und weiterhin so geistesgegenwärtig handeln, wie sie es beim Wahrnehmen dieser geschichtlichen Chance getan haben, werden sie den neugewonnenen Platz im Parteiensystem auf Dauer behaupten. Damit werden die sozial Schwachen und die sozialistisch Problem- und Verantwortungsbewussten und damit auch die Kritik des Kapitalismus und die Suche nach einer Alternative parlamentarischen Ausdruck gefunden haben. Im Zusammenspiel mit – und vor allem angetrieben von – der sozialen »Bewegung der Bewegungen« könnte sie die Kräfteverhältnisse auf eine Weise verändern, die auch die Sozialdemokratie wieder auf einen Kurs zöge, der ihrem Namen entspricht. Auf diesem Weg sind viele Hürden zu nehmen, nicht zuletzt

1 Editorial zu *Argument* 256/2004, *Sich arm arbeiten? Das große Roll-back*, 338.

die der *political correctness* und des undialektischen Fundamentalismus. Erst recht gilt es, dem notorischen Sog der parlamentarischen Entfremdung von der Basis zu widerstehen. Verlangt ist jenes »Operierenkönnen mit Antinomien« (Brecht), das den Sozialismus-Gesprächen des InkriT als methodische Richtschnur zugrundeliegt. Es »könnte schon bald auf die Probe gestellt werden angesichts der Differenz linkskeynesianischer Orientierungen und der radikaleren Suche nach neuen Formen solidarischer Vergesellschaftung. Es wird sich herausstellen, dass es kein Zurück zur Epoche des Fließbands mit den sozialen Errungenschaften ihrer gewerkschaftlichen Kämpfe gibt und dass die neuen Lösungen auf Grundlage der hochtechnologischen Produktionsweise gesucht werden müssen. Das heißt freilich nicht, dass die Gerechtigkeitsvorstellungen aufzugeben wären, die nicht nur mit der sozialistischen Gleichheitskonzeption, sondern auch mit der redistributiven Funktion des demokratischen Staates verbunden sind. Ihnen erneut zum Zuge zu verhelfen ist der Einsatz linker Politik.« (*Unterhaltungen über den Sozialismus*, Vorwort zur Internet-Ausgabe)

Der Wahlkampf überraschte mit einer kaum mehr für möglich gehaltenen Wiederkehr der Argumente. Hinter den Konterfeis mit den nichtssagenden Slogans (»Vertrauen in Deutschland« vs. »Deutschland hat Besseres verdient«) nach dem Muster der Waschmittelreklame trat plötzlich eine wirtschafts- und sozialpolitische Strategiedebatte hervor. Dies ist vor allem Gerhard Schröders Verdienst, der mit unbestreitbarer Kompetenz dem gegnerischen »Kompetenz-Team« auf den Leib gerückt ist. Die von Abermillionen am Bildschirm verfolgten Schaukämpfe gerieten zu einer wechselseitigen Verfolgungsjagd durch die Bedingungen und Handlungsmöglichkeiten bzw. -folgen angesichts der ökonomischen Verhältnisse. Der Wahlkampf wurde zum antagonistischen Teach-In, und das Fernsehen näherte sich unversehens seinem Ideal an, die Gesellschaft teilnehmen zu lassen an den Auseinandersetzungen ihrer Gruppenexponenten. Wie die dramatischen Verschiebungen der Wahlergebnisse im Vergleich zu den Prognosen zeigen, muss dabei Millionen ein Licht aufgegangen sein, wo ihre Interessen liegen könnten bzw. wo auf keinen Fall.

Freilich war der Antagonismus, wie er in Rede und Gegenrede zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün zum Ausdruck kam, in der linken Hauptsache entkernt. Denn die vier – oder, zählt man CDU und CSU getrennt, fünf – Parteien, die das Telebild beherrschen durften, waren sich in den neoliberalen Grundlagen einig. Bereits die Hartz-IV-Reformen waren ja faktisch von einer informellen großen Koalition getragen. Nicht die Heilmittel waren zwischen den beiden Machtanwärtern umstritten, sondern bloß die Dosis. Dass es für die sozial Schwachen und die Lohnarbeitenden nach unten, für die Reichen nach oben gehen solle, war nicht kontrovers, nur das Ausmaß.

Das Scheitern des Mehrheitsstrebens beider Blöcke und das momentane Unentschieden zwischen ihnen ermöglichte es dem Chefökonom der *Financial Times Deutschland*, nach der Wahl, folgende Wahrheiten auf den Punkt zu bringen: »Vor zwanzig Jahren versprachen die führenden Ökonomen eine bessere Welt, wenn nur endlich die Inflation bekämpft werde – inzwischen liegt die Teuerung seit Jahren auf historischem Tief. Dann hieß es, dass Leistung sich wieder lohnen müsse und der Spitzensteuersatz dringend sinken – die Sätze fielen seitdem auf konkurrenzfähiges

Rekordtief. Mal lag die deutsche Krise an viel zu hohen Lohnabschlüssen, mal am fehlenden Niedriglohnsektor. Jetzt steigen die Löhne schon seit Jahren langsamer als in jedem anderen vergleichbaren Land der Welt, nach Schätzungen arbeiten 20 % der Erwerbstätigen heute für Niedriglöhne; nur jeder Zweite verdient sein Geld noch mit Normaljobs, die andern befristet, in Zeitarbeit, Ein-Euro- oder Minijobs. Von ultra-starrten Tarifverträgen kann vor lauter Tariffucht, Öffnungsklauseln und sonstigen Umgehungen kaum noch die Rede sein. [...] Die versprochene Wirkung blieb bislang aus.« (Fricke) Eine Grafik mit der Überschrift »Wunderrezept ohne Wunderwirkung« zeigt in Form eines X zwei gegenläufige Kurven: die »Lohnstückkosten«, berechnet auf Löhne pro Umsatzeinheit, sind zwischen 2001 und 2005 fast ununterbrochen gesunken, während die Arbeitslosigkeit gestiegen ist. Fricke hat daher Verständnis dafür, »dass das Volk so unartig gegen Großexperten und selbsternannte Wahrheitsverwalter gestimmt hat«. Keines der konkurrierenden Rezepte flößte genügend Vertrauen ein. Wenn, wie die Schwarz-Gelben nicht müde wurden, Rot-Grün um die Ohren zu hauen, pro Tag im Schnitt tausend Menschen ihre Jobs verlieren, weil die Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden, dann lässt dies »das Jammern über Beschäftigte, die man nicht mehr los werde, für Nichtökonomern merkwürdig wirken« (ebd.). Wer überdies das Unheil verfolgt hat, das die tropischen Wirbelstürme in den USA dank der euphemistisch sogenannten Verschlankung des Staates anrichten konnten, wird auch von diesem Wunderrezept nichts Gutes mehr erwarten. Weniger Geld für die Instandhaltung der Dämme, insgesamt weniger Daseinsvorsorge, dafür mehr Militär, geht einher mit weniger Hegemonie, dafür mehr Herrschaft, im Innern nicht weniger als nach außen, wie der Grundrechteabbau in den USA zeigt.

II.

Die Linken haben also einen Sieg zu feiern. Sie sollten sich dennoch nicht täuschen: Rot-Grün war die deutsche Linksregierung unterm Neoliberalismus. Eine andere steht vorläufig noch in den Sternen, und was mit Aussicht auf Erfolg anders gemacht werden könnte, nicht weniger. Das Schicksal von Rot-Grün tritt deutlicher hervor, vergleicht man es unterm Gesichtspunkt der widersprüchlichen Handlungsmöglichkeiten und -folgen mit dem anderer Linksregierungen unterm Neoliberalismus. Dabei darf das Bench-mark-Denken nicht dazu verführen, diesen Vergleich auf neoliberale Erfolgsmuster wie Großbritannien, Holland oder Finnland usw. zu beschränken. Viel aufschlussreicher ist der Vergleich mit denen, die auf unterschiedliche Weise versuchen, den Konkurrenzverhältnissen, Finanzmächten und imperialen Akteuren des entfesselten Weltmarkts zumindest partiell etwas Alternatives abzutrotzen, wie es, wenigstens in Anflügen, selbst Rot-Grün versucht hat. So wichtig im übrigen das weithin ausstrahlende Zeichen ist, das die Verweigerung der Teilnahme am Irakkrieg gesetzt hat – es kann nicht die Beteiligung am nicht weniger völkerrechtswidrigen Jugoslawienkrieg vergessen machen. »Rücktritt von der Sozialpolitik – Eintritt in den Krieg«, titelten wir damals (*Argument* 230/1999). Das markierte den Moment von Lafontaines Doppelrücktritt als Finanzminister und als SPD-Vorsitzender.

»Wurden sie geschubst, oder sind sie gesprungen?« Diese Frage, mit der Patrick Bond im vorliegenden Heft seine Kritik am abhängigen Neoliberalismus der südafrikanischen Linksregierung einleitet, stellt sich auch bei den Akteuren von Rot-Grün. Geschubste Springer sind sie allemal gewesen, wenngleich sie von ungleich besserer Position aus »springen« konnten als die Linksregierungen der Dritten Welt oder der Schwellenländer und der aufstrebenden Länder Asiens und Lateinamerikas. Die deutsche Wirtschaftsmacht speiste die Illusion, die mitbetriebene Dynamik zu beherrschen. Nicht alles war Illusion. Vom Standpunkt des zumeist transnational agierenden Exportsektors des deutschen Kapitalismus gebührt Rot-Grün zweifellos das Verdienst, das Land ein großes Stück weit an die Konkurrenzverhältnisse des neoliberal globalisierten Kapitalismus angepasst zu haben. Doch wenn der Exportüberschuss den Erfolg dieser »Modernisierung« zeigt, so der Arbeitsplätzemangel ihren Preis. Deutschland sollte Juniorpromotor jener neuen globalen Arbeitsteilung sein, die aus China die Fabrik und aus Indien das Software- und Call-Center der Welt gemacht hat, während der deutsche Maschinenbau seine Produkte dorthin verkauft. Freilich wird diese Arbeitsteilung nur transitorisch sein, denn die wissenschaftlich-technischen Aufholprozesse, die aus den »Billiglohnländern« High-Tech-Produzenten machen und sie zu preiswerter produzierenden Konkurrenten der deutschen Konzerne machen werden (sofern diese nicht eh in China produzieren lassen), sind bereits im Gange. Es gibt in diesem Wettlauf um Macht und um die Reichtümer dieser Welt nur verfolgte Verfolger.

Dass die neoliberalen Rezepte gegen Arbeitslosigkeit gescheitert sind, wurde von den etablierten Parteien unisono diskret beschwiegen und allenfalls von Oskar Lafontaine in den Randzeiten, die der Linkspartei zugestanden waren, ausgesprochen. Umstritten zwischen den beiden Wahlblöcken war einzig, ob noch mehr vom Gescheiterten in die Tat umzusetzen sei. Der anti-neoliberale Protest war damit aber in der öffentlichen Repräsentation weit mehr marginalisiert als in der Bevölkerung, was der Linkspartei zugute kam. Deren beide ebenso charismatischen wie verleumdete Sprecher, die diesem Protest, wo immer sie ins Bild und zu Wort kamen, Ausdruck verliehen, versäumten es andererseits, die neo-imperialen Prozesse des transnationalen High-Tech-Kapitalismus ins Bewusstsein zu heben, zu deren Auswirkungen die Arbeitslosigkeit in Deutschland und die Depression der Binnenkonjunktur des Exportweltmeisters gehören. Sie erweckten den Eindruck, es gäbe eine Rückkehr zum nationalstaatlich getragenen Sozialkeynesianismus nach dem Zweiten Weltkrieg. Obgleich viele Widersprüche in Gestalt der Zielkonflikte staatlichen Handelns ganz aufklärerisch verhandelt wurden, beschränkte sich somit die konkrete Analyse der konkreten Situation und damit das politische Maßnahmen an den Bewegungsformen, Widersprüchen und Kräfteverhältnissen des transnationalen High-Tech-Kapitalismus auf dessen Epiphänomene und Epizentren. Die Kritik der politischen Ökonomie des konkreten Zustands blieb ein riesenhafter blinder Fleck.

Diese Abwesenheit hat Symptomcharakter. Bei Linken verrät sie das Zögern an der Schwelle zur Neuerfindung sozialer Politik auf der neuen Grundlage. Bei den rivalisierenden Machtblöcken weist sie auf eine ins Bewusstlose verdrängte Subalternität der deutschen (wie jeder anderen nationalstaatlichen) Politik im Verhältnis zu den

transnational-ökonomischen Prozessen und Herrschaftsmächten sowie zu deren imperialen, v.a. von den USA kontrollierten Dispositiven der Macht. Die Beflissenheit, mit der die politische Klasse die neoliberalen Lösungen herunterbetet, drückt jene »freudeschlotternde Zustimmung« aus, die Brecht im *Aufhaltsamen Aufstieg des Arturo Ui* vorführt. Das transnationale Kapital kann sich dem nationalstaatlichen Zugriff weitgehend entziehen. Seine Flucht ist ihm der beste Angriff, und die Krisenfolgen für die betroffenen Länder sind katastrophal. Es ist, als hätte das Wahlvolk tatsächlich gespürt, dass es bei den Machtkämpfen darum ging, wer die Gesetze des Weltmarkts und die Diktate des Finanzkapitals und der transnationalen Konzerne im Lande exekutieren würde. Diese Doppelfunktion, dass der von unten getragene Lokalchef dominantermaßen die Imperialmacht gegen seine eigene Basis vertritt, lässt sich gut mit dem mexikanischen Begriff des Kazikentums (*caciquismo*) fassen. Wie schon unter den Azteken pflegten auch im modernen Mexiko »die regionalen Machtbereiche als solche keineswegs beseitigt« zu werden, »wohl aber die älteren eigenständigen *cacicazcos* von gefährlichen Machtrivalen des Präsidenten vernichtet, wenn sich diese nicht als loyale Statthalter ins neue Machtssystem integrieren ließen« (Tobler 1984, 96). Mutatis mutandis verhält es sich analog im neoliberal globalisierten Kapitalismus unter der »imperialen Präsidentschaft« der USA (Saxe-Fernández). Wer aus liberal-parlamentarischen Wahlen als neuer Kazike, nun eben auf nationalstaatlicher Stufenleiter, hervorgeht, wird die imperialen Imperative gegen die eigenen Leute durchsetzen müssen, fieberhaft bemüht, dies einerseits zu vertuschen, andererseits es so zu praktizieren, dass er seine Wählerbasis wenigstens mit Subalternitätsgewinnen abspesen kann.²

III.

Um sich nicht an Illusionen zu berauschen ist es unabdingbar, sich Klarheit zu verschaffen über die Gründe des Scheiterns der rot-grünen Regierung. Gerhard Schröder wollte gemessen werden an den Erfolgen im Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Nun wurde er daran gemessen und von einer großen Mehrheit für unfähig befunden. Sein Einsatz im Wahlkampf hat zwar die SPD ein großes Stück weit aus dem Tal geholt und fast den Gleichstand mit der CDU/CSU erreicht, doch davor haben ihm schließlich nur noch acht Prozent der Befragten zugetraut, Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit zu haben.³ Der CDU bescheinigten dies auf ihrem trügerischen Höhenflug immerhin 28 Prozent, doch dies wohl eher aus einem halb resignierten »Wechselwillen« heraus, denn die Arbeitsmarktbilanz sah »nach sieben Jahren Rot-Grün für Schröder nicht schlechter aus als in den letzten Jahren der Ära Kohl« (Welter).

2 Robert Cox sah es schon Anfang der 90er Jahre kommen: »Der Staat wird zu einem Transmissionsriemen von der globalen zur nationalen Wirtschaft, während er bis dahin als das Bollwerk agiert hat, das die nationale Wohlfahrt vor externen Erschütterungen verteidigte.« (Cox 1992, 30f) In Wahrheit ist das keine Alternative, sondern ein unvermeidlicher Zielkonflikt, bei dem die Weltmarktinteressen eine Dominanzverschiebung erreicht haben. Der Nationalstaat ist zum Kaziken des Imperiums geworden.

3 Nur 12 bzw. 18 Prozent der Wähler glaubten, die SPD bzw. die CDU könnten die Renten sichern.

Wie also ist die Hauptursache der Niederlage von Rot-Grün, der Misserfolg im Kampf gegen Arbeitslosigkeit zu begreifen? Den Schlüssel zur Beantwortung verspricht die Aufknotung des paradoxen Widerspruchs, dass zugleich mit den Exporten die Konkurse von Rekord zu Rekord eilen. Sieger am Weltmarkt mit Depression am Binnenmarkt – wie geht das zusammen? »Die größte Exportmacht exportiert weiterhin massenhaft Kapital und verlagert die Produktion in Länder mit niedrigeren Löhnen und geringerer Steuerbelastung« (Sotelo).

Schröder folgte den neoliberalen Rezepten. Die hauptsächlichlichen Heilmittel suchte er in der Generalmobilmachung zur Lohnarbeit und in der steuerlichen Entlastung der Großverdiener. Jene sollten den ökonomischen Arbeitszwang zu spüren bekommen, diesen sollte Lust dazu gemacht werden, jene einzustellen. Um in der globalisierten Konkurrenz mithalten zu können, sollte die Konkurrenz der Arbeitskräfte auf dem Binnenmarkt entfesselt werden. Das verkennt die beiden langfristig wirkenden und einander überdeterminierenden Grundtendenzen auf diesem Feld: Die entgrenzte globale Mobilität des Kapitals setzt eine unwiderstehliche Lohnkostensenkung in Gang, die erst am Niveau der »Niedriglohnländer« ihre innere Grenze fände. Ein Lohngefälle von eins zu zwanzig drängt unter marktradikalen Bedingungen mit ungeheurer Wucht zum Ausgleich und saugt die Arbeitsplätze aus den Hochlohnländern ab. Die vielbeschworene Gegentendenz besteht darin, mit hochtechnologischen Innovationen die Arbeitsproduktivität zu forcieren. Dies bedeutet aber eine proportionale Senkung der Arbeitsnachfrage. Mit diesem Dilemma umzugehen, ist das Grundproblem aller Wirtschafts- und Sozialpolitik der entwickelten Länder.

Was also ist zu tun? Die bittere Erkenntnis lautet, dass eine antineoliberale Politik »in einem isolierten Land« kaum nennenswerten politischen Spielraum im Großen hat. Auch die Stärkung des Binnenmarktes durch Lohnerhöhungen und andere aus einer Reichensteuer zu finanzierende Leistungen, wie die Linkspartei sie fordert, würde – abgesehen davon, dass mit einer »Kapitalflucht mit katastrophalen Konsequenzen« zu rechnen wäre – nicht ohne weiteres neue Arbeitsplätze schaffen: »Die verfügbare Technologie erlaubt Produktionssteigerung ohne verstärkten Arbeitskräfte-Einsatz, zugleich kann der Import billigerer Produkte eine größere Binnennachfrage befriedigen« (Sotelo).

Noch weniger als Lohnerhöhungen würden freilich Lohnsenkungen, klammert man die privat-konsumtive Beanspruchung fremder Arbeitskraft aus, die Zahl der Arbeitsplätze dauerhaft vergrößern. Denn das Lohnniveau müsste sich dem konkurrierenden Minimalniveau etwa in China, das im Moment noch bei ca. 4 Prozent der deutschen Löhne liegt, zumindest annähern. Das Rennen auf dieses unerreichbare Ziel hin peitschen die neoliberalen Ideologen an. »Wer als Arbeitnehmer in einem solchen volatilen wirtschaftlichen Umfeld [...] auf den Arbeitsmärkten im Geschäft bleiben will, muss entweder besser, billiger oder schneller werden«, eiferte es im Beraterstab des (sozialdemokratischen) Wirtschaftsministers (Berthold). Und: »Grundsätzlich müssen sich die Arbeitnehmer selbst um ihr Humankapital kümmern.« (Ebd.) Wenn die neoliberalen Rezepte versagten, hieß es, sie seien nicht radikal genug befolgt worden: »Kündigungen sind zu erleichtern, befristete Arbeitsverträge zu erweitern,

Leiharbeit zu fördern, ertragsabhängige Entlohnungen zu forcieren.« Ferner »muss die betriebliche Regelungssperre fallen, die Tarifgebundenheit aufgelockert, die Allgemeinverbindlichkeit abgeschafft und die Nachwirkung von Tarifverträgen verkürzt werden« (ebd.). Solche Maßnahmen wirken für die Exportindustrie profitsteigernd, während sie den Binnenmarkt niederdrücken. Die Zahl dauerhafter Arbeitsplätze in technologieintensiven Bereichen werden sie schwerlich erhöhen. Von diesen Bereichen geht ja gerade die »hochtechnologische Arbeitslosigkeit« aus (vgl. dazu Haug 2004, 360; 2003, 127 u. 135).⁴ Was gut ist für die deutschen Konzerne, ist nicht mehr automatisch gut für den Konzern Deutschland.

Was in der Tat von der politischen Klasse insgesamt und von Gerhard Schröder im Besonderen nicht begriffen wird, ist die Entwicklungsphase, in der sich der Kapitalismus in Ländern wie Deutschland befindet. In Gestalt der Exportindustrie gewinnt die Verselbständigung der kapitalistischen Ökonomie gegen die Gesellschaft, deren Reproduktion sie der Ideologie zufolge dienen soll, handgreifliche Existenz. Dass das kapitalistische System eines Landes als Subsystem des Weltmarkts prächtig gedeiht, während es das eigene Land und dessen Staat der Stagnation überantwortet, dass mithin die globale Einklinkung sich als nationale Abkoppelung bemerkbar macht, ist eine der Formen, in denen sich eine historische Grenze des Kapitalismus manifestiert. Ein Entwicklungsboom à la China ist in Ländern wie Deutschland mit Kapitalismus nicht mehr zu machen. Auf dem Wege der Industrialisierung lässt sich, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, stürmisch Mehrwert produzieren, realisieren und kapitalisieren, also Kapital akkumulieren – zumal wenn die Akkumulationskrise wie in China von der Staatspartei gleichsam kurzerhand »verboten« wird. Auch am Krieg lässt sich verdienen und nach ihm am Wiederaufbau, soweit dieser Profit abwirft. Doch in einer bereits hochentwickelten Gesellschaft geht das nur in engen Grenzen. Insofern hat der Begriff »Spätkapitalismus« doch seinen Sinn. Man muss ihn nur von der Assoziation befreien, er kündige das baldige Ende des Kapitalismus an. In Wirklichkeit vermag dieser so lange krisenhaft stagnieren, bis jene Grenze sich durch endogene oder exogene Anstöße verschiebt und neue Konjunkturen ermöglicht. Ein aktuelles Beispiel bieten die ökonomischen Folgen des Hurrikans »Katrina«. Es war, als überzöge die von Abgasen aufgeheizte Atmosphäre den Süden der USA mit der Verwüstung eines Kriegsgebietes der Dritten Welt. Obwohl das Haushaltsdefizit um Hunderte Milliarden Dollar zunehmen würde, spekulierte das Kapital prompt auf Wiederaufbau, und der Dollarkurs stieg. Innovationen wie der »CD-Player«, das »Handy«, die »Playstation« oder die elektronische

4 Ein Schritt auf einem endlosen Weg verdeutlicht das exemplarisch: Um mit Toyota und Honda konkurrieren zu können, wird Daimler-Chrysler in den USA mehr Roboter einsetzen. Diese können Werkzeuge binnen 42 Sekunden wechseln und sich auf andere Modelle umprogrammieren. Vier Modelle können so an ein und demselben Band montiert werden. Chrysler versucht, die Arbeitszeit pro Wagen von 35,85 Stunden 2004 auf unter 30 bis 2007 zu reduzieren. Toyota benötigt bereits jetzt nur 28 Arbeitsstunden, um in den USA ein Auto herzustellen. Bei gleichbleibender Arbeitszeit und Arbeitsintensität werden dadurch rund 15 Prozent der Arbeitsplätze bei Chrysler entbehrlich.

Kamera geben nicht viel mehr als konjunkturelle Strohfeuer her, zumal diese Güter ebenfalls entweder bereits in China hergestellt werden, dessen Ausfuhr bis zu einem Drittel aus elektronischen Produkten besteht, oder auf einer technologischen Basis erzeugt werden, die den Faktor lebendige Arbeit minimiert. »Insgesamt funktioniert hier der Kapitalismus nicht mehr in einer Weise, die der Bevölkerungsmehrheit die Teilhabe an den Entwicklungsmöglichkeiten gewährt. Alles spricht dafür, dass es sich nicht nur um eine Umstrukturierungskrise handelt, sondern um ein Problem, das durch alles Auf und Ab hindurch den Kapitalismus nicht mehr loslassen wird. [...] Die Dialektik von Nah- und Fernzielen wartet unter solchen Bedingungen mit einer Überraschung auf: Das Fernste ist das Nächstliegende. Um der Demokratie willen muss die Linke bestrebt sein, die Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie in die Legitimationskrise des Kapitalismus zu überführen. Weil – *noch!* – keine Alternative zum Kapitalismus im Ganzen in Sicht ist, wird die sozialistische Einbettung der vielen Lösungen, die in irgendeiner Weise den Kapitalismus im Einzelnen überschreiten, zur Tagesaufgabe. Alle Politik wird zunehmend zu Politik an der Grenze des Kapitalismus.« (Haug 2005) An Überschreitungen fehlt es nicht. Ein gemeinsamer ›sozialistischer‹ Horizont aber, in dem die einzelnen Projekte an Kraft und Richtung gewinnen würden, zeichnet sich erst undeutlich ab.

Literatur

- Berthold, Norbert, »Eine neue Beschäftigungspolitik. Warum Rot-Grün auf dem Arbeitsmarkt Schiffbruch erleiden musste«, in: *FAZ*, 17.9.05, 15
- Cox, Robert, »Global Perestrojka«, in: *Socialist Register*, 1992
- Fricke, Thomas, »Zeit für den Expertenwechsel«, in: *Financial Times Deutschland*, 25.9.05, 31
- Haug, Wolfgang Fritz, *High-Tech-Kapitalismus*, Hamburg 2003, 2. Aufl. 2005
- ders., »Arbeit im High-Tech-Kapitalismus«, in: *Das Argument*, 46. Jg., 2004, H. 3/4, 357-68
- ders., »Politik an den Grenzen des transnationalen High-Tech-Kapitalismus«, in: *Rote Revue – Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur*, 84. Jg., 2005, hgg. von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Sept.
- InkriT, *Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden*, hgg. v. Wolfgang Fritz Haug u. Frigga Haug, Berlin-Hamburg usw. 2002; im Internet mit einer Vorbemerkung von 2005 unter www.inkrit.org
- Noelle, Elisabeth, »Es fehlt das Vertrauen«, in: *FAZ*, 21.9.05, 12
- Saxe-Fernández, John, »Mexiko und die imperiale Präsidentschaft der USA«, in: *Das Argument* 260, 47. Jg., 2005, H. 2, 169-77
- Sotelo, Ignacio, »Alemania, sin alternativa a la vista«, in: *El País*, 2.9.05, 6
- Tobler, Werner, *Die mexikanische Revolution*, Frankfurt/M 1984
- Welter, Patrick, »Die Probleme sind größer geworden«, in: *FAZ*, 17.9.05, 16

Gerhard Schoenberner

Linkspartei – aus der Vorgeschichte eines Wahlerfolgs

Schon die bloße Ankündigung der Bildung einer Partei links der Sozialdemokratie, wie es sie in allen europäischen Nachbarländern gibt, löste Turbulenzen aus, als ginge es nicht um einen Schritt zur Normalisierung der politischen Landschaft, sondern um eine mittlere Staatskrise. Entsprechend panisch waren die Reaktionen. Ausgerechnet die etablierten Parteien warfen der Linken vor, ihre Wähler zu betrügen und ihnen unhaltbare Versprechungen zu machen, was große Enttäuschungen unvermeidlich mache, gerade so, als bestünde die Gefahr, dass Gysi und Lafontaine die nächste Regierung bilden würden. Statt sich mit ihrer Wahlplattform auseinanderzusetzen, beschränkte man sich darauf, die beiden Spitzenkandidaten persönlich herabzusetzen, und zwar unisono und mit den stets wortgleichen Formulierungen.

Eine besondere Rolle spielten die beiden Parteien der bisherigen Regierungskoalition. Die stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Ute Vogt forderte »Boykottiert Lafontaine« und riet ihren Genossen, sich nicht mit ihm in eine Talk Show zu setzen. Der Landesvorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern entdeckte plötzlich, dass sein Koalitionspartner PDS »immer noch die alte SED« sei. Und der frühere SPD-Geschäftsführer Olaf Scholz führte als Beweis für die inhaltliche Übereinstimmung von PDS und NPD die vehemente Ablehnung von Hartz IV an. Auf ähnlichem Niveau argumentieren Klaus Herpprecht (»Wie links ist diese Linkspartei?«, *Cicero* 9/2005) und Richard Schröder (»Oskars Ruhmestaten«, *Der Spiegel* 29/2005).

Die einigermaßen überproportionierte Empörung über Lafontaines »Fremdarbeiter«-Ausspruch sah die Grünen vorn, die sich von der neuen Konkurrenz offenbar am meisten bedroht fühlten. »Ausländerhetze eines Rechtspopulisten«, befand Volker Beck. Lafontaine bediene sich der »Sprache des Dritten Reiches«, um Wählerstimmen am rechten Rand zu mobilisieren, erklärte Claudia Roth. Von »Nazi-Jargon« sprach Christian Semmler in der *taz* und behauptete voreilig, die Nazis hätten dieses Kompositum erfunden. Es sei ihnen darum gegangen, die »Anders- und Minderwertigkeit ausländischer Arbeiter sprachlich zu fixieren«. Das Wort habe eine analoge Funktion zum Begriff »fremdrassig«. Es fehlt eigentlich nur noch die Schlussfolgerung, dieser Wortgebrauch sei in letzter Konsequenz ein Ja zur Gaskammer. Schützenhilfe kam von Brandenburgs Innenminister Schönbohm: Wenn Lafontaine so weiter mache, »könnte das ein Fall für den Verfassungsschutz werden«. Aber den Vogel schoss der Grünen-Chef Bütikofer ab. Lafontaine hatte in einer Rede wahrheitsgemäß erklärt, dass die auf Drängen der USA von der EU verhandelten Auflagen für den Iran weit über die Bestimmungen des Atomwaffensperrvertrages hinausgehen. Im Übrigen, hatte er hinzugefügt, wäre es schwer, selbst gegen eine iranische Atombombe etwas einzuwenden, solange Indien, Pakistan und auch Israel über sie verfügen. Bütikofer's Kommentar: Lafontaine habe ein

»Plädoyer für die iranische Atombombe« gehalten. Die Erwähnung Israels in diesem Zusammenhang sei »hart an der Grenze des erklärten Antisemitismus.«

Die Angst vor dem bekannten, bereits vor 150 Jahren in Europa umgehenden Gespenst, dessen Wiederauftauchen *Der Spiegel* eine eigene Titelgeschichte gewidmet hat, scheint beträchtlich. Die *FAZ* zeigte sich beunruhigt, dass »Oskar Lafontaine zur besten Sendezeit in der ARD interviewt wird« und Phönix »den Wahlparteitag der WASG stundenlang übertragen« hat, das sei Schleichwerbung. Die Parteien der »Neuen Mitte« aber betonten auf einmal wieder ihr linkes Profil und schrieben rasch ihre Wahlprogramme ein wenig um.

Wenn die neue Partei schon im Vorfeld derartige Reaktionen hervorbrachte, kann man damit rechnen, dass sie auch im Parlament die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen wird.



Ton Veerkamp
Der Gott der Liberalen
 Eine Kritik des Liberalismus
 312 Seiten, 14,90 € [D]
 ISBN 3-88619-470-1

Der Gott der Liberalen

Ton Veerkamp zeigt schlicht und mit Verve die Notwendigkeit auf, die aktuelle Not historisch deuten zu können. Er erzeugt grundlegende Kenntnisse auf enorm zugängliche Art. *Der Gott der Liberalen* ist eine Einführung in das historische Wissen unserer Gesellschaft, die auch für nicht-studierte interessierte Lesende erhellendes Vergnügen ist.

»Ungehemmt und ohne Skrupel erklären die bürgerlichen Wirtschaftseliten ihren Anspruch auf unangefochtene Führung. Ihnen haben sich Gesellschaft und Politik zu fügen. Eine Ordnung, die darauf beruht, dass einige die anderen arbeiten lassen können, aber nicht müssen, ist eine Gnadenordnung, keine Rechtsordnung.«

Eingängig und aktuell erzählt Veerkamp die Geschichte des Liberalismus, des Kapitalismus, des Bürgertums und der Produktionsverhältnisse samt den dazugehörigen Ideologien.



*Maulwürfe –
 denken statt schießen!*

Im Buchladen oder beim Argument-Versand: Reichenberger Straße 150
 10999 Berlin · Tel. 030/6113983 · Fax 030/6114270 · versand@argument.de

 Argument
 www.argument.de

Rick Wolff

Ökonomisches Fundament und fundamentalistische Religion

Bushs Wiederwahl und die Perspektive einer US-Linkspartei

Das *religiöse* Elend ist in einem der *Ausdruck* des wirklichen Elendes und in einem die *Protestation* gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das *Opium* des Volks.

(Karl Marx, *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung*, MEW 1, 378)

I.

Die Geschichte der us-amerikanischen Wirtschaft ist die Geschichte der stetig ansteigenden Ausbeutung von Arbeiterinnen und Arbeitern. Unter Ausbeutung verstehe ich gemäß Marx präziser Definition, dass die us-amerikanischen Arbeiterinnen für die Kapitalisten einen stetig wachsenden Überschuss (*surplus*) produziert haben. Der Graben zwischen dem von den Arbeitern geschaffenen Wert und den ausbezahlten Löhnen weitet sich ständig aus. Bis in die 1970er Jahre hinein war es ihnen aufgrund zunehmender Produktivität möglich, eine stetige Anhebung der Reallöhne durchzuführen. Allerdings wuchsen die Überschüsse schneller als die Löhne. Und angeeignet wurden diese Überschüsse von einer immer kleiner werdenden Zahl immer größer werdender Konzerne. Entsprechend konzentrierten die jeweiligen Topmanager und Shareholder dieser Konzerne den produktiven Reichtum und die politische Macht Amerikas in ihren Händen.¹ Um diese Entwicklung in Bezug auf die jüngst vergangenen Jahrzehnte zu illustrieren: Das *US Census Bureau* berichtet, dass sich der Anteil der oberen 20 % der us-amerikanischen Privathaushalte am aggregierten Nationaleinkommen zwischen 1980 und 2001 von 43,7 % auf 50,1 % vergrößert hat. Die obersten 5 % der us-amerikanischen Privathaushalte verfügten 1980 zusammen über 15,8 % des aggregierten Nationaleinkommens, 2001 lag dieser Anteil bei 22,4 %.

Historisch gesehen gewöhnte sich die us-amerikanische Arbeiterschaft an eine Wirtschaftsweise, in welcher der Anstieg der durchschnittlichen Reallöhne mit einer gleichzeitig wachsenden Ungleichheit nicht nur in Bezug auf die Verteilung der Vermögensbestände und der Einkommen, sondern auch in Bezug auf politische Macht und kulturelle Möglichkeiten korrelierte. Sie gelangte an einen Punkt, an

1 Die jüngsten Daten belegen, dass die vermögendsten 5 % der us-amerikanischen Familien zwei Drittel des gesamten Finanzvolumens besitzen und über 60 % des Reinvermögens der us-amerikanischen Volkswirtschaft verfügen. Vgl. das Datenmaterial, das Edward Wolff, der führende Experte in Fragen der us-amerikanischen Reichtumsverteilung, in seinen Arbeiten zusammengetragen hat: <http://www.levy.org>, 5.9.2005.

dem die Aussicht auf und die Erzielung von steigenden Reallöhnen als ausreichende Kompensation für schlechte Arbeitsbedingungen und die sich verstärkende Ausbeutung, was auch immer man davon verstand oder intuitiv fühlte, begriffen wurde. Der Grad der *absoluten* Konsumtion, die eine Arbeiterin erreichen konnte, entwickelte sich zu einer der wesentlichen Bemessungsgrundlagen des individuellen Selbstwertgefühls, einem Stützpfiler der Selbstachtung und des Eindrucks, zu den ›Gewinnern‹ zu gehören. Der aus der sich vertiefenden sozialen Ungleichheit resultierende *relative* Niedergang, der die Arbeiter tatsächlich eher auf die Seite der ›Verlierer‹ stellte, wurde auf diese Weise zumindest partiell verschleiert. Eine andersartige Kritik am ›materialistischen‹ Ansinnen der Lohnsteigerung kam aus der organisierten Religion, besonders von deren fundamentalistischem Flügel, wo man ein Verblässen der Religiosität unter den Arbeitern befürchtete.

Freilich gab es immer einige Akteure, die den auf ›Konsumtion im Austausch für Ausbeutung‹ hinauslaufenden ›Deal‹ ablehnten und die konsumbasierte Definition von Gewinnern und Verlierern in Frage stellten. Sie forderten stattdessen, dass die Arbeiterinnen die Verfügungsgewalt über ihre Produkte (oder zumindest einen Teil davon) erhielten. Ihnen sollte die reale Entscheidungsmacht über die Arbeitsbedingungen und die Verwendung der von ihnen produzierten Überschüsse zukommen. Solche Forderungen konnten jedoch in der us-amerikanischen Geschichte nur äußerst selten realisiert werden. Neben diesen Arbeitern gab es einige andere, die sich tatsächlich den religiösen Fundamentalismen anschlossen. Manche von ihnen taten dies, weil sie an der Ökonomie der steigenden Reallöhne nicht teilhaben konnten (hierzu zählen Land- und Agrararbeiter sowie Opfer rassischer, ethnischer und/oder geschlechtlicher Diskriminierung). Andere folgten der Kritik an den ›materialistischen‹ oder ›säkularen‹ Werten und begaben sich auf die Suche nach spirituellen ›Dimensionen‹ oder ›Trost‹. Gleichwohl konnte die Religion nicht gegenüber dem unbarmherzig steigenden Prozentsatz von Arbeitern bestehen, für die der Konsumismus das Ziel darstellte und steigende Reallöhne das Mittel zu seiner Erreichung.

Der ›Deal‹ umfasste, was die us-amerikanische Gesellschaft seinerzeit dominierte: Die Kapitalisten konnten mithilfe der Automation, der Beschleunigung des Arbeitsprozesses oder der Verlängerung der Wochen-, Jahres- oder Lebensarbeitszeit usw. usf. den Grad der Ausbeutung nach oben schrauben, solange nur gewährleistet blieb, dass die Arbeiter höhere Löhne verbuchen konnten. Nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die meisten Intellektuellen und Vertreter der Arbeiterbewegung verständigten sich über die Vernünftigkeit dieses ›Übereinkommens‹. Der Konsumismus konnte die us-amerikanischen ›Werte‹ dominieren, weil er als legitimierende Erklärung für kapitalistische Ausbeutung und soziale Ungleichheit funktionierte. Die meisten Professoren im Fachbereich Wirtschaftswissenschaft lehrten eine Theorie (die ›Neoklassik‹), die auf der Kernidee basiert, dass Arbeit an sich notwendigerweise abscheulich und beschwerlich ist – ein ›negativer Nutzen‹, der einzig und allein durch den ›Nutzen‹ Konsum kompensiert werden kann. Für die Gewerkschaften hatte die Erzielung höherer Löhne für ihre Mitglieder oberste Priorität, und häufig billigten sozialistische und kommunistische Organisatoren

diese Priorität. Für viele dienten die steigenden Reallöhne als ›Beweis‹ für den ›Erfolg‹ des us-amerikanischen Kapitalismus und/oder sie maßen den ›Erfolg‹ der Arbeiter- und anderen linken Bewegungen an der Erreichung steigender Löhne.

II.

Der konsumorientierte ›Deal‹ wurde in den 1970er Jahren durch eine grundlegende Kehrtwende innerhalb des us-amerikanischen Kapitalismus beendet. Die Ausbeutung setzte ihre historische Aufwärtsbewegung fort, jedoch kam der Anstieg der Reallöhne zum Stillstand. Der Rest dieses Aufsatzes setzt sich zum einen mit der Frage auseinander, wie und warum dies geschah. Vor allem aber nimmt er die tiefgreifenden sozialen Konsequenzen in den Blick, die aus dem Ende des ›Deals‹ resultierten.

Die Genesung der anderen kapitalistischen Ökonomien von den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges hatte mittlerweile die Nachkriegsprofitabilität des us-amerikanischen Kapitalismus unterminiert. Die Kapitalisten reagierten auf diese Entwicklung mit einer Verlagerung der Produktion ins Ausland, wo höhere Profite realisiert werden konnten. Um die an Washington abgeführten Steuern zu mindern, verschärfen sie ihre Attacken auf die sogenannte ›Verschwendung und Ineffizienz‹ des Staates. Das Feigenblatt, das erforderlich war, um die Steuersenkungen für die Großkonzerne und die reichsten Familien zu verhüllen, bestand aus gleichzeitigen, weit geringer ausfallenden Steuersenkungen zugunsten der mittleren und niedrigeren Einkommen. Die so verringerten Staatseinnahmen führten zu einem Niedergang der öffentlichen Dienstleistungen und zum Ende der seit der Großen Depression bemerkenswerten Zunahme der öffentlichen Beschäftigung. Neue Mitglieder der lohnabhängigen Arbeiterschaft in den USA – junge Menschen und Migrantinnen – sahen sich nun gezwungen, ein Beschäftigungsverhältnis in der Privatwirtschaft zu finden. Die wachsende Zahl der Jobsuchenden überstieg die Zahl der Jobangebote.

So begann in den 1970er Jahren der lange Abwärtstrend der Reallöhne, der seither die us-amerikanische Geschichte geprägt hat. Den Gewerkschaften mangelte es an Kraft, diesen Trend aufzuhalten, geschweige denn ihn umzukehren. Kapitalisten, die bis dahin den Wohlfahrtsstaat mitgetragen hatten, reagierten auf ihre geschmälernten Profite mit einem Schwenk nach rechts. Zudem verschwand mit dem Zusammenbruch der sowjetischen Alternative ein Grund für die Besorgnis, dass sinkende Löhne und Sozialleistungen die Kapitalismuskritiker beflügeln würden. Es bestand, wie es das Bush-Umfeld ausdrückte, keine Notwendigkeit mehr, ›die Linke bei Laune zu halten‹.

III.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter reagierten auf zwei dramatische Weisen. Auf der einen Seite steigerten sie die individuelle und familiäre Haushaltsverschuldung bis zu einem Grad, der bis dahin in den USA und überall auf der Welt unbekannt gewesen war. Die Gesamtsumme der privaten Haushaltsverschuldung in den USA – gemessen als Anteil am Bruttosozialprodukt – wuchs von unter 50 % im Jahr 1982 auf 85 % im Jahr 2002.

Mithilfe der Schuldenaufnahme gelang es den Arbeiterinnen, die Auswirkungen der sinkenden Reallöhne und der eingeschränkten öffentlichen Dienstleistungen auf ihren Lebensstandard partiell aufzuwiegen. Auf der anderen Seite ließen die Arbeiterhaushalte eine höhere Anzahl von Familienangehörigen (Frauen, ältere und junge Angehörige sowie erwachsene Männer) eine längere Arbeitszeit in nicht selten mehreren Jobs ableisten. So hat der Internationale Währungsfond berechnet, dass die durchschnittliche Pro-Kopf-Stundenzahl der Arbeiter in den USA um 19 % angestiegen ist, während sie im gleichen Zeitraum in Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien um 11 % bzw. 19 %, 23 % und 18 % sank.

Mit Verschuldung und Arbeitsstress traten weitere Bedrückungen ins Leben der arbeitenden Bevölkerung. In den Familien kamen die wachsenden Spannungen durch eine Zunahme der Scheidungs- und Trennungsraten zum Ausdruck. Es gibt eine große Anzahl an Belegen dafür, dass zwischenmenschliche Konflikte, Entfremdung, Formen des (emotionalen, physischen und sexuellen) Missbrauchs sowie Gewaltanwendung seither angestiegen sind – zwischen Lebenspartnern, Eltern und Kindern, Erwachsenen und älteren Familienmitgliedern. Depressionen, dysfunktionale Familien (traditionelle wie ›alternative‹) sowie die Abhängigkeit von illegalen oder legalen Drogen wurden in Filmen, Fernsehsendungen, Büchern und Zeitungen als die neue ›Normalität‹ der us-amerikanischen Kultur beschrieben. Männliche und weibliche Arbeiter sahen sich nun gezwungen, neue Formen des familiären Zusammenlebens, der zwischenmenschlichen Beziehungen und der sexuellen Verbindungen zu finden oder zu erschaffen (und damit einhergehend: neue Religionen oder neue Auslegungen der alten Religionen, die diese spirituell bekräftigen würden).

Je länger die Trends der Reallohnsenkung, der Verschuldung und der Einschnitte in die staatlichen Dienstleistungen fort dauern, umso mehr schlagen sie sich bei den Arbeiterinnen in der Form von düsteren und bitteren Zukunftserwartungen nieder. Gleichzeitig brachten die gleichen Trends ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre hochschießende Gewinne und damit eine neue historische Spekulationsblase hervor, die zu einer weiteren Zunahme der Vermögens- und Einkommensungleichheiten in den Vereinigten Staaten führte. Die Börseneuphorie aus der zweiten Hälfte der 1990er Jahre (Allen Greenspans ›New Economy‹) nährte die Hoffnung einiger Arbeiter, dass die Spekulationsgewinne irgendwie zu *Trickle-down*-Effekten führen würden, die letzten Endes ihre angewachsene Belastung lindern könnten, aber das Platzen der Spekulationsblase Anfang 2000 vernichtete auch diese Hoffnungen.

IV.

Arbeiterinnen und Arbeiter, für die der Konsumismus und mit ihm ein angemessenes Selbstwertgefühl außer Reichweite geriet, deren Familienleben zerfiel oder von Zerfall bedroht wurde und die keine andere gesellschaftliche Einrichtung vorfanden, die ihren Fall aufzuhalten vermocht hätte, wandten sich den Kirchen als ihrer letzten und aussichtsreichsten Hoffnung zu. In den stärker fundamentalistisch ausgerichteten Kirchen fanden sie – richtungsübergreifend – eine aktive Protestbewegung

gegen vieles, was ihnen an die Nieren ging. Die Lebensverhältnisse der Lohnarbeitenden lösten sich auf. Die Kirchen verschrieben sich einer Wiederherstellung der traditionellen Familien(-werte) und zugleich einer heftigen, alttestamentarisch anmutenden Wut auf Abtreibung, Homosexualität, den Karrierismus von Frauen, die allzu laxe Kindererziehung, die multikulturelle Erziehung und die sexuelle Freizügigkeit. All diese Dinge wurden zu den Hauptfeinden ›der‹ Familie und den zentralen Bedrohungen für die alte Lebensqualität der Arbeiterinnen (die ›gute alte Zeit‹) stilisiert.

Um das neue Publikum der verzweifelnden Arbeiter für die aktive Mitarbeit zu gewinnen, erweiterten die Kirchen ihre Achse des Bösen. Sie zapften ein lang zurückreichendes Ressentiment der us-amerikanischen Arbeiter an und intensivierten ihre Angriffe auf die Akademiker und die Intellektuellen an Ost- und Westküste. Diese wurden als Menschen dargestellt, denen es an jeder Form eines mitfühlenden Verständnisses für die ›wirklich arbeitenden Amerikaner‹ mangelte; man zeichnete das Zerrbild eines Küstenintellektuellen, der jene Arbeiter von oben herab behandelt, sie lächerlich macht und sie letzten Endes genauso hasst wie die gesamte christliche Religion, die traditionelle Familie usw. usf. Diese Anti-Arbeiter-und-Anti-Fundamentalisten-Snobs hatten sich, so die Darstellung, der Medien bemächtigt, die in der Folge ihre ›Werte‹ bewarben und nicht diejenigen der ›wirklichen Amerikaner‹. Anstelle der Unternehmer und Politiker, die die Löhne und die öffentlichen Dienstleistungen beschnitten, nahmen die Feinde der Arbeiterinnen so die Gestalt von ›liberalen‹, urbanen, übergebildeten, verweichlichten, elitären Snobs an, die sich ihrer Kontrolle über die Medien bedienten, um das arbeitende und christliche Amerika als rückständig, borniert und ungebildet zu attackieren.

Sich selbst präsentierten die fundamentalistischen Kirchen im Gegenzug als führende gesellschaftliche Kraft, die fähig war, alles das wiederherzustellen, was Amerika verloren hatte. Das beinhaltete zunächst die Mobilisierung von Arbeitern in fundamentalistisch angeführten sozialen Kampagnen auf kommunaler Ebene – z.B. gegen Abtreibung (als ›Feind der Familie‹), für die väterliche Autorität, für die Wiedereinführung von Schulgebeten (›Rückkehr Gottes in das Leben unserer Kinder‹), für Eingriffe in die schulischen Lehrpläne zur ›Wiederherstellung der traditionellen Familienwerte, der Gemeinschaftlichkeit und der Religion‹. Ferner gab es kirchlich getragene Picknicks, Sonntagsschulen und kommunale Projekte zur ›Wiederherstellung des familiären Beisammenseins‹. In einem zweiten Schritt stellte man diese Kampagnen auf eine breitere und einheitlichere Grundlage, so dass sie eine organisierte Massenbasis für die Republikanische Partei schaffen konnten und eine direkte Einflussnahme auf die Parteipolitik ermöglichten. In einem dritten Schritt unterstützte man sie dabei, die politische Vorherrschaft zu gewinnen, während der (vorerst) letzte Schritt schließlich darin bestand, die eigentliche, von den gewählten Republikanerinnen verfolgte Politik mitzugestalten, vom Präsidentenamt bis zu den Lokalregierungen. Demokraten, die sich den fundamentalistischen Kirchen und ihrem Programm widersetzen, wurden als ›liberals‹, d.h. als im weitesten Sinne ›Linke‹ verunglimpft. Nicht von Interesse war für die Fundamentalisten eine

Unterscheidung zwischen ›liberals‹ und ›radicals‹. Ganz im Gegenteil: Ihre Ziele liefen darin zusammen, alle Nicht-Fundamentalisten in den Topf eines einzigen hassenswerten ›Anderen‹ zu werfen.

Eine wachsende Zahl verzweifelter Arbeiterinnen fand in den Kirchen eine Form von Gemeinschaft. Hier waren sie willkommen, hier sprach man mitfühlend über den Druck und die Schwierigkeiten in ihren Lebensumständen und in ihren Familien, hier mobilisierte man sie im Rahmen von pro-republikanischen Kampagnen, die als eine Art Heilmittel dienten. Zugegeben, die Republikaner hatten den Arbeitern wenig anzubieten, was ihre ökonomische Situation gebessert hätte (wenig mehr als Lobeshymnen auf ›harte Arbeit‹ und das Gerede von der ›Eigentümergeellschaft‹ sowie der ›Rückgabe der Steuern an das Volk‹). Ihre Steuernachlässe hatten lediglich Symbolwertcharakter, da sie niemals zu einer Verbesserung der sozialen Situation beitrugen. Tatsächlich versprachen sie eine solche nicht einmal. Mit der Ausnahme von Pat Buchanan, der hierfür marginalisiert wurde, vermieden die Republikaner es stattdessen, die großen Konzerne ernsthaft zu kritisieren.

V.

Aber die Bush-Republikaner veranstalteten eine riesige Selbstinszenierungsshow, in der sie sich als die Verfechter der fundamentalistischen Religion darstellten. Hierin lag der Kern des geschickten Bündnisses. Die Fundamentalisten organisierten die Massenzustimmung für das neoliberale Ziel der Republikaner, die Vermächnisse des *New Deal* (die Arbeiterschutzgesetze, der Wohlfahrtsstaat und die staatliche Wirtschaftsregulierung, etc.) rückgängig zu machen. Im Gegenzug entwickelten die Bush-Republikaner selbst eine fundamentalistische Agenda: Begrenzung oder Abschaffung von Abtreibung, gleichgeschlechtlichen Ehen und homosexuellen Bürgerfreiheiten sowie Förderung von Schulgebeten, religiös zensierten Lehrplänen und der Sexualabstinenz von Teenagern. Ferner erleichterten die Republikaner die staatliche Subventionierung von fundamentalistischen (und anderen) Kirchen in der Form von glaubensbasierten Substituten staatlicher Sozialprogramme, die Unterstützung von religiösen Schulen und andere Verwässerungen der Trennung von Staat und Religion.

Ein enger Bündnispartner der fundamentalistischen Religion ist dieser Tage der militante Nationalismus (die in den USA hierfür bevorzugte Bezeichnung heißt ›Patriotismus‹). Die wiederholten Bemerkungen Bushs und anderer über die ›Kreuzzüge von Gut gegen Böse‹ in Afghanistan und im Irak verknüpfen Gott und Krieg auf eine klassische Art und Weise. Das Bedürfnis der verzweifelten Arbeiter nach ›kick-ass‹-Erlebnissen und Vergeltungsschlägen gegen zumindest einen Teil ihrer Bedrücker bringt sie zu einer Art emphatischer Unterstützung der Truppen, hoher Militärs und einer Regierung, die ›hart bleibt‹. Ähnlich bilden die *US Patriot Acts* so mächtige Bollwerke gegen die äußere Bedrohung, dass sie auch gegen den wehleidigen Einwand bestehen können, dass damit die inneren Bürgerfreiheiten bedenklich eingeschränkt werden. Ganz allgemein erfordern Kriege in aller Regel,

dass beide Seiten das ›gute‹ *Wir* in die Welt posaunen, das einem ›schlechten‹ *Sie* gegenübersteht. Vor diesem Hintergrund lässt sich Bushs Wahlmantra erläutern, dem zufolge ›wir‹ die Bewahrer der Moralität und ›unserer‹ Religion gegen die Unmoral, den Terror(ismus) und ›deren‹ Religion sind, die unsere bedrohe.

In den Präsidentschaftswahlen von 2004 positionierten sich Bush und die Republikaner als die Garanten der fundamentalistischen Religion und des militärischen Nationalismus. Sie gerierten sich im Verhältnis zu den Demokraten als die besseren Christen und als Bollwerk gegen die terroristischen Ausländer. Somit waren sie auf der Seite der einzigen übriggebliebenen zivilgesellschaftlichen Institutionen, an die sich die verzweifelten Arbeiterinnen in ihrer Suche nach Trost, Ablenkung und einem positiven Sinngefühl, dem Gefühl, eher zu den ›Gewinnern‹ als zu den ›Verlierern‹ zu gehören, wenden konnten.

Angesichts der langen Geschichte von Bushs Finanzverbindungen und seiner politischen Steigbügelhalter hätte man ihn als den Alliierten und Diener der großen Konzerne ansehen können, der in seiner ersten Amtszeit viele Arbeiter in ihre finanzielle und persönliche Sackgasse getrieben hat. Und tatsächlich sahen ihn viele Arbeiter genau in diesem Licht. Sie gaben der gestiegenen Bush-Antipathie in den Monaten vor dem November 2004 ihren Rückhalt. Ausschlaggebend war nichtsdestotrotz die – im Vergleich zu vorangegangenen Wahlen – größere Zahl von Arbeitern, die den ›wiedergeborenen‹ Bush stattdessen als einen glaubwürdigen Förderer und Träger des religiösen Fundamentalismus sahen, an den sie sich geklammert hatten. Die republikanische Wahlpropaganda kultivierte diese Sichtweise, während die Demokraten – und besonders John Kerry – diejenigen traditionellen Vorschläge für geringe soziale Erleichterungen in Umlauf brachten, an die eine Vielzahl von Arbeiterinnen längst nicht mehr glaubt.

VI.

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen war trotz allem knapp. In den Staaten Arizona und Nevada entschied sich eine Mehrheit für Bush, gleichzeitig aber votierte sie auch für plebiszitäre Initiativen wie die Erhöhung der Mindestlöhne in diesen Staaten. Die Tatsache, dass so viele Arbeiterinnen sich (noch) nicht dem religiösen Fundamentalismus zugewandt haben, sollte den Demokraten und ihren traditionellen Verbündeten eine Lehre und ein Ansporn sein, eine alternative soziale Bewegung ins Leben zu rufen – eine Bewegung, die sich auf materielle Lösungen für die Probleme der Arbeiter konzentriert (die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Umschichtung der Steuerbelastung weg von den Arbeitern, Arbeitsplatzsicherheit, die Kontrolle der Arbeiter über die Unternehmensentscheidungen, staatlich subventionierte Sozialprogramme etc.).

Die Demokraten müssen diese materiellen Lösungsansätze auch in explizit moralischer Form vortragen – als Fragestellungen mit Grundsatzwertcharakter. Hierfür gibt es zwei Gründe. *Erstens* kann eine solche moralisch gespeiste Kampagne die rigide und exklusive republikanische Gleichsetzung von religiösem Fundamentalismus mit

den guten Werten untergraben. *Zweitens* würde sie den verzweifelten Arbeiterinnen die Möglichkeit eines alternativen moralischen Kreuzzuges eröffnen, an den sich ihre Hoffnung auf eine positive Veränderung heften könnte. Beides könnte zudem nicht nur alternative Zielsetzungen, sondern auch andere Feindbestimmungen mit sich bringen – so zum Beispiel die Macht der Konzerne, ihr riesiger Reichtum und ihre demokratisch nicht legitimierte Macht sowie ihr skandalöser Betrug an den Arbeitern, der diese oft in die Verzweiflung geschleudert hat. Die Demokraten könnten die Republikaner als die Verbündeten jener Kräfte brandmarken. Sie könnten den religiösen Fundamentalismus als den Schleier enttarnen, mit dem die Republikaner den Arbeitern eine kostenlose ›spirituelle‹ Kompensation für ihr Elend offerieren, anstatt ihnen die reale, materielle Unterstützung zukommen zu lassen, derer sie so dringend bedürfen. Sie könnten eine auf Arbeit basierte Gegenmoral in Stellung bringen – am Arbeitsplatz, aber nicht nur dort, sondern auch zuhause. Eine solche Moral könnte die anständige Entlohnung aller Formen von Arbeit beinhalten, die Schaffung eines Systems der betrieblichen Mitbestimmung, die verstärkte Besteuerung der Konzerne und der reichsten 20 % der Privathaushalte, die Schaffung von Gemeinschaftlichkeit um die gemeinsamen Sozialprogramme, die von diesen verlagerten Steuern finanziert würden.

Die Demokraten könnten allerdings auch zu dem Schluss kommen, dass es ein zu gefährliches Unterfangen ist, die eigenen Unterstützer aus der Konzernwelt durch einen Schritt in diese Richtung zu verschrecken. Sie könnten auch davor zurückschrecken, die religiösen Fundamentalisten zu ›verprellen‹. Sie könnten schlicht den bisher eingeschlagenen Kurs beibehalten und damit den eigenen Niedergang fortsetzen. Hierdurch würden sie ein gutes Abbild der us-amerikanischen Gewerkschaften sein, die aus den gleichen Gründen schon seit langem im Niedergang begriffen sind – und zwar zu einem großen Teil deshalb, weil sie nicht willens waren, ihre Ausrichtung zu ändern.

Die Demokraten könnten durchaus dabei versagen, die richtigen Schlüsse aus den Wahlen von 2004 und der ihnen zugrunde liegenden Geschichte zu ziehen. Dann könnte vielleicht endlich der historische Moment für die neue politische Partei gekommen sein, deren Fehlen schon so lange eine genuin demokratische Politik in den Vereinigten Staaten verhindert hat. Die Aussicht auf einen Bush-Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 2004 sorgte für eine – verglichen mit den letzten Jahren – verstärkte politische Aktivität im Mitte-Links-Spektrum und eine erhöhte Partizipation an der traditionellen Basis der Demokratischen Partei. In einer weiteren dialektischen Wendung könnte die zweite Amtsperiode George W. Bushs die Linke für eine wirkliche Wiedergeburt mobilisieren. Ihr Ausdruck könnte in einer neuen politischen Organisation bestehen, die sich eher auf die Frage der ökonomischen und sozialen Gleichheit als auf das Konsumniveau, eher auf die säkulare Verständigung als auf das religiöse Sektierertum, eher auf einen friedlichen Internationalismus als auf Krieg und eher auf eine Globalisierung der ausgeglichenen Entwicklung als auf die neoliberale Ungleichheitspolitik konzentriert.

Aus dem Amerikanischen von Ingar Solty

Ingar Solty

Eine Linkspartei für die USA?

Bemerkungen zu Rick Wolff

I.

»Der Kapitalismus«, so John Maynard Keynes, »ist der außergewöhnliche Glaube, dass die übelsten Leute aus den übelsten Gründen irgendwie für das Gemeinwohl von uns allen handeln werden.« Jedoch so außergewöhnlich dieser Glaube an die Universalisierbarkeit des kapitalistischen Partikularismus scheint, so triumphierend scheint er im Zuge der globalen neoliberalen Schwächung der Linken. Bis zum Niedergang der umfassenden gesellschaftspolitischen Visionen zugunsten des ökonomischen Totalitarismus, seien diese nun bürgerlich-liberaler, agrarisch-kleinbürgerlich-konservativer oder proletarisch-sozialdemokratischer Herkunft, pflegte man in der moralischen, die gesellschaftlichen Strukturen personalisierenden Rhetorik des konservativen Antikapitalismus jenen Partikularismus noch als »Klassenegoismus« zu geißeln. Heute jedoch neigt dieser wieder dazu, unter dem universalistischen Deckmantel der gesellschaftlichen Verhandlung einer entpolitisierten und als technokratisch verstandenen »Marktwirtschaft«, die es »zukunftsfähig zu machen« gilt, zu verschwinden, als sei sie ein Geschöpf der besten Idee und nicht der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Gleichzeitig verstärkt sich aber in Ermangelung der alten Kraft des »Sozialismus im Kapitalismus« (Eduard Heimann) auf der einen Seite, der die an sich barbarische kapitalistische Produktionsweise in einen stets krisenhaft bleibenden, jedoch zumindest temporär stabilen und auch materielle Konzessionen gewährenden gesellschaftlichen Regulationszusammenhang zwang, und der konsequenten Internationalisierung des Staates auf der anderen Seite die fundamentale Krisenhaftigkeit und Widersprüchlichkeit des global entfesselten Kapitalismus. In Europa treffen diese Widersprüche auf eine Klasse von Lohnabhängigen, die aus den unterschiedlichsten historischen Gründen – Faschismus, konservativer Wohlfahrtsstaat, konsumkapitalistische Individualisierung, etc. – annähernd so fragmentiert ist, wie es die USA schon lange vorweg genommen haben: Zu dem Zeitpunkt, da Klassenbewusstsein für die Verteidigung der sozialen Errungenschaften am dringlichsten ist, fehlt es weitgehend, und das Gespenst der rechtsradikalen Barbarisierung steht drohend am Horizont.

Die heutigen Abstiegsängste der im Fordismus noch in die sogenannte Mittelschicht und deren Ideologie aufgestiegenen Teile der Arbeiterklasse finden zusammen mit den Resten des institutionalisierten Klassenbewusstseins dennoch einen Ausdruck in der politischen Sphäre, welcher diese Ängste aufgreift und ihnen eine Stimme verleiht: Dieser alles in allem defensiv-orientierte »Linkspopulismus« füllt das Vakuum, das die traditionelle Sozialdemokratie nach ihrer neoliberalen Transformation hinterlassen hat. Die historische Chance besteht in der Realisierung der gramscianischen, quasi

sozialkonstruktivistischen Erkenntnis, der zufolge der Sozialismus auch »Organisation« ist, d.h. dass die politische Kultur nicht bloß die Widerspiegelung einer objektiven Klassenlage ist, sondern dass eine politische Organisation sich auch in die Lage versetzt sehen kann, sich die politische Sphäre zu nutze machen zu müssen, um ein tiefergehendes Bewusstsein des eigenen Klasseninteresses ›quasi von oben‹ erst zu generieren und hierdurch das diskursive Umfeld zu schaffen, in das die zu konstituierende soziale Bewegung hineinzustoßen vermag. Es sei dahingestellt, ob es sich dabei um ein bewusstes Manöver oder um »List der Geschichte« handelt. Tatsache ist, dass sich die gegenwärtigen Formen des auf die Bewahrung des »Sozialstaates« gerichteten Linkspopulismus in Deutschland und den USA sehr ähneln, sich dabei allerdings auf unterschiedliche politische Strategien und Institutionen stützen. Diese Differenz lässt sich aus der unterschiedlichen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in beiden Ländern verstehen. Die realexistierenden Linksparteien in den USA und in Deutschland, die *Democratic* (und nicht etwa die *Green*) *Party* und die *Linke. PDS*, sind somit als »historische Fundsachen« zu betrachten, die verschiedene strategische Vorgehensweisen erfordern.

II.

Tatsächlich besteht eine verblüffende Ähnlichkeit in der linkspopulistischen Rhetorik, mit der Howard Dean 2004 und Oskar Lafontaine 2005 versucht haben, der Klassenfragmentierung eine neue Form der Klassenpolitik entgegenzusetzen; auch ihre davon herrührenden »Skandale« ähnelten sich. Wie bei Lafontaines »Fremdarbeiter«-Äußerungen war der Skandal vorprogrammiert, als Howard Dean in einem im *Des Moines Register* veröffentlichten Interview verlauten ließ, dass er »immer noch der Kandidat für die Typen mit Konföderiertenfahnen sein« wolle. Und während Lafontaine im *SZ*-Interview an die Adresse (nicht nur) seiner linkspuristischen Kritiker, die über seine Publikationstätigkeit für die *Bild*-Zeitung mäkelten, weitergab, dass er »diese Kritik nie akzeptiert habe. Das sind Leute, die Gramsci nicht gelesen haben«, rechtfertigte sich Dean für seinen »rassistischen Ausrutscher«, indem er sich bestrebt zeigte, eine neue Identität der Arbeiterklasse auf Grundlage der gegen die »Wertefrage« gerichteten sozialen Frage zu stiften: »Bei uns gibt es im Süden weiße Familien, die für die Steuersenkungen für das reichste eine Prozent der Bevölkerung stimmen, während ihre Kinder weiter ohne Gesundheitsfürsorge bleiben. Die arbeitenden Leute durch die Rasse zu trennen, ist in den letzten drei Jahrzehnten einer der Eckpfeiler der Republikanerpolitik gewesen [...]. Der einzige Weg, George Bush zu schlagen, ist, dass die weißen und die afroamerikanischen Arbeiterfamilien der Südstaaten sich zusammen unter dem Demokratischen Dach versammeln, so wie sie es unter Roosevelt getan haben.« Und: »Weiße Südstaatenleute, die *Pickup-Trucks* mit Aufklebern der Konföderiertenfahne am Heck fahren, sollten für uns und nicht für die Republikaner stimmen, denn ihre Kinder haben ebenfalls keine Gesundheitsversicherung und ihre Kinder brauchen ebenfalls bessere Schulen.«

Mit den von ihm geforderten und propagierten Maßnahmen steuerfinanzierter öffentlicher Beschäftigungsprogramme und Infrastrukturinvestitionen fand sich Dean freilich weit links von der Mainstream-Position seiner eigenen Partei wieder,

wobei diese ihm mit der Unterstützung des neoliberalen Sozialabbaus und der Zustimmung zu Bushs »War on Terror« sowie des Irakkriegs im Grunde bereits zuvor genügend Anlässe gegeben hatte, seinen »Prinzipien« folgend, die eigene Partei zu verlassen. Selbst für das, was für Lafontaine die *Hartz-Gesetze* waren, hatten Clintons *New Democrats* mit dem systematischen Einstieg in ein System der Zwangsarbeit, der *Temporary Assistance for Needy Families-Gesetzgebung*, gesorgt. Aber ungeachtet all dessen organisierte sich Dean, der durch eine der Medienkampagne gegen Oskar Lafontaine vergleichbaren Intervention zu Fall gebracht wurde, nicht in einer der unzähligen linken Drittparteien, die seit dem Niedergang der amerikanischen KP nach 1940 alle für das Scheitern des linken Radikalismus in den USA stehen, das daraus resultiert, dass das amerikanische *first-past-the-post*-Wahlrecht linken Parteien schon auf regionaler Ebene den Erfolg so gut wie unmöglich macht, da die Wahl für eine Drittpartei nie auch nur annähernd mit einer dem Wählerzuspruch proportional entsprechenden parlamentarischen Vertretung belohnt wird, von der aus diese Partei in einem nächsten Schritt beginnen könnte, sich zu einem ernstzunehmenden Machtfaktor zu entwickeln. Diese Zentrismus-Tendenz verschlimmert sich noch dadurch, dass jede Stimme für eine Drittpartei ins Potenzial der realexistierenden Linkspartei schneidet und damit dem politischen Gegner dient.

III.

Nun ist die deutsche Linkspartei in den Bundestag eingezogen, während Dean in der Demokratischen Partei aus anderen Gründen zwar scheiterte, aber eben nicht in dem Maße wie sein linker Gegenkandidat Ralph Nader, der 2000 zusammen mit den Richtern des Obersten Gerichtshofes de facto Bush ins Amt gehievt hat, da sein Stimmenanteil in Florida und anderswo Gores Niederlage besiegelte. Das Wahlrecht machte jede Stimme für den faktischen Linkssektierer zu einer Stimme für Bushs neokonservatives Projekt, anders als in Deutschland, wo ein Stimmanteil über 5 Prozent zu einer annähernd proportionalen Vertretung führt. Trotz der massiven Kampagnen gegen die Linkspartei, die sich gelegentlich mit der Nichtfinanzierbarkeit ihres Steuermodells, häufiger aber noch mit dem »Luxusleben« eines ihrer Spitzenkandidaten, dessen verruchtem »Schmuddelkinder-Rechtsradikalismus« oder seiner und Gysis »Fahnenflucht« beschäftigten, wird die Linkspartei in den nächsten vier Jahren als viertstärkste Partei im deutschen Parlament sitzen und von dort die Tribüne des Parlaments nutzen, den sozialen Protest von oben zu organisieren und zu koordinieren. Einen politischen Erfolg hat sie bereits jetzt schon erzielt: Die »neoliberale Einheitspartei« ist rhetorisch binnen kürzester Zeit unerwartet weit nach links gerückt und hat etwa mit der wahltaktischen Debatte über Lohnerhöhungen zur Ankurbelung der Binnennachfrage gegen ihren Willen das diskursive Feld für eine Bruchstelle in der *pensée unique* geöffnet und Keimformen einer postneoliberalen Konstellation freigesetzt.

In den kommenden Monaten und Jahren wird sich entscheiden, ob die durch Schröders Politik erzwungene und von Lafontaine angestoßene Vereinigung der deutschen Linken tatsächlich gelungen sein wird; einer Linken, die dabei freilich nicht ihr »Endziel des demokratischen Sozialismus« über Bord werfen darf. Erst dann lässt sich tatsächlich von einer europäischen Normalisierung Deutschlands sprechen, in der die Sozialdemokratie von einer sozialen Partei zu ihrer Linken unter Druck gesetzt werden kann.

Das Mehrheitswahlrecht der USA zusammen mit dem immer noch immens höheren Grad der Klassenfragmentierung und einer eigentümlichen rechten kulturellen Hegemonie, mit der auf die zivilgesellschaftlichen Desintegrationsprozesse reagiert wird, macht dort den Erfolg einer entsprechenden Politik mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit unmöglich. Die wirkliche »Arbeiterbewegung« in den USA ist heute die christlich-fundamentalistische Volksbewegung von rechts unten. Die Widersprüche im gegenwärtigen Kapitalismus der Vereinigten Staaten – infrastrukturelle Finanzkrise, Deklassierung der größeren Hälfte der Mittelklasse im Neoliberalismus, »imperial overstretch« etc. – könnten nach einer Niederlage dieser Bewegung einen sozial progressiven Ausdruck bekommen, sollte es gelingen, die soziale Frage gegenüber der kulturellen »Wertefrage« nach fast 40 Jahren wieder ins Zentrum der politischen Debatte zu rücken. Doch die Geschichte der Vereinigten Staaten nach 1953, dem Höhepunkt der organisierten Arbeiterklasse in den USA, zeigt, dass die größten Erfolge auf »nicht-sektiererische« Art und Weise in und durch die Demokratische Partei hindurch erzielt wurden. Nach dem Untergang der relativ starken Socialist Party in den 1920ern und der CPUSA gegen Anfang der 40er Jahre sind vor dem Hintergrund des amerikanischen Wahlsystems die mehr als ein Dutzend »sozialistischen«, »kommunistischen« »sozialdemokratischen« und »Arbeiterparteien« in den USA als sektiererisch zu bezeichnen.

Freilich macht die Demokratische Partei heute nicht den Eindruck, als könne sie wieder zur Speerspitze der organisierten amerikanischen Arbeiterbewegung werden, schon weil diese im Rahmen des amerikanischen Systems der Kampagnenfinanzierung eine immer geringere Rolle spielt. Doch gibt es für sie bei Strafe ihres eigenen Untergangs keine Alternative. Bill Clinton gewann die Wahlen seinerzeit mit der berühmten Einsicht »It s the economy, stupid!«, die er als »good ole guy from Arkansas« glaubwürdig zu vertreten in der Lage war, handelte hiernach aber gemäß der Kräfteverhältnisse in den us-amerikanischen Staatsapparaten genau gegenteilig, weshalb das kurze Demokratische Interlude ein rasches, lediglich durch den Wirtschaftsaufschwung von 1996 verzögertes Ende fand. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse stehen für eine Linkswende der Demokratischen Partei also denkbar schlecht. Nichtsdestotrotz gibt es zu einer langfristig geplanten Organisation der Linken innerhalb der Demokratischen Partei keine Alternative. Nach der Tragödie des gescheiterten Generalstreiks von 1894 und dem Scheitern der Socialist Party und der CPUSA am Anfang des 20. Jahrhunderts kam die Farce der Freedom Socialist Party und anderer vergleichbarer Trauergestalten. Könnte es nach der Farce etwas anderes geben als das absurde Theater einer Drittparteigründung ohne Finanzmittel und ohne organisierte Klassenbasis inmitten einer rechten kulturellen Hegemonie?

Moshe Zuckermann

Die Larmoyanz des bestohlenen Kosaken

Israels Rückzug aus dem Gazastreifen

Israel zieht sich aus dem Gazastreifen zurück. Das in diesem okkupierten Territorium jahrzehntelang erbaute jüdische Siedlungswerk ist geräumt und aufgelöst worden. Das sagt sich einfacher als es ist; es herrscht in Israel alles andere als ein Konsens über den Räumungsakt, allenfalls ist man sich über seine immense politische Tragweite für alle Teile der israelischen Politlandschaft einig. Denn sollte sich die Entkopplung von Gaza im Nachhinein als Startzeichen für einen im Gesamtrückzug aus den besetzten Gebieten kulminierenden Prozess erweisen, manifestiert sich in ihr zweifelsohne eine dramatische historische Wende: Würde sie doch nichts weniger als die materielle Aufhebung einer der folgenschwersten Auswirkungen des 1967er Krieges bedeuten, mithin die tendenzielle Beseitigung eines der härtesten Kernprobleme im israelisch-palästinensischen Konflikt. Dass dem so sei, ist freilich mitnichten ausgemacht. Nicht von ungefähr ließ Ariel Sharon, Israels Premierminister und Initiator des unilateral beschlossenen Rückzugs, verlauten, aus der Entscheidung über Gaza sei nicht auf die Zukunft der Westbank zu schließen; augenzwinkernd hieß es zudem aus dem Kreis seiner Vertrauten, Gaza habe man aufgegeben, um für viele Jahre Ruhe im Westjordanland genießen zu können. In der Tat mag man sich wundern, wieso gerade Ariel Sharon, der über Jahrzehnte handlungsmächtigste und verbissenste Förderer des Siedlungswerks und Politidol der Siedler, die gravierende Entscheidung des Abzugs getroffen hat, eine Entscheidung, die nicht nur seine Position in der eigenen Partei zutiefst erschütterte, sondern letztlich seine gesamte politische Zukunft aufs Spiel gesetzt haben dürfte. Zum übelst geschmähten Hassobjekt der Siedler, die ihn nur noch als Verräter anzusehen vermögen, ist er ohnehin bereits avanciert.

Die Antwort darauf ist nicht eindeutig. Eine zentrale Rolle dürften in diesem Kontext die auf die Einhaltung der »Road Map« bedachten USA gespielt haben. Dass sie dabei einen Kurs betreiben, den viele Israelis als den »israelischen Interessen« entgegengesetzt deuten, hat einmal mehr erwiesen, dass die sogenannte »traditionelle Israelfreundschaft« der USA eben nur unter gewissen realpolitischen Bedingungen zu sichern ist. Sie hält sich in konventionellen Bahnen, solange die israelische Politik in Einklang mit den us-amerikanischen geopolitischen Interessen in der Region des Nahen Ostens betrieben wird – jede Abweichung von diesem Interessenkurs lässt die Israelis für gewöhnlich sehr bald spüren, wie die wirklichen Machtverhältnisse im Rahmen dieser »Freundschaft« strukturiert sind. Condoleezza Rice ließ bei ihrem letzten Israelbesuch nicht den geringsten Zweifel daran. Eine andere Erklärung für Sharons »Wende« liegt in der oben anvisierten Möglichkeit, dass die für Israel unter sicherheitsmäßigen, ökonomischen und

politischen Gesichtspunkten ohnehin absurde jüdische Besiedlung Gazas für die Rettung des großen, eigentlich relevanten Teils des Siedlungswerks geopfert wurde. Der Gaza-Abzug als Garant der Fortsetzung, gar der Erweiterung des Siedlungswerks im Westjordanland. Nicht ganz auszuschließen ist allerdings, dass Sharon, der brutale Militärmensch und machtbesessene, skrupellose Politiker, der er in seiner langen Laufbahn immer war, »altersweise« geläutert und den Zwängen der Realpolitik auf der Höhe seiner Machtkarriere unumgebar ausgesetzt, tatsächlich zum Schluss gelangt ist, dass Israel mittel- und langfristig nicht gut eine jüdische Mehrheit im zionistischen Staat erhalten könne, wenn es die mit der Okkupation objektiv festgeschriebene »demographische Zeitbombe«, wie sie in Israel nicht ohne rassistischen Unterton genannt wird, weiterhin ticken lässt; dass er mithin die sich daraus ableitende Konsequenz gezogen hat, die Großisrael-Ideologie endgültig aufzugeben und einen generellen Rückzug aus den besetzten Gebieten einzuläuten. Möglicherweise möchte er auch mit der Aura des staatsmännischen Friedensbringers in die Geschichte eingehen. Zu fragen bleibt dann freilich: *what took him so long?* Warum bedurfte es über dreißig Jahre, um zu dieser Einsicht zu gelangen, dreißig Jahre, in denen gerade er, Sharon, maßgeblich an der Schaffung, Förderung, Expansion und Stabilisierung des kolonisatorischen Unglücks und der Besatzungsbarbarei beteiligt war? Dies mag hier jedoch unerörtert bleiben.

Wenn sich aber mit dem Abzug aus Gaza eventuell ein Flügelschlag der Geschichte ankündigt, so darf man sich auch an die Gedichtworte eines bedeutenden israelischen Poeten erinnern, denen zufolge selbst im Verlauf des erhabensten Moments der Durchquerung des Roten Meeres beim Exodus aus Ägypten unter Moses Führung der israelitische Einzelmensch das Keuchen des Mannes hinter ihm gehört und den Schweiß auf dem Rücken des Mannes vor ihm erblickt habe. Trotz – oder vielleicht gerade angesichts – der Tatsache, dass der Räumungsakt einigermaßen glimpflich, mitunter relativ gewaltfrei verlief (die einzige mörderische Gewalt ging von einem jüdischen Terroristen aus, der vier Palästinenser erschoss), wurde in Israel in den beiden Haupttagen der Räumung der Siedler viel geweint, großes Leid beklagt und tiefe Pein durchlebt. Das wundert nicht: Übersiedlung, Emigration und Transfer von Bevölkerung sind nie leicht, mögen mithin tiefe seelische Wunden, gar Traumata hinterlassen. Und in der Tat durchschwemmte eine Welle solidarischer Empathie und pathosgefüllten Mitleids einen Großteil der israelischen Bevölkerung, die – auf die schnellstmögliche »nationale Versöhnung« aus – tagelang tränenden Auges vorm Fernseher saß und sich in kollektiv prästabiliertem Mitgefühl übte. Die Print- vor allem aber die elektronischen Massenmedien kamen dem obsessiven Verlangen nach Befriedigung des nationalen Solidaritätsbedürfnisses bereitwillig nach. Und spätestens an dieser Stelle trat der Ideologiecharakter der Selbstdarstellung der Siedler und ihrer öffentlichen Rezeption während der Räumungstage zutage. Besonders prekär nimmt sich dabei die Haltung aus, die man im Hebräischen »das Wehklagen des bestohlenen Kosaken« nennt: Die Kosaken waren über lange Zeit an Pogromen gegen Juden im zaristischen Russland maßgeblich beteiligt; die Larmoyanz des bestohlenen Kosaken ist zum Sinnbild

selbstmitleidiger Unverschämtheit geworden, der gegenüber man tunlichst keine Empathie entwickeln soll. Das zeternde Wehgeschrei, dass sie, die Kolonialisten, die den Palästinensern über Jahrzehnte die Hölle bereitet haben, nun »aus ihren Häusern« vertrieben werden; dass sie, die billige palästinensische Arbeitskräfte ausgebeutet haben und an ihnen reich geworden sind, sich nunmehr als enteignet gerieren; dass sie, die als kleine Minorität unbegreiflich große Anteile der Wasservorkommen und des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens im Gazastreifen usurpiert und die daraus resultierende Leiderfahrung der Araber nie reflektiert haben, nun zu »Opfern« geworden sind; dass sie, die alles, was liberal-linkes Denken zu verteidigen sucht (Menschenrechte und Demokratie z.B.), durch ihr schieres Dasein zertreten und verlacht haben, plötzlich in ihrem politischen Kampf lauthals einklagen – dieses aus all den aufgezählten und sehr viel mehr unaufgezählten Gründen unerträglich sich ausnehmende Wehgeschrei bedarf rigoroser Kritik. Es muss seines Ideologiecharakters und übelster Bigotterie überführt werden.

Dabei darf freilich nicht ausgeblendet werden, dass das Siedlungswerk mitnichten im luftleeren Raum entstanden ist, die Siedler mitunter nicht ohne staatlich garantierte Rückendeckung gehandelt haben. Ja, die Ursünde dessen, was jetzt im großen Drama der bestohlenen Kosaken unterzugehen droht, liegt nicht so sehr bei der ideologischen Verblendung der Siedler (die an sich freilich schon arg genug ist), sondern in der seit Mitte der 1970er Jahre von *allen* israelischen Regierungen goutierten und tatkräftig geförderten Siedlungsaktivität, die durchaus als nationale Politik verstanden und über viele Jahrzehnte betrieben wurde. Die im Epilog von Brechts *Dreigroschenoper* rigoros gestellte Frage, was schon der Einbruch in eine Bank sei gemessen an der schieren Gründung der Bank, zeichnet sich durch ihren paradigmatischen Charakter aus. Aufgrund einer gewohnt instrumentellen Mentalität der »Problemlösung« – die dem amerikanischen Begriff ›trouble shooting‹ innewohnende Aggression indiziert die vorbewusst-ohnmächtig gespeicherte Gewissheit, dass letztlich kein Problem wirklich gelöst werde – beschäftigt man sich, den verlorenen Groschen im Laternenlicht suchend, mit dem Offensichtlichen und Selbstverständlichen. Um herauszufinden, was das »Problem« – mehr noch: das »gesellschaftliche Problem« – sei, muss man aber (zuweilen) bei ›Adam und Eva‹ ansetzen. Ein Leichtes ist es freilich nicht. Wer hat schon die Lust, Kraft und Ausdauer, bis auf ›Adam und Eva‹ zurückzugehen, wenn die Probleme »brandaktuell« sind? Die Tragikomik aktueller Praxis: Was ist schon das »Brandneue« am partikularen Problem gemessen an der gesamtzivilisatorischen Brandstiftung? Nicht von ungefähr berufen sich viele Siedler zwar nicht auf Bertolt Brecht, dafür aber auf Ariel Sharon: mit Fug und Recht behaupten sie, nicht zuletzt er und seinesgleichen hätten sie nach Gaza geschickt. Nicht zuletzt deshalb gilt er ihnen heute als Verräter im Wortsinne – Verräter an seiner eigenen Ideologie, Verräter an ihnen, den Vollstreckern dieser Ideologie.

Und weil dieser »Verrat« zur propagandistischen Diskursbasis der Siedler erhoben wurde, griffen Teile von ihnen zum ideologisch Extremsten der Manipulation. Als im Januar 2005 Siedler aus dem Gazastreifen sich bei einer ihrer Protestaktionen gegen die von der israelischen Regierung beschlossene Räumung ihres Siedlungsgebiets

einen orangenen (die Farbe dieses Gebiets symbolisierenden) Judenstern an ihre Kleidung hefteten, sich teilweise auch nicht entblödeten, dem Stern einen Streifen mit dem Akronym DP (Displaced Person) beizufügen, war klar, dass es sich zwar um eine wohlorchestrierte Politikampagne, zugleich aber auch um die Ausreizung des wohl allerempfindlichsten Punktes israelischer Kollektivneuralgien handelte. Nicht dass die Instrumentalisierung der Shoah-Erinnerung der israelischen politischen Kultur fremd wäre; ganz im Gegenteil haben sich ihre rechten Träger seit Jahrzehnten gerade darin besonders effektiv geübt. Während aber die ideologische Manipulation der Gedenkkodierungen in der Vergangenheit stets gegen Israelgegner und -feinde in der arabischen Welt und in Europa, die Selbstviktimisierung »Israels« mithin ›nach außen‹ gerichtet war, vereinnahmte die Politaktion diesmal das Grauen jüdischer Erfahrung im 20. Jahrhundert für ›nach innen‹ gesteuerte Zwecke. Zwar haben Siedler israelische Soldaten und Grenzschutzpolizisten öfter schon im Eifer kleiner, gleichwohl medienwirksamer Räumungsgefechte als »Nazis« und »SS« beschimpft, aber eine solche bewusst eingesetzte Taktik, eine derart sich gegen die Regierung richtende, mithin sich von der Staatsräson rigoros absetzende Kampagne, bei der die Selbststilisierung als Opfer die »Regierungstäter« unverkennbar in den historischen Vergleich mit den Nazis und die Siedler selbst in den mit entwurzelten Shoah-Überlebenden katapultierte, war neu. Der öffentliche Aufschrei gegen derlei Gleichsetzungen ließ denn auch nicht lange auf sich warten; die Kampagne wurde einige Tage nach ihrem Start wieder eingestellt – nicht zuletzt freilich deshalb, weil ihre Initiatoren das deutliche Gefühl hatten, die erwünschte Wirkung öffentlicher Aufmerksamkeit erzielt zu haben.

Was aber im Vorfeld aufflammte, um wieder zurückgenommen zu werden, loderte dann in den Tagen der realen Räumung mit umso größerer Impertinenz auf. Die heteronome Vereinnahmung des Shoah-Gedenkens durch die Siedler nahm solche Ausmaße an, dass sich selbst Yad Vashem veranlasst sah, die Instrumentalisierung der Katastrophe des jüdischen Volkes für politische Zwecke öffentlich anzuprangern. Was soll man auch zu derlei Ungehörigkeiten sagen? Wer den Auszug seiner Kinder aus dem Haus in den besetzten Gebieten ins Kernland Israel mit der Situation des Kindes mit den erhobenen Händen im Warschauer Ghetto vergleicht und inszeniert, darf Mitgefühl lediglich im Hinblick auf seinen totalen Realitätsverlust beanspruchen (mithin aber auch einer spezifisch jüdischen Form der Shoah-Verleugnung bezichtigt werden). Das gilt nun für alle messianisch-religiösen Fundamentalisten in Israel, letztlich aber für das gesamte Siedlungswerk in den besetzten Gebieten. Nimmt man s aber ganz genau: für Israels staatsoffiziell fortgesetzte Politik seit 1967. Was ist schon der Einbruch in eine Bank gemessen an der schieren Gründung der Bank?

José María Ripalda

Habermas und Europa¹

Habermas vor dem französischen Referendum getane Äußerungen über den europäischen Verfassungsentwurf haben einen Rekord an Kommentaren ausgelöst, die eine vierstellige Zahl erreichen dürften. Daniel Cohn-Bendit, Günter Grass oder Wolf Biermann sind in analoger Position kaum wahrgenommen worden. Auch das »Ja« Virilios und sogar Antonio Negris hatte keine vergleichbare Wirkung. Über Habermas zu sprechen, heißt also auch, über ein Medienphänomen zu sprechen. Er ist *der* Repräsentant der klassischen Linken im ›Mainstream‹ der europäischen Politik, und als solcher ist er bereits mehrfach vor den spanischen Institutionen aufgetreten.

Nach dem französischen und holländischen Nein hat Habermas nun versucht, der Niederlage, die auch seine war, eine positive oder, wie er sagte, »produktive« Wendung zu geben (»Europa ist uns über die Köpfe hinweggerollt«, SZ, 6.6.2005). Seinen linken Kritikern, darunter auf spanischer Seite Paco Fernández Buey, bescheinigt er »ein illusionäres Vertrauen in die Leistungsfähigkeit eines Nationalstaats«. In der Tat könnte es sein, dass die neoklassischen Staats-Politiken im Postfordismus weniger wirksam sind als die Verbindung von ›just-in-time‹-Produktion und Bankkredit, v.a. wenn wie in Spanien der Boden selbst, d.h. die Bauindustrie, das größte und sicherste Geschäft geworden ist. Der Staat erlebt schwere Zeiten, er muss an allzu vielen Fronten präsent sein, seine Legitimität ist nicht mehr selbstverständlich. Anzunehmen jedoch, eine europäische Autorität könne ihn wirksamer ersetzen, ist eine These, die etwas mehr verlangt als Glaube, Hoffnung, Liebe. Ist nicht gerade das Überleben der Nationalstaaten vorauszusehen, allerdings als europäischer Club von Bürokraten und Entscheidungsträgern, die in noch weiterer Ferne von den ohnehin schon problematischen Repräsentations- und Kontrollmechanismen »unserer« Demokratien agieren werden? D.h. in unmittelbarer Nähe der Lobby und damit demokratischer Kontrolle umso ferner? Die Neoliberalen können mit den Verträgen von Nizza »gut leben«, wie Habermas meint; aber die neue Verfassung kann leicht zu ihrer entscheidenden Panzerung werden. Einige Spanier werden sich noch daran erinnern, wie man uns sagte: Entweder diese Verfassung oder das Militär. Die Szene wiederholt sich. Wir müssen anscheinend damit zufrieden sein, dass man uns wenigstens die ›Grundrechte‹ zugesteht. Aber die Furcht, der Vorhang könne über dem Szenario der Demokratie fallen, ist nicht grundlos. Habermas weiß genau, dass diese Verfassung *zugleich* ein Vertrag wäre. Ist es ›demokratisch‹, dass Regierungen einen Vertrag über das Leben ihrer Bürger abschließen?

1 Die spanische Fassung erscheint in *mientras tanto* (Barcelona).

Habermas sagt ja, auch wenn dies nicht das klassische Vorgehen ist, um zu Verfassungen zu kommen. Die Anerkennung der Grundrechte in Europa ist ihm zufolge eine Tatsache, die keiner Legitimierung durch einen »revolutionären Akt« bedarf, sondern einer sich »im Laufe von Jahrzehnten« geltend machenden Konvergenz entspringt. Freilich gibt es kein Recht, das nicht in Kämpfen, oft blutigen, in die Welt gekommen wäre. In Deutschland ist es so, dass die Siegermächte ein Grundgesetz aufdrückten, das die Rechte (gegen eine mögliche ›Volksrepublik‹) garantierte, das aber bis heute kein Recht hat, sich Verfassung zu nennen. Der wahrhaft politische Prozess, der sie im geeigneten Moment – dem der Wiedervereinigung von 1989 – hätte produzieren sollen, wurde verhindert. Auch im Fall Europa räumt Habermas ein, dass es die Politiker sind, nicht die Bürger, die den Prozess im »bequemen bürokratischen Modus einer Einigung von oben« vorangetrieben haben, um ihn nicht »durch ein polarisierendes Thema« zu gefährden (nach Habermas fehlte es den Politikern lediglich an Klarheit und ›timing‹). Die Ablehnung des Projekts schreibt er »Verteilungskonflikten« zwischen den Staaten sowie den »Nationalstaatlern« zu. »Die Politiker hatten ihre Gründe, der öffentlichen Diskussion über das Ziel der europäischen Einigung aus dem Wege zu gehen. Jetzt kehrt ihnen das bockige Wahlvolk den Dreck, den sie seit Jahrzehnten unter den Teppich gekehrt haben, vor die eigene Tür.« Es ist schon gewagt, die Ablehnung nur Verteilungskonflikten und nationalstaatlicher Raison zuzuschreiben. Es dürfte etwas mehr als bloß halsstarriger Nationalismus eine Rolle spielen. Zunächst einmal, wenn es die Grundrechte sind, worum es bei einer Verfassung geht, wird dann die Politik jenseits der Verfassung liegen oder sogar eine Privatangelegenheit der Regierenden sein, wie es, nach Habermas, im Falle des europäischen Verfassungsentwurfs geschehen ist? Wenn »Bürger«-Sein sich auf diese Anerkennung von Grundrechten beschränkt, wird die Verfassung zu etwas, das eingeräumt wird, im Stile der Magna Charta des Johann ohne Land, oder der Konzession von Individualrechten, die den nordamerikanischen Indianern gewährt wurden, wobei man gleichzeitig die Grundlagen ihrer eigenen Organisation zerstörte. Wenn die Staatsbürger nicht auch politische Protagonisten sind, reduzieren sich die Grundrechte auf gewisse Garantien gegenüber dem Staat. Und wenn den ›Staatsbürgern‹ eine eigentliche politische Persönlichkeit fehlt, kann es leicht geschehen, dass der Staat selbst die ihnen zukommenden ›Rechte‹ definiert, die in letzter Instanz, wie Voltaire gesehen hat, sich eher auf Ausnahmen beziffern oder nur Gültigkeit haben, wie Carl Schmitt gelehrt hat, solange die Dinge »gut gehen«. Das Vorspiel zu den schrecklichen Kriegen, die den Kontinent verwüstet haben, könnte, mehr als mit dem Fehlen eines Vertrags, mit der von Bismarck verkörperten autoritären Konstitution der Gesellschaft zu tun haben, die noch immer ihren bedrohlichen Schatten auf das europäische Projekt wirft.

Da man nun den Leuten in einem Land die Möglichkeit der Abstimmung eingeräumt hat – ein Minimalrecht, höchst manipulationsträchtig und selbst so noch keineswegs bindend –, hätte man »ein transparentes Gerüst von Grundnormen« gebraucht statt eines unlesbaren »Gestrüpps«, dem die »Perspektive« fehlt, der Zweck. Ich meine, dass die entschiedenste Opposition in der Linken gerade von

denjenigen ausgeht, die sich durch dieses »Gestrüpp« hindurchgekämpft haben und sich davon nicht haben irre machen lassen. Was die »Perspektive« betrifft, das »Worumwillen des Einigungsprozesses«, so korrigiert Habermas die Politiker und versucht die Leerstelle auszufüllen: die Sicherung eines »wachstumsfördernden Wettbewerbs«. Noch immer habe ich mich nicht von dem Schrecken erholt, den mir dieses große politische Prinzip für Europa eingejagt hat. Natürlich, so Habermas, würde es uns erlauben, die »Globalisierung« zu steuern und sowohl den »bürokratischen Wohlfahrtsstaat« wie den »Wettbewerbsradikalismus« zu überwinden. Europa würde so »die Kraft gewinnen, um auf das internationale Wirtschaftsregime einzuwirken«. Das Regime – wie übel klingt es manch einem von uns noch in den Ohren! D.h. eine Übung in ethischem Voluntarismus wird die kapitalistische Globalisierung mit ihren eigenen Waffen schlagen: auf der Grundlage von Wachstum und Konkurrenzfähigkeit. Worin unterscheidet sich dieses Links-Sein von den Prinzipien des reinen Neoliberalismus? In der Überzeugungskraft der guten Absichten?

In solchen Aussagen glaube ich Habermas tiefen politischen Pessimismus zu erkennen, der mir allerdings durch einen entgegengesetzten Optimismus unwiderlegbar scheint. Mit den Mitteln einer klassischen deutschen Bildung, die sich (auch im Schulsystem) durch ihren Versuch auszeichnete, der alltäglichen Wirklichkeit auszuweichen, versucht er sich dem Weltsystem überzuordnen und ihm – wie durch Osmose – seine eigene Noblesse mitzuteilen. Der Rückgriff auf eine abstrakte Ethik der Prinzipien und Rechte fügt sich der Politik als deren begriffliche Definition an, die sich fähig glaubt, der Wirklichkeit tatsächlich Herr zu werden. Es ist ein Rückgang auf Kant ohne dessen Aporien, in Wirklichkeit eine Hinwendung zur Aufklärung, die nicht verstanden hat, warum die deutschen Idealisten und deren Nachkommen glaubten, gerade mit ihr sich so viel Mühe geben zu müssen. Habermas situiert sich im »Mainstream« des guten Willens als Rechtfertigung der »Realpolitik«. Dass Europa die nordamerikanische Vorherrschaft kompensieren solle (hier weniger explizit als in anderen Beiträgen) – schon darin zeigt sich die willige Ignoranz hinsichtlich der Rolle der USA im Plan selbst der europäischen Union, wobei Brüssel als das trojanische Pferd des nordamerikanischen Kapitalismus fungiert. Im übrigen sehe ich keine Motive, warum Europa sich den Vereinigten Staaten überlegen fühlen sollte. Ich erinnere mich noch, als Felipe González sich darüber aufregte, dass man den PSOE mit der SPD oder die UGT mit der IG Metall verglich, bevor er selbst, Partei und Gewerkschaft dem Vergleich offensichtlich nicht mehr standhielten.

Der letzte Teil des Artikels enthält m.E. den höchsten Ausdruck dieser aufgeklärten Ethik (die mir eine verzweifelte zu sein scheint). Dort spricht er den Wunsch aus, eine europäische Demokratie müsse »kosmopolitische Vorstellungen für eine andere internationale Ordnung zur Geltung bringen«. Wiederum Kant – der Globalisierung als deren gute Seite übergeordnet mit dem Anspruch, aus der »»global governance« eine handfeste Weltinnenpolitik zu machen«. Auch in diesem Teil, nachdem im ersten etwas um den heißen Brei herumgeredet wurde, gibt Habermas zu, dass es beim französischen und holländischen Nein weniger um eine Absage an

die Europäische Union als vielmehr um einen Protest gegen die Marginalisierung der Bürger in diesem Prozess geht, d.h. gegen das »oppositionslose Regime von Brüssel« (wie Habermas mit exquisiter politischer Korrektheit formuliert). Allerdings sei das Nein zwar legitim, aber illusorisch, weil es keine Alternative gibt, und es sei naturgemäß auch nicht in der Lage, etwas Positives vorzuschlagen. Hier hakt Habermas mit seinen Vorschlägen ein. Der erste besteht darin, aus der kosmopolitischen »Weltinnenpolitik« den hauptsächlichen Inhalt der nächsten Wahlen in Deutschland zu machen, obwohl er annimmt, dass sie damit nicht gewonnen werden können. Es geht also darum, ausgehend von der Politik einen ethischen Diskurs zu führen und in dem für die öffentliche Meinung entscheidenden Moment, dem der Wahlen, die Verantwortung aller für das, was in der Welt geschieht, hervorzuheben. Zweifellos bewegen sich die großen deutschen und europäischen Unternehmen bereits auf Weltniveau, wie ihre ausgezeichneten Bilanzen zeigen, während Europa und v.a. seine Staaten in die Armut abgleiten. Werden die Politiker etwas ändern können an einer öffentlichen Meinung, die im Zynismus des Konsums, wenn nicht in dem des bloßen Überlebens, versinkt?

Der starke Punkt der politischen Interventionen Habermas scheint mir immer im Bezug auf sein deutsches Vaterland zu liegen. Es sind Vorstellungen, die den politischen Diskurs aus dem Schwanken zwischen Zynismus und Scheinheiligkeit herausholen sollen, obwohl ich fürchte, dass er sich entweder in gute Absichten verflüchtigt oder an der Mauer der harten herrschenden Wirklichkeit zerschellt. Praktischer und ehrgeiziger scheint mir der Vorschlag, die Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitiken der Mitgliedsstaaten zu harmonisieren – eine Forderung, die ja den Anhängern des Nein entnommen wurde. Genau darauf käme es an, vorausgesetzt, diese Politiken werden nicht nach neoliberalen Vorschriften entkräftet. (Brüssel hat der Stadt Madrid mit einem Gerichtsverfahren gedroht, weil sie Bauunternehmen mit festem Personal gegenüber solchen mit Zeitarbeitern den Vorzug gibt, denn das verstoße gegen die freie Konkurrenz, obwohl die konservative Regionalregierung vernünftigerweise anführt, dass feste Arbeitsplätze die Unfallquote senken und die Effizienz steigern.) Auch in diesem Vorschlag zur Harmonisierung fällt sogleich der asymptotische Gradualismus Kants auf, jenes endlose »Schritt für Schritt«; vor allem aber sieht der Vorschlag die Beschränkung auf einen Kern von Staaten innerhalb der Union selbst vor, sowie die Möglichkeit unterschiedlicher sozialer Modelle unter Berücksichtigung des »Willens der Unionsbürger«, von dem ich weder erkennen kann, wie er in dem Kontext wieder auftaucht, noch mit welcher Wirkung. Freilich geht es auch hier um eher vage Vorstellungen – ist doch das Europa der »zwei Geschwindigkeiten« keineswegs eine eindeutige Angelegenheit, trotz Habermas Hoffnungen auf ihre ansteckende Wirksamkeit –, deren praktische Reichweite mehr technisch diskutiert werden muss.

Was für mich von dieser Diskussion bleibt, ist vor allem ihr symptomatischer Charakter für eine Linke, die, sich für klüger haltend als die Planer dieser gigantischen Rekonversion der europäischen Demokratie, sich ihr anschließt mit dem Anspruch sie zu hegemonisieren, wie Antonio Negri – und *das* scheint mir »illusorisch« –,

oder aber sich dem Triumphzug anschließt in der Einbildung, hier höre man auf eine Stimme, die zunächst versucht hat, jeder Spur von Verdacht über sie vorzubeugen. Immer ist das gemeine Volk verdächtig gewesen! Nur dass diese Linke nie Pöbel gewesen ist, sondern Elite, zuerst der Revolution, dann der Evolution.

Damit will ich nicht unbedingt die Position von Habermas charakterisieren, für den ich großen intellektuellen Respekt hege. In Wirklichkeit hat sein theoretischer Kosmopolitismus einen sehr lokalen Zug, der außerhalb Deutschlands schwer auszumachen ist. Die Angst vor Positionen, die sich vom stabilen Zentrum entfernen, ist bezeichnend fürs politische Spektrum in Deutschland, das ein schlecht integriertes und in wachsenden Schwierigkeiten begriffenes Land ist; aber diese Schwierigkeiten heben sich ab vor dem Hintergrund der Erfahrung des NS und des deutsch-russischen Kommunismus, außerdem der Gefahr des Kalten Krieges, der jahrzehntelang die Nation geteilt hat (ohne hier das heiklere Thema der Konsolidierung einer postnazistischen führenden Klasse unter Kontrolle der USA anschneiden zu wollen). So erklärt sich auch Habermas' überaus kritische Reaktion auf die Studentenrevolte – die er später nuancierte – und die Kriminalisierung von Ausdrücken wie »radikal« – ein klassisches Attribut der republikanischen Tradition – und »extremistisch«, die aus dieser Zeit herrührt. Genau dieser lokale Zug macht Habermas' Positionen zu Exponenten des politischen »Mainstream« und mithin zu einem medialen Exportprodukt. Obwohl man ihn unentwegt der Frankfurter Schule zurechnet, stieß er doch philosophisch ausgebildet zu ihr auf der Grundlage einer anderen Erfahrung, und es waren Gadamer und Löwith, die ihn zum Professor machten. Nie hat er sich auf Adornos und Horkheimers radikale Aufklärungskritik eingelassen; er stand auf Adornos Seite im sogenannten »Positivismusstreit«, jener Methodendiskussion mit der angelsächsischen Soziologie, für die seine logische Ausbildung bei Oskar Becker von Hilfe war, während sein anderer Lehrer – Erich Rothacker – eine mehr »akademische« klassische deutsche Tradition vermittelte. Gerade das mimetische Verhältnis zur angelsächsischen Kultur, die im besiegten Deutschland eine große Rolle spielte und immer noch spielt, machte den Positivismusstreit zu einem Meilenstein in der »Modernisierung« des akademischen Lebens in Deutschland. Alle diese Elemente trugen dazu bei, Habermas eine zentrale Rolle als ideologischer Integrator in der deutschen Gesellschaft und, als Reflex ihrer Macht, in deren Einflussbereich zu geben.

Wenn Europa mit dem weisen und einfühlsamen Habermas »kosmopolitisch« sein will, wird es zuerst seinen offensichtlichen Eurozentrismus überwinden und lernen müssen, auch auf andere Weisen zu denken. Was die »Linke« betrifft, so wird sie sich noch etwas anderes einfallen lassen müssen als die Rückkehr zu den Prinzipien der Aufklärung, mit denen die Inhaber des heutigen neuen »Ancien Régime« ihren Aufstieg rechtfertigten. Es ist ihre Unfähigkeit dazu, die die Linke nicht nur verurteilt, sondern auch eine theoretische und praktische Ablösung verlangt, die diese Linke selbst zu verhindern beiträgt.

Aus dem Spanischen von Peter Jehle

Jerry Harris

Drei ökonomische Erfolgsgeschichten: China, Indien und Brasilien*

Die Entwicklung Chinas, Brasiliens und Indiens zu bedeutenden globalen Mächten schlägt politische Wellen in Europa und den USA. Sie treten selbstbewusster in transnationalen Institutionen wie der Welthandelsorganisation (WTO) auf und ihr ökonomisches Gewicht hat globale Auswirkungen. Der Aufstieg von China und Indien, so die Zuspitzung der *Financial Times*, »kündigt eine Neubildung der ökonomischen und politischen Weltordnung an, deren Bedeutung vergleichbar ist mit der industriellen Revolution oder dem ihr folgenden Aufstieg der USA« (FT Editorial 2003). An der Integration Chinas, Indiens und Brasiliens in den Weltmarkt lässt sich ihr Aufstieg zu mächtigen modernen Volkswirtschaften ablesen. Doch damit entstehen Spannungen zwischen national orientierten Klasseninteressen und den Anforderungen der transnational organisierten Akkumulation. Das alte, mit dem industriellen Kapitalismus entstandene internationale System hatte seine Basis im Aufbau nationaler Märkte, dem Export ins Ausland, der staatlichen Wirtschaftsförderung, einem Gesellschaftsvertrag mit der Arbeiterklasse und der Ausweitung der Macht über die Dritte Welt zugunsten eigener nationaler Monopole. Das Modell globaler Akkumulation beruht auf grenzüberschreitenden Fusionen, Direktinvestitionen im Ausland, transnationalen Fließbändern, globaler Segmentierung der Arbeiter, freiem Kapitalfluss und multilateralen Institutionen, die gemeinsame Regeln für Handel, Geldwirtschaft und Investitionen entwickeln. Dieses System basiert auf der Revolution der Informationstechnologie, die die Produktionsmittel verändert und die Reorganisation des Kapitals auf einer qualitativ stärker integrierten Stufe ermöglicht hat.

Jedes Land tritt in einen Prozess der Umgestaltung von Sozialstruktur und Institutionen ein, dieser ist zugleich durch die je spezifische Geschichte und Kultur bedingt. Daher ist die Einbindung in den Weltmarkt durch ungleiche Entwicklungen bestimmt. Dieser Prozess ist in China, Brasilien und Indien im Gange, nicht ohne Auswirkungen auf die internen Klassenkämpfe und die jeweilige Stellung in der Weltordnung. Obwohl alle drei Länder politisch von sozialistischer Ideologie oder staatlich geführter Ökonomie geprägt sind, verfolgen sie keine Politik der Importsubstitutionen und großen staatlich protektionierten Unternehmen mehr, wie sie seit der Bandung Ära und während der 1970er Jahre in der Dritten Welt üblich waren. Auch wenn ihre nationalistischen Traditionen Auswirkungen auf die gegenwärtigen Veränderungen haben, ist heute die staatlich gesteuerte Entwicklung an globale, mit transnationalem Kapital verknüpfte Produktionsketten gekoppelt.

* Ergänztes und gekürztes Fassungs des Beitrags »Emerging Third World Powers: China, India and Brazil«, erschienen in: *Race & Class*, 46. Jg., 2005, H. 3, 7-27

Dabei handelt es sich nicht um eine Kompradoren-Unterwerfung¹ unter den Imperialismus, sondern um eine Entwicklungsstrategie, die von der neuen politischen und wirtschaftlichen Elite der transnationalen Kapitalistenklasse vorangetrieben wird. China, Indien und Brasilien zielen in ihren jeweiligen politischen und historischen Kontexten darauf ab, ihre Mittelschicht zu vergrößern, Arbeitsplätze für die Armen zu schaffen, eine technologisch fortgeschrittene Wirtschaft zu entwickeln und die politische Macht auf internationaler Ebene auszuweiten. Hat der globale Kapitalismus das gesellschaftliche Potenzial, den politischen Willen und die Flexibilität, um Millionen von arbeitenden Armen einen ansprechenden Lebensstandard und höhere Einkommen zu ermöglichen? Die Globalisierung wird von einem Wettlauf nach unten vorangetrieben, in dem transnationale Unternehmen nach den niedrigsten Löhnen und den besten Ausbeutungsbedingungen streben. Eine Abwendung von dieser Akkumulationsstrategie ist äußerst unwahrscheinlich ohne eine Revolution von unten und einen radikalen Wandel der Denk- und Machtverhältnisse. Können Wachstum und Modernisierung der Wirtschaft dennoch die Fähigkeiten der arbeitenden Massen zu Organisation und politischer Einflussnahme soweit steigern, dass sie unabhängig die Gesellschaft verändern und eine demokratischere und gerechtere Welt schaffen? Und, falls dem so ist, in welchem Maße sollten Organisationen der Arbeiterklasse und soziale Bewegungen die Globalisierer in der Dritten Welt unterstützen? Diese strategischen Fragen nach übergangsweisen Reformen und revolutionären Veränderungen im Kontext der Globalisierung sind Schlüsselfragen im gegenwärtigen Entwicklungsprozess.

China: auf dem Weg zum Peking Konsens

Die Geschichte Chinas ist entscheidend durch den Kampf gegen den Imperialismus und durch die kommunistische Revolution geprägt, die die ökonomische Entwicklung unter staatliche Kontrolle brachte. Sogar im gegenwärtigen, an der Globalisierung orientierten Regime ist die chinesische Führung darauf bedacht, Kontrolle über die Wirtschaft zu behalten. Bislang hat sie die Fallstricke von Finanzspekulation und Verlust der Kapitalkontrolle umgangen, die andere Länder unter das Diktat von Strukturanpassungs-Programmen des IWF gezwungen haben. Die chinesische Elite will sich nicht als Juniorpartner in die Weltwirtschaft einbringen, sondern als voll anerkanntes und integriertes Mitglied der transnational agierenden Kapitalistenklasse. Sie hat die starke Stellung des Staates und ihre dirigistische Erfahrung dazu genutzt, einheimische ökonomische Institutionen umzugestalten, und so die kommunistische Vergangenheit über Bord geworfen, ohne die Macht zu verlieren. Tatsächlich arbeiten noch mehrere hundert Millionen Menschen im staatlichen Sektor, der 68 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmacht. Im Gegensatz

1 Unter der Kompradorenbourgeoisie wird die Fraktion der Bourgeoisie verstanden, »die nicht über eine Basis der Kapitalakkumulation verfügt, die gewissermaßen als bloßer ›Vermittler‹ des ausländischen imperialistischen Kapitals agiert« (Poulantzas 1974/2001, 51).

zu den Russen, die in ihrer Unterwerfung unter eine neue Oligarchie allen Sinn für nationale Ziele verloren haben, konnten die chinesischen Kommunisten ihre sozialistische Ideologie in ein neues nationales Projekt umformen, das Modernisierung als Globalisierung definiert. Das Erbe der nationalen Unabhängigkeit, getrennt von maoistischem Egalitarismus und Radikalismus, erleichtert die Integration in globale Strukturen.

Die massive Expansion der chinesischen Wirtschaft ist getragen von einem gigantischen Urbanisierungsprozess und einer industriellen Revolution, die China zum Zentrum der weltweiten Produktion macht. Höhere Löhne treiben viele in die Städte, etwa 150 Mio. ehemalige Bauern ziehen von Job zu Job. Trotzdem schufteten viele dieser Arbeiter unter dem Mindestlohn, erhalten keine soziale Absicherung und müssen unbezahlte Überstunden leisten. Die Einkommen auf dem Land liegen 65 % unter dem durchschnittlichen Lohn in der Stadt, eine Differenz, die größer ist als bei den landwirtschaftlichen Kollektiven unter Mao. Sie wird ausgeglichen durch die Überweisungen, die Stadtarbeiter trotz der harten Lebensbedingungen leisten. Dadurch tragen sie 40 % zu den Einkommen der Landbevölkerung bei und ermöglichen ihr, Konsumgüter wie Fernsehgeräte und Waschmaschinen anzuschaffen. Noch leben 800 Mio. Chinesen auf dem Land, in den nächsten 15 Jahren werden aber schätzungsweise 250 Mio. in die Städte ziehen. Welche Folgen der Aufbau der nötigen Infrastruktur über einen so kurzen Zeitraum hat, ist kaum abzusehen. Wohnungen, Kanalisation, Energie und Verkehrswesen bereitzustellen bedeutet gleichsam, eine ganze Nation aus dem Boden zu stampfen. Diese innere Umgestaltung wird einen gewaltigen Bedarf an Stahl, Kohle, Öl, Zement und allen übrigen Grunderzeugnissen mit sich bringen.

China arbeitet an einer Zukunft in der globalen Wirtschaft als weltgrößter Exporteur und größter Binnenmarkt. Das Interesse transnationaler Unternehmen, in China zu produzieren und Waren abzusetzen, hat es bereits auf den dritten Platz weltweit katapultiert. Zwar verkaufen die USA und Deutschland mehr Waren ins Ausland, doch China war im letzten Jahr für 60 % des globalen Exportwachstums verantwortlich. Die Integration in globale Produktionsketten schreitet voran, bereits 50 % der chinesischen Exportgüter und 29 % der industriellen Produkte werden von transnationalen Unternehmen hergestellt (Wolf 2003). China hat auch die USA als das primäre Ziel von ausländischen Direktinvestitionen abgelöst, 2003 zog es 52,7 Mrd. US-Dollar ins Land, insgesamt 480 Mrd. seit 1990. Chinas Produktionsketten bilden mittlerweile das Zentrum der asiatischen Wirtschaft, es hat Japan und die USA als größter Produzent und Handelspartner in einem interregionalen Markt abgelöst, der seit 1985 die größten Wachstumsraten in der Welt aufweist (722,2 Mrd. US-Dollar Handelsvolumen im Jahr 2001).

Auch global betrachtet sind die Auswirkungen der chinesischen Entwicklung gigantisch. 2002 fielen auf China 28 % des weltweiten Handelsaufkommens an Eisenerz, 24 % desjenigen an Zink, 23 % an rostfreiem Stahl, 21 % an Aluminium und 17 % an Kupfer (Kynge 2004). Der industrielle Aufschwung hat China zum größten Zinn-, Platin- und Chemikalien-Importeur gemacht, zum drittgrößten

Nickel-Importeur und zum größten Baumwoll-Produzenten. Was Kohle anbelangt, so produziert und konsumiert China weltweit am meisten und steht im Export an zweiter Stelle. Der enorme chinesische Verbrauch an Rohstoffen hat auf der ganzen Welt die Metallvorräte verringert und eine Steigerung der Rohstoffpreise um 40 % bis 200 % verursacht. Die Folge ist ein Bergbauboom in Japan, Australien, Kanada und Brasilien. Ein weiterer Effekt ist die Zunahme von Massengüter-Transporten mit einem Kursanstieg von 600 % sowie neue Aufträge für Werften.

Der Schlüssel für die industrielle Revolution ist Stahl. China ist größter Produzent und Konsument mit einem Verbrauch von 220 Mio. Tonnen jährlich, mehr als Japan und die USA zusammen. An einer Kapazitätserweiterung um 230 Mio. Tonnen wird gearbeitet. Daneben gibt es einen riesigen Energiebedarf, auf China fallen 40 % des weltweiten Mehrbedarfs an Öl. Die Öffnungspolitik der Regierung hat China in den fünfgrößten Direktinvestor verwandelt. Staatliche Ölunternehmen auf der Jagd nach Öl- und Gasressourcen haben fast dreißig Investitionen in Übersee mit einem Gesamtvolumen von über 5 Mrd. US-Dollar getätigt. Bei einer Betrachtung der chinesischen Wirtschaft darf ein Blick auf den wachsenden Informationstechnologie-Sektor nicht fehlen. Man nimmt an, dass Hightech etwa 20 % des chinesischen Exports ausmacht; davon kommen 61 % aus rein staatlichen Unternehmen. China betreibt die Entstehung nationaler Großunternehmen ebenso wie die Integration ausländischer transnationaler Unternehmen. Mit am schnellsten wächst der Bereich der Halbleiter- und Chipproduktion, der chinesische Markt ist der drittgrößte der Welt mit der größten Wachstumsrate. Im Export von den USA nach China ist der von Halbleitern der zweitgrößte und beläuft sich 2005 voraussichtlich auf 47 Mrd. US-Dollar. Die Ausweitung der aufstrebenden Chip-Industrie von ihrem Stammgebiet Shanghai auf Peking zeigt die rapide Expansion an. Die chinesische Halbleiter-Industrie spielt in der globalen Produktionskette beim Zusammenbau und Testen eine Rolle, komplexere Produktionsschritte bleiben in ausländischer Hand. Um transnationales Kapital anzulocken, bietet die Regierung billiges Land, niedrige Steuern und, wenn nötig, Sieben-Tage-Arbeitswochen. Doch chinesische Funktionäre betrachten das als Teil einer langfristigen Strategie, die heimische Produktion aufzuwerten. Ein Beispiel für High-End-Produktion ist Microsofts Forschungslabor in Peking, wo 150 der besten chinesischen Programmierer arbeiten. Zwei der früheren Direktoren dieses Labors sind mittlerweile Vizepräsidenten im Firmensitz in Seattle (G. Huang 2004).

Im Finanzwesen sind Banken und Börsen gleichermaßen relevant. Unternehmen vom Festland sind mittlerweile gewöhnlich in Hong Kong und in New York notiert. Spitzenwachstum an der Hong Konger Börse verzeichneten 2003 die Chinesische Aluminium Gesellschaft mit 391 % Steigerung, Maanshan Iron and Steel mit 357 % und Jiangxi Copper mit 292 %. Der chinesische Reichtum wuchs auch in New York, wo Investoren Kapital in Telekommunikation, Flugesellschaften, Petrochemie und Bergbau anlegten. Von Juli 2003 bis März 2004 konnten Festland-Unternehmen über 15 Mrd. US-Dollar in Aktiengeschäften aufnehmen, die größte Triebkraft der asiatischen Börsen sind die Börsengänge chinesischer Firmen.

Das chinesische Wachstum ist auch lebenswichtig für andere Wachstumsmärkte, eine Verlangsamung würde sich auf die Warenpreise in Russland, Südafrika, Indonesien und Brasilien auswirken. Global agierende Investment-Banken beobachten den chinesischen Börsenhandel, der voraussichtlich bis 2010 mit einer Kapitalmasse von 2 Billionen Dollar der zweit- oder drittgrößte der Welt sein wird. Ausländische Firmen müssen mit inländischen Investment-Banken zusammenarbeiten und ihre Besitzanteile sind zur Zeit auf 33 %, zukünftig auf 49 % beschränkt. Morgan Stanley, UBS, Credit Suisse First Boston und die Deutsche Bank gehören heute zu den Hauptakteuren. Die meisten Investment-Banken würden gerne auf inländische Partnerbanken verzichten: »Einige unserer Konkurrenten glauben«, so ein chinesischer Investment-Banker, »sie könnten die Behörden austricksen und die Regeln umgehen. Aber das wird ihnen nicht gelingen, denn die Behörden wollen den einheimischen Investment-Bankensektor stärken und nicht einen Raubzug durch Ausländer erleichtern.« (Guerrera 2003) Auch hier zeigt sich die chinesische Strategie – für Partnerschaft, nicht Unterwerfung, durch eine sorgfältige Mischung der nationalen Entwicklung mit Globalisierungsformen.

Das starke Wirtschaftswachstum hat auch politische Dimensionen. China spielt eine zentrale Rolle in der APEC (Asia Pacific Economic Cooperation) und im UN-Sicherheitsrat, und hat wachsenden Einfluss in der WTO. Seit Jahrzehnten plädiert China für eine multipolare Machtverteilung auf der Erde, die sich nicht so sehr auf militärische Stärke als auf zivile Machtformen stützt. Das wurde auch deutlich während der Europareise Wen Jiabaos, als Frankreichs Präsident Jacques Chirac ausdrücklich China darin beipflichtete, »den Weg zu Multipolarität zu fördern«, um »jedem Versuch entgegenzutreten, die internationalen Angelegenheiten zu dominieren« (Bork 2004) – eine klare Bezugnahme auf die USA. Während der maoistischen Ära bemühte man sich darum, die Unabhängigkeit der Dritten Welt zu fördern und den Einfluss des chinesischen Marxismus auszudehnen. Heute hat China aufgrund seiner wirtschaftlichen Bindungen einen starken Stand in internationalen Institutionen und das Wachstum der chinesischen Industrie ist Vorbild für Entwicklungsländer.

Die Art der Integration Chinas in die Weltwirtschaft kann in vielerlei Hinsicht als Ablehnung des Washingtoner Konsenses gelten, der während der 1990er Jahre das Denken dominierte und immer noch im IWF und der Weltbank vorherrscht. Wen Jiabaos neue Politik, die nach der Asienkrise 1997 in Think-Tanks entwickelt wurde, entspricht dem, was Joshua Cooper Ramo »Pekinger Konsens« genannt hat. Diese Strategie besteht in einem nur vorsichtigen Einlassen auf Privatisierung, Freihandel und Kapitalmärkte. Dagegen bemüht sich China um eine geordnete Entwicklung: substanzielles Wachstum, politische Unabhängigkeit und ein neuer Gesellschaftsvertrag mit einer sich entwickelnden Mittelschicht. Ramo dazu: »Dieses Modell für globale Entwicklung zieht Unterstützer fast mit derselben Geschwindigkeit an, wie das US-Modell sie abstößt.« (2004) Doch Chinas Modernisierung beruht auf globaler Akkumulation und Produktion. Der Aufstieg der transnationalen chinesischen Kapitalistenklasse ist auf die Integration ausländischen Kapitals gegründet,

innerhalb Chinas wie auch im Ausland. Der China-Experte Yasheng Huang verweist darauf, dass »China sich dazu entschlossen hat, sich mehr auf ausländische Investitionen zu stützen als eigene private Unternehmen als Grundlage für Entwicklung und Handel heranzuziehen« (2004). Diese Strategie hält am Grundsatz der politischen Unabhängigkeit der Dritten Welt fest, der von der chinesischen Revolution übernommen wurde, und gestaltet ihn zu einem Modell für die Integration in den Weltmarkt um. Dieses Modell ist sehr attraktiv für andere sich globalisierende Dritte-Welt-Staaten, die ebenfalls eine gleichberechtigte Rolle in der transnationalen Ökonomie anstreben. Sogar Globalisierer aus den USA haben den chinesischen Weg gegenüber der in Amerika betriebenen unilateralistischen und protektionistischen Politik hervorgehoben. In einem Kommentar zu Bushs Politik, die China zu einem »strategischen Konkurrenten« erklärt, schrieb der ehemalige Verhandlungsführer für Außenhandel unter Reagan, Clyde Prestowitz: »China scheint den Wettstreit mit seiner vorbildlichen Weltbürgerschaft für sich zu entscheiden, während die USA zunehmend ein Kandidat für das Etikett »Schurkenstaat« werden.« (2003)

Doch der schnelle Einstieg Chinas in den Weltmarkt hat auch eine entsprechende Zunahme von Protesten auf dem Land und in der Stadt zur Folge. Diese Proteste sind lokaler Natur und ermangeln einer einheitlichen landesweiten Führung. Nichtsdestotrotz erzeugt der Ärger über korrupte Mitglieder der Kommunistischen Partei und die neuen Wirtschaftseliten Spannungen in vielen Gebieten des Landes. Willkürliche Besteuerung, Privatisierung, Bankrotte, Einschnitte in den sozialen Einrichtungen, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung bilden eine lange Liste beständiger Klagen. Diese Spannungen haben sich derart aufgeheizt, dass Angriffe auf Regierungsgebäude und Beamte nicht mehr ungewöhnlich sind. Rechtskonflikte über Arbeit sind von 19098 im Jahr 1994 auf 154621 im Jahr 2001 angewachsen, und das Ministerium für öffentliche Sicherheit verzeichnete im Jahr 2003 58000 Störungen der öffentlichen Ordnung durch insgesamt 3 Mio. Menschen (Ma 2004). Solche Konflikte gibt es in jeder Gesellschaft, die die strukturellen Veränderungen durchmacht, die mit der Integration in den Weltmarkt einhergehen. Doch der Umgang mit diesen Widersprüchen ist der Schlüssel für Chinas Zukunft und den Erfolg des Pekinger Konsenses. Die Vorteile der Entwicklung müssen über die gebildete Mittelschicht hinaus den Chinesen zugute kommen, wenn China eine wirkliche Alternative zur neoliberalen Globalisierung bieten soll.

Indien: Integration auf hohem Niveau

Indien hat sich jahrzehntelang an einem dirigistischen Entwicklungsmodell orientiert, das von Jawaharlal Nehru und der Kongress Partei etabliert worden war. Dadurch ist ein großer staatlicher Beschäftigungssektor entstanden und im Zuge einer Importsubstitutionspolitik wurde die Industrie subventioniert – unterstützt durch eine blockfreie Außenpolitik. Mitgetragen wurde diese Politik von zwei großen reformistisch-marxistischen Parteien: der Communist Party of India (CPI) und der Communist Party of India/Marxist (CPI/M). Mit dem Ziel der nationalen

Einheit wurde die Idee der Koexistenz verschiedener Glaubensrichtungen in einem säkularen Staat als indische Identität kultiviert. Die aufstrebende Bharatiya Janata Party (BJP) unter der Führung Atal Behari Vajpayee stellte dieses nationalistische Entwicklungsmodell infrage. Die BJP kombiniert hinduistisch-ethnischen Nationalismus mit neoliberaler, globalisierender Wirtschaftspolitik mit spezifisch indischem Anstrich, und hat sich aus dem Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) heraus entwickelt, einer nach dem Modell des italienischen Faschismus gebildeten extremistischen Hindu-Organisation, die für die Ermordung Mahatma Gandhis verantwortlich war.

Vajpayee hat die BJP zu einer moderateren Politik gedrängt – trotzdem kam es unter seiner Regierung zu zahlreichen gewalttätigen Übergriffen von BJP-Mitgliedern auf Muslime und Christen. Auf der internationalen Bühne konnte er die Spannungen mit Pakistan abbauen und die wirtschaftlichen Beziehungen zu China stärken; außerdem schloss er sich einer von Brasilien angeführten Kampagne an, die das Ziel hatte, ökonomische Interessen der Dritten Welt stärker in der WTO zur Geltung zu bringen. Im eigenen Land begann die BJP, die staatliche Industrie zu privatisieren, und die föderale Bürokratie in typisch neoliberaler Manier zu verschlanken. Doch diese global ausgerichtete Strategie unterhöhle zu gewissen Teilen die nationalistische Anziehungskraft der Partei. Die Politik war ausgerichtet auf die fortschrittliche Ökonomie in den Städten und die Entstehung einer kleinen Mittelschicht im IT-Bereich, Landwirtschaftsreformen, die der großen ländlichen Bevölkerungsmehrheit hätten zugute kommen können, wurden nicht durchgeführt – mit dem Ergebnis, dass die Kongress Partei die Wahl 2004 mit den Stimmen von Millionen von Armen und Arbeitern überraschend gewann. Auch die Kongress Partei hat sich dem Weg in die transnationale Ökonomie verschrieben. Die Ernennung von Manmohan Singh zum Premierminister und Palaniappan Chidambaram zum Finanzminister hat das Vertrauen transnationaler Kapitalisten bekräftigt, dass Indien seinen Weg zur globalen Integration weiterverfolgen wird. Der Oxford-Absolvent Singh hatte als Finanzminister in der vorangegangenen Regierung der Kongress Partei als erster neoliberale Reformen vorangetrieben. Chidambaram, in Harvard zum Ökonomen ausgebildet, hat als Anwalt einige der größten in Indien operierenden transnationalen Unternehmen vertreten.

Doch die Kongress Partei hat sich eher neokeynesianisch als neoliberal positioniert. Dadurch ist sie auf größere Zurückhaltung bei der Privatisierung festgelegt. Zugleich verspricht sie Hilfe für die ländliche Wirtschaft durch den Bau neuer Straßen und Bewässerungsprojekte. Das würde Indien näher an den Pekinger Konsens rücken, besonders auch mit dem guten Wahlergebnis der CPI/M und anderer marxistischer Parteien, die dem IWF und der Veräußerung profitabler Staatsbetriebe kritisch gegenüberstehen. Singh hat bereits das Ministerium für Privatisierung abgeschafft und den Verkauf einiger großer Staatsbetriebe im Öl-, Gas- und Energiesektor ausgeschlossen. Indien ist immer noch Eigentümer von 240 Unternehmen, Direktinvestitionen im Ausland belaufen sich bloß auf 0,7 % des BIP im Vergleich zu 4,2 % für China und 3,2 % für Brasilien. Der kommunistische

Einfluss beunruhigt global operierende Investoren. Sie beklagen ein zu strenges Arbeitsrecht und fürchten, die neue Regierung werde den Kündigungsschutz nicht lockern. 2003 haben transnationale Unternehmen nur 4 Mrd. US-Dollar direkt investiert im Vergleich zu 50 Mrd. in China. Doch zu größerer Sorge besteht für die globalen Kapitalisten kein Anlass. Die CPI/M regiert West-Bengalen seit über 20 Jahren – IBM ist dort einer der größten Investoren.

Millionen aus der armen Landbevölkerung haben die Kongress Partei zurück an die Macht gebracht. Doch eine Anpassung des Agrarsektors an die globale Ökonomie hätte eine massenhafte Vertreibung von Kleinbauern zur Folge. Indien subventioniert die eigene Nahrungsmittelproduktion und etwa 58 % der nationalen Arbeitskraft ist noch auf dem Land eingesetzt. Nur 40 % des indischen Ackerlandes ist bewässert, es gibt wenig Mechanisierung und wenige Großfarmen; die Weltbank schätzt, dass in Indien 40 % der ärmsten Weltbevölkerung leben – derjenigen, die mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen müssen. Eine steigende Produktivität in der Landwirtschaft würde größere Betriebe, mehr Maschinen und in Ausrichtung auf den internationalen Nahrungsmittelmarkt eine Veränderung im Anbauspektrum zur Folge haben. Diese Reformen würden Millionen vom Land in die Stadt treiben. Der industrielle Sektor und die Infrastruktur können eine derart gewaltige Strukturverschiebung nicht tragen. Solange die Kongress Partei und ihre linken Verbündeten keine andere Strategie ausarbeiten, werden in der Zukunft Aufstände der ländlichen Bevölkerung unvermeidlich sein.

Die Integration Indiens in den Weltmarkt beruht hauptsächlich auf dem schnellen Wachstum der IT-Branche und der Pharmaindustrie. Diese auf High-End-Produkte ausgerichtete Strategie hat viel Aufmerksamkeit erregt, da Indien erste Wahl für die Auslagerung von IT-Jobs aus den USA geworden ist. Dieses Modell ist dem chinesischen entgegengesetzt, das die globale Integration auf Niedriglohn-Produktion gründet. Tatsächlich hinkt die indische Industrie der chinesischen weit hinterher und bietet weniger Möglichkeiten für ausländische Direktinvestitionen. Obwohl die indischen Fabriklohne einen niedrigen Standard haben, liegen sie immer noch über chinesischen. China hat 100 Mio. Arbeiter in der Manufaktur, während es in Indien nur 9 Mio. sind. Diese Lücke zeigt sich in den Exportzahlen: 2003 wurden Waren im Wert von 318 Mrd. US-Dollar aus China ausgeführt, aber nur für 60 Mrd. aus Indien. Die chinesische Strategie hat eine größere urbane Wirtschaft hervorgebracht, die Millionenscharen armer Landbevölkerung anlockt und mit größerem Erfolg die Konsumbasis erweitert. Zum Beispiel werden in China jährlich 35 Mio. Fernsehgeräte verkauft im Vergleich zu 6 Mio. in Indien; der chinesische Binnenmarkt ist drei bis vier Mal größer als der indische (Luce 2004).

Indien glänzt mit einem ausgezeichneten Bildungssystem für Informationstechnologie und Wirtschaft. Nach US-Studien wird Outsourcing im IT-Bereich in vier Jahren eine Industrie im Wert von 57 Mrd. US-Dollar mit vier Millionen Beschäftigten und einem Anteil von 7 % am BIP Indiens sein. 2003 fielen auf Indien 52 % der globalen Gesamteinnahmen von ausgelagerter IT-Arbeit. In den USA könnten

zwischen 25 % und 47 % der Jobs zugunsten Indiens abgebaut werden. Indiens Überlegenheit über China in diesem Bereich wird deutlich an den 10 Mrd. US-Dollar IT-Exporten gegenüber 1,5 Mrd. beim nördlichen Nachbarn. Rasches Wachstum verzeichnet auch der Bereich der Automobilproduktion. Man erwartet, dass Indien in der Komponentenproduktion China, Brasilien und Mexiko als großes Produktionsland zur Seite treten wird. Allerdings ist ein großer Teil davon, wie Schmiede und Guss, im Bereich niedriger Qualifikationen angesiedelt. Solche Unternehmen sind in globale Versorgungsketten durch ihre Anbindung an globale Unternehmen integriert. Aber die erfolgreichsten indischen Unternehmen konkurrieren selbst auf dem globalen Markt und expandieren durch zahlreiche Übernahmen sogar ins Ausland.

Das Wirtschaftswachstum hat ausländisches Portfoliokapital mit einem Anstieg auf 7 Mrd. US-Dollar angezogen im Vergleich zu 739 Mio. im Jahr davor. Bombay Stock Exchange und National Stock Exchange gehören zu den florierendsten Börsen in Asien, der Investitionsbereich hat sich über den Technologiesektor auf Konsumgüter, Energie, Bankwesen und Grunderzeugnisse ausgedehnt. Die Gefahr für Indien besteht darin, dass 1,5 Mrd. US-Dollar in Kurzzeit-Fonds angelegt sind, die schnell wieder abgezogen werden können, wenn die Investoren wegen des Einflusses des linken Regierungsflügels nervös werden oder sich andernorts profitable Gelegenheiten auftun.

Die globalen Beziehungen Indiens machen sich auch in der Integration in die asiatische Wirtschaftsachse bemerkbar. Der interregionale Handel wächst schneller als in der NAFTA (North American Free Trade Agreement) oder der Europäischen Union; Elektronik und Computer sind Schlüsselkomponenten dieses Vorgangs. Transnationale Unternehmen lagern verschiedene Arbeitsstufen in verschiedene asiatische Länder aus, in eine Produktionskette, in der High-End-Arbeit in Singapur, Südkorea und Indien geleistet wird und Fließbandarbeit in China. Doch obwohl die asiatische Wirtschaft Auftrieb hat, agiert sie nicht als ein regionaler Wirtschaftsblock mit panasiatischen Institutionen und einem entsprechenden politischen Rahmen. Vielmehr ist sie Teil einer globalen Wirtschaft und mit transnationalen Unternehmen verwachsen, die stark in die regionalen Handelsflüsse integriert sind. Mit 722,2 Mrd. US-Dollar Umsatz im regionalen Binnenhandel und 728,2 Mrd. im Handel mit NAFTA und der EU ist zwischen Asien und dem Westen eine integrierte Ökonomie in Partnerschaft und gegenseitiger Abhängigkeit entstanden.

Brasilien: Neuausrichtung der Globalisierung

Die Arbeiterpartei (PT) hat in Brasilien neue und vorwärtsweisende Perspektiven aufgezeigt, ihre Politik ist ein Vorbild für viele lateinamerikanische Linke. Sie hat eine breite Basis und eine solide Verankerung in der Arbeiterklasse. Ihr Ziel war, durch Wahlen die Staatsmacht zu erringen und trotzdem mit den demokratischen Kämpfen der Massen verbunden zu bleiben. Die Ausrichtung der Partei blieb deutlich sozialistisch und der Präsidentschaftskandidat, Luiz Inácio Lula da Silva, schien die Hoffnungen der Arbeiterklasse zu verkörpern.

Lula, der bei seinem dritten Versuch zum Präsidenten gewählt wurde, überraschte viele mit einer orthodoxen Wirtschaftspolitik, die bei IWF und internationalen Investoren für unerwartete Freude sorgte und einen schnellen Abzug von Kapital verhinderte. Wie in China und Indien sieht die Führung von Brasiliens Arbeiterpartei die besten Chancen auf Entwicklung darin, integraler Teil der transnationalen Ökonomie zu werden. Es gibt weder Hinweise auf eine nationalistische Entwicklungspolitik wie in den 1960er Jahren, noch auf radikale Veränderungen hin zur Ermächtigung der Arbeiter. Stattdessen hat die Regierung dauerhafte Hilfsprogramme für die Armen eingerichtet, dies allerdings eher zurückhaltend, während die innovativsten Anstrengungen darauf verwandt wurden, Brasiliens Stellung auf dem Weltmarkt zu verbessern. Lulas Strategie besteht darin, die Verhandlungsmöglichkeiten der Entwicklungsländer zu verbessern, so dass sie als stärkere oder sogar gleichwertige Partner dem industrialisierten Norden gegenüber auftreten können. Mit dem wachsenden Einfluss in der transnationalen Wirtschaft entsteht die Hoffnung, dass ökonomische Überschüsse zugunsten der Arbeiterklasse und der Armen umverteilt werden können. Das entspräche nicht dem neoliberalen Globalisierungsmodell, sondern ähnelt dem Pekinger Konsens oder einer neokeynesianischen Strategie.

Lula verfolgt das Projekt einer Neuausrichtung der Globalisierung, indem er die Bildung eines Machtblocks aus Entwicklungsländern vorantreibt. Unter dem Namen der Gruppe der 20 (G-20) ist ein Bündnis entstanden, deren Kern Brasilien, Indien, China und Südafrika bilden. Dieses Bündnis forderte bei dem WTO-Treffen in Cancún einen ganzen Katalog an Zugeständnissen bei Fragen der Landwirtschaft und Regierungsführung; da es keine Einigung darüber gab, mussten die Verhandlungen schließlich abgebrochen werden. Seitdem sind weitere schwierige Verhandlungen gefolgt. So nahm sich Brasilien des heißen Themas der Agrarsubventionen an und klagte bei der WTO gegen die USA wegen deren Subventionierung der Baumwollproduktion. Die USA unterstützen gerade einmal 25 000 Produzenten mit insgesamt 3 Mrd. US-Dollar und drücken dadurch die Weltmarktpreise um 12-25 %. Das schadet nicht nur Brasilien, sondern betrifft auch einige der ärmsten afrikanischen Staaten. Die WTO gab Brasilien recht. Ein weiterer Sieg folgte mit einem Urteil der WTO gegen Zuckersubventionen der EU. Transnationale Kapitalisten begrüßen die brasilianischen Bemühungen, die nationalistische Wirtschaftspolitik der USA zu bekämpfen, und sehen darin ein Gegengewicht zur Militärpolitik der USA.

Auf dem FTAA (Free Trade Area of the Americas)-Treffen in Miami verfolgte die brasilianische Regierung dieselbe Strategie wie zuvor in der WTO. Die FTAA stellte einen Versuch der USA dar, NAFTA auf den Rest von Lateinamerika auszudehnen. Das sollte den Kontinent wirtschaftlich in einer Weise öffnen, die den nordamerikanischen transnationalen Unternehmen zugute käme. Auch hier verließ Brasilien gemeinsam mit Argentinien den Verhandlungstisch, ohne den Vertrag zu unterschreiben. Obwohl die USA andere Länder durch Druck zum Beitritt bewegt haben, war der Erfolg zweifelhaft, denn Brasilien und Argentinien umfassen zwei Drittel der südamerikanischen Produktion. Lula verfolgte seine Agenda weiter und forderte bei einem späteren Treffen gemeinsam mit dem argentinischen Präsidenten Néstor Kirchner mehr Spielraum für

Nationalökonomien, um Wachstum mit der Finanzierung von Sozialprogrammen auszugleichen. Ein weiterer Schritt bei dieser Strategie, die Herrschaft der Industriestaaten zu brechen, war ein Handelsvertrag Brasiliens mit Indien und Südafrika. Angesichts des wachsenden Widerstands der Globalisierer aus der Dritten Welt haben die USA und die EU bei den Agrarsubventionen in einigen wichtigen Punkten nachgegeben, um die Doha-Runde der WTO zu reaktivieren. Die Verhandlungen wurden von Brasilien und den G-20 geführt, die 22 % der weltweiten Agrarproduktion leisten und 70 % der Bauern repräsentieren.

Lula und die Arbeiterpartei haben unter den Globalisierern in der Dritten Welt die deutlichste Position zu Wirtschafts- und Sozialpolitik artikuliert. Diese neue Ausrichtung entspringt ihrer Erfahrung mit den desaströsen Folgen des Washingtoner Konsenses, der viele Länder in den Ruin trieb. Lulas Perspektive einer auf gerechtem und gleichberechtigtem Handel basierenden multipolaren Welt ist keine Zurückweisung von Globalisierung oder transnationalem Kapital. Tatsächlich haben auch viele westliche Globalisierungsbefürworter den Bedarf an einem umfassenden politischen Regime erkannt, das transnationalen Kapitalisten aus den Entwicklungsländern mehr Freiraum gibt. Der Supermacht-Nationalismus der Bush-Regierung hat in der ganzen Welt tiefe Verwerfungen verursacht, und Lula hat diese Gelegenheit ergriffen, um die Machtverhältnisse in der Globalisierung zu verschieben. Jose Genoio, Präsident der Arbeiterpartei, sagt zu dieser Strategie: »Mit dem Ende des kalten Krieges und einer neuen US-Außenpolitik hat die Welt einen unilateralen Charakter unter Vorherrschaft von US-Interessen bekommen. Der Widerstand [...] dagegen hat neue Verbindungen hergestellt, die die Entstehung einer multilateralen Welt begünstigen. Die brasilianischen Bestrebungen zielen auf die Konsolidierung von Machtblöcken durch Bildung bedeutsamer neuer Akteure auf kontinentaler Ebene und in global vernetzten Gebieten« (Greider 2003).

Die Arbeiterpartei vertritt nicht nur die brasilianische Linke, sondern trägt auch zwei Kabinettsmitglieder, die direkt aus der Industrie bzw. einem Agrarunternehmen kommen. Dazu gehört Vizepräsident José Alencar, ein Industrieller von der Liberalen Partei. Viele in der brasilianischen Wirtschaftselite sehen in der Strategie der Arbeiterpartei, Brasiliens Position in der Weltwirtschaft zu verbessern, Übereinstimmungen mit ihren eigenen Zielen. Darin spiegelt sich das Anwachsen der brasilianischen transnationalen Kapitalistenklasse, das mit der Ausdehnung von Brasiliens Macht und Wirkungsbereich einhergeht. Die transnationalen Verbindungen Brasiliens entwickeln sich rasant. Eines der wichtigsten Joint Ventures verbindet die Companhia Vale do Rio Doce (CVRD), weltgrößtes Eisenerzunternehmen, Chinas größten Stahlproduzenten Baosteel und das weltgrößte Stahlunternehmen Arcelor aus Luxemburg. Dieses Joint Venture wird mit Ausrichtung auf die brasilianische Automobilindustrie für 8 Mrd. US-Dollar ein Stahlwerk errichten. Zusätzlich hat CVRD Vereinbarungen mit zwei Kohleunternehmen in China getroffen, und Arcelor hat Mehrheitsanteile an brasilianischem Stahl gekauft, was es zum größten Produzenten des Landes macht. Agrar- und Tierexporte nach China sind in halsbrecherischer Geschwindigkeit angewachsen, vor allem bei Sojabohnen, Milch, Kaffee, Rind- und Hühnerfleisch. Andere Wachstumsbranchen sind Software, Textilien

und Kupfer. Der bilaterale Handel hat sich seit 2000 vervierfacht, China ist mittlerweile Brasiliens drittgrößter Handelspartner und importiert Waren im Wert von 4,5 Mrd. US-Dollar jährlich. Das kommt alles transnationalen Unternehmen zugute, die in Brasilien investiert haben. Im Gegenzug fließt chinesisches Kapital nach Brasilien. Edmar Cid Ferreira, Präsident der Banco Santos, erklärt: »Die Chinesen suchen eine langfristige Versorgung mit Nahrungsmitteln und Technologie, und wir haben beides. Sie kommen für Joint Ventures zu uns.« (Colitt 2003) Das wurde durch die Aufnahme Chinas in die Inter-American Development Bank bekräftigt, was chinesischen Unternehmen besseren Zugang zu Infrastrukturverträgen gewährt. Brasilien war zusammen mit Argentinien ein wichtiger Unterstützer der chinesischen Mitgliedschaft.

Die wachsende ökonomische und politische Zusammenarbeit beider Länder wurde durch Lulas Besuch in China unterstrichen, bei dem ihn 450 brasilianische Wirtschaftsvertreter begleiteten. Die brasilianischen Unternehmen werden von 20-30 % niedrigeren Rohstoffpreisen angezogen und von Lohnkosten, die ein Drittel unter dem brasilianischen Durchschnitt liegen. China und Brasilien haben sich auf gemeinschaftliche Investitionen in Höhe von 4 Mrd. US-Dollar zur Verbesserung der brasilianischen Infrastruktur geeinigt, dabei geht es insbesondere um den Ausbau von Häfen und des Schienen- und Straßennetzes. Politisch wurde der Besuch, als Lula und der chinesische Premierminister Wen Jiabao auf der Armutskonferenz in Shanghai auftraten. Beide forderten bessere Abkommen über Handel und Hilfe von den reichen Staaten. Lula hatte die Reise nach China in einem strategischen Rahmen definiert: »Wir wollen, dass diese Beziehung ein Paradigma für Süd-Süd-Verbindungen ist.« (Colitt 2004) Später entwickelte Lula diese Idee noch weiter, indem er eine Allianz u.a. zwischen China, Brasilien, Indien, Südafrika und Russland vorschlug, um den Einfluss der USA und der EU auszugleichen. Doch diese Süd-Süd-Strategie unterscheidet sich von der in den 1960er Jahren, als die Bewegung blockfreier Staaten versuchte, Dritte-Welt-Länder aus dem Würgegriff des Imperialismus zu befreien. Das neue Süd-Süd-Paradigma ist darauf angelegt, Dritte-Welt-Ländern innerhalb des globalen Systems eine bessere Position zu verschaffen, inklusive Zugang zu ausländischen Direktinvestitionen, transnationalem Kapital, globalen Produktionsketten, übernationalen Fusionen und Übernahmen und größerer politischer Anerkennung. Es handelt sich um eine Entwicklungsstrategie, deren Perspektive Verteilungseffekte nach unten sind, so dass der Reichtum eine größere Mittelschicht erreicht und schließlich bessere Bedingungen für Arbeiter und die Armen schafft.

Inwieweit diese Strategie tatsächlich verfolgt werden kann, ist eine offene Frage. Während Lula weiterhin das transnationale Kapital mit einer konservativen Geldpolitik umwirbt, in der Hoffnung, das Vertrauen werde wachsen und die Investitionen zunehmen, verliert die brasilianische Arbeiterklasse die Geduld. Obwohl die Regierung progressive Arbeitsreformen durchgeführt und die Initiative in Fragen der Landverteilung ergriffen hat, geht das vielen Unterstützern zu langsam und nicht weit genug. Die Arbeitslosigkeit ist gestiegen, während die staatlichen Bemühungen, Jobs zu schaffen, nur minimalen Erfolg hatten. Falls die Unzufriedenheit wachsen sollte, könnte Lula nicht genügend Zeit bleiben, um seine Strategie zu verwirklichen.

Ausblick

Die Globalisierer in der Dritten Welt haben eine eigene Vision der Globalisierung entworfen, die auf dem Grundsatz größerer Gleichheit und Fairness beruht. Doch in China, Brasilien und Indien wächst der Abstand zwischen Arm und Reich, die Klassenunterschiede nehmen zu. Die Mittelschicht ist angewachsen, was jedoch die breiten Massen angeht, hinkt die Verbesserung der sozialen Lage weit hinterher. Denn hebt man den Lebensstandard der Arbeiterklasse und der Armen, so unterminiert man genau jenes Element, das globales Kapital anzieht und diese Länder konkurrenzfähig macht – riesige Mengen billiger Arbeit. Wenn die Strategie auch wichtige Fortschritte in der Gesundheitsversorgung, Bildung und Nahrungsmittelversorgung beinhalten mag – sobald es um Arbeit geht, bleibt das transnationale Kapital hartnäckig bei seinen Bemühungen, die Arbeitsgesetze abzuschwächen, Gewerkschaften zu untergraben und die Löhne nach unten zu treiben. Es ist seit jeher ein Grundwiderspruch des kapitalistischen Systems gewesen, den Markt jederzeit ausdehnen und zugleich die Arbeitskosten senken zu müssen. Die Antwort kann nicht eine bloß anti-neoliberale Agenda sein, auch wenn das unter den gegenwärtigen politischen Umständen erst einmal sinnvoll sein mag. Die Globalisierung muss auf einer fundamentalen Ebene von Gleichheit und Gerechtigkeit herausgefordert werden. Diese Herausforderung könnte sehr wohl von einer besser genährten und gebildeten Arbeiterklasse kommen. Wenn der Pekinger Konsens eine Durchgangsstation darstellt hin zu einer tiefgehenden Veränderung der Gesellschaft, wird er eine wesentlich progressive Rolle spielen. Falls es sich aber nur um eine Strategie handelt, die Kapitalisten aus der Dritten Welt in die neue globale Wirtschaftsordnung einzugliedern, dürfte er kaum Nutzen bringen für den Kampf für eine neue Welt.

Nach dem ersten Erscheinen dieses Artikels in *Race & Class* hat sich die starke Wirtschaftsleistung von China, Brasilien und Indien fortgesetzt. Aussagekräftige Beispiele für das Wachstum in China waren der Erwerb der Personal-Computer-Sparte von IBM und der Versuch, zwei bekannte us-amerikanische Unternehmen, Unocal und Maytag, zu übernehmen. Ebenso hat Lula seine Rolle auf der internationalen Bühne weitergespielt. Nach der Aussage Fred Rosens, des Herausgebers der Berichte des North American Congress on Latin America, hat er sich »erfolgreich zu der Führungsfigur in Lateinamerika entwickelt, der man am ehesten zutraut, eine unabhängige Gemeinschaft lateinamerikanischer Staaten zu organisieren, zu tragen und zu schützen« (2005, 5). Die wachsende politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Stärke dieser aufstrebenden Mächte vermindert den Einfluss des US-Imperialismus, der EU und Japans und schafft anderen Dritte-Welt-Ländern den Raum und die Flexibilität, den schlimmsten Auswirkungen des Washingtoner Konsenses zu entkommen. Doch China, Brasilien und Indien haben mit Armut und politischer Instabilität zu kämpfen, Probleme, die sie nur langsam angehen und zu denen sie nur partiell Lösungen anzubieten haben. Lulas Regierung und die Arbeiterpartei hat die Zustimmung der wichtigsten sozialen Bewegungen wie der Landlosenbewegung MST verloren und sich beim Versuch, eine parlamentarische

Mehrheit zu sichern, in Korruptionsskandalen verstrickt, die eine Wiederwahl gefährden. Gleichzeitig muss sich China mit lokalen und regionalen Protestbewegungen auseinandersetzen wie dem Streik von 10000 Arbeiterinnen bei Uniden Electronics oder dem Aufruhr von 20000 Bauern gegen Missbrauch und Verschmutzung ihres Landes durch Unternehmen, die im Zhuxi Industriepark ansässig sind. Doch die radikalen sozialen Bewegungen dieser Länder sind nicht in der Lage, die Macht zu übernehmen, und einige autonome Organisationen wie der MST lehnen jede direkte Regierungsbeteiligung ab. Vielleicht muss man für die nähere Zukunft die Hoffnung darauf setzen, dass sich weiterhin Volksbewegungen mobilisieren lassen, die unabhängig zivile Einrichtungen zur Selbstermächtigung schaffen und zugleich zugunsten der Armen Druck auf progressive Eliten ausüben. Die Balance zu halten zwischen Radikalismus von unten und Unterstützung einer Regierungspolitik, die westliche Herrschaft auf progressive Weise unterminiert, wird nicht leicht sein, doch könnte dies der beste Weg nach vorn sein.

Aus dem Englischen von Daniel Fastner

Literatur

- Bork, Ellen, »Keep a common front on arms sales to China«, in: *Financial Times* 9.3.2004, 13
- Colitt, Raymond, »China fever drives Brazil's exporters to frenzied activity«, in: *Financial Times*, 11.11.2003, 10
- ders., »CVRD secures multi-billion-dollar Chinese ventures«, in: *Financial Times*, 24.5.2004, 17
- Greider, William, u. Kenneth Rapoza, »Lula raises the stakes«, in: *Nation*, 1.12.2003
- Guerrera, Francesco, »Wall Street's drive to scale the Great Wall«, in: *Financial Times*, 10.12.2003, 8
- Huang, Gregory, »The world's hottest computer lab«, in: *Technology Review* 107, 5.6.2004, 35
- Huang, Yasheng, »China is not racing ahead, just catching up«, in: *Financial Times*, 8.6.2004, 15
- Kynge, James, »Chronic over-investment, excess supply and endemic corruption: can China keep its booming economy on track?«, in: *Financial Times*, 4.3.2004, 17
- FT Editorial, »The rise of Asia gathers speed«, in: *Financial Times*, 29.12.2003, 10
- Luce, Edward, u. James Kynge, »India starts to see China as a land of business opportunity«, in: *Financial Times*, 23.9.2003, 6
- Ma, Josephine, »Three million took part in surging protest last year«, in: *South China Morning Post*, 8.6.2004
- Poulantzas, Nicos, »Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat« (1976), in: ders., J. Hirsch, B. Jessop, *Die Zukunft des Staates*, Hamburg 2001, 19-69
- Prestowitz, Clyde, »The role reversal of Washington and Beijing«, in: *Financial Times*, 8.12.2003, 13
- Ramo, Joshua Cooper, »China has discovered its own economic consensus«, in: *Financial Times*, 7.5.2004
- Rosen, Fred, Introduction: »Empire and Dissent«, in: *NACLA report*, 39. Jg., 2005, H. 2, 3-6
- Wolf, Martin, »The long march to prosperity: why China can maintain its explosive rate of growth for another two decades«, in: *Financial Times*, 9.12.2003, 13

Steve Ellner

Die drei anti-neoliberalen Strategien Lateinamerikas*

Die jüngsten Ereignisse in Lateinamerika strafen die neoliberalen Behauptungen Lügen, ein schlanker Staat vergrößere die Einkommen von Arm und Reich gleichermaßen und festige die Demokratie. Während der 1990er Jahre sind nahezu alle lateinamerikanischen Präsidenten neoliberalen Rezepten gefolgt, die Ergebnisse erwiesen sich aber sowohl in politischer als auch in ökonomischer Hinsicht als enttäuschend. Diese Erfahrung brachte den Anti-Neoliberalismus in die Offensive, wie die Wahlerfolge von Hugo Chávez (Venezuela), Luiz Inácio Lula da Silva (Brasilien), Lucio Gutierrez (Ecuador) und Néstor Kirchner (Argentinien) gezeigt haben. Vom Bankrott des Neoliberalismus ermutigt, bildeten sich drei anti-neoliberale Strategien heraus: Der Mitte-Links-Ansatz des mexikanischen Wissenschaftlers und Politikers Jorge Castañeda, demgemäß Linke auf Grundlage eines Gegenprogramms zum Neoliberalismus »die Mitte« von der Rechten abwerben; die Strategie der chilenischen marxistischen Theoretikerin Marta Harnecker, nach der die Linke sich in erster Linie gegen den Neoliberalismus positionieren soll, während sie weitergehende linke Forderungen sowie Bündnisse mit der Mitte meidet, soweit diese einen Anti-Neoliberalismus wesentlich verwässern würden; und eine von James Petras vorgetragene radikalere Strategie, in der anti-neoliberale Forderungen vorgebracht werden, ohne antiimperialistische oder antikapitalistische Kämpfe zu vernachlässigen. Hintergrund der Debatte ist das Problem der Linken, ihre Forderungen und Lösungsansätze im Zeitalter der Globalisierung zu formulieren. Stärker als früher müssen sie die Mobilität des transnationalen Kapitals berücksichtigen und sich Aufgaben stellen, die sich jeder Schwarz-Weiß-Malerei entziehen. Die drei Positionen stellen die Hauptbezugspunkte der lateinamerikanischen linken Strategiedebatte dar. Ihre Autoren sind wohlbekannt in den linksintellektuellen Kreisen Lateinamerikas, da sie überaus produktive Schreiber sind und über Jahre hinweg in engem Kontakt mit politischen und sozialen Führungsfiguren aus dem linken Spektrum standen. Im Folgenden geht es darum, die drei Ansätze mit den hervortretenden anti-neoliberalen Bewegungen und Regierungen in Beziehung zu setzen und einige ihrer klassentheoretischen Implikationen zu untersuchen, besonders im Hinblick auf die relevanten Konzepte der »progressiven Bourgeoisie« und der »marginalen Klasse«.

* Gekürzte und vom Autor um einen neuen Schluss ergänzte Fassung des Artikels »Leftist Goals and the Debate over Anti-Neoliberal Strategy in Latin America«, erschienen in: *Science & Society*, 68. Jg., 2004, H. 1, 10-32

Die Mitte-Links-Strategie

In seinem breit rezipierten Buch *Utopia Unarmed: The Latin American Left after the Cold War* legte Castañeda den Grundstein für seine Forderung nach einem Mitte-Links-Bündnis, indem er ein Programm hin zu sozialer Gerechtigkeit und nationaler Selbstbestimmung entwarf, dabei aber sorgfältig den Zwängen der Globalisierung Rechnung trug. Sein Kernvorschlag bestand aus einer Neuauflage des asiatischen »Tigerstaaten«-Modells, in dem der Staat wichtige Exportsektoren fördert und Günstlingswirtschaft vermeidet, jedoch – anders als etwa die Regierung Südkoreas – »eine soziale [...] und eine ökologische Agenda auf den Weg bringt, die auf höhere statt niedrigere Standards zielen« (1993, 317). Castañeda unterstützte dann Vicente Fox Präsidentschaftskandidatur, um schließlich unter ihm im Jahr 2000 Außenminister zu werden. Für viele weckte dieser Wechsel zur Macht Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit als »echter« Linker. Dennoch ging er über den »Dritten Weg« à la Blair/Clinton insofern hinaus, als er die Struktur des globalen Kapitalismus reformieren und menschlicher gestalten wollte. Castañeda nahm das internationale spekulative Kapital ins Visier: Er wollte mittels einer speziellen Steuer Investoren bestrafen, die ihr Kapital plötzlich aus einem Land abzogen – etwas, das schon François Mitterrand erfolglos vorschlug, während (ausgerechnet) Augusto Pinochet es in bescheidenem Maßstab in Chile eingeführt hat.

Seit 1994 propagierte Castañeda die Strategie der Mitte-Links-Bündnisse auf dem ganzen Kontinent und brachte auf verschiedenen Konferenzen, die Realisierbarkeit und Detailfragen seines Ansatzes ausloten sollten, eine beeindruckende Anzahl politischer und intellektueller Akteure zusammen. Der resultierende »Buenos-Aires-Konsens« (eine Kampfansage an den pro-neoliberalen Washingtoner Konsens) zielte darauf, die Demokratie in Lateinamerika zu stärken, indem er die Ablehnung eines verantwortungslosen Populismus durch die Mitte mit dem umfassenden sozialen Anliegen der Linken verband. Das von Castañeda entworfene Grundsatzpapier – *Nach dem Neoliberalismus: Ein neuer Weg* – betont die sich gegenseitig ergänzenden Aufgaben der Akteure: die der Linken sei es, »der Ungleichheit entgegenzutreten«, während die Mitte darauf aus ist, »den Nonkonformismus der Mittelschicht für sich einzuspannen und das Leistungsprinzip auf das ganze gesellschaftliche Leben auszudehnen«. Das Dokument tritt angesichts der neoliberalen Tendenz, die Macht des Staates zu untergraben, für dessen Stärkung ein. Finanziert werden soll dieser Prozess, der umfassende Programme für nicht-privilegierte Sektoren vorsieht, mittels einer energisch durchgesetzten Mehrwertsteuer statt durch eine progressive Einkommenssteuer, die schwieriger durchzusetzen wäre. Castañeda verteidigte diesen Kurs mit realpolitischen Erwägungen: »Wenn wir zu weit gehen, werden sie (die Kapitalisten) einfach ihre Zelte abbrechen. Entweder wird es Kapital- und Kapitalistenflucht geben – sie gehen einfach und leben woanders – oder sie stürzen die Regierung, wozu sie durchaus in der Lage sind.« (2001, 32)

Castañeda ermahnte die Mitte, ihre engen Beziehungen zur Rechten zu lockern, da diese sich sowohl im In- als auch im Ausland auf viel mächtigere Verbündete stütze. Der Bruch mit der Rechten öffne der Mitte die Wahl zwischen den zwei Möglichkeiten,

entweder eigene Kandidaten aufzustellen oder das Bündnis mit der Linken zu suchen. Aufgrund des absoluten Mehrheitswahlrechts, das sich mittlerweile beinahe auf dem ganzen Kontinent durchgesetzt hatte, war Castañeda überzeugt, die erste Möglichkeit sei zum Scheitern verurteilt. Weiter behauptete er, dass die »zentralen Themen der Linken«, einschließlich des Kampfes gegen Ungleichheit und Armut sowie der Ansicht, das neoliberale Modell sei zu weit getrieben worden, selbst innerhalb der Weltbank und in führenden Kreisen der entwickelten Staaten breite Akzeptanz fänden (1996, 30ff). Doch seine Strategie geht über die Vereinigung von linken und gemäßigten Parteien hinaus und zielt darauf, die »fortschrittliche« oder »nationale« Bourgeoisie zu gewinnen. Diesen Ansatz hat die Kommunistische Bewegung schon in der »Volksfront-Politik« der 1930er Jahre verfolgt, die in Lateinamerika darauf abzielte, die sog. »nationalprogressive Bourgeoisie« einzubinden (Ellner 1988, 25ff). Castañeda zufolge wurde dieser Ansatz angesichts der Kubanischen Revolution und der Guerilla-Bewegungen der 60er Jahre durch radikalere Ziele ersetzt. Die internationale rechte Offensive – eingeleitet durch die Reagan- und Thatcher-Regierungen der 80er Jahre – untergrub die Möglichkeit, gemäßigte Kräfte in linksgerichtete Bündnisse einzubinden, weiter. Es gehe daher darum, Allianzen auf breiter Basis wiederzubeleben, um die nationale Bourgeoisie zu gewinnen. In der Tat hat dieses Spektrum viel vom Anti-Neoliberalismus. Es profitiert nicht nur von den hohen Importzöllen, sondern auch von den Fördergeldern für die Entwicklung der heimischen Industrie. Erfolg oder Versagen der Mitte-Links-Regierungen sind somit ein Prüfstein für das politische Potenzial der nationalen »fortschrittlichen« Bourgeoisie, bzw. dafür, ob es eine solche Klassenformation überhaupt gibt.

Verglichen mit den enttäuschenden Wahlergebnissen der lateinamerikanischen Linken insgesamt seit den 1980er Jahren hat die Mitte-Links-Strategie zu dramatischen Wahlerfolgen geführt: die drei Siege der Präsidentschaftskandidaten der »Concertación« in Chile (darunter 2000 der Sozialist Ricardo Lagos), die Wahl Rafael Calderas 1993 in Venezuela, der Triumph Fernando De La Ruas 1999 in Argentinien, und die Wahl von Vicente Fox 2000 in Mexiko. Jetzt, in den Nachwehen des ökonomischen und politischen Debakels der De La Ruas-Regierung sowie des sang- und klanglosen Rücktritts Castañedas selbst als mexikanischer Außenminister im Jahr darauf, ist eine Auswertung dieser Strategie angezeigt.

In Mexiko überzeugte Castañeda Fox von seiner Mitte-Links-Strategie. Dieser lehnte zwar die Forderung der Linken nach Vorwahlen für einen gemeinsamen Kandidaten ab, propagierte aber ein quer durchs politische Spektrum gehendes »Bürgerbündnis«. Fox gab sich als Verfechter populärer Interessen und hielt die Rechten auf Armeseilänge, um einzelne Linke in sein Wahllager zu ziehen. Nach seiner Wahl bot er der Revolutionär-Demokratischen Partei (PRD) Cardenas 2-3 wichtige Kabinettsposten an, die diese aber ausschlug. Castañeda kritisierte den PRD scharf wegen seines Neins zum Mitte-Links-Bündnis, auch wenn er eingestand, dass Fox nicht brechen würde mit dem »Markt-Paradigma im weiteren Sinne, das ich zwar nicht sonderlich mag [...], aber zu akzeptieren habe« (2001, 32). In Anbetracht der schwachen und unorganisierten Linken in Fox Lager und dessen neoliberalen

Kurses kann der Fall Mexiko geradezu als Karikatur des ursprünglichen Mitte-Links-Modells Castañedas gelten. – In Argentinien vereinigte sich im August 1997 die linke Front FREPASO mit der gemäßigten Radikalen Partei, um die »Allianz« zu bilden, die nur wenige Monate später die Kongresswahlen gewann. Die Radikalen und FREPASO prangerten beide die Korruption und die Verletzung der Gerichtsautonomie durch die Regierung Menem an. Auch kritisierten sie die besonderen Beziehungen zu den USA, die Menem auf Kosten der ökonomischen Vernetzung Argentiniens mit seinen Nachbarstaaten pflegte, und seinen Schocktherapie-Ansatz in der Wirtschaftspolitik. Dessen ungeachtet gab die Allianz sofort ihre Unterstützung für den seit 1991 umgesetzten Konvertibilitätsplan Menems bekannt, der einen 1:1-Dollar/Peso-Wechselkurs garantierte. Präsident De La Rúa, der den konservativen Flügel der Radikalen Partei vertrat, war ein denkbar ungeeigneter Kandidat, um den von Menem begonnenen neoliberalen Kurs wieder rückgängig zu machen. Der FREPASO brachte es nicht zustande, in wirtschaftspolitischen Fragen mit ihm zu brechen, nicht einmal, als er Anfang 2001 Argentiniens Bannerträger des Neoliberalismus, Domingo Cavallo, zum Finanzminister machte. Zwar verzichtete FREPASO auf das Amt des Vizepräsidenten, allerdings aufgrund von Korruptionsvorwürfen, nicht wegen der Wirtschaftspolitik. Andere Angehörige des FREPASO blieben in der Regierung und hinterließen so den Eindruck von mangelndem organisatorischen Zusammenhalt. – In Chile schienen die Aussichten auf Veränderung ermutigender. Dort ließen Sozialisten und Christdemokraten langjährige Animositäten ruhen, um das Bündnis »Concertación« zu gründen, das nicht nur den Kampf für die Absetzung Pinochets anführte, sondern auch hintereinander drei Präsidentschaftswahlen für sich entschied. Was die Concertación jedoch zusammenhält, sind nicht so sehr der Anti-Neoliberalismus oder generell wirtschaftspolitische Vorstellungen, sondern vielmehr das Ziel, Pinochets Vermächtnis, verkörpert in der rechtslastigen Verfassung von 1980, zu überwinden. Die Parteien der Concertación sind dermaßen darauf bedacht, die Vergangenheit hinter sich zu lassen, dass sie die Abschaffung undemokratischer Überreste mit dem Vergeben und Vergessen von Verbrechen der Pinochet-Ära verquicken. So unterließ es z.B. Lagos, nachdrücklich die Solidarität von Präsident Frei gegenüber Pinochet zu kritisieren, als dieser in Haft in England saß, und legte damit eine Haltung an den Tag, die – in den Worten eines politischen Beobachters – »zwischen Mehrdeutigkeit und Opportunismus oszillierte« (Moulian 1999, 17). Es bleibt abzuwarten, ob Sozialisten und Christdemokraten, wenn Pinochet und seine Verfassung erst einmal ein abgeschlossenes Kapitel der chilenischen Geschichte sind, noch genügend Gemeinsamkeiten haben, um die Koalition aufrechtzuerhalten. Ein Flügel der Sozialistischen Partei drängt bereits darauf, den von Frei initiierten Privatisierungsprozess zu stoppen. Dennoch ist die Orientierung der Sozialistischen Partei zur Mitte hin in wirtschaftspolitischen Fragen deutlich. So ist z.B. Präsident Lagos Enthusiasmus für die Eingliederung Chiles in die NAFTA bei weitem größer als sein Interesse an Lulas Vorschlag eines Zusammenschlusses der südamerikanischen Länder, um bei Verhandlungen mit den USA über Handelsbeziehungen in einer starken Position zu sein.

Wo auch immer in Lateinamerika ein Mitte-Links-Bündnis an die Macht gekommen ist, wurden anti-neoliberale Ziele anderen Erfordernissen – wie etwa dem Kampf gegen Korruption, effektiver Umsetzung von Sozialprogrammen und Demokratisierung – untergeordnet. Tatsächlich spielten die linken Mitglieder der Koalitionen selber den Anti-Neoliberalismus herunter oder wandten sich komplett von ihm ab und konzentrierten sich stattdessen auf nicht-ökonomische Ziele. Anstatt die Mitte für offen anti-neoliberale Positionen zu gewinnen, hatten die Mitte-Links-Bündnisse den gegenteiligen Effekt, die Linke auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik handzahn zu machen. Zudem spielte der linke Bündnispartner immer nur die zweite Geige. Die Präsidenten De la Rúa (Argentinien), Patricio Aylwin (Chile), Eduardo Frei (Chile), Caldera (Venezuela) und Fox (Mexiko) waren keine Linken, sondern nur in den relativ knappen Wahlkämpfen auf linke Unterstützung angewiesen.

Kurzfristig war die Mitte-Links-Strategie hilfreich, die Demokratisierung in Lateinamerika voranzutreiben. Die Entmachtung Pinochets und des mexikanischen PRI hätte anders nicht erreicht werden können. Auf lange Sicht aber verstärkt Castañedas Koalitionsstrategie lediglich ein Kernproblem der lateinamerikanischen Demokratien in Zeiten des Neoliberalismus: das Verwischen programmatischer Unterschiede. Zwar entwarf Castañeda für den »Buenos-Aires-Konsens« einen Satz anti-neoliberalen Forderungen, um die Polarisierung zwischen Neoliberalen und ihren Gegnern voranzutreiben. Der Haken ist aber, dass die Parteien der Mitte, die er gewinnen möchte, nicht einmal annähernd zu einem klar anti-neoliberalen Bekenntnis zu bewegen sind. Chiles Christdemokraten z.B. haben in der Vergangenheit Sozialprogramme gefördert, doch gaben sie die unter Pinochet etablierte ökonomische Orientierung nicht auf. Auch die Radikale Partei Argentiniens scheiterte ungeachtet ihrer Kritik an Menems Schocktherapie daran, entschieden mit der orthodoxen Wirtschaftspolitik zu brechen. Die Wirtschaftspolitik Vicente Fox ist sogar noch weiter vom anti-neoliberalen Lager entfernt. Die linken Gegner von Castañedas Mitte-Links-Ansatz waren in den Wahllokalen anfangs nicht so erfolgreich wie Castañedas Strategie. Doch das Versagen der Mitte-Links-Allianzen, neoliberaler Wirtschaftspolitik etwas entgegenzusetzen, beweist die Notwendigkeit eines gegenüber dem Neoliberalismus kompromisslosen Ansatzes. Nur so kann die anti-neoliberale Bewegung zeigen, dass eine wirkliche Alternative – jenseits des zentralistischen, etatistischen Modells der alten Linken – zum Neoliberalismus besteht.

Anti-Neoliberalismus oder Antiimperialismus

Diejenigen, die die Mitte-Links-Bündnisse für ihre Mitte-Lastigkeit kritisieren, begreifen den Kampf gegen den Neoliberalismus als Kernstück linker Politik, das nicht aus wahltaktischen Erwägungen verwässert werden darf. Sie teilten sich in zwei Strömungen. Die eine, deren führende Theoretikerin die auf Kuba lebende Marta Harnecker ist, schlägt vor, alle Bemühungen auf den Kampf gegen den Neoliberalismus zu konzentrieren, bis sich die internationalen Bedingungen

zugunsten der populären Kräfte verschieben. Die von James Petras vertretene zweite Position ist optimistischer was die Verknüpfung von Anti-Neoliberalismus mit weiterreichenden Kämpfen wie Antiimperialismus und Antikapitalismus angeht.

Harneckers Position wurde erstmals 1990 von Sandinisten auf dem Forum in São Paulo formuliert, unmittelbar nach deren Wahlniederlage in Nicaragua und dem Zusammenbruch des staatssozialistischen Blocks in Osteuropa. Sie erklärten, das »Ende der Ära antiimperialistischer Revolutionen« zwingt die Linke, sich auf die moderateren Ziele des Anti-Neoliberalismus zu konzentrieren. Harnecker lehnt zudem die »ultra-linke« Auffassung ab, eine Teilhabe an kommunaler und nationaler Regierungsgewalt bedeute »Hilfestellung für den Kapitalismus«. Lokalpolitik betrachtet sie als Teil des anti-neoliberalen Kampfes und als Gelegenheit für die Linke, die Realisierbarkeit von Alternativen zum Neoliberalismus aufzuzeigen (NACLA 1995). Gerade linke Bürgermeister und Gouverneure könnten öffentliche Strukturen zu größerer Effizienz umstrukturieren und gleichzeitig die mit Neoliberalismus verbundenen Massenentlassungen verhindern, indem sie Umschulungsmaßnahmen finanzieren. Einmal an der Macht würden linke Parteien den neoliberalen Zielen entgegenstehen, wenn sie über das Effizienzgebot hinweg für Beschäftigung Druck machen.

James Petras hält dagegen, die Verbindung anti-neoliberaler Kämpfen mit antiimperialistischen und sogar antikapitalistischen Forderungen habe den »Kampf [in Lateinamerika] nicht nur zahlenmäßig verstärkt, sondern auch radikalisiert« und »den Sozialismus wieder auf die Agenda gesetzt« (2003). Aufkeimende soziale Bewegungen (besonders in ländlichen Gebieten von Mexiko, Kolumbien, Brasilien und Bolivien) und mehrere wichtige politische Parteien wie der bolivianische »Movimiento al Socialismo« (angeführt von Evo Morales) haben sich in eine stärker antiimperialistische Richtung bewegt (Petras/Veltmeyer 2000, 115ff). Dieser Radikalisierungsprozess war eine Antwort auf die Militarisierung der US-Außenpolitik, besonders auf den »Plan Colombia« zur militärischen Bekämpfung der nationalen Guerillabewegung und des Drogenhandels. Gegen die Behauptung eines Endes des Imperialismus und wechselseitigen Nutzen der Nationen dank der Globalisierung verweist Petras auf die neuerliche Verschärfung der Konflikte zwischen »entwickelten« Staaten, wie z.B. am Erfolg des Irans zu sehen sei, die US-Sanktionen durch Aufnahme ökonomischer und sogar militärischer Beziehungen zu Europa und Japan zu überwinden. In Lateinamerika zeigt sich die inner-imperialistische Konkurrenz an der Freihandelszone der Amerikas (FTAA), die energisch von Bush vorangetrieben wird und darauf angelegt ist, die Hemisphäre gegen europäische Wirtschaftsinteressen abzuschließen (Petras 2002, 52ff). Petras spricht auch von »Plünderung« im Sinne von Lenins Imperialismusschriften angesichts der vom transnationalen Kapital aus ihren Investitionen in der »Dritten Welt« gezogenen Super-Profite (Petras/Veltmeyer 2001). Nach Petras ist »permanenter Krieg« das logische Ergebnis von Bushs Außenpolitik, die Teil eines dem neoliberalen Denken entgegengesetzten »militärischen Keynesianismus« sei, in dem militärische Interventionen außerhalb und staatliche Interventionen in die Wirtschaft zu Hause

das neoliberale Modell von Freihandelspolitik und IWF-Rezepten ersetzt haben. Tatsächlich pralle der Staat mit dem privaten Sektor in aller Regelmäßigkeit zusammen. Dies impliziert, eine antiimperialistische Ausrichtung für Dritte-Welt-Länder sei adäquater als die anti-neoliberale Harneckers.

Chávez und Lulas Aufstiege zur Macht liefern der Strategie Castañedas zuwider, die Führungsrolle in der Regierungskoalition an die Mitte zu übertragen. Beide Präsidenten attackierten den Neoliberalismus scharf. Nichtsdestotrotz gibt es gewichtige Unterschiede zwischen ihren politischen Strategien und zwischen den sozialen Kräften, auf die sie sich stützen, was wiederum Implikationen für Petras und Harneckers Ansätze hat. Insbesondere die Rollen der »nationalen Bourgeoisie«, der Arbeiterklasse und der marginalisierten Schichten sind in beiden Ländern radikal verschieden gewesen. Weder Petras noch Harnecker haben die Auswirkung dieser Faktoren gründlich untersucht.

Anders als Chávez kann Lula auf die feste Unterstützung von Organisationen der Arbeiterklasse zählen. Seit ihrer Gründung 1983 war Brasiliens größte Arbeitergewerkschaft, die CUT, eng mit Lulas Arbeiterpartei verbunden. Bei den Präsidentschaftswahlen 2002 bestimmte Lula zudem José Alencar, den die Arbeiterpartei als »fortschrittlichen Industriellen« bezeichnete, zum Vizepräsidenten und sicherte sich so die Unterstützung der »nationalen Bourgeoisie«. Petras betrachtet den Pakt der Arbeiterpartei mit Alencars Liberaler Partei als Zeichen von Lulas schrittweiser Aufgabe progressiver Ziele. Lula werde sich entscheiden müssen zwischen der anti-popularen Politik der liberalen Partei und den popularen Forderungen seiner eigenen Parteibasis und sozialer Gruppen wie der Landlosenbewegung, die inzwischen auf Distanz zur Regierung Lula gegangen sind. Für Harnecker (2002, 8f) dagegen repräsentieren Lula und Chávez die wichtigsten »anti-neoliberalen Fronten« der Welt, obwohl auch sie anerkennt, dass Venezuela im Gegensatz zu Brasilien einen »revolutionären Prozess« durchläuft. Petras Kritik an der Wahl Alencars zum Vizepräsidenten impliziert seine Ablehnung der These vom fortschrittlichen Potenzial der Industriellen und anderer Sektoren der »nationalen Bourgeoisie« in Dritte-Welt-Ländern. Einige linke Autoren bestreiten, dass ein solcher unabhängiger Sektor jemals existiert habe, während andere behaupten, er habe sich im Zeitalter der Globalisierung mit der Allgegenwärtigkeit des transnationalen Kapitals aufgelöst (Robinson 1996).

Die soziale Basis der Regierung Chávez bilden die Arbeiter der informellen Wirtschaft, denen es an sozialer Sicherheit, arbeitsrechtlichen Vorteilen, Abfindungszahlungen und nationalen Verhandlungspartnern fehlt. Die Integration dieser Sektoren in das wirtschaftliche und politische Leben der Nation setzt einen weitreichenden ökonomischen und politischen Wandel voraus. Ein zweiter Klassenfaktor trägt zu der Unvorhersagbarkeit und der radikalen Stoßrichtung des Chávez-Phänomens bei: die aggressive Opposition von Venezuelas Privatsektor. Verschiedene Mitglieder der Regierungskoalition – wie etwa die *Patria Para Todos*-Partei – traten für eine Sonderbehandlung der inländischen Kapitalisten ein, um so die ökonomische Abhängigkeit des Landes von ausländischem Kapital zu durchbrechen. Trotzdem konnte die Befürchtung nicht ausgeräumt werden, die Konfrontation

zwischen Regierung und Unternehmern werde zu einem Radikalisierungsprozess und der Übernahme von Fabriken durch Staat oder Arbeiter führen. Harnecker und Petras unterscheiden sich in ihrer Einschätzung der Regierung Chávez, aber keiner von ihnen sieht die Unbeständigkeit der Situation in Venezuela als Folge der Rollen, die Bourgeoisie und marginalisierte Klasse spielen. Entsprechend ihrer Ansicht von der gegenwärtigen Schwäche der Linken rechtfertigt Harnecker Chávez Bereitschaft, die Auslandsschulden weiterhin abzahlen und Öllieferungen an die USA zu gewährleisten. Petras für seinen Teil nennt Chávez einen »Nationalisten« in der Außenpolitik und »Populisten« im Inneren und betrachtet seine Wirtschaftspolitik, wie seine Weigerung, Privatisierungen kategorisch auszuschließen, als grundsätzlich mit der freien Marktwirtschaft konform. Wie Harnecker weist er darauf hin, dass Chávez ideologische Konzepte, die größtenteils auf dem Denken des Unabhängigkeitsführers Simón Bolívar fußen, vage sind und ihnen eine umfassende Kapitalismuskritik fehlt. Diejenigen, die Chávez wegen seiner politischen Ambivalenz kritisieren, übersehen allerdings die Tatsache, dass es der Anti-Neoliberalismus im Zeitalter der Globalisierung versäumt hat, Strategien, Losungen und Ziele zu entwickeln – dies ist eine der großen Herausforderungen für die Dritte-Welt-Linke.

Objektiv-subjektive Bedingungen und die drei Strategien des Anti-Neoliberalismus

Den drei Ansätzen liegen unterschiedliche Annahmen über die objektiven Bedingungen eines weitreichenden Wandels in Lateinamerika und der Welt zugrunde. Castañedas gemäßigte Strategie einer Mitte-Links-Allianz ist die logische Konsequenz seines Arguments, dass die Kräfte der Globalisierung nationalen Akteuren gewaltige Beschränkungen auferlegen, und seiner damit verknüpften Neigung, soziale Kämpfe herunterzuspielen. Wie bei den sozialdemokratischen Parteien in Europa führte jedoch seine Übernahme der Globalisierungslogik zu zunehmenden Zugeständnissen an den und Kompromissen mit dem Neoliberalismus, die dann auch den Weg zu seiner Integration in die Fox-Regierung bahnten. – Harnecker pflichtet bei, dass die Linke in der Defensive ist, führt jedoch andere Gründe dafür an, namentlich das Fehlen eines sozialistischen Blocks nach 1989/91. Zwar räumt sie ein, dass die Globalisierung die Stellung von Entwicklungsländern und sozialen Bewegungen geschwächt hat, hält diese Tendenz aber nicht für unumkehrbar. Angesichts der Globalisierung des Kapitals sei die Vereinigung der Dritte-Welt-Länder ein notwendiger Schritt, bevor ein weiterreichender Wandel in Angriff genommen werden könne (2003). – Petras Begeisterung für »Graswurzel«-Kämpfe und seine Kritik an Globalisierungskonzepten bringt ihn in Gegensatz zu den defensiven Strategien Castañedas und Harneckers. Er widerspricht dem Globalisierungsparadigma, insofern darin tendenziell nationale Akteure als Gefangene eines Netzes internationaler Sachzwänge betrachtet werden (Ellner 2002, 78). Er greift Globalisierungstheoretiker an, die soziale Kämpfe herunterspielen und die Klassenfrage vernachlässigen (Petras/Veltmeyer 2001, 78), da seiner Ansicht nach die subjektiven Voraussetzungen für einen radikalen Wandel in Lateinamerika gegeben sind.

Das politische Fiasko der argentinischen Linken unter De La Rúa und das Verfehlen eines anti-neoliberalen Kurses in den Regierungen Fox, Caldera und (zu einem geringeren Grad) Lagos wecken Zweifel an der Wirksamkeit von Castañedas Ansatz. Auch straft Bushs Außenpolitik die Behauptung Lügen, die USA hätten mit ihrer imperialistischen Vergangenheit abgeschlossen, um stattdessen eine »globale« Ordnung zu verteidigen. Die Erklärung der Sandinisten vom Ende der antiimperialistischen Revolutionen, die Harnecker in der Formulierung ihrer anti-neoliberalen Strategie beeinflusste, war voreilig. Gleichzeitig zeigen die Phänomene Chávez und Lula die Vorteile und sogar die Notwendigkeit (zumindest in der Startphase) von Bündnissen mit nicht-linken Organisationen auf, was gegen Petras Ansatz spricht. In Venezuela verließen die nicht-linken Bündnispartner kurz vor dem Staatsstreich 2002 sang- und klanglos die Regierungskoalition. Dennoch hätte Chávez Aufstieg zur Macht oder die Verkündung der *Chavista*-Verfassung 1999 ohne Förderung und Beteiligung dieser Nicht-Linken vermutlich nicht stattgefunden. Demgemäß war auch Lulas Wahlvereinbarung mit der Liberalen Partei, die zu marktwirtschaftlichen Reformen führte, kein »Ausverkauf«, wie Petras behauptet. Ein Bündnis zwischen Lula und Argentiniens Präsident Néstor Kirchner (später vielleicht ergänzt durch Perus Präsident Alan García) könnte eine Bühne für die Erarbeitung anti-neoliberaler Positionen bieten, die den Druck auf Chávez mildern würden. Es könnte zu kollektiven Verhandlungen über die Auslandsschulden und südamerikanischen Zollabkommen vor der Etablierung der FTAA kommen. Petras Ablehnung organisatorischer Unterstützung durch Nicht-Linken beraubt die Linke – wie seinerzeit schon Trotzki's Position – ihrer Bündnispartner, die, wenn auch kein verlässlicher Partner fürs Erreichen langfristiger Ziele, doch nützlich im Kampf gegen den Neoliberalismus sind.

Die Bedeutung der subjektiven Bedingungen stellt angesichts der politischen und sozialen Unbeständigkeit in Drittweltländern eine besondere Herausforderung dar. Gewerkschaftsaktivitäten und Wahlerfolge sind historisch ein wichtiges Barometer für die Tendenzen unterprivilegierter Sektoren gewesen. Im Zeitalter der Globalisierung haben sich Gewerkschaften zunehmend auf die Verteidigung von Mitgliederinteressen zurückgezogen. Straßenunruhen, eine häufige Antwort auf neoliberal inspirierte Maßnahmen, ereignen sich außerhalb des Umkreises der Arbeiterbewegung. Solche Aktionen ziehen die Marginalisierten an, deren Zahl astronomisch zugenommen hat, ohne dass sie staatliche Ansprechpartner gefunden hätten. Perry Andersons Thesen aus den 90er Jahren über die neoliberale Hegemonie waren plausibler für die USA und Europa als für Lateinamerika. Die neoliberalen Regierungen Fujimoris und Menems z.B. flößten damals schwerlich Vertrauen auf andauernde Stabilität ein, und doch wurden beide wiedergewählt. Ihre Siege führten viele Beobachter zur Unterschätzung der weit verbreiteten Enttäuschung von der Demokratie neoliberalen Stils zu einem Zeitpunkt, als der Glaube der Eliten an Globalisierung und Neoliberalismus seinen Höhepunkt erreicht hatte. Zunahme der Nichtwähler und Schrumpfung der traditionellen Parteien deuteten auf wachsende Entfremdung der Volksmassen vom politischen System. Hinzu kam die Unfähigkeit der mit dem Neoliberalismus identifizierten Politiker, die Macht durch korrekte Wahlen zu halten. Die Vertreter der Defensivstrategie

waren nicht in der Lage, die weitverbreiteten Mobilisierungen zu antizipieren, die etwa in Argentinien, Bolivien und Ekuador den Sturz der Regierungen bewirkten. Man kann also nicht sagen, dass eiserne Strukturzwänge und ungünstige subjektive Bedingungen die nachhaltige Implementierung antiimperialistischer Politiken durch Drittweltregierungen ausschlossen. Ohne differenzierte Berücksichtigung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteure – Arbeiterklasse, Bauernschaft, marginalisierte Sektoren, kleine Geschäftsleute und nationale Bourgeoisie – ist es jedoch unmöglich, Harnackers These von der Nichtmachbarkeit einer antiimperialistischen Revolution »in einem isolierten Land« etwas entgegenzusetzen. Die zunehmende Diskreditierung des Neoliberalismus in Lateinamerika verdankt sich den unseligen ökonomischen und politischen Resultaten der Globalisierung während der letzten 25 Jahre. Der anhaltende organisierte Widerstand gegen ihn widerspricht dem, was weithin von neoliberaler Hegemonie und dem Konsens, auf den sie angeblich stößt, angenommen wird. Auch widerlegt er die Abstempelung derer, die für die Kontrolle ausländischen Kapitals eintreten, als moderne Maschinenstürmer oder »Dinosaurier«. Eine breite und nachhaltige anti-neoliberale Bewegung in ganz Lateinamerika wird früher oder später funktionsfähige Alternativen nicht nur zur neoliberalen Wirtschaftspolitik, sondern auch zur ausländischen Durchdringung der Ökonomie entwickeln.

Aus dem Amerikanischen von Sascha Peshorn

Literatur

- Castañeda, Jorge, *Utopia unarmed: The Latin American Left after the Cold War*, New York 1993
- ders., »La izquierda en ascuas y en ciernes«, in: *Nueva Sociedad* 141, Jan./Feb. 1996, 19-33
- ders., »Mexico Permuting Power« (Interview), in: *New Left Review* 7, Jan./Feb. 2001, 17-41
- Ellner, Steve, *Venezuelas Movimiento al Socialismo: From Guerilla Defeat to Innovative Politics*, Durham/North Carolina 1988
- ders., »The Tenuous Credentials of Latin American Democracy in the Age of Neoliberalism«, in: *Rethinking Marxism*, 14. Jg., 2002, H. 3, 76-93
- Harnacker, Marta, *Hugo Chávez Frías: Un hombre, un pueblo*, Havana/Cuba 2002
- dies., »Venezuela: una revolución sui géneris«, Vortrag auf dem Dritten Welt-Sozial-Forum in Porto Alegre/Brasilien, 24. Jan. 2003, unveröff. Manuskript
- Moulian, Tomás, »The Arrest and its Aftermath«, in: *NACLA report*, 32. Jg., 1999, H. 6, 12-17
- NACLA (North American Congress on Latin America), Special Issue: »Introduction to Hope: The Left in Local Politics«, in: *NACLA report*, 29. Jg., 1995, H. 1
- Petras, James, »The Myth of the Third Scientific-Technological Revolution in the Era of Neo-Mercantilist Empires«, in: *American Perspectives*, 29. Jg., 2002, H. 6, 44-58
- ders., »Lo que empezó como movimiento antiglobalización, ahora está incluyendo la lucha anticapital, antiimperialista y antiguerrista.« Interview geführt von Alina Perera Robbio, in: *Rebelde* (Cuba), Feb. 2003, <http://www.rebellion.org>
- ders., u. Henry Veltmeyer, *The Dynamics of Social Change in Latin America*, New York 2000
- dies., *Globalization Unmasked: Imperialism in the 21st Century*, London 2001
- Robinson, William I., *Promoting Polyarchy: Globalization, U.S. Intervention, and Hegemony*, Cambridge 1996

Dorothea Melcher

Venezuelas Erdöl-Sozialismus

Seit dem Wahlsieg von Hugo Chávez Frías Ende 1998 endet die Diskussion nicht, was man von diesem Militär aus einem Lehrerhaushalt in den venezolanischen Llanos halten soll. Im Vorfeld hatten Professoren und Journalisten des linken und liberalen Lagers ihn als Faschist bezeichnet, während fast alle kleinen linken Parteien sich um ihn scharten und seither einen beträchtlichen Anteil an seinen Ministern und Beamten stellen. Noch nach sechs Jahren Regierung, nach Staatsstreich und Boykott durch die Führungskader des staatlichen Petroleumkonzerns, wird darüber diskutiert: Ist Chávez ein Diktator, ein Hitler, Mussolini oder Perón, oder wird Venezuela einen Weg wie Kuba einschlagen? Oder geht Venezuela einen eigenen Weg, der nationalistisch, sozialistisch und basisdemokratisch ist? Was hat man von den aggressiven Reden gegen die US-Regierung zu halten, von der auf Lateinamerika bezogenen Integrationspolitik oder der Freundschaft mit China, Iran und Libyen?

Nationalismus eines Petroleumlands

Vor allem andern muss man auf die Besonderheit eines Landes hinweisen, dessen Haupteinnahmequelle seit Mitte des 20. Jahrhunderts der Erdöllexport ist. Bis 1975 lag dieser in der Hand ausländischer Konzerne. In jahrzehntelangem Gerangel hatten die Regierungen nach und nach erreicht, den nationalen Anteil an den Gewinnen auf über 80 % zu steigern. Seither wird das Öl durch das staatliche Unternehmen *Petróleos de Venezuela Sociedad Anónima* (PDVSA, »Pedewéssa« ausgesprochen) gefördert und vermarktet.

Nationalismus ist daher in Venezuela ein zentrales Thema, das jedoch ganz eigene Inhalte hat. Die Venezolaner sind ein offenes integratives Volk, Einwanderung war eine wichtige Politik vor allem in den Jahren des Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg und in den 1970er Jahren. Viele der Neubürger konnten mit ihren Kenntnissen Karriere machen und sich in die neue Mittelschicht eingliedern, die durch die Ölwirtschaft und ihre Einnahmen entstand. Nationalismus konzentriert sich hier auf die Verteidigung der Souveränität über die Ressourcen, von deren Ausbeutung und Export in die Industriestaaten das Land lebt. Zum Erdöl kommen Eisenerz und die Triade Bauxit-Hydroelektrizität-Aluminium, ferner Gold, Diamanten usw. sowie erneuerbare Ressourcen wie z.B. Holz. Hierfür einen Preis zu bekommen, der dem Land und seinen Bewohnern einen Gewinn bringt, ist für die Venezolaner zentral. Zu dieser Vorstellung gehört, dass die Ressourcen Eigentum der Nation und somit aller Venezolaner sind, denen deshalb auch ein Teil der Einnahmen zusteht. Arbeitstheorien haben in venezolanischen Köpfen kaum eine Chance. Der Staat, die Zentralregierung und die regionale Verteilung der Staatseinnahmen

bilden für sie die wesentliche Quelle des Reichtums. Der Zugang zu ihr kommt zumeist über Klientelbeziehungen zustande. Familie, Freundschaften, Parteien und sonstige Organisationen spielen diese Rolle, auch wenn die Ausbildung und die dadurch erworbenen Titel nicht unwichtig sind. Die Großgrundbesitzer und Unternehmer, die Staatsaufträge bekommen, neues Land kolonisieren, Bodenschätze schürfen und Firmen gründen, verdienen durch Fördermittel, großzügige Kredite und ein relativ hohes Preisniveau. Marktbedingte Preisveränderungen bei den wesentlichen Rohstoffen werden leicht als Folge politischer Entscheidungen und Racheakte fremder Regierungen oder ausländischer Konzerne interpretiert. Als Antwort auf die Ölpolitik der USA in den 1950er und 60er Jahren war Venezuela nicht von ungefähr eine treibende Kraft bei der Gründung und Entwicklung der OPEC (vgl. Mommer 1993).

Die Globalisierung hat dem Land eine neue Rolle zugespielt. In der Tradition des europäischen Kapitalismus und der industriellen Revolution wurden die Rohstoffe aus der staatlichen Konzessionspolitik herausgelöst und im Dienst der Kapitalakkumulation von Zahlungen an die Grundeigentümer (Regalien, Royalties) befreit.¹ Die Verbilligung der Rohstoffe als Grundlage für die interne industrielle Entwicklung und Kapitalakkumulation gehört zu den Grundlehren der Nationalökonomie. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war die Grundrente eine wichtige Kategorie in der wirtschaftlichen und politischen Diskussion. Die Klassiker beschrieben die »Differentialrente«, die als Extragewinn für Bauern bzw. die an sie verpachtenden Grundbesitzer anfällt, wenn ihre Böden fruchtbarer sind als andere, oder wenn ihr Land näher am Markt liegt. Da der Markt einen einzigen Preis bildet, wird dieser von den Produkten bestimmt, die auf den noch notwendigen weniger fruchtbaren Böden zu höheren Kosten erzielt werden. Man glaubte jedoch, dass der technologische Fortschritt und die Senkung der Transportkosten diese Unterschiede auf lange Sicht auslöschen würden.

Marx fügte dieser Analyse noch die Kategorie der »absoluten Grundrente« hinzu (MEW 25, 756ff), der er besondere Bedeutung für die Ausbeutung von Bodenschätzen zuerkannte, »wo die Rente allein einem Monopolpreis geschuldet scheint« (780). Die aktuelle Form, in der sich das Problem stellt, ist geprägt durch die Länder, deren Rohstoffe exportiert werden, ohne dass sie eine Chance haben, darauf eine eigene industrielle Entwicklung zu gründen. Als Eigentümer der Lagerstätten von Naturressourcen beanspruchen sie eine Grundrente (Royalty, span. *regalía*), die einen Abzug am in den entwickelteren Ländern produzierten Mehrwert bedeutet. Als die USA 1958 ein protektionistisches Quotensystem gegen Billigimporte einrichteten, sanken die Ölpreise auf dem nun abgekoppelten Weltmarkt und damit auch die Einnahmen der Ölländer. Daher gründeten 1960 einige von ihnen die OPEC, um die Einnahmen wieder anzuheben. Daraus entwickelte sich nach und nach ein Konzept der besonderen Besteuerung, das sich in eine absolute Grundrente

1 So z.B. im Ruhrgebiet um 1850 mit der Kohle. Theoretisch aufgearbeitet ist dieses Thema bei Mommer 2002.

verwandelte (Mommer 1983). Als 1970 klar wurde, dass die Konsumentenländer keine mobilisierbaren Ölreserven mehr besaßen, konnte die OPEC als Kartell der Grundbesitzer des Öls durch ihre Entscheidungen die Grundrente und damit die Ölpreise in bis dahin ungekannte Höhen treiben. Schließlich nationalisierten die Ölländer ihre Industrien und nahmen die großen ausländischen Konzerne als Dienstleister unter Vertrag.

Gegen diese »OPEC-Revolution« (Mommer 2002) gründeten die großen Konsumentenländer 1974 die Internationale Energie-Agentur (IEA), die eine Politik der Schwächung der Rolle der OPEC-Länder betrieb, indem sie alternative Energiequellen förderte, Reserven anlegen ließ und vor allem eine gemeinsame Strategie beim Abschluss von neuen Förderverträgen mit Ölstaaten entwarf. Diese wurde auch wichtig durch die Auflösung der Sowjetunion, deren Nachfolgestaaten entweder in die allgemeine neoliberale Privatisierungswelle eintraten oder sich den Regeln der Konsumentenländer unterwarfen, um deren so dringend benötigten Investitionen zu bekommen. In den Projekten für internationale Freihandelsverträge erscheinen Klauseln, die die Souveränität der Nationalstaaten bei der Vergabe von Rohstoff-Förderverträgen stark beschränken. Freie Aktivität für das internationale Kapital und Aufhebung der Souveränität der Rohstoff exportierenden Staaten über ihre Lagerstätten soll die Regel werden, die durch internationale Schiedsgerichtsbarkeit noch untermauert wird.

Bei der Konfrontation zwischen den OPEC-Staaten und den Konsumenten des Erdöls geht es um die Verteilung des Reichtums, der durch die Ausbeutung von Erdöl geschaffen wird. Dabei spielen auch die großen Firmen mit, die sich mit der Produktion, Raffinierung und Verteilung des Erdöls und seiner Produkte beschäftigen. In diesem komplexen Machtspiel zwischen den privaten Ölkonzernen, den Regierungen der Industriestaaten, den OPEC-Staaten und ihren staatlichen Ölunternehmen geht es um Gewinne, Märkte, Steuern, Royalties und Konzessionen. Die Verstaatlichung hat in den Petroleumstaaten nicht vor dem Angriff auf die Souveränität geschützt. Auch die Manager des venezolanischen nationalen staatlichen Ölkonzerns versuchten in den 90er Jahren mit beachtlichem Erfolg, den venezolanischen Staat aus dem Zugriffsrecht über die Gewinne herauszudrängen und das nationale Unternehmen in einen transnationalen Konzern umzuwandeln (vgl. Melcher 2003).

Die Regierung Chávez hat diese Souveränität wieder für sich beansprucht und im Bereich des Erdöls konsequent umgesetzt. Der Widerstand der Manager des staatlichen Ölkonzerns gipfelte im Versuch, die Regierung zu stürzen, zuerst im Vorfeld des Staatsstreichs vom 11. April 2002 und dann in der Sabotage seitens der PDVSA vom Dezember 2002 bis März 2003. Nach der Entlassung vieler dieser Angestellten hat die Regierung die Revision der von ihren Vorgängern abgeschlossenen Verträge betrieben. Die Auseinandersetzung findet nun noch vor nordamerikanischen Gerichten und in Verhandlungen zwischen dem Ministerium für Energie und Petroleum und den privaten ausländischen Konzessionsinhabern statt.

Regionale Integration gegen neoliberale Freihandelspolitik

Chávez hat sich in den Jahren nach dem gescheiterten Putschversuch, der durch die US-Regierung begrüßt wurde, in einen äußerst aktiven Diplomaten für eine regionale Integration Lateinamerikas verwandelt, als erklärte Gegenpolitik zu den neoliberalen Einigungsbestrebungen der USA in Form des Free Trade Association of the Americas (FTAA)/Asociación de Libre Comercio de las Américas (ALCA). Er drängt auf einen eigenen lateinamerikanischen Block, den er Alternativa Bolivariana para las Américas (ALBA) nennt. Bolivarianisch spielt dabei auf die Tradition Simon Bolívars an, der die Unabhängigkeit von Spanisch-Amerika erkämpfte und versuchte, den Zerfall in viele kleinere Staaten zu verhindern.

Ende April 2005 wurde der Grundstein dafür mit Kuba gelegt, wo PDVSA ein Büro eröffnete und der Banco Industrial eine Filiale einrichtete, die den Handel mit venezolanischen Produkten wie Nahrungsmitteln und Bekleidung finanzieren soll. Die wirtschaftliche Kooperation mit Kuba ist schon seit einigen Jahren ausgedehnt worden und schließt die Anwesenheit von 13 000 kubanischen Ärzten und weiteren kubanischen Sportausbildern in Venezuela ein.² Diese Zusammenarbeit wird als Herausforderung an die USA verstanden.

Die gespannte Lage auf dem internationalen Ölmarkt hat Chávez politischen Spielraum verschafft. In verschiedenen Treffen mit anderen Regierungschefs der Region – Lula aus Brasilien, Uribe aus Kolumbien, Kirchner aus Argentinien, Tabaré aus Uruguay – hat die Regierung Chávez die Stärkung des MERCOSUR³ durch die Integration mit der Andengemeinschaft versucht. Es wurde die Gründung eines eigenen lateinamerikanischen Währungsfonds als Gegengewicht gegen den Internationalen Währungsfonds mit seinen betont transnationalen Interessen angeregt. Als die argentinische Wirtschaft 2004 durch eine Energiekrise bedroht wurde, nachdem die Privatisierung der Ölindustrie unter Menem die Investitionen in eine nationale Versorgung in Frage gestellt hatte, half Venezuela, indem es Schweröl für die Elektrizitätswerke schickte und Kirchner davon überzeugte, wieder ein staatliches Ölunternehmen zu gründen, das inzwischen in eigenen Tankstellen venezolanisches Benzin zu günstigeren Preisen anbietet.⁴ Als Gegenleistung bezieht Venezuela für sein staatliches Großhandelsunternehmen MERCAL (Mercados de Alimentos, Nahrungsmittelmärkte) Nahrungsmittel und Maschinerie aus Argentinien, in einer Art Kompensationshandel, um Schwierigkeiten mit den Devisenproblemen Argentiniens zu umgehen. Die enormen Dollarreserven aus den Erdölexporten haben der venezolanischen Regierung erlaubt, durch den Kauf von argentinischen Schulden dem durch den IWF unter Druck gesetzten Land eine Erleichterung zu verschaffen. Die Auseinandersetzungen in Bolivien um die

2 Diese Zahl gibt die Regierung an. Die Oppositions-Zeitung *El Universal* behauptet, es seien doppelt so viele.

3 Mercado Comun del Sur, Freihandelsabkommen seit 1991 zwischen Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay. Inzwischen ist Venezuela assoziiert.

4 Vgl. Araque 2004. Rodriguez Araque war von 1999 bis 2000 venezolanischer Ölminister, 2001 bis 2002 Generalsekretär der OPEC, danach Präsident der PDVSA. Seit 2004 ist er Außenminister.

Bedingungen für die Vergabe neuer Konzessionen für Öl und Erdgas, mit der Forderung der Indígena-Bewegung unter Evo Morales nach 50 % Royalty für das Land, haben die dortige Regierung gestützt und sind noch immer nicht zur Ruhe gekommen. Sie werden von der venezolanischen Linken aufmerksam verfolgt.

Da eines der wichtigsten Mittel bei den Staatsstreichversuchen gegen Chávez die privaten Medien, vor allem die Fernsehsender, waren, die eng mit den nordamerikanischen Großsendern zusammengearbeitet haben, wurde nun auf Initiative Venezuelas eine eigene lateinamerikanische Nachrichtenagentur und ein gemeinsamer Fernsehkanal gegründet, um die Filterfunktion und möglichen Meinungsmanipulationen der us-amerikanischen Agenturen, wie z.B. CNN, zu unterlaufen.

Die Versuche der US-Regierung, Chávez zu isolieren, sind bisher nicht erfolgreich gewesen. Der immer weiter vorgebrachte Vorwurf, Venezuela unterstütze die ›terroristische‹ Guerrilla in Kolumbien und der Kauf neuer Waffen werde diese dann stärken, läuft ins Leere. Schließlich ist Venezuela eines der Opfer der Unfähigkeit Kolumbiens, diesen internen Konflikt zu lösen, denn die kolumbianischen Guerrillas und Paramilitärs nutzen die fast menschenleeren Grenzgebiete Venezuelas als Zufluchtgebiete und Durchgangszonen für ihre Versorgung und eben auch für den Drogenhandel. Dafür zeugen die wiederholten Zusammenstöße mit venezolanischen Truppen, die Morde an staatlichen Funktionären und Angestellten und die Tonnen von Kokain und anderen Drogen, die beschlagnahmt und verbrannt werden. Entführungen zur Erpressung von Lösegeld sind eine gängige Industrie in den venezolanischen Grenzgebieten geworden. Chávez verstand es, gegen den Vorwurf der Unterstützung von ›Terroristen‹, die Verletzung der nationalstaatlichen Souveränität in den Vordergrund zu stellen. Die in der Nähe der venezolanischen Grenzen stationierten amerikanischen (Söldner-) Truppen werden als eine mögliche Gefahr in dieser Hinsicht immer wieder erwähnt.

Das Treffen in Caracas von Anfang April 2005 zwischen Chávez, Uribe, Lula und dem spanischen Premierminister Zapatero war ein großer diplomatischer Erfolg der venezolanischen Politik. Zapatero verkaufte Venezuela Hubschrauber, Patrouillenboote und Petroleumtanker; Lula übergab der venezolanischen Regierung Hubschrauber und anderes militärisches Material. Die us-amerikanische Regierung hatte sich schon vorher gegen den Kauf russischer Waffen für die venezolanische Armee ausgesprochen, vor allem mit der Warnung, dass die dadurch ersetzten 50 Jahre alten Gewehre in die Hände der kolumbianischen Guerrilla fallen würden. Chávez erklärte, die USA hätten vorher auch an Venezuela Waffen verkauft; vielleicht seien sie nur ärgerlich, weil es diesmal russische seien. Es müsse zudem eine Armeereserve ausgerüstet werden, auch um der von ihm wiederholt behaupteten us-amerikanischen Bedrohung widerstehen zu können. Zudem erhielt die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) nach vielen Patt-Wahlgängen in Gestalt des Chilenen Insulza einen Präsidenten, der gegen den ursprünglich von den USA favorisierten Kandidaten vor allem von Venezuela unterstützt wurde.

In Venezuela fehlt es nicht an kritischen Stimmen gegen diese Politik von Chávez gegen die USA. Die Rechte betont die Bedeutung der USA für die Wirtschaft, und im linken Lager weisen viele darauf hin, dass auch die kolumbianischen und

brasilianischen Interessen kapitalistisch und mit dem internationalen Großkapital vernetzt sind; Vorteile für Unternehmen aus diesen Ländern, mit denen vielfältige Abkommen unterzeichnet wurden, bestärkten das transnationale Kapital und seinen Einfluss in Venezuela. Sorgen machen sich auch die Umweltschützer in Hinsicht auf die wachsende Integration mit Brasilien, die notwendigerweise die verkehrsmäßige Erschließung von Grenzgebieten nach sich zieht, die Nationalparks mit weitgehend unberührten Regenwäldern und/oder Indígena-Territorien betreffen.

Ist die »bolivarianische Revolution« sozialistisch?

Vorab: Die Sicherung der Grundrente aus dem Öl für den Nationalstaat bestimmt nicht, wie sie nun im Land verwendet wird und wer in ihren Genuss kommt. Venezuela hat Diktaturen und Entwicklungsdemokratien gehabt, die jeweils andere Gruppen mit der Verteilung des Geldes begünstigt haben. Dies wird auch »Verteilungsgesellschaft – sociedad distribucionista« genannt (vgl. Domingo 1999). Andere Resultate kann man im Mittleren Osten vergleichen. So ist die innenpolitische Richtung von der Frage der Grundrente zu unterscheiden, auch wenn die wirtschaftliche Rolle dieser Einkommen bestimmend für die Entwicklung im Land geworden ist. Um die bolivarianische Revolution zu verstehen, muss man etwas von der venezolanischen Geschichte seit der Unabhängigkeit und von den Theorien wissen, die Chávez und seine Mitarbeiter inspirieren.

Chávez und seine militärischen Kampfgefährten aus den siebziger Jahren definierten ihre Ziele als eine Mischung aus Nationalismus und Basisdemokratie; jüngst bekannte sich Chávez als Sozialist neuen Typs. In seiner Regierungsallianz vereint er verschiedene Strömungen: alte kommunistische Kader mit festen Vorstellungen einer Avantgarde-Rolle der ideologisch gefestigten Partei, daneben eine beträchtliche Anzahl seiner Kameraden aus den Zeiten der Putschverschwörung von vor 1992, und schließlich ehemalige Linksradikale aus nachkommunistischen Studenten- und Kulturbewegungen. Seine Äußerungen zur ideologischen Richtung haben oft eklektizistischen Charakter: er liest viel, spricht mit vielen Menschen und integriert leicht neue Thesen in seine Ansprachen, wobei manchmal die Stimmigkeit der verschiedenen Ansätze zweifelhaft bleibt.

Für die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungsziele scheint der ungarisch-englische Marxist István Mészáros wichtig zu sein, dessen Buch *Beyond Capital* von der venezolanischen Regierung 2001 übersetzt und herausgegeben wurde. Dort werden sowohl der Kapitalismus wie auch die bisherigen sozialdemokratischen und sozialistischen Gegenbewegungen kritisiert. Als einzig gangbare Alternative zum globalen neoliberalen Kapitalismus und die durch diesen verschärfte Verarmung und Zerstörung der Gesellschaften, vor allem in den nicht hochkapitalistischen Nationen, fordert er einen Sozialismus, der sich auf Basisbewegungen und Produktionsgemeinschaften gründen soll, da die bisherigen Reform- oder Revolutionsansätze durch die staatliche bürokratische Befehlsstruktur im Grunde nur die Gesetze des Kapitals reproduziert und so der nun herrschenden Idee, dass es keine Alternative

gebe, den Weg geebnet hätten. Politisch bedeutet diese soziale Basisdemokratie die Kritik an der repräsentativen Demokratie. Die vertikale Arbeitsteilung durch die parlamentarische Vertretung berge in sich bereits die Herrschaft über die arbeitenden Massen. Stattdessen soll eine partizipatorische Demokratie errichtet werden. Das Volk soll sich in Objekt *und* Subjekt der Macht verwandeln.

In seinem wöchentlichen Fernsehprogramm »¡Aló Presidente!«, das sonntags mehrere Stunden lang an jeweils bedeutsamen Orten inszeniert und ausgestrahlt wird – zuletzt in Kuba unter Mitwirkung von Fidel Castro und dem Sandinistenführer Daniel Ortega –, setzt Chávez solche Ziele seinen Zuschauern immer wieder auseinander. Er spricht populär und rutscht hin und wieder ins Grobe ab, was seine Gegner ihm heftig ankreiden. Aber seine Anhänger verteidigen diesen Stil als venezolanische Volksstimme und betonen die pädagogische Funktion der manchmal sehr ausschweifenden Erklärungen. Denn die organisatorische Basis der Bolivarianischen Revolution ist weiterhin recht schwach und in den privaten Medien findet sie noch immer wenig Echo. Seine eigene Partei, der Movimiento Quinta República, ist eine zusammengewürfelte Wählerorganisation und hat wenig organisatorische und ideologische Tradition, auch wenn sie bereits über 2 Millionen Mitglieder zählt. Vor Wahlen brechen immer wieder innere Spannungen auf. Dafür sucht Chávez den permanenten Kontakt mit den Bürgern. Seine Anhänger sind dabei nicht immer einverstanden mit der Art, wie er sich präsentiert. Als er sich in Macho-Manier über Condoleezza Rice äußerte, erntete er die johlende Zustimmung seines Publikums, aber am folgenden Tag protestierten die Frauen seiner Bewegung lebhaft, was besonderes Echo fand, da solche Bemerkungen dem Anspruch der Bewegung widersprechen.

Revolution von oben statt Revolution der Massen?

Die revolutionäre Rhetorik von Chávez und vielen seiner Minister sowie die Maßnahmen der Regierung zur Durchsetzung der beschriebenen Reformen beanspruchen, sich auf die breite Volksbewegung der bisher ausgeschlossenen und verarmten Bevölkerung zu stützen. Da die Ministerien weiterhin voll sind mit Personal der vorherigen Regierungen, das meistens die Ziele der neuen Regierung nicht teilt, hat Chávez eine Art paralleler Staatsorganisation gebildet, die Programme neuer Art vorantreibt und die direkte Mobilisierung der Basis anstrebt. Das geschieht auf den Sektoren der Erziehung und Ausbildung, der Gesundheit und der Wirtschaft. So wurden 2004 die »Missionen« ins Leben gerufen: »Misión Barrio Adentro« bietet kostenlose medizinische Versorgung durch kubanische, aber auch venezolanische Ärzte in den Armenvierteln; »Misión Robinson« ist eine Alphabetisierungskampagne mit Grundschulabschluss-Möglichkeit; »Misión Ribas« bietet den Abschluss des weiterführenden Schulsystems an; »Misión Vuelvan Caras« macht Grundausbildung im agrarischen und technischen Bereich und hat als Perspektive die Mitgliedschaft in Produktionsgenossenschaften.⁵

5 Die meisten Namen stammen aus venezolanischen Traditionen: Robinson spielt auf den Lehrer Simón Bolívars, Simón Rodríguez, an, der Robinson in der Tradition Voltaires als das Erziehungsobjekt

Viele dieser Missionen stützen sich auf kubanisches Lehrmaterial, was nicht verwundert, weil es wenig übernehmbare Vorlagen für solche breiten Kampagnen gibt. Bei den Grundschulen wurden Escuelas Bolivarianas errichtet, die integrale Ausbildung und Schulspeisung einschließen, was ein wichtiger Beitrag zur Lernfähigkeit der Kinder aus den Barrios ist. Als Krönung soll die Universidad Bolivariana ein neues Universitätsmodell mit stark pädagogischer Ausrichtung und breitem Zugang bieten.

Obwohl die Erfolgsdaten beeindruckend sind, bleibt das traditionelle Medizin-, Schul- und Universitätssystem weiterhin vorherrschend, und die Kritik an den Missionen richtet sich vor allem auf die geringe Qualifikation der Lehrenden und stellt die Ergebnisse in Frage. Dass der Erziehungsminister, Aristóbulo Istúriz von der Partei Patria Para Todos (PPT), bisher das Schulwesen nicht ausdehnen oder gar revolutionieren und auch in den Universitäten keinen inhaltlichen Einfluss nehmen konnte, zeigt die Schwäche des Regierungslagers und die Beharrlichkeit der Traditionen und der Professionellen dieser Sektoren, die sich wiederum über fehlende Finanzierung beklagen. Im März 2005 wurde der Versuch der Regierung sichtbar, in den traditionellen autonomen Universitäten diesen Widerstand über die Kontrolle der Finanzen zu schwächen. Die andere Seite der Missionen besteht darin, dass sie mit Stipendien aus dem Staatshaushalt finanziert werden und die Leistungskontrolle lax gehandhabt wird. So kann man sie z.T. als kurzfristige populistische Subventionen zur Gewinnung der Begünstigten ansehen, die nicht wirklich an den Kursen teilnehmen oder greifbare Ergebnisse erzielen müssen. Vor allem aber ist zu fragen, wieviel davon Antworten auf aktive Forderungen der Volksbewegungen an der Basis sind und nicht nur von Seiten linker bzw. nationalistischer Politiker und Intellektueller, die mit dem Rückhalt von Chávez und den Einnahmen aus dem Erdöl ihre Programme durchzusetzen suchen.

Verteilungsmentalität und kapitalistische Entwicklungsideologie haben in den Köpfen der venezolanischen Bevölkerung kaum sozialistisches Denken wachsen lassen, und die schwachen Linksparteien leisteten in den letzten zwei Jahrzehnten wenig auf diesem Gebiet, so dass der Neoliberalismus mit seiner Botschaft des Endes des Marxismus zur vorherrschenden Ideologie werden konnte. Es gibt auch wenig kollektive Sicherheitstraditionen. Kurzfristig anberaumte Sonderkampagnen mit politischer Motivation gehören zur Tradition, werden aber selten institutionalisiert. Es existiert ein Flickenteppich von sozialen Spezialregelungen, so die großzügigen Pensionsberechtigungen der Universitäten, des Ölkonzerns, des Erziehungsministeriums, eben der beim Staat Beschäftigten. Das offizielle Sozialversicherungssystem für Arbeiter und Angestellte besteht zwar seit 1941, deckt aber nur einen kleinen Teil der Arbeitskräfte ab, da z.B. die Kliniken schlecht ausgestattet und große Landesteile erst seit wenigen Jahren überhaupt in die Versorgung eingebunden sind.

darstellte; Ribas hieß ein in den Unabhängigkeitskriegen heroisch gefallener Studentenführer; »vuelvan caras« war die Parole, unter der die Llaneros die Wendung von der Unterstützung der Königstreuen zu den Unabhängigkeitskämpfern in den Unabhängigkeitskriegen vollzogen und damit entscheidend zu deren Ausgang beitrugen.

Korruption der Funktionäre und fehlende Zahlungsdisziplin der Unternehmer und des Staats haben die Bildung von Reserven verhindert, und die Pensionen müssen aus dem Staatshaushalt subventioniert werden. Die 2002 beschlossene Reform des Gesundheits- und Sozialsystems stagniert.

Aber diese Situation mobilisiert kaum die Massen. Man deckt sich traditionell durch die Solidarität der Großfamilie ab, und die wichtigste Einnahmequelle sind die »prestaciones sociales«, die Abfindungen, die die Arbeitgeber bei der Entlassung je nach der Dauer der Beschäftigung zahlen müssen. Bei besonderen Bedingungen wie Krankheit, Ausbildung oder Hauskauf kann vorzeitig auf sie zugegriffen werden. Viele Arbeitskräfte benutzen diese relativ beträchtlichen Summen zur Gründung eines eigenen Betriebs oder zum Kauf einer Wohnung, eines Stückes Land, eines Taxis oder eines Kleinbusses, um sich selbständig zu machen. Das Ziel des eigenen Mini-Unternehmens ist sehr verbreitet. Es gibt viele Vorbehalte gegenüber Genossenschaften, da diese in der Vergangenheit schnell bankrott gingen oder von den politisch eingesetzten Vorsitzenden ausgeplündert wurden. Mangelnde technische und wirtschaftliche Kenntnisse, aber auch klientelistische Strukturen waren meist die Ursachen. Die Regierung Chávez versucht nun, dem entgegenzuwirken durch Vergabe von staatlichen Aufträgen oder Bauernland an die durch die Missionen Ausgebildeten, denen man die Gründung von Kooperativen in Stadt und Land zur Bedingung macht. Ob diese kollektivistische Erziehung Wurzeln schlagen kann, muss man abwarten.

»Sembrar el petróleo« – »das Öl säen«

Venezolanische Regierungsmacht beruht seit Anfang des 20. Jahrhunderts auf der Kontrolle und Verteilung der Ölgelder. Seit den 30er Jahren traten die Politiker mit dem Anspruch auf, »das Öl zu säen«, d.h. die Einnahmen aus dem vergänglichen Petroleumexport in die Entwicklung alternativer Wirtschaftszweige zu stecken. Daher wurde viel Geld in die Infrastruktur investiert, um Straßen, Elektrizität, Wasserversorgung und Telefonsystem als Grundlage für die Entstehung industrieller Sektoren anbieten zu können. Zur Verbesserung der Lebensbedingungen wurden Hospitäler und Polikliniken auf dem Land aufgebaut und recht gut ausgestattet. Man baute das Schulsystem und die Universitäten aus und schickte die Studenten mit Stipendien ins Ausland, um sie für diese Modernisierungsaufgabe auszubilden. Die staatlichen Projekte wurden meist durch Vertragsunternehmen ausgeführt, und so bildete sich eine Mittelschicht, die eng mit dem Staat verflochten war. Die oft erheblichen Gehälter und Gewinnspannen wurden mit dem Beitrag zum Fortschritt gerechtfertigt. Vorbild für Lebensstil waren die USA, woher man leicht importieren und wohin man schnell fliegen konnte. Während der fetten Jahre der sog. Ölkrise kauften viele aus dieser Schicht Wohnungen in Florida, und ihre Verschwendungssucht brachte ihnen, abgeleitet von ihrem bevorzugten Zielort Miami, den Beinamen »Maiameros« ein, die nach dem Motto lebten: »ta barato, dame dos« (»is billig, gib mir zwei«).

Dabei blieben 80 % der Bevölkerung mehr oder weniger arm, 15 % erhielten einen guten Anteil an dem Reichtum des Landes, und 4 bis 5 % konnten zu großen Kapital- und Einkommensbesitzern aufsteigen. Jeder Anstieg oder jede Senkung der Öleinnahmen verschärfte diese Ungleichverteilung (vgl. Baptista 1997). Den Armen grub sich die Überzeugung ein, dass die Oberen ihre guten Lebensbedingungen durch Korruption erhielten.

In seinen letzten Reden hat Chávez nun die Losung »das Öl säen« wieder aufgenommen und versprochen, durch Förderung der Binnenproduktion eine gerechtere Einkommensverteilung zu schaffen. Dabei sollen mittlere und kleine Unternehmen unterstützt werden, während das Großkapital sich selbst überlassen bleibt. Die seit Anfang 2003 geltende Devisenbewirtschaftung soll den Kapitalexport ins Ausland behindern.

Nicht nur im Erdöl, sondern auch in anderen Bereichen werden die Bedingungen für die Nutzung und Ausbeutung nationaler Naturressourcen neu definiert. Die Regierung bzw. einige Regionalregierungen erklärten die bisherigen Bergbau-Konzessionen und freien Ausbeutungsmöglichkeiten für nichtig; sie sollen eingezogen und neu ausgehandelt werden, mit regulierten Abgaben und Steuern, aber auch zur Ausbeutung durch Kooperativen, deren Förderung von der Regierung als vorrangig betrachtet wird.

Im venezolanischen Militär sind Entwicklungsideologien sehr verbreitet, und sie haben Einfluss in regionalen Entwicklungsinstitutionen. Viele Offiziere haben technische oder medizinische Universitätsabschlüsse und bewegen sich in den Traditionen der nationalen Entwicklung, die durchaus auch privatkapitalistisch sein kann, wenn der Staat die Richtung bestimmt. Die Ausbeutung von Bodenschätzen, die Nutzung von Wäldern und Savannen, die infrastrukturelle Erschließung findet unter ihnen neue Unterstützung. Dabei kommt es immer wieder zu Konflikten mit Indígenas, die ihre eigene wirtschaftliche Kultur verteidigen und gegen die Eingriffe der Zentralregierungen in ihre Territorien protestieren. Auch Umweltschützer mobilisieren sich gegen Konzessionen mit fragwürdiger Legalität.⁶

Eine empfindliche Kritik an der Fähigkeit der Regierung, das viele Geld effizient anzuwenden, gründet auf der Beobachtung, dass Armut und Arbeitslosigkeit kaum abgenommen haben. Mindestlöhne, die in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen sind und dennoch nur 200 US\$ monatlich betragen, erhalten nur Festangestellte, während rund 60 % der Arbeitsfähigen im informellen Sektor beschäftigt sind. Die Lösung durch die Erlaubnis für Straßenhändler, die inzwischen alle venezolanischen Innenstädte besetzt haben, kann nicht überzeugen, und auch das schlechte Funktionieren der Müllabfuhr und anderer öffentlicher Dienste wie z.B. der Polizei wirft die Frage nach der Effizienz der Regierung auf. Andererseits weitet sich die wirtschaftliche Funktion des Staats erneut aus, nachdem in den 80er Jahren viele Staatsunternehmen privatisiert worden waren. Sichtbarstes Beispiel ist die neue Handelsorganisation MERCAL, Mercados de Alimentos, eine von Militärs geleitete und betreute staatliche

6 Widerstand der Indígenas gegen die Stromleitung nach Brasilien; Protest gegen den Kohleabbau in der Sierra de Perijá; Kritik an den Bergbaukonzessionen (Gold) in der Sierra de Imataca (vgl. PROVEA 2005)

Großhandelskette, die Grundlebensmittel zu niedrigen Preisen an die Bevölkerung abgibt und dabei auch mit kleinen lokalen Produzenten und Händlern assoziiert ist. Ein Teil dieser Lebensmittel wird direkt importiert, doch soll auch die interne Produktion angekurbelt werden, wozu die Umverteilung von Grund und Boden sowie die Verpflichtung zur produktiven Nutzung von Bodenbesitz beitragen sollen.

Landreform und Mitbestimmung

Das Recht über Grund und Boden war in Venezuela seit der Kolonialzeit anders als in Europa oder den USA geregelt: alles Land war Kronland und seit der Unabhängigkeit nationales Land, es sei denn, der Besitz war von der Krone oder den entsprechenden staatlichen Behörden zugewiesen worden. So gibt es einige Großgrundbesitzer, deren Titel aus alten Zeiten stammen, aber spätestens seit 1936 wurden keine neuen definitiven Eigentumsrechte verliehen. Die seit jenen Jahren stattfindende Binnenkolonisierung führte zur Konzentration des Landbesitzes, aber mit begrenztem Besitzrecht. »Den Boden denen, die ihn bearbeiten«, ist weiterhin herrschende Regel, und die Rodung staatlichen Brachlands bringt Nutzungsrecht, aber kein Eigentum zustande. Diese Regel wurde in der Landreform von 1961 erneut bekräftigt, und alle Versuche der großen Farmer und Viehzüchter, Eigentumstitel erteilt zu bekommen, sind stets gescheitert. Sie erhielten jedoch immer wieder staatliche Kredite und Subventionen und genossen großzügige Entschuldungsmaßnahmen.

Nun hat die Regierung Chávez für ihre Politik der sozialen internen Entwicklung dem Latifundium den Krieg erklärt. Ein entsprechendes Gesetz von November 2001 war einer der Anlässe für den Staatsstreichsversuch vom 11. April 2002. Die riesigen Hatos – so nennt man die Haziendas von mehreren hunderttausend Hektar Ausdehnung mit extensiver Rinderzucht – sollen nun aufgeteilt werden, wobei die wirklich produktiv genutzte Fläche dem Besitzer zugesprochen werden kann.

Die Agrarreforminstitution INTI hat nun seit Ende 2004 alle Grundbesitzer zur Registrierung und Dokumentierung ihrer Ländereien aufgefordert, einschließlich des Nachweises ihrer Nutzung, und im Februar 2005 wurden einige der bekannten Hatos zu Staatsland erklärt, mit der Begründung, die Besitzer hätten keine entsprechende Dokumentation vorgelegt. Ungenutztes Land wird von nun an mit einer Steuer belegt werden. Ein Teil dieser Ländereien soll Bauernkooperativen zugeteilt werden. Es sind bereits viele tausend Hektar Land verteilt worden.⁷ Die Grundbesitzer haben sich gegen diese Reformen in Prozessen zu wehren gesucht, aber auch mit Morden an Führern der Landbesetzungen.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die neue Rolle der Indígena-Völker, die zahlenmäßig zwar nicht sehr ins Gewicht fallen, jedoch große Landgebiete, vor allem an den Grenzen Venezuelas, bewohnen. Die Verfassung von 1999 hat ihnen das Recht

7 Venezuela besitzt bis heute kein allgemeines Kataster, und viele Grundbesitztitel sind anfechtbar. Nun hat Eleizer Otaiza, der Chef des INTI, angekündigt, man werde Besitztitel aus der Kolonialzeit nicht anerkennen, weil man gegen die Kolonisierung sei. Ob das in der Praxis angewendet wird, muss man abwarten. Zur Landverteilung: PROVEA 2005.

auf ihre Kultur, ihre Sprachen und auch die Verfügung über ihre traditionellen Territorien zugesprochen. In langwieriger Arbeit haben nun diese Völker ihre Gebietsgrenzen definiert, es werden entsprechende Karten erhoben und bald sollen die Gebiete zugeteilt werden. Dabei bestehen Meinungsverschiedenheiten über die Besitzinhalte – Unveräußerlichkeit, Hoheitsrechte des Zentralstaats usw. –, die noch ausgeräumt werden müssen. Beeindruckend ist jedoch schon jetzt das gestiegene Selbstgefühl dieser Menschen, die so lange unter der Missachtung durch die »criollos«, die nicht-indianischen Venezolaner, gelitten haben. Allerdings gibt es bei der Einrichtung solcher Territorien auch Konflikte mit bisherigen Besitzern, und es hat auch hier bereits Tote gegeben. Ob diese Landreform nun zu der beabsichtigten wirtschaftlichen Entwicklung eines Bauerntums auf dem Land führen wird, ist abzuwarten. Unter den vorigen Regierungen rangierten die Bauern meist hinter der Agrarindustrie. Die Kooperativen mit ihrer neuen Ausbildung, der finanziellen Unterstützung und der Marktgarantie von MERCAL erfolgreich zu machen, wird ein langer Prozess werden.

Die venezolanischen Gewerkschaften stehen seit ihren Anfängen im 20. Jahrhundert unter der politischen Kontrolle der linkspopulistischen Partei Acción Democrática, die in den 1990er Jahren praktisch zerfiel. Schon lange kritisierte die Linke deren bürokratische Struktur. Nach dem Sieg von Chávez widerstand die mächtige Zentrale Confederación de Trabajadores de Venezuela (CTV) dem Versuch, sie durch ein Referendum zu internen Neuwahlen zu zwingen. Sie beteiligte sich führend an den Demonstrationen der Opposition beim Staatsstreichsversuch 2002 und an der Petroleumsabotage von 2002/3. Daher gründete die Regierungsseite eine neue Zentrale, die Unión Nacional de Trabajadores (UNT), die allmählich ihren Einfluss ausbaut, schon weil die meisten Arbeitsplätze sich im öffentlichen Dienst finden.

Wie wird es weitergehen?

Alle Versuche der Opposition, Chávez zu stürzen, sind bisher gescheitert. Nach dem großen Wahlsieg von 1998 setzte Chávez eine neue Verfassungsgebende Versammlung durch, aus der die in vielen Exemplaren im Volk verteilte neue Verfassung von Ende 1999 hervorging, die nicht einmal die Putschregierung von 2002 aufheben wollte. Im Jahr 2000 stellte sich Chávez erneut zur Wahl und gewann diese wie auch den Abwähl-Volksentscheid, wodurch laut neuer Verfassung ein Präsident nach seiner halben Amtszeit abgesetzt werden kann. Die Opposition brachte eine erstaunliche Mobilisierung zustande: mit häufigen Massendemonstrationen und Unterschriftensammlungen, die den Mittelschichten bisher fremd gewesen waren. Aber Chávez konnte sich auf die große ärmere oder ausgeschlossene Bevölkerungsmehrheit stützen, gewann die Wahlgänge, und seine Anhänger übertrumpften immer wieder die Demonstrationen der Opposition. Dabei konnte die Opposition zunächst mit massiver Unterstützung durch die privaten Medien rechnen, denen die Regierung kaum etwas entgegenzusetzen hatte, außer der Verpflichtung, Regierungserklärungen in einer Kettenschaltung zu übertragen. Dass Chávez dieses Mittel immer mehr nutzte, wurde ihm als Missbrauch angekreidet. Der einzige staatliche Fernsehkanal und ein

rudimentäres Regierungsradio ohne nationale Reichweite brauchten mehrere Jahre und große Investitionen, um für alle Bürger im Land zugänglich zu sein, ohne dass in dieser Zeit die anderen Sender jemals verboten oder eingeschränkt wurden. Diese Medien führten eine geschlossene veritable Hetzkampagne, die vor Fälschungen und Verleumdungen nicht halt machte, und beschuldigte zugleich die Regierung der Verletzung der Presse- und Informationsfreiheit. Durch ihre Verbindungen erreichten sie, dass internationale Gremien die Regierung verurteilten und dass im Ausland noch immer ein verzerrtes Bild über die Informationsfreiheit in Venezuela vorherrscht. Dazu trägt bei, dass es kaum Korrespondenten gibt und die Informationen über Venezuela von Journalisten aus Mexiko oder Buenos Aires übertragen werden, die sie nur aus zweiter Hand, eben aus den privaten venezolanischen Medien, erhielten.

Nun hat der Nationalkongress mit der Mehrheit der Regierungsparteien ein »Gesetz zur sozialen Verantwortung in Radio und Fernsehen« verabschiedet. Neu ist die Absicht, die Medien zu »demokratisieren«: neben den Eigentümern und Direktoren der jeweiligen Sender haben Staat und Öffentlichkeit ein Mitbestimmungsrecht. Schließlich kann ein Rat der Sozialen Verantwortung, der aus einem breiten Spektrum von sozialen Basisorganisationen und Institutionen zusammengesetzt wird, Sanktionen verhängen, um die Regelungen des Gesetzes durchzusetzen. Diese Änderungen könnten künftig auch zur Gleichschaltung der privaten Medien genutzt werden.

Beunruhigung hat die letzte Änderung des Strafgesetzbuchs hervorgerufen, die Strafen für Verleumdung eines Regierungsmitglieds festlegen. Eine der schärfsten Gegnerinnen der Chávez-Regierung, die Journalistin Patricia Poleo, wurde im April 2005 zu einer Haftstrafe verurteilt, weil sie ein Foto veröffentlichte, auf dem angeblich der Innenminister als Putschist neben einem der Opfer des Staatsstreichs von 1992 zu sehen war. Weitere solcher Prozesse sind anhängig. Sie sind geeignet, Journalisten unter Druck zu setzen. Vorläufig zwingen sie sie zur Einhaltung der Wahrheitspflicht. Unklar ist auch, wie es mit dem Justizsystem weitergehen wird. Die tiefe Unzufriedenheit mit den oft korrupten oder politisch verpflichteten Richtern der alten, »vierten« Republik ließ die Absicht von Chávez, das Justizsystem umzubauen, als notwendig erscheinen. Aber wie im Falle anderer Machtbürokratien, die sich dem Eingriff korporativ widersetzt haben, scheint auch hier dieser Versuch teilweise gescheitert zu sein. Die Unabhängigkeit der Richter wird, wie schon seit langem, dadurch beschränkt, dass die meisten von ihnen keine feste Anstellung haben und daher um ihren Job fürchten müssen. Die herrschende Meinung ist, dass die traditionell klientelistische und korrupte Haltung unter den Rechtspflegern allgemein verbreitet ist, und wenn die neuen Richter nicht genauso machtgefällig und korrupt oder noch schlimmer sind als die vorherigen, ziehen sie es vor, gar nicht zu entscheiden, um sich nicht zu kompromittieren, sodass nun Gerechtigkeit auch nicht eher zu erreichen sei. Auch Polizei und Nationalgarde weichen dem Einschreiten lieber aus.

Der Oberste Gerichtshof wurde nach Annahme der neuen Verfassung 1999 eher von der regierungsnahen Mehrheit des Nationalkongresses ernannt. Als es zu den ersten Spaltungen des offiziellen Lagers kam, waren mehrere Richter auf der nicht mehr regierungstreuen Seite. So bekam die Regierung auch Unrecht, als sie

den Staatsstreich vom April 2002 als solchen erklärt wissen wollte, um daraus eine Bestrafung der beteiligten hohen Militärs ableiten zu können. Die meisten Beteiligten am Putsch konnten so weiter aktiv am Sturz der Regierung arbeiten. Erst nach der Niederlage im Petroleumboykott 2003 und dem Referendum 2004 begann die Staatsanwaltschaft, gegen die Beteiligten zu ermitteln und Anklage zu erheben. Als der Staatsanwalt Danilo Anderson im Oktober 2004 Opfer eines Bombenattentats wurde, behandelte ihn die Regierung wie einen Märtyrer und beschuldigte bekannte Mitglieder der Opposition, sie hätten die Untersuchung verhindern wollen. Dagegen lancierte die Opposition Korruptionsverdächtigungen gegen Anderson. In den ersten Monaten des Jahres 2005 änderte der Nationalkongress die legale Grundlage des Gerichts und ernannte mit einfacher – regierungsnaher – Mehrheit die neuen Richter. Einige der Urteile des Obersten Gerichts erfuhren eine Revision. So waren die Vorfälle vom 11. April 2002 nun doch ein Putsch, und es laufen Untersuchungen und Prozesse gegen die Putschbeteiligten.⁸

Wahlen wurden in Venezuela unter den vorhergehenden Verfassungen durch einen Nationalen Wahlrat ausgerichtet, den die politischen Parteien anteilig besetzten. Als seit 1983 die großen Parteien an Unterstützung zu verlieren begannen, häuften sich die Fälle von Wahlmanipulation. Daher wurde ein möglichst neutraler Wahlrat eingerichtet, ein zentrales permanentes Wahlregister eingeführt und ein System maschineller Abstimmungen unter Vertrag genommen, das Einflussnahmen verhindern sollte. So gewann Chávez 1998 die Wahlen. In den folgenden Jahren setzte ein verbissenes Tauziehen um die Besetzung der Posten im Wahlrat ein, da er eine zentrale Rolle bei der Zulassung und Durchführung der vielen Wahlen und Referendumsprozesse war, die die letzte Zuflucht der Opposition waren, um Chávez legal zu entfernen. Die regierungstreue Mehrheit im Nationalkongress konnte schließlich die Auswahl zu ihren Gunsten entscheiden. In das Wahlregister wurden zuletzt auch viele naturalisierte Neubürger aufgenommen, meist Kolumbianer und andere Einwanderer, die schon lange im Land lebten, aber durch die ebenfalls seit jeher korrupte zentrale Meldebehörde am Erwerb der Nationalität gehindert worden waren. Die neue Verfassung erlaubt überdies doppelte Staatsbürgerschaften. Die Mechanisierung der Wahlen hat nun auch die Kritik der Opposition auf sich gezogen, die behauptet, die Computerprogramme seien zugunsten der Regierung manipuliert. Das gegenteilige Urteil der Carter-Kommission kann sie nicht überzeugen.⁹

Die starke Polarisierung der politischen Kultur besteht weiterhin. Wenn auch die Ausdrucksformen weniger auffällig sind, stellt jeder Besucher bald fest, dass sehr emotionsreiche Vorurteile die sachliche Diskussion auf beiden Seiten fast unmöglich machen. Unter Freunden herrscht die Haltung, vorsichtig die jeweilige Position zu ermitteln und je nach Ergebnis politische Themen einfach zu vermeiden. Die Opposition ist zerbröckelt und versucht sich zu reorganisieren. Die radikalsten

8 Zu der Fragwürdigkeit der Verfassungsmäßigkeit dieser Reform und der politisch motivierten Richterernennung des TSJ und im Allgemeinen zu Menschenrechten in Venezuela: PROVEA 2005.

9 Auch im Sinne der Richtigkeit des Wahlausgangs: Lander/Lopez Maya 2004.

Teile glauben, der Sturz von Chávez sei nun nur noch durch gewalttätige Mittel durchzusetzen. Aber sie sind nur noch wenige, wenn sie auch gefährlich werden können. Chávez behauptet immer wieder, dass es Pläne zu seiner Ermordung gebe, was als reale Möglichkeit angesehen werden muss. Die politische Mitte versucht nun, sich durch neue Organisationen und Kandidaturen wieder ins politische Leben einzuschalten, und es scheint, dass die Regierung einen versöhnlicheren Ton anzuschlagen geneigt ist. Das zeigt sich an der Erklärung, dass die Liste der Unterscriber des Referendums gegen Chávez, die bisher vielen Regierunganhängern in der Staatsverwaltung dazu diente, Entscheidungen für oder gegen Antragsteller zu fällen, in den Papierkorb geworfen werden soll, wie Chávez Mitte April 2005 in »¡Aló Presidente!« erklärte. Dass so etwas öffentlich getan wurde und nun aufgehoben wird, scheint ein Skandal – und ist es wohl auch –, aber irgendwie sind beide Haltungen auch Teil der venezolanischen politischen Kultur. Angesichts der zunehmenden Kontrolle der Wahl-, Gesetzgebungs-, Rechtsprechungs- und Verwaltungsinstitutionen durch die Regierung stellt sich die Frage, wie ein Missbrauch dieser Macht verhindert werden kann.

Trotz der Vorbehalte gegen den Wahlrat hatten sich für die Gemeindewahlen im August 2005 viele Wahlbündnisse und Kandidaten aus der Opposition eingeschrieben. Da auch in diesen Wahlen die »chavistas« die meisten Posten besetzten, werden die Veränderungen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systems Venezuelas weiter vertieft werden. Bisher sieht es nicht danach aus, dass das alles finanzierende Ölgeld nicht weiter fließen werde. Ob damit basisdemokratisch-sozialistische Veränderungen befördert werden oder ob es erneut zur Aneignung der Ölfrente durch die neue politische Elite kommt oder ob die Regierung aus Mangel an Basis sich in eine diktatorische Richtung bewegen wird, lässt sich noch nicht abschätzen.

Literatur

- Baptista, Asdrubal, *Bases Cuantitativas de la Economía Venezolana 1830-1995*, Caracas 1997
- Domingo, Carlos, u.a., *Venezuela: Renta Petrolera, políticas distribucionistas, crisis y posibles salidas*, GIEV Grupo Interdisciplinario de Estudio de Venezuela, Universidad de Los Andes, Mérida 1999
- Lander, Luis, u. Lopez Maya, Margarita (2005): »Referendo Revocatorio y Elecciones Regionales en Venezuela: Geografía Electoral de la Población«, in: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, Universidad Central de Venezuela, Heft 1/2005
- Melcher, Dorothea, »Petroleumrepublik Venezuela: Hugo Chávez – populistischer Diktator oder gesellschaftlicher Erneuerer?«, in: *Sozialismus* 3/2003, 38-46
- Mészáros, István, *Más allá del Capital*, Caracas 2001 (*Beyond Capital*, London 1995)
- Mommer, Bernard, *Die Ölfrage*, Baden-Baden 1993
- ders., *Global Oil and the Nation State*, m. Vorw. v. Ali Rodríguez Araque, Oxford 2002
- PROVEA, *Situación de los Derechos Humanos en Venezuela. Informe Anual 2003-2004*, <http://www.provea.org>, 12.9.2005
- Rodríguez Araque, Ali, *Petroamerica vs. ALCA. Conversaciones con Luis Bilbao*, Buenos Aires 2004

Margot Geiger

Die Reintegration der Revoltierenden in Argentinien

Anders als in Venezuela lassen sich in Argentinien weder Schuldendienst noch Sozialprogramme aus Öleinnahmen finanzieren. Während Chávez dank der Bindung westlicher Militärgewalt in Vorderasien und dem Ausfall irakischer Öllieferungen seinen politischen Handlungsspielraum ausbauen konnte, stand der argentinische Präsident Kirchner vor einem Schuldenberg, der alternative Wege versperrt. Der Regierung blieben nur wenige Möglichkeiten, um die Initiativen und Gestaltungsaufträge einer durch die wirtschaftliche Krise politisierten Gesellschaft aufzunehmen. Sie konnte jedoch an populistische Traditionen anknüpfen, um basisdemokratische Experimente wieder in die herkömmlichen Kanäle politischer Partizipation zu lenken. Progressive Politiken sind durchsetzbar, wenn entweder, wie Kirchners Menschenrechtspolitik zeigt, kapitalistische Aneignungs- und Ausbeutungsverhältnisse unangetastet bleiben oder wenn sich poröse Stellen im internationalen Machtgefüge aufspüren lassen. Die ausländischen privaten Gläubiger, denen die finanzielle Beteiligung an der Schuldenrestrukturierung aufgezwungen wurde, bildeten das schwächste Glied in der Kette von Kräften neoliberaler Restrukturierung. Anders als in Ecuador, Bolivien oder Mexiko spielen indigene und bäuerliche Protestbewegungen in Argentinien eine weniger bedeutende Rolle. Hier bilden Arbeiter ohne reguläre Beschäftigung den Kern einer heterogenen Bewegung gegen den Neoliberalismus. Beim Wechsel der Wirtschaftspolitik von sozialintegrativer Industrialisierung zu rasantem Neoliberalismus sind sie buchstäblich auf der Strecke geblieben. Als »Piqueteros«, »Streikposten« bei Straßensperren, traten sie in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in die öffentliche Wahrnehmung.

1. Mechanismen der Ausschließung

Die spezifische Ausprägung einer wechsellkurs-zentrierten Entwicklungsstrategie, mit der ausländisches Kapital angezogen und für die Entwicklung der heimischen Ökonomie genutzt werden sollte, erzeugte im Argentinien der 90er Jahre hohe Wachstumsraten, verstärkte aber gleichzeitig die soziale Ungleichheit: Während nach der Installierung des Currency Boards (1991) bis zur Mexiko-Krise (1994) Wachstumsraten von bis zu 10 % erzielt wurden (IWF 2003, 6ff), stieg im selben Zeitraum die Arbeitslosigkeit von 6,5 % auf 18,4 % (CEPAL 2004, 9). Lohnniveau und Qualität sozialer Sicherung sanken (vgl. Schwarzer 1997, Sottoli 2002). Die Krise von 2001 spitzte diesen Prozess weiter zu. Während die privaten Auslandsguthaben von Argentinern mit ca. 160 Mrd. US\$ in etwa der externen Verschuldung des Landes entsprachen (*Lateinamerika Jahrbuch* 2003, 96), lebten über 50 % der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Die Arbeitslosenrate stieg nach offiziellen Angaben auf über 20 %, die Rate für Unterbeschäftigung (mit Entlohnung unterhalb des Subsistenzniveaus) auf ca. 25 % (CEPAL 2004).

Mitte der 70er Jahre wurde unter der Militärdiktatur ein neoliberaler Entwicklungspfad eingeschlagen, der in der Folge über den Hebel der Verschuldung externen Kräften erheblichen Einfluss auf die staatliche Politik sicherte und einer Transformation der nationalen Machtverhältnisse den Weg bahnte. Die schlagartige Öffnung der Kapital- und Gütermärkte unterminierte die Grundlagen des unter Perón organisierten Klassenkompromisses zwischen industrieller Bourgeoisie und Lohnarbeiterschaft, der für das Entwicklungsmodell der Importsubstitution kennzeichnend ist (Boris 2001, 36ff) und mit dem Aufbau eines im lateinamerikanischen Vergleich gut ausgebildeten sozialen Sicherungssystems verknüpft war. »Die Besitzer liquider Vermögen« gewannen »Vorteile gegenüber den Besitzern von Fixkapital« (Schvarzer 2002, 96). Direktinvestitionen und die Umschuldungspraxis der frühen 90er Jahre vergrößerten den Anteil von Finanzdienstleistern und Unternehmen unter ausländischer Kontrolle. Die Öffnung für Importe und Subventionsabbau förderte die Konzentration in der Realökonomie und mündete in einen anhaltenden Prozess der Deindustrialisierung. Das Brachlegen von bis zu 50 % der argentinischen Industriekapazität, die Rationalisierungen in privatisierten Staatsunternehmen und der Personalabbau im Zuge der ›Verschlankung‹ des Staates schloss einen wachsenden Teil der Bevölkerung aus dem formellen Arbeitsmarkt aus.

Der Übergang zum neoliberalen Modell führte zu einer paradoxen Situation: Während der Abbau von Kapitalverkehrskontrollen in Form eines »umgekehrten Marshallplans« (Nun 2003) den Abfluss von im Land erzielten Gewinnen in Hartwährungsländer ermöglichte, verschuldete sich der argentinische Staat bei multilateralen Gläubigerinstitutionen und auf den internationalen Finanzmärkten. Dadurch hat sich Argentinien abhängig gemacht *erstens* von IWF, Weltbank und Interamerikanischer Entwicklungsbank (IADB); *zum Zweiten* von privaten Gläubigern, deren Renditeansprüche in eine »finanzielle Repression« der Realökonomie münden, wenn sie »eine Überforderung der Leistungsfähigkeit bei der Produktion des Überschusses bzw. Mehrwerts darstellen« (Altvater 2004, 41); *drittens* von transnationalen Finanzdienstleistern und Konzernen. Der unterm Druck dieser Kräftekonstellation veränderte Modus der Verteilung des gesellschaftlichen Produkts entzog dem Staat die Grundlagen für eine Politik des sozialen Ausgleichs.

Angesichts abnehmender Integrationsfähigkeit rückte die »Funktionalität von Polizeigewalt« (Stanley 2000, 55) für die Absicherung der über den Markt zustande gekommenen Ausgrenzung in den Vordergrund. Die Wiedereinführung der Demokratie 1983 schlug sich in der Polizeipraxis kaum nieder. Die Repression nahm sogar eher noch zu (44). Sie richtete sich v.a. gegen unorganisierte Arme. Soziale Ausgrenzung wurde als Folge individuellen Fehlverhaltens dargestellt. Mit der daraus resultierenden gesellschaftlichen Spaltung steht und fällt die Wirksamkeit der Ausgrenzungspolitik. Dass sich diese Spaltung auch in der räumlichen Segregation von Armut und Reichtum ausdrückte, begünstigte die Herausbildung kollektiver Bewältigungsstrategien. Eine Piquetero-Losung lautet: »Die neue Fabrik ist der Stadtteil«. Die Armenviertel der Großstädte wurden als Ort politischer Organisation begriffen. Es geht um die (Wieder-)Aneignung des alltäglichen Lebensraums,

um die Instandhaltung seiner Infrastruktur sowie die Aneignung von Wohnraum und brachliegender Produktionsstätten. Eine entsprechende Umorientierung auf den Stadtteil vollzog auch die Peronistische Partei (PJ). Die unter Menem einsetzende »Metamorphose des Peronismus« zu »einer Variante des Thatcherismus« (Borón 1995, 42) setzte die Schwächung des gewerkschaftlichen Einflusses voraus. Schon in den 70er Jahren hatten die Militärs den Widerstand der Gewerkschaften praktisch enthauptet. Auch ließ sich infolge zunehmender Informalisierung der Arbeitsverhältnisse bei wachsender Arbeitslosigkeit die Verbindung ›nach unten‹ immer weniger über Gewerkschaften herstellen. Hierzu musste nun ein ›territorialer Arm‹ der Partei ausgebildet werden. Zu Beginn der 90er war der Ausbau klientelistischer Netzwerke in den Lebensräumen der Armen bereits vollzogen (Levitsky 2004, 4) dank »wirtschaftlicher Ressourcen des Staates« (Delamata 2004, 19). Peronistische Basiseinheiten (*punteros*) sorgten im Austausch für Wählerstimmen dafür, dass lebensnotwendige Güter und Dienste die Armen erreichten (Auyero 2000, 188). Diese Form des Klientelismus trug dazu bei, dass sich die marktradikalen Reformen ohne nennenswerte Proteste und ohne Verlust der traditionellen sozialen Basis des Peronismus – Arbeiterklasse und Unterschichten – durchsetzen ließen.

2. Arbeitslose als Kern der Revolte

In Opposition zur regierungsnahen Dachgewerkschaft (CGT) formierten sich Anfang der 90er Jahre eigenständige Gewerkschaftsorganisationen. Doch das größte Mobilisierungspotenzial wiesen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre autonome Arbeitslosen-Organisationen auf, die durch ihre Protestaktivitäten schnell zu Verhandlungspartnern des Staates wurden. Dieser antwortete mit den sog. ›Planes Trabajar‹, einer neuen Form sozialer Sicherung für Arbeitslose als Gegenleistung für gemeinnützige Tätigkeiten. Mit 150 Peso im Monat bleiben die Empfänger unterhalb der Armutsgrenze. Die Verteilung der »Pläne« wurde zunächst von den ›punteros‹ wahrgenommen und damit zum politischen Werkzeug der PJ. Doch die Piqueteros erstritten nach und nach die Selbstverwaltung eines Teils der Arbeitspläne. Zur Entschärfung der politischen Krise wurde 2001 die Zahl der Begünstigten auf über 2 Mio. angehoben, hauptsächlich finanziert durch neue Steuern auf Exporte, seit 2003 zusätzlich aus Krediten von Weltbank und IADB. Etwa 10 % der Mittel werden von Piqueteros verwaltet (Delamata/Armesto 2005, 5). Dies ermöglichte nicht nur die inhaltliche Selbstbestimmung der Gemeinschaftsarbeit, sondern erhöhte auch den Zustrom neuer Mitglieder und damit die Mobilisierungskraft. Heute stellen die Piquetero-Netzwerke den Gegenpol zum klientelistischen Netzwerk der PJ dar. Staatliche Kooptationsversuche haben dort geringeren Erfolg, wo wie z.B. in Teilen der radikalen Bewegung basisdemokratische Verfahren etabliert werden konnten.

Piven/Cloward gehen (bezogen auf die Arbeitslosenbewegungen in den USA nach der Weltwirtschaftskrise 1929) davon aus, dass der Grad des Einflusses, der durch Beteiligung am parlamentarischen System erreicht werden kann, »wesentlich von der Stellung in der Klassenstruktur abhängt« und demzufolge »Protestaktionen, die

bewusst politische Normen verletzen, [...] für die Armen [...] das einzig brauchbare politische Instrument« darstellen (1986, 37). Ohne Stimme im repräsentativ-demokratischen System und ohne Stellung im Produktionsprozess fanden die Piqueteros in der Blockade zentraler Transportwege ein wirkungsvolles Mittel zum Eingriff in die formelle Ökonomie.

Die Ende der 90er Jahre einsetzende Rezession machte die Grenze zwischen Aus- und Eingeschlossenen durchlässig. Die zuvor herrschende »neoliberale Euphorie« (Svampa/Pereyra 2003, 51) breiter Schichten war ökonomisch fundiert gewesen: Die 1:1-Kopplung an den Dollar hatte in den 80er Jahren nach dem kollektiven Schock der Hyperinflation zur Stabilisierung des Peso geführt und durch die Verbilligung von Importen die Konsummöglichkeiten verbessert. Auch Rentner, Kleinanleger und Schuldner aus der Mittelschicht waren am Fortbestehen des Finanzregimes interessiert. Einen ersten Dämpfer erhielt die Euphorie durch die Auswirkungen der Mexiko-Krise; ihr Ende fand sie in der Sperrung der Bankkonten und der Entwertung von Vermögen in der Finanzkrise 2001. In den Stadtteil- und Nachbarschaftsversammlungen vollzog sich die Solidarisierung von Teilen der Mittelschicht mit der Arbeitslosenbewegung.

3. Im Spannungsverhältnis von Innen und Außen

Hegemonie setzt voraus, »dass den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird« (Gramsci, *Gef.*, H. 13, §18, 1567). Der Staat muss dabei bis zu einem gewissen Grade autonom sein gegenüber den Partikularinteressen der Kapitalfraktionen, denen er »materielle Kompromisse [auferlegt], die für diese Hegemonie unerlässlich sind« (Poulantzas 1978, 130). Die Internationalisierung des Kapitals verringert diese Fähigkeit des Staates, und die daraus folgende Zurückdrängung sozialer Teilhabemöglichkeiten macht seine »Bindung an die Interessen des Kapitals [...] offensichtlich«, was zu einer Legitimationskrise demokratischer Institutionen führt (195).

In der Finanzkrise kam es zu einem momentanen Hegemonieriss. Doch das gegen die politische Elite gerichtete »Que se vayan todos« ist inzwischen einer Zustimmung von rund 70 % der Bevölkerung zum gegenwärtigen Kurs der Regierung gewichen (Blomeier 2004). Die Relegitimierung demokratischer Institutionen gelang, obwohl die internationalen Kräfteverhältnisse wie auch die internen ökonomischen Verhältnisse einer Abkehr Argentiniens vom neoliberalen Entwicklungspfad entgegenstehen. Am Beispiel der Umschuldung lässt sich zeigen, wie die Regierung Kirchner Möglichkeiten nutzte, die sich aus Widersprüchen im transnationalen Block an der Macht ergaben; innenpolitisch generierte die »harte Haltung« gegenüber der internationalen Gläubigergemeinschaft ein hohes Maß an Zustimmung und bestimmte zugleich die Spielräume der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Im September 2003 unterbreitete die Regierung Kirchner einen Umschuldungsvorschlag für die Staatsanleihen, der den Abschlag von 75 % auf den

Nominalwert der Anleihen und die Nichtberücksichtigung inzwischen angefallener Zinsen vorsah, was hohe Verluste für private Gläubiger bedeutete (Dresdner Bank 2003). Was ermöglichte eine solche ›harte Haltung‹?

Mit der »Singularität des menemistischen Experiments«, das im Vergleich zu Chile oder Mexiko eine neoliberale Schocktherapie mit demokratischen Verfahren zu vereinbaren wusste (Borón 1995, 17), war Argentinien zu einem ›Vorzeigekandidaten‹ des IWF avanciert, dessen tiefe wirtschaftliche und politische Krise auch die Glaubwürdigkeit des Fonds in Frage stellte. So gab es verschiedene Gründe für Verhandlungsspielraum: 1. Das relativ hohe Gewicht der argentinischen Schulden in den Aktivposten des IWF versetzte die Regierung Kirchner in die Lage, wirksam mit der Einstellung des Schuldendienstes auf IWF-Kredite zu drohen. 2. Eine Gefährdung der in erster Linie auf der Popularität Kirchners beruhenden politischen Stabilität in Argentinien war nicht im Interesse des IWF. 3. Große Kapitalgruppen hatten ihre Gelder bereits vor der Finanzkrise abgezogen (Comisión Especial 2005), so dass als private Gläubiger zumeist international zersplitterte, anfänglich ›unorganisierte‹ Kleinanleger übrigblieben. Diese Konstellation begünstigte eine zeitweise Abweichung des IWF von seiner Funktion als Interessenvertreter privater Gläubiger. Ausschlaggebend für derartige Politikwechsel war aber die Haltung der USA: Die *Financial Times* (07.03.05) wirft der US-Regierung ein »messing around with the system of international finance« vor, um Kirchner nicht in die Arme von Chávez zu treiben, der Argentinien umwirbt (vgl. Melcher in diesem Heft). Die argentinische Regierung bezog sich auf eine Diskussion, in der akademische Kreise mit Verbindung zum US-Establishment und der IWF selbst (2004, 68) die Verbindung zwischen Kapitalflucht und Finanzierungshilfe des IWF hergestellt hatten: Unter Anspielung auf eine Aussage des Ex-Finanzministers der USA, Paul O'Neill, dass die Steuergelder »der Klempner und Schreiner der USA« nicht weiter für Finanzierungsprogramme genutzt werden sollen, deren einziges Ziel es ist, dass die Anleger unverletzt aus der Krise hervorgehen (Kulfas/Schorr 2004, 14), konnte die argentinische Regierung eine Position behaupten, die die Eigenverantwortung der privaten Gläubiger betonte und öffentlichkeitswirksam der aus Verarmung resultierenden »inneren Schuld« den Vorrang vor der »äußeren Schuld« zuwies.

Kirchner kritisierte den IWF zwar lautstark, sicherte ihm aber gleichzeitig die Rückzahlung der Schulden in voller Höhe zu. Im Gegenzug wurden im Stand-by-Abkommen vom September 2003 vergleichsweise milde Vereinbarungen getroffen, und der IWF ratifizierte den Kompromiss zu Ungunsten der privaten Gläubiger indirekt durch die Auszahlung der Kredittranchen bis Mitte 2004. ›Auf sich selbst gestellt‹, schlossen sich die privaten Gläubiger in internationalen Organisationen zusammen. Da über den gerichtlichen Weg der Pfändung argentinischen Staatseigentums im Ausland ihre Forderungen nur unzureichend bedient werden konnten, blieben sie zur Durchsetzung ihrer Interessen auf Regierungen und multilaterale Institutionen angewiesen. Es war v.a. auf den Druck Italiens, Japans, Deutschlands und Großbritanniens – in denen sich ein Großteil der ausländischen Bondbesitzer konzentriert – zurückzuführen, dass die G7 auf die Verbesserung der

Umschuldungsbedingungen drängte und der IWF Mitte 2004 die Auszahlung der Kredittranchen beendete, sich aber mit Kritik am Vorgehen der argentinischen Regierung bis zum Abschluss der Umschuldung Anfang März 2005 zurückhielt. Die Verschlechterung der Verhandlungsposition Argentiniens in der internationalen Kräftekonstellation wurde schnell deutlich – die Regierung musste ihr Angebot aufbessern und den fälligen Schuldendienst ohne die vom IWF in voller Höhe zugesagte Refinanzierung leisten.

Die Staatsverschuldung sank durch die Aktion von rund 190 Mrd. auf 125 Mrd. US\$ – bezieht man die Bonds im Wert von 20 Mrd. ein, deren Inhaber die Offerte abgelehnt haben, entsprechen die Schulden in etwa denen zum Zeitpunkt der Finanzkrise von 2001 (Becerra/Méndez 2005). Doch die veränderte Zusammensetzung der Schulden (der Anteil in Peso ausgegebener Bonds stieg von 3 % auf 37 %), verlängerte Laufzeiten und niedrigere Zinsen haben den Schuldendienst im Vergleich zu damals erleichtert. Das Verhältnis von Schulden zum BIP gibt die argentinische Regierung mit 72 % an, berücksichtigt dabei aber nicht die weiterhin zurückgestellten Schulden, die sich laut IWF (2005, 14) auf 15 % des BIP belaufen (IWF 2005, 14). Argentinien bleibt auf eine Refinanzierung der Zahlungen angewiesen, wofür auf ein erneutes Abkommen mit dem IWF hingearbeitet wird – zu absehbar schlechteren Konditionen als im September 2003. Auf einige Forderungen des Fonds, wie die Aufgabe der Exportsteuern oder einen Interventionsstopp an den Devisenmärkten, geht die argentinische Regierung nicht ein: Da ein wettbewerbsfähiger Wechselkurs das zentrale Element ihrer exportorientierten Entwicklungsstrategie ist, wird mit massiven Dollarkäufen versucht, die Aufwertung des Peso zu verhindern.

Nach dem Zusammenbruch des Konvertibilitätsregimes ist es v.a. die Exportbranche, die aus der Differenz anhaltend hoher Weltmarktpreise für argentinische Exportgüter und niedriger Löhne profitiert. Auch die Regierung ist abhängig von der außerordentlichen Dynamik dieses Wirtschaftssektors und damit von Preisentwicklungen, die sich von Argentinien aus kaum kontrollieren lassen. Denn die entspannte Haushaltslage, die die Abhängigkeit von externen Kapitalmärkten verringerte und damit auch die Verhandlungsposition gegenüber Gläubigern verbesserte, beruht zum großen Teil auf den Einnahmen aus der Exportsteuer. Ein anderer Teil geht auf die Reduktion der Staatsausgaben durch ein abgesenktes Lohnniveau im öffentlichen Dienst zurück, das 28 % unter dem von 2001 liegt (CTA 2005, 9). Die Regierung Kirchner propagiert eine keynesianische Wirtschaftspolitik, die die Förderung produktiver und beschäftigungsintensiver Wirtschaftssektoren verspricht und auf den Wiederaufbau einer »nationalen Bourgeoisie« zielt, die ihre Gewinne produktiv im Land reinvestieren würde. Faktisch fließt aber weiterhin der größte Teil der Gewinne der transnational verflochtenen Wirtschaftselite ins Ausland ab, wie das Beispiel der privatisierten Ölindustrie zeigt (Calcagno 2005). Die Einführung effektiver Kapitalverkehrskontrollen scheitert an der starken Präsenz transnationaler Konzerne, an den Banken und an der Haltung des IWF – was übrig bleibt, ist eine Strategie, die in erster Linie auf ein durch niedrige Lohnkosten verbessertes Investitionsklima setzt. Zudem haben ausländische Investoren durch 56 sog. bilaterale

Investitionsabkommen aus den 90er Jahren größere Handlungsspielräume als in den meisten Nachbarländern (Sosa 2005). Sie bilden die Grundlage für 30 vor dem Weltbanktribunal anhängige Verfahren, die u.a. milliardenschwere Entschädigungsforderungen für die Verluste einklagen, die durch die nach der Krise eingefrorenen Tarife auf privatisierte Dienstleistungen entstanden sind (IWF 2005, 27). Damit gerät ein den Konzernen aufgezwungener Kompromiss ins Wanken, der gerade ärmeren Gruppen den Zugang zu lebensnotwendigen Dienstleistungen sicherte. Zur Finanzierung nach der Umschuldung fälliger Zahlungen wurden ab Anfang Mai 2005 erstmals nach der Krise neue Staatsanleihen ausgegeben. Die zum Teil in Peso ausgegebenen Bonds mit Inflationsausgleich gehören zu denjenigen mit weltweit höchster Rentabilität (*Página/12*, 26.07.05). Zwar hat der politische Diskurs der Regierung die Legitimität eines globalen ›Kasino-Kapitalismus‹ radikal in Frage gestellt, wovon eine Signalwirkung auf andere Länder ausgehen kann. Doch bleiben Kapitalabfluss und Auslandsverschuldung als die zentralen Elemente globaler Umverteilung auch in Argentinien erhalten. Der Kreislauf der Privatisierung von Gewinnen und Sozialisierung der Schulden geht in eine neue Runde.

Die ›Metamorphose des Peronismus‹ unter Menem hat nach dessen Abgang eine Fragmentierung der peronistischen Partei bewirkt, die nun eine Summe unterschiedlicher Fraktionen mit teils gegensätzlichen Politikprojekten darstellt (Castillo 2003). Nicht mit dem delegitierten innersten Machtzirkel der PJ identifiziert, konnte Kirchner sein Projekt einer »transversalen Demokratie« festigen, das auf institutioneller Ebene die Zusammenarbeit mit Vertretern anderer Parteien sucht und darüber hinaus durch Dialogbereitschaft gegenüber unterschiedlichen außerparlamentarischen Oppositionsgruppen auf die Konstruktion einer eigenen sozialen Basis zielt. Dies dient dem Ausgleich des fehlenden parteiinternen Rückhalts: von 129 PJ-Abgeordneten im 257-köpfigen Abgeordnetenhaus wurden Anfang 2005 nur 40 Kirchner zugeordnet (Blomeier 2005, 7). Zugleich erreicht die Regierung breite gesellschaftliche Zustimmung bei Teilen der Piquetero-Bewegung und bei der einflussreichen Menschenrechtsbewegung der Mütter der Plaza de Mayo. Vor diesem Hintergrund versucht sich Kirchner an einer »Versöhnung des demokratischen Liberalismus mit der peronistischen Tradition«, verweilt aber bei einem personalisierten Politikstil, in dem »der Präsident Macht ausübt und befiehlt, ohne zu konsultieren« (Siccaro 2003).

Durch Nutzung der Machtfülle, die das politische System Argentinien dem Präsidenten einräumt, hat Kirchner eine Reihe wichtiger Veränderungen angestoßen: Die Aufhebung der Strafflosigkeit für Verbrechen des Militärregimes; die Absetzung alter Funktionseliten im Obersten Gerichtshof, die die ›automatische Mehrheit‹ Menems ermöglicht hatten; die Absetzung verbrecherischer Führungskader in der Polizei. Darüber hinaus zielt die Regierung auf eine Zurückdrängung des Machtpotenzials der katholischen Kirche, mit der sie aufgrund einer Reihe progressiver Politiken (z.B. Befürwortung des Rechts auf Abtreibung) im offenen Konflikt steht. Diese Politik schafft Feinde, generiert aber Zustimmung v.a. in der Mittelschicht, die die Abstrafung alter Machteliten befürwortet und in ihren progressiven Teilen die Demokratisierung unterstützt. Hier nimmt die Regierung Kirchner die Interessen

der Beherrschten auf und schafft Veränderungen. Neben den sozialen Aufstiegserwartungen, die vom wirtschaftlichen Aufschwung herrühren, ist es der Erfolg dieser Politik, worin die Bindung der Mittelschicht ans formal-demokratische System gründet: die in der Krise entstandenen Stadtteil- und Nachbarschaftsversammlungen lösen sich auf. Der »Stimmungsumschwung der Mittelschicht«, mit dem die Piqueteros stark an Rückhalt verloren, ist auch auf die Ermüdung angesichts tagtäglicher Demonstrationen und Straßensperren zurückzuführen (Schuster 2004). In die gleiche Richtung wirkt die Diffamierungskampagne der Rechten, die die Arbeitspläne als Ansporn zum Faulenzen und als politisches Werkzeug der PJ denunziert.

Kirchners anti-neoliberale Rhetorik hat zwar in gewissem Maße zu einer Legitimierung des Protests der Subalternen beigetragen, da soziale Ausgrenzung auf die Folgen menemistischer Politik zurückgeführt wird. Gleichzeitig richtet sich aber der Aufruf zu einem »normalen und seriösen Kapitalismus« auch gegen die »Anormalität« des permanenten Protests, fordert Dialogbereitschaft und Reintegration ins politische System. Damit wird die diskursive Konstruktion sozialer Ausgrenzung auf neue Weise wirksam, indem – an Spaltungen innerhalb der Bewegung ansetzend – die Trennlinie durch die Unterscheidung in reformorientierte und »harte Piqueteros« in die Bewegung hinein verschoben wird, um die radikalen, autonomen Teile der Bewegung zu isolieren. Dialogangebote, Beteiligung an der Ausgestaltung von Sozialprogrammen und die Vergabe politischer Ämter an die Köpfe reformorientierter Gruppierungen haben zur Einbindung ins Regierungsprojekt geführt. Dies zeigt sich z.B. am Strategiewechsel der FTV, einer der mitgliederstärksten Piquetero-Organisationen, die die Regierungspolitik aktiv unterstützt: Als Kirchner im Rahmen seiner innovativen Anti-Inflationspolitik im März 2005 anlässlich der Preissteigerungen des Ölmultis Shell zum Boykott des Anbieters aufrief, waren es die Aktivisten von FTV und Barrio de Pie, die die Einfahrten zu Shell-Tankstellen blockierten.

»Weder Arbeitspläne noch Prügel«, so die offizielle Strategie Kirchners als Versuch einer doppelten Abkehr von der Politik seiner Amtsvorgänger. Zwar wurde repressiven Ausschreitungen des Polizeiapparats gegenüber den Piqueteros (als den zumindest teilweise neuen Bündnispartnern) entgegengewirkt. Vor allem für den radikalen Flügel kam es jedoch zu einer Verschiebung der Repression von der Straße auf die weniger sichtbare juristische Ebene, durch mehr gerichtliche Verfahren und härtere Strafen (CORREPI 2005). Auch bei der Verteilung der Arbeitspläne ergaben sich Veränderungen: Den Plan »Jefas y Jefes de Hogar«, zentrales politisches Instrument der Piqueteros, hat die Regierung stark reduziert. Die Selbstverwaltung eines Teils dieser Mittel begünstigte die Entwicklung alternativer Projekte. Indem sie auch auf die Verbesserung der Infrastruktur in den Armenvierteln zielten, erzeugten sie Solidarität. Als Ersatz gibt die Regierung z.B. mit dem Programm »Manos a la Obra« Anreize zur Umwandlung dieser Projekte in wettbewerbsfähige Mikrounternehmen, die jene Beschäftigung erzeugen sollen, die das neoliberale System nicht bieten kann. Davon, so Svampa (2003), profitieren hauptsächlich regierungsnahe Gruppierungen. Über die unterschiedliche Ausstattung mit Plänen wird versucht, die politische Zusammensetzung der Bewegung zu steuern.

Diese Politik hat die Demobilisierung begünstigt, so dass die Bewegung nur noch als »Schatten ihrer selbst« (Boris/Malcher 2005, 144) wahrgenommen wird. Doch die Wirtschaftspolitik der Regierung könnte diesen Prozess umkehren: Nach zwei Jahren des Wirtschaftswachstums von über 8 % ist zwar die Arbeitslosenrate auf 16 % gesunken, aber mehr als die Hälfte der entstandenen Beschäftigungsverhältnisse sind hinsichtlich sozialer Sicherung und Einkommen prekär (CTA 2005, 7). Die Beibehaltung niedriger Löhne im öffentlichen und privaten Sektor, gekoppelt mit einer wieder beschleunigten Inflation, vergrößert die Zahl der »arbeitenden Armen«. Vor diesem Hintergrund gewinnt das Bündnis zwischen »harten Piqueteros« und autonomer Gewerkschaftsbewegung neue Relevanz. Es häufen sich Arbeiterproteste, die auf Anhebung der Löhne zielen – eine Forderung, die seit Beginn der 90er Jahre praktisch nicht mehr Bestandteil gewerkschaftlichen Protests war. Anders als bei den Straßensperren der Piqueteros kam es hier mehrfach zu massiver Repression durch die Polizei. Die Bediensteten von Telefongesellschaften, U-Bahn, Eisenbahn, der Fluggesellschaft LAFSA, Krankenhäusern und Schulen richten sich nicht nur gegen private Betreiberfirmen und den Staat, sondern stellen auch die Repräsentation der übergeordneten Gewerkschaftsbürokratie in Frage. Ihre Dynamik erreicht diese Bewegung durch einen niedrigen Institutionalierungsgrad: Entscheidungen werden in Basisversammlungen getroffen, was den direkt-demokratischen Verfahren in Teilen der Piquetero-Bewegung entspricht.

»In Argentinien gibt es keine Piqueteros« – so lautete die absurde Reaktion von Innenminister Fernández auf ein breites Protestbündnis aus oppositionellen Piquetero-Gruppen im August 2005 (*La Nación*, 18.8.2005). Das »Verschwinden« der Piqueteros dank wirtschaftspolitischer Umsteuerung hatte der Minister schon im November 2003 angekündigt (*Página/12*, 27.11.2003) – angesichts der »Verschundenen« unter der Militärdiktatur eine makabre Wortwahl. Zentralen Forderungen der Arbeitslosen – Verallgemeinerung und Anhebung der Arbeitspläne auf 350 Peso – spricht die Regierung die Legitimität ab. Statt soziale Notlagen anzuerkennen, stellt sie die Protestierenden als Aktivisten linker Splitterparteien dar. Die Rechte reagiert auf die Proteste mit der Forderung nach hartem Durchgreifen. Darauf wollte sich Kirchner bisher nicht einlassen: Die Ausschreitungen des Polizeiapparats, die im Juni 2002 zu Toten führten, hatten seinem Vorgänger Duhalde innenpolitisch die Legitimation entzogen und ihn vorzeitig aus dem Amt gedrängt. Doch auch zur Verallgemeinerung der Arbeitspläne wird es unter Kirchner nicht kommen: Sie könnte zwar die Arbeitslosenbewegung auf ihren politisierten Kern reduzieren, würde aber gleichzeitig das Klientelsystem der PJ funktionsunfähig machen. Eine Neuerung ergab sich allerdings: Da die Straßensperren in der Bevölkerung zunehmend für Unmut gesorgt hatten, öffneten autonome Piqueteros auf zentralen Verkehrsachsen die Schranken der Autobahn-Gebührenstellen. Statt Blockade des Verkehrs gab es freie Fahrt ohne zu zahlen.

Die aus den 90er Jahren bekannte Kombination von hohen Wachstumsraten und sich polarisierender Einkommensverteilung sorgt für politische Instabilität. Doch die internationale Kräftekonstellation wirkt einer grundlegenden Veränderung der internen ökonomischen Machtverhältnisse entgegen. Vom Druck der sozialen

Bewegungen getrieben, nutzt die Regierung Kirchner ihren Handlungsspielraum, um punktuell progressive Politiken durchzusetzen. Doch die meisten der nach der Finanzkrise eingeleiteten Maßnahmen, wie die Nicht-Bedienung eines Teils der Auslandsschulden oder das Einfrieren der Tarife auf privatisierte Dienstleistungen, ermöglichen eher eine Atempause als dass sie Bestandteile eines stabilen materiellen Klassenkompromisses wären. Auch das Zugeständnis privater Gläubiger bietet langfristig keinen Ausweg. Das scheint auch Kirchner zu spüren, der sich mehr denn je um Rückhalt im Parteiapparat bemüht. Das Ende der »Transversalität« kündigt sich an.

Literatur

- Altwater, Elmar, »Inflationäre Deflation oder die Dominanz der globalen Finanzmärkte«, in: *Prokla* 134, 34. Jg., 2004, 41-59
- Auyero, Javier, »Cultura política, destitución social y clientelismo político en Buenos Aires«, in: Maristella Svampa, *Desde abajo*, Buenos Aires 2000, 181-208
- Becerra, Luis, u. Andrés Méndez, »Renegociación de la deuda externa: Un éxito demasiado caro«, in: *Herramienta* 28, 9. Jg., 2005, 89-97
- Blomeier, Heinz-Hartwig, »Neopopulismus als Folge von Institutionenkrise und Staatsversagen am Beispiel Argentinien« (2004), http://www.kas.de/db_files/dokumente/auslandsinformationen/7_dokument_dok_pdf_4078_1.pdf, 5.10.04
- ders., »Argentinien: Aktuelle politische Lage« (2005), http://www.kas.de/publikationen/2005/6477_dokument.html, 1.5.05
- Boris, Dieter, *Zur Politischen Ökonomie Lateinamerikas*, Hamburg 2001
- ders., u. Ingo Malcher, »Argentinien nach dem Zusammenbruch des neoliberalen Modells«, in: *Prokla* 138, 35. Jg., 2005, 131-48
- Borón, Atilio, »El experimento neoliberal de Carlos Saul Menem«, in: ders., u.a., *Peronismo y Menemismo*, Buenos Aires 1995, 13-46
- Calcagno, Alfredo, »Al borde del abismo energético«, in: *Le Monde diplomatique*, Edición Cono Sur 70, 2005, 4
- Castillo, Christian, »Existe una reestructuración política del país y de la política del estado?«, in: *Argumentos*, Dez. 2003, <http://www.argumentos.fsoc.uba.ar>, 1.5.05
- CEPAL (Comisión Económica para América Latina), *Derecho a la inclusión o paz social? Plan de Jefas y Jefes de Hogar Desocupados*, Santiago de Chile 2004
- Comisión Especial de la Cámara de Diputados 2001, *Fuga de divisas en la Argentina. Informe final*, Buenos Aires 2005
- CORREPI (Coordinadora contra la Represión Política e Institucional), *Anti-Repressivo*, Buenos Aires, März 2005
- CTA (Central de Trabajadores Argentinos) *Problemas de la distribución del ingreso y el crecimiento en la Argentina actual*, Buenos Aires 2005
- Delamata, Gabriela, *Los barrios desbordados*, Buenos Aires 2004
- dies., u. Melchor Armesto, »Construyendo pluralismo territorial«, im Ersch.
- DresdnerBank, »Argentinien: Kirchner auf dem falschen Weg«, in: dies., *Lateinamerika Perspektiven* 12, 2003, 6-11
- Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, Hamburg-Berlin 1991ff

- Financial Times, »Argentina sets a dangerous precedent«, 7.3.05, 16
- Internationaler Währungsfonds, *Lessons from the Crisis in Argentina*, Washington 2003
- ders. (Independent Evaluation Office), *The IMF and Argentina, 1991-2001*, Washington 2004
- ders., *Argentina: 2005 Article IV Consultation*, Washington 2005
- Kulfas, Matías, u. Martín Schorr, »Die argentinische Staatsverschuldung«, <http://www.attac-netzwerk.de/argentinien/text/misereor1.rtf>, 1.5.05
- La Nación, »Los piqueteros amenazan sitiar la ciudad«, <http://www.lanacion.com.ar>, 18.8.05
- Lateinamerika Jahrbuch, *Argentinien*, Berlin 2003
- Levitsky, Steven, »Del sindicalismo al clientelismo«, in: *Desarrollo Económico* 173, 44. Jg., 2004, 3-31
- Nun, José, »Lo que pasó en el país fue una guerra social«, Interview in: *Página/12*, 9.12.03, www.pagina12.com.ar
- Página/12*, »No vamos a reprimirlos, pero deben desaparecer«, 27.11.03
- dies., »No emitirán mas bonos ajustables buscando parar la ola especulativa«, 26.07.05
- Piven, Frances Fox, u. Richard A. Cloward, *Aufstand der Armen*, Frankfurt/M 1986
- Poulantzas, Nicos, *Staatstheorie*, Hamburg 1978
- Sidicaro, Ricardo, »Kirchner se salió del populismo?«, Interview in: *Página/12*, 1.12.03
- Schuster, Federico, »Kirchner construye hegemonía cerrada del lado del Gobierno«, Interview in: *Página/12*, 2.03.2004
- Schvarzer, Jorge, »Das System der Lohnregulierung im modernen Argentinien«, in: Rafael Sevilla u. Ruth Zimmerling, *Argentinien. Land der Peripherie?*, Bad Honnef 1997, 251-76
- ders., »Die Lange Krise der Verschuldung in Lateinamerika«, in: *Lateinamerika Analysen* 2, 2002, 67-102
- Sosa, Alberto, »Argentina, atada de pies y manos«, in: *Le Monde diplomatique*, Edición Cono Sur 67, 2005, 5
- Sottoli, Susana, »Sozialpolitische Reformen und soziale Entwicklung«, in: Peter Birle u. Sandra Carreras, *Argentinien nach zehn Jahren Menem*, Frankfurt/M 2002, 125-53
- Stanley, Ruth, »Polizeigewalt im Großraum Buenos Aires: Braucht der Neoliberalismus eine policía brava?«, in: *Peripherie* 80, 20. Jg., 2000, 41-58
- Svampa, Maristella, »Vamos al endurecimiento del contexto represivo«, Interview in: *Página/12*, 2.12.03
- dies., u. Sebastián Pereyra, *Entre la ruta y el Barrio*, Buenos Aires 2003

Emir Sader

Brasiliens Anpassung an den Weltmarkt

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts – inmitten der Krise der Linken – erschien Brasilien aufgrund der Stärke seiner sozialen Bewegungen als weltweiter Ausnahmefall. Hier gab es den als größte Linkspartei der kapitalistischen Welt geltenden Partido dos Trabalhadores (PT, Arbeiterpartei), die starke Landlosenbewegung des Movimento dos Sem Terra (MST), die Einheitsgewerkschaft CUT (Central Única dos Trabalhadores) und die Politik des *orçamento participativo*, der Haushaltsplanung mit Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene, z.B. in Porto Alegre. Außerdem fand das Weltsozialforum in Brasilien statt. Damit schien dieses Land der Linken eine besondere Perspektive zu bieten. Die Wahl Luiz Inácio Lula da Silvas zum Präsidenten im Jahre 2002 schien als vorläufiger Kulminationspunkt Brasilien zum Schauplatz eines Bruches mit dem Neoliberalismus zu machen. Noch wenige Jahrzehnte zuvor zeichnete das Land sich keineswegs durch eine besonders starke Linke aus, schon gar nicht im Vergleich zu anderen Ländern der Region. Eine eigentümliche Ungleichzeitigkeit hat schließlich dazu geführt, dass es in den Genuss des von Trotzki so bezeichneten »Privilegs der Verspätung« kam und so einen besonders günstigen Raum für die Entfaltung der Linken bot.

Das Verhältnis zu den sozialen Bewegungen

Eines der charakteristischen Merkmale des PT ist sein direkter Ursprung aus sozialen Bewegungen. In der Übergangsperiode von der Militärherrschaft (1964-1985) zur Demokratie entstand er aus derselben Widerstandsbewegung wie CUT, MST und andere Ausdrucksformen der sozialen Mobilisierung wie Frauenbewegung, Bewegung der indigenen Völker, Ökologiebewegung oder die Ausweitung der gewerkschaftlichen Organisierung auf die Landbevölkerung und den öffentlichen Dienst. Als Lula im vierten Anlauf zum Präsidenten Brasiliens gewählt wurde, gab es große Erwartungen im Hinblick auf die Art von Beziehungen, die seine Regierung zu den sozialen Bewegungen pflegen würde. Allerdings richteten sich bereits in den ersten Monaten nach seinem Amtsantritt Demonstrationen gegen Initiativen seiner Regierung. Im Folgenden entwickelten sich auf unterschiedlichen Ebenen schwierige und konfliktreiche Beziehungen zwischen den sozialen Bewegungen und der Bundesregierung des PT.

Die Trennung des PT, d.h. seiner Regierung und Lulas, von den sozialen Bewegungen ist allerdings ein Prozess, der durch den Regierungsantritt beschleunigt wurde, sich aber in den Jahren zuvor schon bemerkbar gemacht hatte. In einer ersten Phase nach seiner Entstehung ging es dem PT noch darum, die Partei der sozialen Bewegungen zu sein, ihr Ausdruck auf politischer Ebene. Ohne dieselbe organische Verbindung wie sie etwa die

britische *Labour Party* zur Gewerkschaftsbewegung hatte, hat der PT doch immer die CUT als seinen gewerkschaftlichen ›Arm‹ betrachtet; umgekehrt hat der MST immer im PT seinen privilegierten politischen Ansprechpartner gehabt. In dem Maße, wie der PT Regierungsfunktionen übernahm (zunächst auf kommunaler Ebene, dann in einzelnen Bundesstaaten), eine Bündnispolitik gegenüber anderen politischen Parteien und eine parlamentarische Routine entwickelte, musste er dann auch eine parteipolitische Tätigkeit im eigentlichen Sinne entfalten. Strategie und Taktik verselbständigten sich und Entscheidungen wurden von der Parteiführung entsprechend den institutionellen Räumen, welche der PT zu besetzen begann, getroffen.

Ein Markstein dieser Entwicklung waren die Präsidentschaftswahlen 1994, bei denen Lula zunächst klarer Favorit war, dann aber gegen Cardoso und dessen Plan zur Stabilisierung der brasilianischen Wirtschaft verlor. Von diesem Moment an hat der PT einen Prozess eingeleitet, der primär auf die Erlangung der ›Regierungsfähigkeit‹ zielte, mit entsprechenden Veränderungen seiner politischen Positionen, etwa in Bezug auf die Auslandsverschuldung. Ursprünglich trat die Partei dafür ein, den Schuldendienst zu suspendieren, dann ging sie dazu über, Neuverhandlungen zu fordern, um schließlich im Wahlkampf 2002 zu verkünden, dass sie alle Verpflichtungen respektieren werde. Dennoch nahmen die von Lula zu Beginn seines Wahlkampfes eingenommenen Positionen die sozialen Bewegungen für ihn ein – etwa seine Aussage, dass es »nicht der Mühe wert wäre, die Wahl zu gewinnen, wenn man nicht schon am ersten Tag der neuen Regierung die Linie der Politik Pedro Malans (des Wirtschaftsministers der Regierung Cardoso, E.S.) verlassen könnte«, oder seine erklärten Ziele, dem »Sozialen den Vorrang« zu geben, eine Landreform durchzuführen und durch eine Einkommensumverteilung die wirtschaftliche Entwicklung wieder in Gang zu bringen. Unzufriedenheit entzündete sich zuerst an der Ernennung einer ›Wirtschaftsmannschaft‹, die sich vollständig aus liberalen Kreisen rekrutierte, welche bereits für die Vorgängerregierungen gearbeitet hatten. Hier kündigte sich die Fortsetzung der von der Regierung Cardoso geerbten Politik der Haushaltskonsolidierung bereits an. Hinzu kam der Unmut über die erste bedeutende Initiative der neuen Regierung: die Reform von Sozialversicherung und Steuergesetzgebung. Soziale Projekte wie der Kampf gegen den Hunger oder die Landreform wurden dagegen nur schleppend umgesetzt.

Nach der Hälfte seiner Amtszeit kann Lula nur noch bedingt auf aktive Unterstützung der sozialen Bewegungen zählen. Ihre radikaleren Teile stehen in offener Opposition zur Regierung, während andere, wie der MST, zwar eine kritische Position vertreten, aber noch zum Dialog bereit sind, und wieder andere wie die CUT zwar die Wirtschaftspolitik der Regierung kritisieren, aber doch Lula weiterhin mittragen, wenn auch immer zurückhaltender. Auch wenn Lula mit seinem »Brief an die Brasilianer« bereits im Wahlkampf den Kompromiss mit den herrschenden Gruppen signalisiert hatte, um die große Kapitalflucht einzudämmen, die angesichts der Möglichkeit seines Wahlsiegs eingesetzt hatte, konnte sich doch niemand vorstellen, dass er sich in seiner Regierungstätigkeit derart die Hände binden lassen würde.

Die Rechtfertigung neoliberaler Kontinuität mit dem ›Erblast‹-Argument

Die Ernennung Henrique Meirelles, ehemaliger Präsident der Banco de Boston und Mitglied der Partei Cardosos, zum Präsidenten der Zentralbank deutete bereits auf eine wirtschaftspolitische Kontinuität hin. Allerdings sandte die Regierung widersprüchliche Signale aus. Zunächst begründete sie die Kontinuität mit der ›Erblast‹, die ihr die Vorgängerregierung hinterlassen habe. Mit einem Übergangsplan einschließlich Sozialversicherungs- und Steuerreform solle das ›Vertrauen des Marktes‹ gewonnen werden, um in der Folge die Zinsen, die von der Zentralbank gerade erhöht worden waren, zu senken und die Wirtschaftsentwicklung wieder in Gang bringen zu können. Wenig später änderte sich die Tonlage: Wirtschaftsminister Palocci erklärte nun, einen Haushaltsüberschuss erreichen zu wollen, der über dem vom IWF Verlangten liege. Dies sei eine auf Dauer angelegte Politik der Regierung. Gleichzeitig traf er sich mit Cardoso und erklärte öffentlich, dass es wirklich darum gehe, die Wirtschaftspolitik der Vorgängerregierung fortzusetzen.

Das ›Erblast‹-Argument verwies auf zwei Risiken: das der externen Zahlungsunfähigkeit und das einer unkontrollierbaren Inflation. Tatsächlich verschlechterte sich die Zahlungsbilanz während der beiden Präsidentschaften Cardosos deutlich. Die zügellose wirtschaftliche Öffnung verstärkte in strategischen Sektoren die Abhängigkeit des Landes. Die Finanzkrise von 1998/9 bot ausländischen Anlegern die Gelegenheit, sich zu Spottpreisen Anteile des nationalen Kapitals zu sichern. Der Prozess der Privatisierung der staatlichen Unternehmen wirkte im gleichen Sinne. Das Ergebnis war eine weitere Steigerung der Zahlungsbilanzdefizite auf über 19 Mrd. US-Dollar aufgrund abfließender Gewinne, Dividenden und Zinszahlungen sowie einer Verdopplung der Auslandsschuld. Wegen der sich daraus ergebenden außenwirtschaftlichen Verletzlichkeit nahm die Regierung Cardoso erneut Verhandlungen mit dem IWF auf, wie schon im Januar 1999, und schloss 1999, 2001 und 2002 neue Kreditvereinbarungen ab. Im Juli und August 2002 – also zu der Zeit, in der Lula seinen »Brief an die Brasilianer« veröffentlichte –, erreichten Spekulations-Angriffe auf die brasilianischen Geld- und Kapitalmärkte einen neuen Höhepunkt. Das Land stand am Rande der Zahlungsunfähigkeit, die Kapitalflucht ließ den Kurs des US-Dollars auf über vier Real steigen und die geforderten Zinsen überforderten durch den immer höheren ›Risikozuschlag für Brasilien‹ – jetzt ›Risikozuschlag für Lula‹ genannt – die Leistungsfähigkeit der Ökonomie.

Trotz dieser Unsicherheit blieb die Höhe der finanziellen Reserven Brasiliens das ganze Wahljahr 2002 hindurch stabil, etwa bei 37 Mrd. US-Dollar. Die Bedingungen für die Erfüllung der externen Verpflichtungen waren also nach wie vor gegeben. Die Handelsbilanz wies weiterhin steigende Überschüsse auf. Insgesamt war die Situation am Jahresende 2002, wenige Wochen vor dem Amtsantritt Lulas, eigentlich besser als ein Jahr zuvor. Nichts rechtfertigte die Weiterführung einer Politik wachsender Haushaltsüberschüsse über das vom IWF geforderte Maß hinaus, noch eine weitere Anhebung der Zinsen. Auch ein vermeintliches Inflationsrisiko ließ sich nicht begründen. Die brasilianische Wirtschaft stagnierte und angesichts

hoher Arbeitslosigkeit gab es keine Gefahr einer nachfrageinduzierten Inflation. Die von der Vorgängerregierung ererbte Wirtschaftspolitik wurde dennoch weitergeführt und sogar verschärft.

Die der zweiten Generation der Reformkonzepte der Weltbank entsprechende Sozialversicherungsreform¹ weist klar in Richtung Privatisierung des Rentensystems. Um die Rentner an der Deckung des Defizits der Sozialversicherung zu beteiligen, wird von ihnen eine neue Steuer erhoben. Zugleich wurde das Rentenniveau für die Beschäftigten des öffentlichen Sektors gesenkt, damit diese sich privaten Pensionsfonds zuwenden. Da dies auch subventioniert wird, eröffnet sich für Banken und Versicherungen eine weitere Einnahmequelle auf Kosten der Lohnabhängigen. Hiergegen gab es heftigen Widerstand: Unter Beteiligung der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der Studentenbewegung kam es, mit Unterstützung von CUT und MST, zu den größten Demonstrationen seit dem Regierungsantritt Lulas. Im Weiteren wurden drei Parlamentsabgeordnete und eine Senatorin aufgrund ihrer Kritik an der Reform aus dem PT ausgeschlossen, was verdeutlichte, wie weit die neue Regierung zu gehen bereit war, um ihre – auf keinem Parteitag beschlossene – Linie intern durchzusetzen. Mit diesem Positionswechsel demonstrierte Lula gegenüber den Eliten, dass der PT zu harten Einschnitten bereit war, für die er sogar gegen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes vorging, die bis dahin den PT massiv unterstützt hatten. Die öffentliche Abwertung des Widerstandes der Gewerkschaften als Verteidigung von »Privilegien«, wie sie den Angestellten und Arbeitern in der Privatwirtschaft verweigert würden, machte sie erst zu direkten Gegnern der Regierung.

Nach zwei Jahren hat die Regierung Lula also ein Profil bekommen. Aus wiederholten Erklärungen Lulas sowie dem Gewicht, das die Ökonomen um den einflussreichen Minister Antonio Palocci innerhalb der Regierung besitzen, lässt sich schließen, dass die getroffenen Entscheidungen auch den Kurs bis zum Ende des gegenwärtigen Mandats 2006 bestimmen werden. Entgegen allen offensichtlichen Tatsachen, die selbst Palocci anerkannt hatte, sagte Lula: »Wir haben die Politiken unserer Vorgängerregierung nicht fortgesetzt, haben das gemacht, was nicht mehr gemacht worden war: Wir haben die Wirtschaft wieder aufgebaut, die Institutionen gestärkt und vor allem Glaubwürdigkeit im In- und Ausland zurückgewonnen.« Man sei dabei, einen »konsistenten und dauerhaften Prozess« der wirtschaftlichen Erholung in Gang zu setzen, mit der größten Ausweitung der Beschäftigung seit 1992 und mit spektakulären Erfolgen im Außenhandel, vor allem in der Agrarindustrie, während gleichzeitig mit den öffentlichen Haushalten und der Inflationskontrolle verantwortlich umgegangen werde.

2004 stieg das Wirtschaftswachstums auf 5 %. Diese Zuwächse stammten größtenteils aus den Bereichen Luxuskonsum und Export; das Einkommen von Lohnabhängigen und Ein-Personen-Unternehmen ging im selben Jahr um 2,3 % zurück. Die Zahl der Rentner, die weiter arbeiten müssen, um ein existenzsicherndes

1 Anm. d. Übersetzers: Die brasilianische Sozialversicherung (*Previdência Social*) vereint Kranken- und Rentenversicherung und unterscheidet sich insofern vom deutschen Sozialversicherungssystem mit seinen getrennten Kassen.

Einkommen zu erhalten, stieg auf 6 Mio.; auch die Anzahl der Beschäftigten mit zwei oder mehr Stellen stieg von 3,4 Mio. im Jahre 2001 (4 % der Erwerbsbevölkerung) auf 3,8 Mio in 2003 (4,3 %). Die Zahl der Arbeitslosen stieg auf 8,5 Mio. Von 1996 bis 2003 wurden 17,5 Mio. Arbeitsplätze geschaffen, auf denen bis zum Dreifachen des Mindestlohnes gezahlt wird, aber zugleich 6,3 Mio. Arbeitsplätze mit höherem Entgelt abgebaut. Per Saldo reicht das keineswegs aus, um die Nachfrage nach Beschäftigung befriedigen zu können, und führt insgesamt zu einer Senkung des Lohnniveaus. Immer deutlicher tritt ein ›asiatisches‹ Muster der Beschäftigung hervor: lange Arbeitstage, niedrige Löhne und geringere Rechte für die Beschäftigten. Die historische Tendenz zur Konzentration der Einkommen blieb ungebrochen: der Anteil der Lohnabhängigen und kleinen Selbständigen am Nationaleinkommen ging kontinuierlich von 51,4 % im Jahre 1993 – dem Jahr des Amtsantritts der Regierung Cardoso – bis auf 40,1 % im Jahre 2003 zurück. Zwischen 2002 und 2003 ging die Kaufkraft von 3,3 Mio. Personen mit einem monatlichen Familieneinkommen zwischen 1000 und 5000 Real zurück, während die Anzahl von Personen mit einem Familieneinkommen unter 500 Real um etwa 3,5 Mio. wuchs. – Die Priorität der finanziellen Ziele, vor allem der Erzielung von Haushaltsüberschüssen und der Inflationsbekämpfung, entzog dem Projekt einer ›Priorität des Sozialen‹ auf diese Weise die Voraussetzungen.

Während im ersten Jahr der Regierung Lula die Opposition von links dominierte, vor allem die Proteste gegen die Sozialversicherungsreform, entfaltete sich im zweiten Jahr die Opposition von rechts, was ein Ergebnis der politischen Schwächung der Regierung war und nicht etwa von einer Linksverschiebung ihrer Politik herrührte. Diese Schwächung ergab sich aus der Unfähigkeit, eine wirksame Sozialpolitik zu betreiben, den Mindestlohn signifikant anzuheben, die Arbeitslosigkeit abzubauen und dadurch ihre parteipolitische Unterstützerbasis zu stärken oder eine eigenständige Kommunikationspolitik zu entwickeln, um nicht weiterhin Geisel der privaten Presse zu bleiben. Zu ihr trugen auch die Korruptionsvorwürfe gegen Regierungsmitglieder bei, eine schwerwiegende Niederlage bei den Kommunalwahlen von 2004, die Unfähigkeit zu Fortschritten in der Landreform und die völlig mit den ökologischen Bewegungen im Konflikt liegenden Positionen in der Umweltpolitik, die bis zur Zulassung des Anbaus genetisch modifizierter Pflanzen gingen.

Das Mitte-Rechts-Lager um das Parteienbündnis der Regierung Cardoso hatte im ersten Jahr der Regierung Lula an Initiative, Resonanz und politischem Handlungsraum verloren, konnte aber nach den Korruptionsskandalen und nach ihrem Sieg bei den Kommunalwahlen in São Paulo, wo Lula sich persönlich engagiert hatte, wieder mit Macht auftreten. Diese politischen Kräfte zielen darauf, von rechts gegen die Regierung zu polarisieren, unterstützen dabei deren Wirtschaftspolitik, die sie als ihre eigene wiedererkennen, aber attackieren die progressiven Aspekte der Regierungspolitik, indem sie etwa die Unterdrückung des MST verlangen, allen Versuchen der Regierung zu einer Medien- oder Kulturpolitik entgegenzutreten und die beschränkten und lokal begrenzten Politiken zugunsten der Armen als außer Kontrolle geratene Sozialpolitik kritisieren. Angesichts dieser Lage ist die Regierung bemüht, Unterstützung von Parteien der Mitte und der Rechten für eine Wiederwahl Lulas im Jahr 2006 zu gewinnen.

Lulas Fortsetzung der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung Cardoso wurde – auch dies durchaus gemäß dem Rezeptbuch der Weltbank – von kompensatorischen sozialpolitischen Notmaßnahmen mit lokal begrenztem Anwendungsbereich begleitet. Das Programm »Null Hunger!« (*Fome Zero*) und seine Nachfolgeprogramme waren nicht an einer Politik der universellen Menschenrechte ausgerichtet, sondern konzentrierten sich auf bestimmte großstädtische Bereiche, die als »extrem arm« galten. Damit verbanden sich hier zwei für den sog. »tropischen« *Dritten Weg* charakteristische Elemente: Währungsstabilität als zentrale Zielsetzung und Entwicklung kompensatorischer Sozialpolitiken, während gleichzeitig der Angriff auf die (rudimentären) Errungenschaften des Wohlfahrtsstaates vorangetrieben wird. Vorrangig ist, »ein günstiges Investitionsklima zu schaffen« und dafür alle denkbaren Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Die sozialen Bewegungen sollen sich dann mit dem zufrieden geben, was bei dieser Politik der Anreize für das große Kapital an positiven Ergebnissen herauskommt.

So kann sich die Regierung Lula die Unterstützung der Unternehmereliten und des Finanzkapitals sichern; ihre Politik wird von den Massenmedien mit Sympathie begleitet, außerdem kann sie noch mit der Solidarität der desorganisierten Teile des einfachen Volkes rechnen, die nach wie vor ihre Hoffnungen auf diese Regierung projizieren oder sich einfach nur mit Lula als einem der Ihrigen identifizieren, dem der Aufstieg in den Kreis der Eliten gelungen ist. Die sozialen Bewegungen jedoch gehen immer deutlicher auf Distanz. Das Experiment des PT und Lulas, ein Zusammengehen einer im Volk verankerten Regierung, einer Linkspartei und der sozialen Bewegungen zu vollbringen, ist nach nur zwei Jahren gescheitert.

Die Linke und die Regierung Lula

Bei den Kommunalwahlen 2004 hat die Linke wichtige Präfekturen verloren, vor allem im Staat Rio Grande do Sul – in Porto Alegre, Caxias do Sul und Pelotas –, wo der linke Flügel des PT hegemonial ist. Mit Ausnahme der Landlosenbewegung ist die soziale Mobilisierung rückläufig. Der MST hatte nach einer Phase des »Waffenstillstands« im Wahlkampf seinen Druck auf die Regierung unvermindert aufrechterhalten und 2004 einen »roten April« mit Landbesetzungen in großer Zahl und Demonstrationen durchgeführt. Auf der Linken nimmt derweilen eine Tendenz zur Zersplitterung zu, auch durch die überstürzte Gründung einer neuen Partei links vom PT, dem PSOL (Partido Socialismo e Liberdade). Diese allerdings sammelt nicht etwa alle diejenigen, die von der Politik der Regierung enttäuscht sind, sondern ist einfach eine weitere Gruppierung, die auf ihren Trumpf in Gestalt der aus dem PT ausgeschlossenen populären Senatorin Heloisa Helena setzt, ohne eine allgemeinere Zukunftsvision oder in den täglichen Debatten attraktive eigene politische Positionen zu entwickeln. Auch die linken Strömungen – etwa innerhalb der CUT – tendieren zu einer immer weiter gehenden Fragmentierung, so dass es unmöglich scheint, von links her wirksame Debatten zu führen und die Regierung Lula sowie den PT als Partei vor dem völligen Schiffbruch zu bewahren. Der Kampf gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung und ihre neoliberale Agenda ist nicht zum Bezugspunkt einer Einigung geworden, die

allein die Linke aus ihrer gegenwärtigen Isolation befreien könnte. Stattdessen hat man sich erbittert darüber zerstritten, wie die Kritiken an der Regierungspolitik einzuordnen sind, und die Konfrontation zwischen Kräften in und außerhalb des PT vorangetrieben, anstatt sich um Brückenschläge zwischen ihnen zu bemühen.

Die derzeit wichtigste Debatte in der brasilianischen Linken dreht sich nicht darum, wie radikal man die Regierung kritisieren müsse, sondern um die Frage, wie am besten Kräfte zu sammeln sind, um wieder einen sozialen und politischen Block aufzubauen, der eine linke Politik vertritt. Für diejenigen, die aus dem PT ausgetreten sind, reduziert sich dieser Raum auf die Gründung einer neuen Partei. Dies hat sie dazu gebracht, alles zu verteufeln, was das Etikett PT trägt. Beispielsweise haben sie bei Kommunalwahlen, bei denen es ganz eindeutig um eine Polarisierung zwischen links und rechts ging und trotz der bestehenden Kommunalregierungen des PT mit starker Betonung des Sozialen – wie in São Paulo und in Porto Alegre – zur Abgabe ungültiger Stimmen aufgerufen. Diese Haltung, von dem PT wie der Rechten gleichermaßen Abstand zu wahren, unterscheidet nicht zwischen der Bundesregierung und den Kommunalregierungen. Außerdem isoliert sie diese Kräfte von dem großen Teil der linken Basis, der immer noch im PT geblieben ist. Die Gründung einer neuen Partei vertieft nur die Spaltung und führt nicht zu einem Sammlungsprozess der brasilianischen Linken.

Die trotz ihrer Kritik im PT verbleibenden Strömungen der Linken machen dagegen den Fehler, immer noch treu zur Regierung zu stehen. Das hindert sie daran, innerhalb des PT und im Rahmen der gesamten sozialen Bewegungen eine offene politische Auseinandersetzung zu entfalten. Keine relevante Strömung konnte sich bisher dazu entschließen, der Regierung ihre Unterstützung aufzukündigen, obwohl es durchaus möglich wäre, solidarisch im PT zu bleiben und zugleich eine Fortführung des Kurses zu verweigern. Die Krise, welche sich aus dieser Entwicklung der PT-Regierung ergibt, löst Spaltungen innerhalb der Linken aus, die so in die machtpolitische Bedeutungslosigkeit abrutscht und Lula ermöglicht, seine Basis im einfachen Volk zu befestigen, besonders in den am stärksten entpolitisierten Milieus.

Die Regierung Lula hat die besten Voraussetzungen für ein Modellexperiment des Bruchs mit dem Neoliberalismus vorgefunden. Selbst wenn berücksichtigt wird, wie die Ausbreitung der Marktbeziehungen und die internationalen Kräfteverhältnisse den Regierungen gleichsam die Luft zum Atmen nehmen – und auf diese Weise, wie Chomsky meint, Militärputsche überflüssig machen –, steht doch fest, dass Lula im Moment seiner Wahl national wie international über eine Unterstützung verfügte, aufgrund derer er eine Umschuldung der brasilianischen Staatsschuld hätte aushandeln können, um das große Sozialdefizit Brasiliens zu korrigieren und die finanzpolitischen Anforderungen sozialen Zielsetzungen unterzuordnen. Diese Möglichkeit wurde blockiert durch Lulas Kalkül, auf ›Regierungsfähigkeit‹ zu setzen – um den Preis eines Kompromisses mit dem Finanzkapital und des Verlusts seiner sozialen Basis und der Glaubwürdigkeit des PT.

Aus dem Brasilianischen von Frieder Otto Wolf

Pablo González Casanova

Soziale Bewegung geht vor Linksregierung

Für die Große Diskussion der mexikanischen Zapatistas

Viele glauben, die mexikanischen Wahlen von 2006 würden wie die früheren sein. Sie meinen, der Staat sei derselbe geblieben. Sie glauben, die Regierung verfüge über dieselbe Problemlösungskapazität wie bisher, und neu sei nur, dass jetzt eine gute Partei mit einem guten Führer die nötige Macht erringen könne, um zumindest die neoliberale Politik der Privatisierung und Reprivatisierung einzudämmen und eine der früheren vergleichbare Entwicklung anzubahnen. Sie denken, die künftige Linksregierung müsse sich damit begnügen, die Zahl der Marginalisierten und Ausgeschlossenen zu senken, dürfe sich aber nicht einbilden, der Marginalisierung und dem Ausschluss den Garaus zu machen noch der Macht der Kaziken und Eliten sowie den Privilegien der transnationalen Riesenunternehmen und ihrer Teilhaber die Stirn zu bieten. Ferner wird darüber nachgedacht, was politisch klug und was unvernünftig oder abseitig ist. Mit dieser Logik beschränken sich die Vorsichtigeren darauf, einige soziale Maßnahmen vorzuschlagen und einige nationale Angelegenheiten zu verteidigen, während die Kühneren oder Standhafteren nationale Fronten und Blöcke nach früher erprobten Mustern zu bilden suchen, die mit populistischen Führern und ihrer zivilen und militärischen Klientel zwischen taktischen und strategischen Bündnissen mit dem einst sogenannten antiimperialistischen Bürgertum schwankten.

Mit Recht kritisieren alle eine Wahldemokratie, die mit immer weniger Programmen und Ideen und mit immer mehr Bildern und Ikonen bestritten wird, mit denen die attraktivsten Kandidaten ›verkauft‹ werden. Die Kandidaten ihrerseits stehen vor einem Dilemma: Wenn sie sagen, was notwendig ist, um auch nur die geringsten Probleme des Landes zu lösen, glauben sie jede Aussicht auf den Wahlgewinn einzubüßen, und wenn sie eine neue Politik der Verteidigung der gesellschaftlichen und nationalen Interessen vorschlagen, werden sie, einmal an der Regierung, damit konfrontiert sein, dass sie weder die Macht haben, die eigenen Minister zu ernennen, noch eine neue Steuerpolitik zu lancieren und über den Haushalt zu bestimmen, ohne der Bezahlung der Auslands- und Inlandsschulden den Vorrang zu geben und auf die ›Ratschläge‹ der Experten der Weltbank und des IWF zu hören, deren stärksten Argumenten sie Rechnung tragen müssen: einem transnationalen Plan, um Zinsen zu bezahlen und Güter und Dienstleistungen – die veralteten Waffen eingeschlossen – der Geberländer zu importieren; der zunehmenden Liberalisierung der Wirtschaft zu Gunsten der Unternehmensketten, die von der Finanzwelt bis zur Landwirtschaft vorherrschen; dem Anreiz für ausländische Investitionen, der Konzessionen und Steuerbefreiungen einschließt; der Deregulierung des Arbeitsmarkts, »um die Wettbewerbsfähigkeit von Mexiko zu stärken«, indem man die Löhne und Sozialleistungen drückt; der Herstellung

eines ›ausgeglichenen‹ Haushalts mittels der Reduzierung der Steuerlast für die Reichsten und der Erhöhung der Konsumsteuern, die vor allem auf den Ärmsten lasten; der Senkung der ›indirekten‹ Löhne durch die Privatisierung des Gesundheitswesens, des Erziehungswesens, der sozialen Sicherheit, die vorher wichtigen Teilen der Arbeiter zustatten kamen; der Privatisierung und Reprivatisierung der nationalen Güter und Unternehmen, die von der Zahlung der trotzdem wachsenden Außenschuld entlasten und zugleich als natürliches Inkrement der Herrschaft und Akkumulation der großen landwirtschaftlichen, industriellen, Dienstleistungs-, Handels- und Finanzunternehmen der USA und ihrer großen europäischen und mexikanischen Teilhaber fungieren sollen, denen ein Teil der globalisierten Beute zukommt, zu der auch Abkommen und Verträge mit Kostenberechnungen für die Bestechung der Beamtschaft gehören.

Wenn ein Kandidat der Linken eine solche politisch, ökonomisch, finanziell und moralisch geschwächte Regierung übernimmt, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder er scheitert, weil er ein nationales Projekt umsetzen will, das nicht von der Weltbank ausgearbeitet wurde, oder er scheitert, weil die Zornesausbrüche seiner Wähler zur ›Unregierbarkeit‹ führen, einem Problem, das die Experten mittels neuartiger Untersuchungen zur ›Governance‹ zu lösen versuchen – Lösungen, welche die assoziierten abhängigen Regierungen unserer Ex-Länder durchsetzen wollen, indem sie die Politiken der Kooptierung und Korruption mit solchen der Repression und Ausrottung kombinieren, beide darum bemüht, das ›formale Land‹ und seine ›Elitendemokratie‹ gefügig zu halten. Die Lage ist der politischen Klasse wohlbekannt, die – egal ob links, in der Mitte oder rechts – weniger einer zentristischen Politik verpflichtet als vielmehr einem ›politisch korrekten‹ Verhalten unterworfen ist, das kategorisch ausschließt, etwa die Streichung einer Außenschuld zu verlangen, die das Land in Wirklichkeit schon mehr als achtfach bezahlt hat. Da dies vielen Bürgern kein Geheimnis ist und die Folgen am eigenen Leib zu spüren sind, gehen immer weniger Mexikaner zur Wahl (nicht selten weniger als die Hälfte), was keineswegs als Hinweis auf die Krise aufgefasst wird, die eine derartige Demokratie von wenigen, mit wenigen und für wenige bedeutet, sondern im Gegenteil die paternalistischen Neoliberalen des PAN (Partido de Acción Nacional) und die Nachfolger des Populismus im Stil des PRI (Partido Revolucionario Institucional) mit ihren Günstlingen und ihrer Klientel mit Freude erfüllt.

Für die Kräfte der Linken läge es mithin nahe, eine Politik von unten zu organisieren, mit den Unteren und für die Unteren – was im übrigen auch die Rettung für ›die da oben‹ wäre, denn das System, in dem wir heute leben, steht am finanziellen, moralischen, politischen, kulturellen, erzieherischen und gesundheitlichen Abgrund, um nicht zu sagen: ist bereits abgestürzt, zumindest auf bestimmten Gebieten. Doch handeln die Linken noch immer nach der Logik der nationalen Blöcke und Fronten, was heute zum Verrat an ihrer sozialen Basis und zur Anpassung an ihre klientelistischen Netzwerken führt. Die alte Logik der nationalen Fronten bestimmt bis heute das Bewusstsein und die Gefühle der Führer und Aktivisten zahlreicher Basisorganisationen sowie bedeutender Intellektueller, Künstler und Publizisten, die aufrichtig glauben, das Zurück zu den alten Fronten wäre die beste Lösung,

um dem Neoliberalismus entgegenzutreten. Es ist nicht leicht, diese Auffassung zurückzuweisen und ihr ihre Schwäche vor Augen zu führen. Darauf zu beharren, dass der Kriegs-Neoliberalismus einer imperialistischen Strategie entspricht, deren Politiken der Privatisierung, Reprivatisierung und Ausplünderung nicht durch Staaten, Regierungen und herkömmliche Wahlparteien eingedämmt werden können, ist ein so schwieriges Unterfangen, das keine Argumentation das Bewusstsein der ›Leute‹ und ihrer denkenden und handelnden Führer erreichen kann, ohne durch die organisierte Kraft einer demokratischen Bewegung der Bürger und Völker selbst unterstützt zu werden. Aber auch dann bekommt man es mit den aggressivsten Politiken des Imperiums zu tun, wie man an Hugo Chávez in Venezuela sehen kann, dem es gelungen ist, die fortschrittlichen Kräfte im Militär und in der Bevölkerung für ein neues nationales Projekt zu gewinnen.

In Mexiko fand der kreative Sprung auf einem anderen Weg statt. Die Notwendigkeit einer anderen Politik, anderer Fronten und Blöcke wurde von der Nationalen Koordination gegen den Neoliberalismus aufgeworfen, an der Spitze die Gewerkschaft der Elektriker, gefolgt von mehr als 220 weiteren Organisationen, die in Querétaro Anfang des Jahres ein »nicht verhandelbares Minimalprogramm« beschlossen haben, das auf Seiten der etablierten Linken keinerlei Beachtung fand. Kürzlich jedoch erlangten die Zapatistas weltweite Aufmerksamkeit mit ihrem Aufruf »Alarmstufe rot«, welcher der von allen indianischen Völkern der Maya-Bewegung unterstützten »Sechsten Erklärung aus dem Lakandonischen Urwald« vorausging und mit dem die Notwendigkeit einer neuen Politik für die Unterdrückten und Ausgebeuteten auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Das Neue daran hat viele Gesichter. Die älteren Erfahrungen des indigenen Widerstands sind in dieser »anderen Kampagne« ebenso aufgehoben wie diejenigen der nationalen Befreiungsbewegungen der 1960er und 70er Jahre, wobei unmittelbarere Formen von Bewusstseinsbildung in den Kommunen und Bürgerbewegungen der Politik im Parlament vorgezogen werden. Subcomandante Marcos zitiert einen Indio aus Mexiko-Stadt: »Die Leute halten uns für Ungeheuer. Sie halten uns für Leute, die nicht denken.« Sie denken aber doch, und diejenigen, die bei der »anderen Kampagne« dabei sind, wissen genau, dass sie einen langen und gefährlichen Weg eingeschlagen haben, den einzigen freilich, welcher der Menschheit bleibt, wenn sie überleben will: Kraft und Bewusstsein der Völker der Erde zu organisieren, beginnend mit den indianischen Völkern und so immer weiter, bis man dort, wo die Wege Mexikos, Lateinamerikas, der USA und der Welt sich kreuzen, auf die andern trifft.

In der begonnenen großen Diskussion gehört es zum Schwierigsten, die Identität derjenigen festzustellen, die die »andere Kampagne« betreiben. Die Sprecher der Indios, Marcos eingeschlossen, erfahren dabei erneut Diskriminierung, Zurückweisung und paternalistische Schelte, die charakteristisch sind für die Assimilierungs-Politiken des kolonialistischen, ausbeuterischen, expansionistischen, rassistischen Mexiko, in dem selbst die Sozialisten, Marxisten, Revolutionäre, Arbeiter, die städtischen Armen – wie die Engländer des 19. Jahrhunderts sich gegenüber den Iren, egal ob Arbeiter oder Arme, Revolutionäre, Marxisten oder Sozialisten, eben als ›Engländer‹ fühlten –

als Mexikaner schlechthin, als Mexikaner ›an sich‹ auftreten, die den Anderen, den an den Rand Gedrückten, den Diskriminierten und Abgewiesenen, der ein Niemand ist, nicht sehen. So wenig jedoch der herrschende Rassismus uns zu einer rassistischen Rebellion bringt, so wenig die herrschende Grobheit zu einer rebellischen Grobheit, die – wie triftig sie auch wäre – die große Diskussion, die am Anfang der »anderen Kampagne« steht, nur verdunkeln würde, ordnete man sie doch am liebsten einer anderen Grobheit zu, im Mexiko der sublimen Grobheiten, d.h. einer weiteren Bruchlinie innerhalb der fortschrittlichen und linken Kräfte, die für die Unabhängigkeit, die Gerechtigkeit, die Freiheit, die Autonomie, die Demokratie und den Sozialismus kämpfen. Bei allem Respekt bin ich der Auffassung, dass die Zapatisten mit aller Höflichkeit und Klarheit, die sie so gut handhaben, ihre rebellische und autonome Identität betonen müssen, die sie heute beim Beginn einer Kampagne praktizieren, die sich von den sonstigen Wahlkampagnen sehr unterscheidet, dass sie nämlich bereit sind, für eine Welt zu kämpfen, in der die Völker und Bürger das Sagen haben, in der diese die Kraft gewinnen, das Überleben der Menschheit zu sichern. Dass dies schwierig ist und dass die anderen auf andere Weisen kämpfen, diejenigen eingeschlossen, die auf Wahlen und Parlament setzen, daran besteht kein Zweifel, wie umgekehrt auf der Hand liegt, dass die Zapatisten ausdrücklich diejenigen respektieren müssen, die an ihrem Glauben an die Wahlen festhalten. Wir brauchen eine Interpretation der »Sechsten Erklärung«, in der die Zapatisten deutlich machen, worin die Positionen, die nicht verhandelbar, und diejenigen, die konsensorientiert sind, bestehen.

Wer wie wir an die neue Form Politik zu machen und an »Die Andere Kampagne« glaubt, kann sich nicht zu ihren Interpreten und nicht zu Hütern ihres Gedächtnisses aufschwingen. Viele meinen, dass die Zapatisten selbst deutlich machen müssen, dass sie diejenigen, die an den Wahlen teilnehmen, nicht auffordern werden, darauf zu verzichten, und dass es ihnen nur darum geht, dass man nicht zugleich bei beiden Kampagnen dabei sein kann, dass sie ihnen also ihr Recht zugestehen, auf die Weise zu kämpfen, die sie für richtig halten, vorausgesetzt, dass sie am Tage danach sich mit Leib und Seele der Kampfweise verschreiben, die wir für die effektivste halten, damit die Völker in einer ungewissen Welt den Sieg erringen.

Aus dem Spanischen von Ruedi Graf und Peter Jehle

Patrick Bond

Südafrikas Kapitulation vorm Neoliberalismus

›Wurden sie geschubst, oder sind sie gesprungen?‹ Der Afrikanische Nationalkongress (ANC) hat sich seit den frühen 1990er Jahren einer neoliberalen Politik zugewendet – ob dies hauptsächlich aufgrund des externen Drucks globaler Strukturen geschah oder aus den Handlungen nationaler politischer Akteure folgte, ist nach wie vor Anlass intensiver Debatten. Liegt das Bündnis des ANC mit der schwarzen Gewerkschaftsbewegung und der Kommunistischen Partei im Interesse der Arbeiter oder im Interesse politischer Führungsfiguren und Bürokraten? Wie viel Spielraum hatte der ANC, um Ungleichheit zwischen Klassen, Geschlechtern und Ethnien zu bekämpfen? Die unabhängige Linke ist mehrheitlich zu dem Schluss gekommen, dass es zwar starken Druck von außen gab, die Führungsebene des ANC jedoch die Rolle einer willigen Kompradoren-Bourgeoisie¹ gespielt hat, entsprechend der Position des Landes als subimperialistischem Staat innerhalb Afrikas und der Dritten Welt.² Der südafrikanische Fall ist keine Ausnahme. Es gab von den 1970er bis 90er Jahren viele Länder, in denen im Übergang zur Demokratie oppositionelle Bewegungen Zugang zur Macht erhalten haben. Angesichts von Schuldenrückzahlungen und der Einführung neoliberaler Politik geschah dies jedoch nur eingeschränkt als ›Demokratie niedriger Intensität‹, etwa in Südeuropa, Südamerika, Osteuropa, Ostasien und in Teilen von Afrika. Vor dem Hintergrund der strukturellen Krise des Kapitalismus seit den 70er Jahren haben die weißen Eliten in Südafrika schließlich eingewilligt, die Macht zu teilen. Das Arrangement mit dem ANC hat eine neue Phase der Kapitalakkumulation ermöglicht, während die beherrschten Klassen und lokalen Gemeinschaften in ihren Kämpfen geschwächt wurden.

1994 dominierte eine kleine Führungsgruppe die strategischen Diskussionen in den Massenorganisationen des Landes, im Kongress der südafrikanischen Gewerkschaften (Cosatu) und in vielen der NGOs, Bürgerinitiativen, Frauen-, Studenten- und Jugendgruppen sowie kirchlichen Kreisen. Sie hat dafür gesorgt, dass der Druck von unten nicht zu einer ernsthaften Herausforderung der ANC-Regierung wurde. Mit ihrem korporatistischen, eliteorientierten Politikstil hat sie die Basis kontinuierlich demobilisiert, desorientiert und desillusioniert. Als Konsequenz sank die Wahlbeteiligung, und

1 Unter der Kompradoren-Bourgeoisie wird die Fraktion der Bourgeoisie verstanden, »die nicht über eine Basis der Kapitalakkumulation verfügt, die gewissermaßen als bloßer ›Vermittler‹ des ausländischen imperialistischen Kapitals agiert« (Poulantzas 1976/2001, 51).

2 Vgl. u.a. Bond 2005a u. b, Barchiesi/Bramble (Hg.) 2003, Kimani Ndung'u (Hg.) 2003. Wichtig waren auch die Debatten zwischen John Saul und den Intellektuellen Jeremy Cronin und Raymond Suttner aus der Südafrikanischen KP, die 2001-2003 in der Zeitschrift *Monthly Review* stattfanden und die Debatten in *Mail & Guardian* von Juni/Juli 2004 darüber, ob das Vorgehen der unabhängigen Linken ausreichend durchdacht ist.

die weitverzweigten Strukturen der Massenorganisationen verfielen. Zur selben Zeit haben sich die objektiven Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit ernsthaft verschlechtert. Die Widersprüche sind so gravierend, dass es im Zehnjahresbericht der Regierung hieß: »Wenn alle Indikatoren weiter derselben Tendenz folgen, besonders in Bezug auf die Dynamik ökonomischen Ein- und Ausschlusses, könnten wir bald einen Moment erreichen, an dem die negativen Entwicklungen anfangen, die positiven zu überragen.« (The Presidency 2003, 101) Handelt es sich hier wirklich noch um ein Zukunftsszenario oder hat sich nicht bereits ein neues System der Klassen-Apartheid etabliert, das den entschiedenen Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse und der Armen in Südafrika ermöglicht? Und: Welchen Zwängen war die ANC-Regierung durch die ›Globalisierung‹ wirklich ausgesetzt?

Neoliberale Wirtschaftspolitik als Programm

Der altgediente Afrikaexperte John Saul hat darauf aufmerksam gemacht, dass es eine große Versuchung für den ANC sei, zu schreien: »Die Globalisierung hat mich gezwungen!« Ein halbes Dutzend größere Entscheidungen der Gruppe um Thabo Mbeki, Finanzminister Trevor Manuel und Handels- und Privatisierungsminister Alec Erwin illustrieren die Kapitulation: Die erste Entscheidung der Übergangsregierung war, einen Kredit des IWF über 750 Mio. Dollar zu akzeptieren; die Vereinbarung des Apartheid-Regimes, dem GATT beizutreten, wurde übernommen (Juni 1993); es wurde beschlossen, die 25 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden der Apartheid-Ära zurückzuzahlen (Oktober 1993); der südafrikanischen Zentralbank wurde in der Übergangsverfassung formelle Unabhängigkeit garantiert (November 1993); im März 1995 wurden die wichtigsten Kapital- und Finanzkontrollen aufgegeben, unmittelbar nach der Kapitalflucht in Mexiko, die den Peso entwertet hat; der Begriff ›Nationalisierung‹ wurde im Jahr 2002 offiziell aus dem Vokabular des ANC gestrichen.

Waren diese Zugeständnisse notwendig für den Übergang nach der Apartheid? Aktivist*innen der unabhängigen Linken meinen, dass sie nicht nötig gewesen wären, wenn der Druck von der Basis angemessen eingesetzt worden wäre. Insbesondere die vorletzte Entscheidung ermöglichte es den reichen Weißen – die Profiteure der Plünderung des Landes während der Apartheid –, ihren Reichtum ins Ausland zu schaffen. Daraufhin mussten die Zinsen dramatisch gesteigert werden, um Kapital in Südafrika zu halten – was wiederum denen zugute kam, die schon Finanzinvestitionen getätigt hatten. Als es zwischen 1998 und 2001 zu massiven Abwertungen der Währung kam, hat Finanzminister Manuel unerklärlicherweise Südafrikas größten Konzernen erlaubt, mit ihren Finanzzentralen und ihren wichtigsten Börsennotierungen nach London zu fliehen.

Angesichts dieser äußerst kooperativen Beziehungen zum internationalen Kapital, avancierte der ANC zur Vorzeige-Elite der Dritten Welt – zur Legitimation der imperialistischen Institutionen. Innerhalb von zwei Jahren hat die südafrikanische Regierung beim WTO-Treffen in Doha (November 2001), beim Weltgipfel zu Nachhaltiger Entwicklung in Johannesburg (September 2002), beim World Economic Forum in Davos (Januar 2003), beim G8-Gipfel in Evian (Juni 2003) sowie beim WTO-Treffen

in Cancún (September 2003) den Vorsitz eingenommen, eingeladen oder eine wichtige Rolle gespielt. Was hat sie bei diesen Gelegenheiten erreicht? – In Doha hat der südafrikanische Handelsminister Alec Erwin die afrikanische Delegation gespalten, um eine Ablehnung der Vereinbarung durch diese wie 1999 in Seattle zu verhindern; auf dem Gipfel in Johannesburg hat Mbeki die Privatisierung von natürlichen Ressourcen ermöglicht und nichts zur Lösung der Probleme der armen Mehrheit der Weltbevölkerung beigetragen; in Davos haben die globalen Eliten Afrika ignoriert; aus Evian kehrte Mbeki mit leeren Händen zurück, und der Kollaps der WTO-Verhandlungen in Cancún hat bei Erwin ›Enttäuschung‹ hervorgerufen.

Laut dem *Economist* war Südafrikas Position unter 25 dynamischen Märkten Mitte 2004 »pervers«: bei der Währungsstabilität belegt es den ersten Platz (1/25), bei der niedrigsten Inflation den dritten (3/25), während es bei den Faktoren Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (25/25), Reserven in fremder Währung (25/25), industrielle Produktion (21/25), Liquidität (20/25) die letzten Plätze belegt (Power 2004). Das Wachstum des Nettoinlandsprodukts war von 1994 bis 2004 mit 2,8 % pro Jahr schwach, als treibende Kraft wirken immer weniger ›produktive‹ Aktivitäten und immer stärker finanzielle oder spekulative Funktionen, die potenziell nicht nachhaltig und parasitär sind. Der Beitrag der Industrieproduktion zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist von 21,2 % 1994 auf 18,8 % 2002 gefallen, während der Anteil finanzieller Aktivitäten (einschließlich Versicherungen und Immobilien) von 16,4 % auf 19,5 % angestiegen ist.

Das zugrundeliegende Problem ist eine klassische Krise der Überakkumulation von Kapital. Die privaten und öffentlichen Investitionen sind in den 90ern einige Jahre lang gesunken, als das Kapital effektiv gestreikt und mobile Ressourcen möglichst schnell aus dem Land geschafft hat, nachdem dies durch Manuel erlaubt worden war. Das Brutto-Investitionsvolumen in fixes Kapital durch den Staat, parastaatliche Organe und den Privatsektor schwankte zwischen 15 und 17 % des BIP, dies ist beträchtlich weniger als in den 60ern (17-25 %), den 70ern (25-30 %) und den 80ern (18-25 %; UNDP 2004, App. 12). Grund für den Mangel an Investitionen war neben der chronischen Überakkumulation der hartnäckige Wettbewerbsnachteil, den Südafrika als stagnierender Standort für Produktion und Konsumtion hatte.

In der explodierenden Arbeitslosigkeit zeigt sich das Scheitern der Regierung am klarsten. Die Produktivität der Arbeiter stieg seit 1994 kontinuierlich an, während seit 1998 die Löhne weit zurückblieben. Die Lohnstückkosten sind seit 1994 fast jedes Jahr um 2 % gesunken (ebd.). Mit den sinkenden Zöllen auf importierte Maschinen sind hunderttausende Jobs der Automatisierung zum Opfer gefallen; zehntausende Arbeitsplätze wurden unter dem Druck von Konsumgütern aus Ostasien abgebaut (Altman 2003). Während der 90er Jahre sank die Zahl der Arbeitsplätze vor allem in den Minen (-47 %), bei der Produktion (-20 %) und im öffentlichen Sektor (-10 %; Natrass 2003, 142). Die offizielle Arbeitslosenquote ist von 16 % (1995) auf 31,2 % (2003) gestiegen (Statistics South Africa 2001; 2003, iii). Wenn die ›frustrierten Jobsucher‹ mitgezählt werden, ergibt sich eine Arbeitslosigkeit von 42 %. Die Arbeitslosenquote der Afrikaner übersteigt dabei 50 % im Vergleich zu 6,3 % bei Weißen (UNDP 2004, App. 12).

Ein weiterer Teil der Bevölkerung müsste diesem Bild hinzugefügt werden: Frauen auf dem Land, die nicht als ›ökonomisch aktiv‹ eingestuft werden, obwohl ihre Arbeitstage länger und härter sind als die der meisten Männer in der Stadt. Sie betrifft besonders, dass es für einen großen Teil der Bevölkerung keine Möglichkeit gibt, ein existenzsicherndes Einkommen zu erzielen. Frauen haben traditionell die vorherrschende Struktur der Wanderarbeit gestützt.³ Das System der rassistischen Unterdrückung war vor allem auch ein System geschlechtsbasierter Überausbeutung. Die städtischen Kapitalisten haben die materielle Unterstützung aus den ländlichen Regionen einkalkuliert, um die Reproduktionskosten der Arbeiter in den Minen und Fabriken zu drücken. Kinderbetreuung, Erholung und Altenpflege wurde durch Frauen vom Land geleistet. Nach der Apartheid gab es nur unwesentliche Veränderungen in diesem System und in den ihm zugrundeliegenden Machtverhältnissen. Die Armut von Frauen insgesamt stieg zwischen 1994 und 2002 von 10,1 auf 11,1 % – gemessen daran, dass Armut bedeutet, weniger als 1 US-Dollar pro Tag zur Verfügung zu haben (ebd.).

Im Gegensatz dazu stehen die offensichtlichen Vorteile, die für die weiße Wirtschaft mit dem Übergang von der Apartheid zur Demokratie verbunden waren. Der Anteil des Profits am Nationaleinkommen stieg von 43 % im Jahr 1990 auf 49 % im Jahr 2002 (Gelb 2003, 20). Die Profite in der Produktion waren Ende der 90er Jahre relativ schwach, der größte Teil entstammt den Bereichen Handel, Tourismus, Finanzen, Versicherungen und Immobilien (Natrass 2003, 148). Für Investitionsanreize sollte ein drastischer Einschnitt bei den direkten Unternehmenssteuern sorgen – sie sanken von 48 % (1994) auf 30 % (1999); Bemühungen, die Nachfrage zu stärken, waren nicht erfolgreich. Forderungen nach einem gestaffelten Steuersystem, das Ungleichheiten berücksichtigt, oder nach unbesteuerten Grundnahrungsmitteln wurden von Manuel ignoriert. Das Staatseinkommen wurde geschmälert, so dass die Steuern nur 25 % des BIP stellen.

Die Umverteilungspolitik des ANC

Einer der Hauptstreitpunkte ist, inwiefern durch Sozialleistungen Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit gemildert wurden. Der offiziellen Statistik zufolge hat sich nach 1994 die Schere der im globalen Vergleich extrem ungleichen Lebensverhältnisse weiter geöffnet. 2002 wurde berichtet, dass das durchschnittliche Realeinkommen schwarzafrikanischer Haushalte zwischen 1995 und 2000 um 19 % auf eine Kaufkraft von 3714 US\$ im Jahr gesunken ist, während das Einkommen weißer Haushalte um 15 % auf 22600 US\$ im Jahr gestiegen ist. Auch die absolute Armut ist angestiegen: 28 % der Haushalte hatten im Jahr 2000 (1995: 20 %) weniger als 90 US\$ Realeinkommen im Monat. Die hohen Gebühren reduzieren für die Ärmsten die Vorteile staatlicher Unterstützung bei Bildung, Gesundheit, Wasser, Strom und Telefon.

3 Vgl. Bond 2000b. Standardwerke hierzu sind: Wolpe 1972, Legassick 1974; eine weitergehende Analyse von Geschlechteraspekten verfolgt O Meara 1996.

Das Resümee der Regierung nach zehn Jahren enthält beeindruckende Zahlen zu Wohnungspolitik und Landverteilung:

Arme Haushalte wurden seit 1994 mit 50 Mrd. Rand unterstützt. Fast 2 Mio. Wohnungen wurden subventioniert, so dass über 6 Mio. Südafrikaner Wohnraum erhalten haben. Nur etwas weniger als die Hälfte der Zahlungen ging an Frauen. Seit 1994 wurden 1,8 Mio. Hektar im Rahmen des Programms zur Landverteilung an fast 140 000 Haushalte übergeben. (<http://www.anc.org.za>, 7.11.03.)

Es ist sehr zweifelhaft, ob die Subventionen wirklich zu 2 Mio. fertiggestellten Wohneinheiten geführt haben. Viele Bauvorhaben wurden nicht beendet, hauptsächlich deswegen, weil die Kredite zu niedrig waren. Im Vergleich zu den verhassten Mini-Häusern aus der Apartheid-Ära sind die meisten neuen Häuser nur halb so groß, mit schlechterem Material gebaut, noch weiter entfernt von Arbeitsplätzen und Infrastruktur, mit unregelmäßiger und schlechter Müllentsorgung, Kanalisation, Wasserversorgung und Straßenanbindung. Es war geplant, dass mehrere Hunderttausend ihr Haus komplett durch Kredite finanzieren können, aber die Kredite der Banken reichten nicht einmal für 100 000 Personen. – Zur Landumverteilung hat die Bewegung der Landlosen im Januar 2004 festgestellt, dass die Regierung ihr Versprechen gebrochen hat, »30 % des bebaubaren Landes innerhalb von 5 Jahren von 60 000 weißen Bauern an mehr als 19 Mio. arme und landlose Schwarze auf dem Land und mehr als 7 Mio. arme Schwarze in der Stadt umzuverteilen [...] Studien zeigen, dass nur etwa 2,3 % des Landes durch die Landreform die Besitzer gewechselt haben« (Landless Peoples Movement 2004). Wie beim Wohnungsbau war das Problem das von der Weltbank inspirierte, marktorientierte Programm, in dem die Funktion des Staates darauf beschränkt war, einen kleinen Zuschuss zu bewilligen, der viel zu niedrig ist, um ein Stück Land mit brauchbarer Größe zu erwerben.

Große Erfolge behauptet die Regierung zu Wasser- und Stromversorgung:

Etwa neun Millionen Menschen haben zwischen 1995 und 2003 erstmals sicheren Zugang zu Wasser erhalten. Der Anteil an Haushalten mit Zugang zu sanitären Anlagen ist von 49 % (1994) auf 63 % (2003) gestiegen. [...] Es gab ungefähr 3,8 Mio. neue Stromanschlüsse seit 1994. Das heißt, dass der Anteil der Haushalte mit Stromversorgung bis 2001 von 32 auf 70 % gestiegen ist (<http://www.anc.org.za>, 7.11.03).

Die Statistiken der Regierung ignorieren, dass Millionen von Betroffenen mehr als 45 Tage von Strom und Wasser abgeschnitten waren, weil diese abgestellt wurden. Schlimmer noch, Joel Netshitenzhe, der Pressesprecher von Mbeki, hat dies im April 2004 in der größten Sonntagszeitung des Landes gerechtfertigt: »10 Mio. Menschen wurden mit Wasser versorgt, und das kann selbst mit großer Phantasie nicht mit den wenigen Haushalten verglichen werden, denen gelegentlich die Versorgung gestrichen wurde.« (*Sunday Times*, 4.4.04)

Der Grund für die Epidemie abgestellter Wasser- und Stromleitungen war offensichtlich. Trotz weit verbreiteter Armut hat die Regierung, von der Stadtverwaltung über die Versorgungsunternehmen bis hin zum staatlichen Versorger Eskom, die Wasser- und Strompreise seit den 90er Jahren massiv erhöht. Im Jahr 2002 betrug sie 30 % des Einkommens von Haushalten, die weniger als 400 Rand im Monat zur

Verfügung haben. Ein Grund für die Preiserhöhungen durch die Gemeinden war, dass die Mittel des Bundesstaats zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur in den 90er Jahren dramatisch gesenkt wurden. Laut zwei Untersuchungen der Regierung wurden schätzungsweise 10 Mio. Menschen Wasser und Strom abgestellt (<http://www.queensu.ca/msp>). Von 13 Mio. Menschen, die erstmals einen festen Telefonanschluss bekommen haben, wurde 10 Mio. das Telefon wieder abgestellt. Insgesamt waren die Ausgaben für Sozialleistungen in den ersten 10 Jahren nach der Befreiung recht niedrig, sie betragen etwas weniger als die Hälfte des Staatshaushalts und sinken seit 1998, vor allem im Bildungsbereich (Hunter u.a. 2003, 19).

AIDS-Bekämpfung als Maßstab für die Regierungspolitik

Da Millionen Südafrikaner früh an AIDS sterben, war der Kampf gegen diese Krankheit einer der entscheidenden Tests der Regierung nach der Apartheid. Das vollständige Scheitern des ANC, sich dieses Problems anzunehmen, im Besonderen die Sabotage der medizinischen Behandlung für HIV-positive Patienten, hat zu wiederholten Vorwürfen des ›Völkermords‹ von Seiten berufener Personen wie den Vorsitzenden des Medical Research Council (Malegapuru Makgoba), der South African Medical Association (Kgosi Letlape) und der Gesundheitsabteilung des Pan Africanist Congress (Costa Gazi) sowie durch den einflussreichen Intellektuellen Siphoo Seepe geführt. Jenseits der oft zitierten Äußerungen des Präsidenten gibt es drei tieferliegende Gründe dafür, warum lokale und globale Machtverhältnisse zur vorläufigen Niederlage im Kampf gegen AIDS geführt haben.

Ein Grund ist der Druck, den internationale und nationale Finanzmärkte darauf ausüben, dass das Defizit des Staatshaushaltes bei 3 % des BIP bleibt. Es ist hilfreich, sich die bezeichnende Äußerung von Parks Mankahlana, eines der wichtigsten Sprachrohre von Mbeki, in Erinnerung zu rufen. Im März 2000 hat er gegenüber der Zeitschrift *Science* gerechtfertigt, warum die Regierung es ablehnt, relativ preiswerte Anti-Retroviren wie Nevirapin für schwangere, HIV-positive Frauen zur Verfügung zu stellen: »Diese Mutter wird sterben, und das HIV-negative Kind wird Waise sein. Dieses Kind muss groß gezogen werden. Wer wird das Kind groß ziehen? Es ist der Staat, der Staat. Wie Sie sehen, es geht um Ressourcen.« (*Mail & Guardian*, 21.7.00) Anstatt Leben zu retten, hat Mbekis Finanzministerium andere Prioritäten gesetzt: Unternehmenssteuern senken, staatliche Mittel für High-Tech-Waffen ausgeben, 25 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden aus der Apartheids-Ära zurückzahlen.

Der zweite strukturelle Grund ist die Macht der pharmazeutischen Industrie, ihre Rechte an ›intellektuellem Eigentum‹, also an Monopolpatenten für lebensrettende Medikamente zu verteidigen. Dieser Druck besteht weiter, auch nachdem die Pharmaceutical Manufacturers Association im April 2001 ihre Klage gegen das Medizingesetz aus dem Jahr 1997 zurückgezogen hat. Dieses Gesetz erlaubt den parallelen Import und die lokale Produktion von Generika, die Markenmedikamente nachahmen.

Der dritte Grund für das HIV/AIDS-Massensterben in Südafrika ist die ungeheure Größe der Reservearmee der Arbeiter. Dadurch können Unternehmen kranke Arbeiter durch verzweifelte Arbeitslose ersetzen, anstatt ihnen eine Behandlung ermöglichen zu müssen. Es gibt viele Beispiele, die belegen, dass die bevorzugte Herangehensweise der Unternehmen im Endeffekt Massenmord durch Verweigerung medizinischer Hilfe war. Diese Schlussfolgerung kann nach einer einjährigen Untersuchung bei Afrikas größtem Unternehmen gezogen werden, der Anglo American Corporation. Sie hat 160 000 Angestellte, von denen schätzungsweise 21 % HIV-positiv sind. Als es so aussah, als ob die großen Pharmakonzerne ihre Klage zurückziehen, kündigte das Unternehmen an, dass es anti-retrovirale Medizin für seine Arbeitskräfte zur Verfügung stellen würde – was buchstäblich bedeutet hätte, kurzfristig Zehntausenden das Leben zu retten. Im Juni 2001 berichtete die *Financial Times* allerdings über Pläne, HIV/AIDS-erkrankten Minenarbeitern, die freiwillig in Rente gehen, besondere Zahlungen zukommen zu lassen. Neben diesem Plan, Arbeiter zu bestechen, damit sie nach Hause gehen und sterben, teilte das Unternehmen der Zeitung mit, dass die Behandlung von Angestellten mit Anti-Retroviren billiger sein könne als die Kosten, die auftreten, wenn sie unbehandelt bleiben. Im August 2001 brüstete sich Anglos Vizepräsident für Medizin, Brian Brink, gegenüber *Business Day* mit einer Strategie, die »darin besteht, ein Wellness-Programm anzubieten, einschließlich eines Zugangs zu anti-retroviraler Behandlung«. Im Oktober hat das Unternehmen sein Versprechen gebrochen, nachdem die Kostenanalyse gezeigt hatte, dass 146 000 Arbeiter es nicht wert waren, gerettet zu werden. Laut *Financial Times* sagte Brink, »dass die älteren 14 000 Angestellten anti-retrovirale Behandlung als Teil ihrer Gesundheitsversicherung erhalten, für Angestellte mit niedrigem Einkommen sei die Behandlung mit Medikamenten jedoch zu teuer.« Brink erklärte die Kriterien für diese Analyse: Die Medikamente »könnten Abwesenheit wegen Krankheit verringern und die Produktivität verbessern. Die Einsparungen könnten substanziell sein, aber wir wissen nicht wirklich, wie die Umsetzung funktionieren würde. Wir haben das Gefühl, dass die Kosten höher sein könnten als die Einsparungen« (*Wall Street Journal*, 16.4.02). – Auch wenn Anglo auf Druck der Gewerkschaft der Minenarbeiter den Plan zurückgezogen hat, ist der Hintergrund für diese Kosten-Nutzen-Analyse klar und hat allgemeinere Bedeutung. Obwohl die Kosten von HIV/AIDS – wie Absentismus, sinkende Produktivität, Zahlungen wegen vorzeitigem Tod – so stark anstiegen, dass sie laut *Financial Times* 2003 25 % der Lohnzahlungen betrug, zögern die meisten Arbeitgeber immer noch, Anti-Retrovirale zur Verfügung zu stellen: »Wenn HIV nicht behandelt wird, dauert es meistens vier bis fünf Jahre, bis AIDS ausbricht und die Unternehmen sind unwillig, für ein Risiko zu zahlen, das nicht absehbar ist [...] Manager davon zu überzeugen, heute Kosten zu tragen, die sich erst Jahre später auszahlen, war ein schwieriges Unterfangen« (*Financial Times*, 18.9.03).

Fazit

Zwei beispielhafte Anmerkungen fassen die gegenwärtige Konjunktur zusammen. Erstens: »Die Regierung wird offensichtlich von den großen Konzernen verführt und ist nicht in der Lage, über ihre unmittelbaren Interessen hinauszublicken.« (*Business Day*, 4.6.03) Zweitens: »Nationale und ausländische linkssektiererische Fraktionen [...] beschuldigen unsere Bewegung, die arbeitende Bevölkerung im Stich gelassen zu haben und neoliberale Politiken umzusetzen. Diese Fraktionen behaupten, einem sozialistischen Programm zu folgen. Sie sind der Meinung, dass wir dagegen als Agenten der nationalen und internationalen Kapitalistenklasse sowie des IWF und der Weltbank gegen die Interessen der Arbeitenden handeln« (Mbeki 2002). Diese Äußerungen des neoliberalen Herausgebers der Zeitung *Business Day* und aus Mbekis Rede an die ANC-Konferenz im September 2002 verweisen darauf, dass die Eliten sich der Widersprüche ihrer Politik bewusst sind.

Die nächste Stufe des Kampfes besteht darin, miteinander verbundene, nachhaltige und effektive Projekte zu schaffen, um die eng verflochtenen Probleme der Akkumulationskrise, des Rassismus, des Patriarchats, der ökologischen Verwüstung und der kapitalistischen Klassenmacht anzugehen. Mit diesem Projekt, das die Strategien der »Dekommodifizierung« von Grundbedürfnissen und der »Deglobalisierung von Kapital« (oft gleichbedeutend mit einer Globalisierung der Bevölkerungen durch politische Solidarität) kombiniert, werden die wirklichen Grenzen des Neoliberalismus in Südafrika und ähnlichen Ländern auf die Probe gestellt werden. Eine Voraussetzung dafür ist der Bruch des Bündnisses zwischen ANC, Cosatu und der Südafrikanischen Kommunistischen Partei – aber dieser Bruch ist erst in fünf bis zehn Jahren zu erwarten. In der Zwischenzeit besteht die wichtigste Aufgabe darin, eine populäre Kritik des Neoliberalismus zu entwickeln und zu vertiefen.

Aus dem Englischen von Jörg Nowak

Literatur

- Altman, Miriam, »The State of Employment and Unemployment in South Africa«, in: John Daniel, Adam Habib u. Roger Southall (Hg.), *State of the Nation: South Africa 2003-04*, Pretoria 2003, 158-83
- Barchiesi, Franco, u. Thomas Bramble (Hg.), *Rethinking the Labour Movement in the New South Africa*, Aldershot 2003
- Bond, Patrick, *Elite Transition: From Apartheid to Neoliberalism in South Africa*, London 2005
- ders., *Talk Left, Walk Right: South Africa's Frustrated Global Reforms*, London 2005b
- Gelb, Stephen, »Inequality in South Africa: Nature, Causes and Responses«, DfID Policy Initiative on Addressing Inequality in Middle-Income Countries, The EDGE Institute, Johannesburg, November 2003
- Hunter, Nina, Julian May u. Vishnu Padayachee, »Lessons for PRSP from Poverty Reduction Strategies in South Africa«, Paper presented to the Economic Commission for Africa, Addis Abeba, Dez. 2003
- Kimani Ndung u. Simon (Hg.), *The Right to Dissent*, Johannesburg 2003
- Landless Peoples Movement, »Press Statement«, Johannesburg, 8. Januar 2004

Legassick, Martin, »South Africa: Capital Accumulation and Violence«, in: *Economy and Society*, 3. Jg., 1974, H. 3, 275

Mbeki, Thabo, »Statement of the President of the African National Congress, Thabo Mbeki, at the ANC Policy Conference in Kempton Park«, 27. September 2002

Nattrass, Nicoli, »The State of the Economy«, in: John Daniel u.a., Pretoria 2003, 142

O Meara, Dan, *Forty Lost Years*, Indiana 1996

Poulantzas, Nicos, »Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat« (1976), in: ders., Joachim Hirsch u. Bob Jessop, *Die Zukunft des Staates*, Hamburg 2001, 19-69

Power, M., »Strong Rand is Stairway to Ruin«, in: *Business Day*, 16. Juli 2004

Statistics South Africa, *South Africa in Transition*, Pretoria 2001

dies., *Labour Force Survey, September 2002*, Pretoria 2003

The Presidency, *Towards a Ten Year Review*, South African Government Communication and Information Service, Pretoria 2003

UNDP (United Nations Development Programme), *South Africa Human Development Report 2003*, Pretoria 2004

Wolpe, Harold, »Capitalism and Cheap Labour Power in South Africa: From Segregation to Apartheid«, in: *Economy and Society*, 1. Jg., 1972, H. 4, 425-55

Das politische Denken befreien: »Maulwürfe« bei Argument



Frigga Haug & Katrin Reimer (Hg.)
Politik ums Kopftuch
ISBN 3-88619-469-8 · 9,90 €



Frigga Haug (Hg.)
Nachrichten aus dem Patriarchat
ISBN 3-88619-469-8 · 9,90 €

Im Buchhandel oder direkt beim Argument-Versand:
Reichenberger Straße 150 · 10999 Berlin
Fax: 030 / 611 42 70 · versand@argument.de


Argument
www.argument.de

Bill Freund

Mbekis Dritte-Welt-Vision

In seinem Beitrag sagt Patrick Bond viel Richtiges über die Regierungspolitik des ANC seit 1994, besonders über die Durchsetzung neoliberaler Politik. Ich möchte allerdings einige kritische Anmerkungen machen, die einen anderen Zugang zu den von ihm aufgeworfenen Problemen nahelegen. Statt die ANC-Regierung als gescheitertes sozialistisches oder linkes Projekt zu betrachten, verstehe ich sie als ein links-nationalistisches Projekt – typisch für ehemalige Kolonien –, das wichtige Erfolge zu verzeichnen hat. Im Sozialbereich hat sie mit Widersprüchen zu kämpfen, die teils auf die ungünstige Entwicklung der globalen Ökonomie zurückzuführen sind, teils in Besonderheiten Südafrikas begründet liegen. Ich konzentriere mich bei meiner Kritik auf vier Punkte.

Zunächst ist es wichtig, bei der Globalisierung zweierlei zu unterscheiden: die globale Entwicklung von Produktion und Handel – z.T. infolge weiterentwickelter Technologien und veränderter Werkzeuge der Finanzökonomie – und eine Reihe politischer Maßnahmen, die von internationalen Institutionen wie der WTO und dem Weltwirtschaftsforum in Davos vorangetrieben werden. Mit letzteren stimmt die Politik des ANC nur partiell überein. Ersteres sind dagegen ökonomische Kräfte, die zu ignorieren gefährlich, wenn nicht fatal wäre, besonders für ein Land mit lediglich regionalem wirtschaftlichen Gewicht. Nach dem Ende des bedeutendsten Versuchs in der Geschichte, eine Systemalternative aufzubauen, weist eine Isolierung von den Kräften des internationalen Kapitalismus den Weg nach Nordkorea – das ist für keine Art sozialistischer Erneuerung erstrebenswert, weder jetzt noch in der Zukunft.

Auch wenn der ANC aus voller Überzeugung das neue internationale Wirtschaftsregime begrüßt hat, zum Teil sogar gegen eigene Interessen (Mosoetsa 2005), so hat er sich doch zweitens in anderen Bereichen neoliberaler Politik entzogen. Zum Beispiel ist in Südafrika Privatisierung nur sehr beschränkt durchgeführt worden – das hätte wichtige Teile der Wirtschaft in die Hände einer Klasse gespielt, die den Plänen des Staats nicht eben wohlwollend gegenübersteht. Erst kürzlich wurde öffentlich bekundet, man werde an der zentralen Rolle der Staatsbetriebe in der Wirtschaft festhalten. Während in weiten Teilen der Welt die Gewerkschaften unter Druck gerieten, wurden in Südafrika progressive Arbeitsgesetze erlassen, die ein Wachstum der Arbeiterbewegung in den 1990er Jahren beförderten und Lohnarbeitern in verschiedenen Punkten Schutz gewährten (Adler/Webster 2000). Verglichen mit den meisten Entwicklungsländern sind die Sozialausgaben Südafrikas großzügig, das Gesundheitsbudget ist ausreichend und die Ausgaben für das Bildungssystem sind hoch. Die Militärausgaben dagegen liegen deutlich unter denen des alten Regimes. Widerstrebend und langsam wird die freie Ausgabe von AIDS-Medikamenten vorangebracht (Hayem 2004). Die Regierung zahlt (wie die vorherige) Renten an

alle, die das Rentenalter erreichen – das ist häufig das Haupteinkommen in armen Gemeinden –, und ein bescheidenes Kindergeld. Zudem ist Behindertenunterstützung verbreitet. Die Belastung durch die 14 % Mehrwertsteuer wird durch eine geringere Steuer auf Grundgüter gemildert. Umgekehrt ist die Einkommenssteuer für Besserverdienende, obwohl in den letzten Jahren leicht gesenkt, immer noch hoch und wird wesentlich effektiver durchgesetzt als vor 1994. Das Steuersystem ist also klar auf Umverteilung ausgerichtet. Es wurden beträchtliche Summen darauf verwandt, den Zugang zu Elektrizität und Wasserversorgungsnetzen auf bislang nicht versorgte Haushalte auszuweiten; die mehr als 1 Mio. neu gebauten Häuser werden der armen Bevölkerung nahezu kostenlos zur Verfügung gestellt. Bond hat recht, dass die Wirkung dieser Verbesserungen durch den Nachdruck geschmälert wurde, mit dem die Regierung auf Kostendeckung pocht – ein unmögliches Unterfangen angesichts der Armut –, doch die Errungenschaften sind nicht fortzureden (Hemson/Owusu-Ampomah 2005). Jede mir bekannte Meinungsumfrage bestätigt eine mehrheitliche Zustimmung in diesem Bereich, obwohl Ausfälle, Versorgungslücken und Verzögerungen auch Proteste hervorrufen.

Drittens möchte ich eine andere, meiner Ansicht nach politischere Erklärung der Vorgänge von 1994 vorschlagen. Es ist höchst irrtümlich anzunehmen, der ANC hätte zu diesem Zeitpunkt eine Art Krieg gegen die Apartheid gewonnen, das alte Regime sei gänzlich diskreditiert gewesen und es hätten ausreichend nationale Kräfte bereitgestanden, um gesammelt eine neue Sozial- und Wirtschaftsordnung zu begründen. Beide Seiten kamen an den Verhandlungstisch, weil sie aufeinander angewiesen waren und keine selbständig Südafrika regieren, geschweige denn voranbringen konnte. Von Anfang an gab es Übereinstimmung darüber, dass Südafrika ein Staat sein sollte, der seiner ganzen Bevölkerung volle Staatsbürgerschaft gewährt und der Privateigentum grundlegend anerkennt; doch andere Fragen waren offen. Dem ANC, Seniorpartner in einer Regierung der Nationalen Einheit, fehlte die Unterstützung durch die Mehrheit in zwei wichtigen Regionen: in Western Cape und KwaZulu-Natal. Die Schwäche seines militärischen Flügels, Umkhonto we Sizwe, war so groß, dass dieser vor der Übergangsphase sein Hauptquartier ins ferne Uganda hatte verlegen müssen. Um wirtschaftspolitisch effektiv sein zu können, benötigte der ANC die Kooperation etablierter Kader und Unterstützung aus der Wirtschaft, wo er nahezu keine Parteigänger hatte (Adam 1997).

Strategisch gesehen hat der ANC eine ganze Saison lang erfolgreich gespielt: zuerst die Übernahme konservativer Fiskalpolitik, um Schulden abzubauen und sich die internationalen Finanzinstitutionen vom Hals zu halten, zweitens die graduelle Durchdringung von Militär und Behörden, drittens die Ausschaltung der National-Partei (mittlerweile aufgelöst) und zunehmend auch der Inkatha Freedom Party, der Freiheits-Partei Buthelezis, viertens die Erweiterung des Machtbereichs auf die ländlichen Gebiete, das Land der Stammeshäuptlinge, wo früher die Bantustan-Verwaltungen blühten. Weiterhin hat sich der ANC um Hegemonie im ›Reich der Ideen‹ bemüht, namentlich darum, durch eine konsistente Kulturpolitik, Museen und Monumente den Widerstand gegen die Apartheid und die rassistischen

Vorgängersysteme zum einzig legitimen Bezugspunkt für die Landesgeschichte zu machen. Im Resultat zeigt sich 2005 eine wesentlich stabilere Situation für den ANC, mit einer Zweidrittel-Mehrheit im Parlament, Oppositionsparteien, die zu schwach sind, um ernsthafte Debatten zu führen, und einem jährlichen Wirtschaftswachstum von annähernd 4 % (Gelb 2005, Cling 2000). Kehren wir zu der brüchigen Situation der Übergangsjahre um 1994 zurück: Schlecht zu pokern und von Beginn an alles zu fordern, hätte leicht zu einem Desaster für den ANC führen können. Wäre es klug gewesen, alte Schulden, die man zurückzahlen konnte, abzulehnen, oder auf einer Konfrontation mit den Institutionen des Washingtoner Konsenses zu bestehen, wie Patrick vorschlägt?

Viertens und letztens ist es sehr wichtig, den ANC in seinen eigenen Begriffen zu verstehen, nicht als etwas, was er nie gewesen ist. Linke Kräfte in Südafrika haben häufig große Hoffnungen in den ANC gesetzt, vor allem die Südafrikanische Kommunistische Partei, doch ein sozialistisches Projekt stand beim ANC nie im Vordergrund. Die hartnäckigen Hoffnungen jener, die glauben, der ANC könne irgendwie für die »Arbeiterklasse« gewonnen werden, haben wenig Aussicht auf Erfüllung. Sicher gibt es linke und liberale Einflüsse im ANC, er hat viele Grundrechte in der Verfassung verankert, die in der konservativ ausgerichteten breiten Öffentlichkeit wenig Unterstützung finden. Auch ist er sehr darauf bedacht, »Armut zu verringern« und Ausbeutungsverhältnisse in der südafrikanischen Gesellschaft einzudämmen. Wohnen in Slumstädten und Ausschluss von den guten Dingen des Lebens gelten klar als Verletzung von Würde und Ehre der Afrikaner. Diese Themen stehen bloß, besonders unter dem Präsidenten Thabo Mbeki seit 1999, nicht im Mittelpunkt der Agenda. Vielmehr ist es die Vision des ANC, ein Land zu lenken, das Afrika zu einer stärkeren Position in der Welt führen kann, eine Dritte-Welt-Vision, die teilweise auf Argumente der Abhängigkeits-/Unterentwicklungstheorie zurückgreift und sich mit dem nicht-westlichen Block verbündet, wo es aussichtsreich erscheint, auch wenn diese Perspektive nicht von sozialistischen Vorstellungen begleitet ist (Freund 2004).

Mbekis Vision, die Südafrika in eine historische Linie mit Indien, Brasilien, Korea oder der Türkei stellt, ist in ihrem Kern nationalistisch. Innerhalb Südafrikas ist die Hauptstoßrichtung seiner Politik, eine schwarze Bourgeoisie mit starker Bindung an den Staat zu schaffen. Der Staat fördert zudem nachdrücklich das Engagement der südafrikanischen Wirtschaft in ganz Afrika und erwartet, dass Staatsbetriebe, besonders im Energiesektor, an Bedeutung zunehmen (Daniel/Lutchman in Vorb.). Vielleicht kommt das malaysische Modell, in dem die Interessenvertretung für die malaysische Mehrheit gegenüber einer etablierten chinesischen Wirtschaftsschicht entscheidend war, dem des ANC am nächsten (Emsley 1996, Gomez/Jomo 2000). Ob die winzige neue Klasse schwarzer Unternehmer, die stark vom BEE-Programm (wirtschaftliche Ermächtigung der Schwarzen) profitieren, diese Rolle wirksam ausfüllen kann, bleibt abzuwarten. Das offensichtliche Problem dabei ist: diese Umstände laden direkt zur Korruption ein und könnten eine Klasse von Opportunisten hervorbringen. Breite Teile der schwarzen Bevölkerung werden gefördert:

Staatliche Ausschreibungen und Bauprojekt werden verstärkt dazu genutzt, einer immer noch extrem schwachen schwarzen Wirtschaftsschicht zu Wachstum zu verhelfen; zudem unterstützt der Staat kommerzielle Landwirtschaft und eine Mittelschicht von öffentlichen Angestellten, Lehrern sowie Facharbeitern. Viele dieser Maßnahmen werden von den Weißen und zum Teil auch von Indern und Farbigen als umgekehrte Diskriminierung empfunden. Doch Mbekis Vision ist nicht direkt rassistisch. Minderheiten werden in Südafrika respektiert; die Regierung unterstützt die antirassistischen Teile der neuen Verfassung in Kontinuität mit dem Sturz des Apartheidsregimes, auf dem ihre Legitimation gründet. Dennoch ist das Ziel, ein Südafrika mit afrikanischem Gesicht und kultureller Dominanz der schwarzen Bevölkerung zu schaffen. Die Repräsentation der Weißen soll ihrem zahlenmäßigen Anteil an der Bevölkerung entsprechen. ›Die Demographie widerspiegelnd‹ eine Nation aufzubauen, ist, so meine These, das zentrale Ziel des ANC. Wenn denn die Wirtschaft ausreichend in Fahrt kommt, um ehrgeizigen Unternehmern und Fachleuten aller Hautfarben Möglichkeiten zu bieten, könnte der Erfolg Malaysias wiederholt werden. Man kann allerdings den Zweifel erheben, ob dies in einer Zeit, in der die Idee des Nationalstaats verblasst, noch möglich ist.

Das größte Problem des ANC ist sein Unvermögen, die Mehrheit der armen schwarzen Bevölkerung auf den Weg zu einem spürbar besseren Leben zu bringen. Ein Soziologe unserer Universität hat kürzlich eine Studie über ehemals militante Gewerkschaftsvertreter durchgeführt, die berichteten, dass sich ihr Leben materiell zum Besseren gewandelt hat, wie sie es sich früher nur im Traum hätten vorstellen können. Doch das sind Sonderfälle; für viele sind die materiellen Umstände nur unwesentlich besser oder sogar schlechter geworden. Vielleicht wäre es möglich, mit loserer Geldpolitik und schnelleren Krediten etwas mehr zu erreichen. Dennoch ist nicht im entferntesten genug Geld da, um allen ein gutes Leben zu ermöglichen: Südafrika ist nicht Kuwait. Die Regierung offenbart, wenn nachgehakt wird, Angst vor einer Brot- und Spiele-Mentalität der Massen. Je mehr sich die schwarze Mittelschicht konsolidiert, umso weniger wird es möglich, sich eine Verbesserung des Lebens der Armen oder Minderung der Ungleichheit durch Expropriation der Eigentümer vorzustellen. Abgesehen vom Ausmaß der Ungleichheit sind es solche Widersprüche, die in der südafrikanischen Gesellschaft zerstörerisch wirken. Auf Grundlage der bisherigen Politik werden sich die Lebensumstände der meisten nicht wesentlich verbessern. Ein tiefer Eingriff in die Gesellschaft und die herrschenden Mentalitäten ist notwendig. Dem ANC fehlt eine Tradition der Diskussion und sozialer Visionen; eben das ist aber die Richtung, in die sich die geschulten Kader und das Selbstbewusstsein bewegen müssen.

Ich bin mit Patrick soweit einig, dass dem ANC wie allen populistischen Gebilden eine gewisse Instabilität innewohnt, die zu Abspaltungen oder dem Bruch von Allianzen führen kann. Wie leicht es zu solchen Abspaltungen kommen kann, lässt sich an der gegenwärtigen Unzufriedenheit über die Absetzung des offenbar korrupten Vizepräsidenten Jakob Zuma ablesen. Die Pro-Zuma-Proteste der letzten Wochen zeigen, wie unglücklich viele, die sozialem Radikalismus nahestehen, mit

dem ANC sind. Doch dieser Radikalismus hat keine klare Alternative anzubieten, die über größere Freigiebigkeit des Staates hinausginge. Es mag zwar seit langem gute Beziehungen zwischen Zuma und der Führung des Gewerkschaftsverbandes Cosatu sowie der Kommunistischen Partei geben, und verglichen mit den meisten Technokraten in Mbekis Regierung mag Zuma an alte Kampfzeiten erinnern. Doch hat er nie in der Öffentlichkeit eine klare linke Position zu einer politischen Frage bezogen. Sollte er oder jemand wie er jemals Kontrolle über die Partei gewinnen, ginge das nur in Allianz mit stark populistischen Kräften. Eine kreative Lösung der Probleme, mit denen der ANC bislang nicht fertig geworden ist, wäre nicht zu erwarten. In Anbetracht dessen dürfte Mbekis nationalistische Dritte-Welt-Vision, trotz ihrer Mängel, noch für lange Zeit im ANC den Ton angeben.

Literatur

Adam, Heribert, u.a. (Hg.), *Comrades in Business; Post-Liberation Politics in South Africa*, Kapstadt 1997

Adler, Glenn, u. Edward Webster (Hg.), *Trade Unions and Democratisation in South Africa 1985-97*, Johannesburg 2000

Cling, Jean-Pierre, *L'économie sud-africaine à sortir de l'apartheid*, Paris 2000

Daniel, John, u. Jessica Lutchman, »Scrambling for Africa's Oil; South Africa's Search for Energy Self-sufficiency«, in: John Daniel u. Roger Southall (Hg.), *The State of the Nation 2005-06*, Pretoria (in Vorbereitung)

Emsley, Ian, *The Malaysian Experience of Affirmative Action. Lessons for South Africa*, Kapstadt 1996

Freund, Bill, »South Africa: A New Nation-State in a Globalising Era«, in: *Transformation* 56, 2004, 41-52

Gelb, Stephen, »An Overview of the South African Economy«, in: John Daniel u.a. (Hg.), *State of the Nation 2004-05*, Pretoria 2005

Gomez, E.T., u. K.S. Jomo, »The Malaysian Development Dilemma«, in: Mushtaq Khan u. K.S. Jomo, *Rents, Rent-Seeking and Economic Development. Theory and Evidence in Asia*, Cambridge 2000, 274-303

Hayem, Judith, »SIDA en l'Afrique du Sud; Logiques gouvernementales et mobilisations sociales«, in: Philippe Guillaume u.a. (Hg.), *L'Afrique du Sud dix ans après: transition accomplie?* Paris-Johannesburg 2004, 299-328

Hemson, David, u. Kwame Owusu-Ampomah, »A Better Life for All? Service Delivery and Poverty Alleviation«, in: John Daniel u.a. (Hg.) 2005, 367-400

Mosoetsa, Sarah, »The Consequences of South Africa's Economic Transition: The Remnants of the Footwear Industry«, in: Edward Webster u. Karl von Holdt (Hg.), *Beyond the Apartheid Workplace. Studies in Transition*, Pietermaritzburg 2005, 217-34

Maxine Molyneux

»Soziales Kapital« und Geschlechterverhältnisse¹

Im Zuge der begeisterten Übernahme durch die Weltbank und andere entwicklungs-politische Institutionen hat das Konzept »soziales Kapital« in den letzten Jahren rasant Anwendung in den politischen Arenen Lateinamerikas gefunden. Der Begriff spannte den Rahmen für Entwicklungshilfeprojekte und löste beifällige wie kritische wissenschaftliche Debatten aus; dennoch bleibt er umstritten². Weithin wird er als Signal eines willkommenen Abweichens von orthodoxeren entwicklungspolitischen Ansätzen und einer, wenn auch verspäteten, Beschäftigung mit »dem Sozialen« gesehen (Portes 1998, Woolcock 1998). Da Wissenschaftlerinnen viel Energie darauf verwandt haben, den geschlechtsspezifischen Charakter des Ökonomischen herauszustellen, ließe sich vermuten, der Aufstieg der Kategorie soziales Kapital im entwicklungspolitischen Feld konvergiere auch mit diesen Anstrengungen produktiv.

Ansätze, die mit sozialem Kapital arbeiten, waren jedoch bemerkenswert zurückhaltend in Bezug auf Geschlechterfragen. Diesbezüglich ist es erwähnenswert, dass die Verbreitung der Kategorie in der Politik der Weltbank sich unabhängig von deren Gender-Abteilung vollzogen zu haben scheint. Deren Forschungsbericht *Engendering Development* (Weltbank 2001) diskutiert soziales Kapital nicht, und der Begriff findet sich auch nicht im dazugehörigen Index. Dies ist vertretbarerweise weniger als Versehen denn als Beleg für unterschiedliche Herangehensweisen zu sehen. Mit dem Fokus auf »Rechte, Ressourcen und Stimme« (wobei Ressourcen v.a. ökonomisch verstanden werden) als grundlegende Themen für Frauen bewegt sich der Bericht der Gender-Abteilung auf einem anderen analytischen Terrain.

Entwicklungspolitik nach dem Washingtoner Konsens

Soziales Kapital wurde zu Recht als »absichtlich verschwommenes Konzept« bezeichnet, dessen Ungenauigkeit es ihm ermögliche, als »bequemer Aufhänger für unterschiedliche Agenden« zu fungieren (Harriss/de Renzio 1997, 921). Je nach

1 Der Abdruck in gekürzter Form erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift *Development and Change*, 33. Jg., 2002, H. 2, 167-88.

2 Hier soll es genügen, einige kontrastierende Definitionen zu vergleichen: Für Adler (o.A.) »ist soziales Kapital eine Ressource individueller und kollektiver Akteure innerhalb ihres Netzwerks mehr oder weniger dauerhafter sozialer Beziehungen«, während die von der CEPAL angebotene Definition darunter »eine Reihe von Normen, Institutionen und Organisationen, welche Vertrauen und Kooperation unter den Leuten, Kommunen und der Gesellschaft als Ganzes fördern« (www.eclac.cl), versteht. Die Coleman-Schule legt dagegen ein rationales Akteurs- und Nutzenmaximierungsmodell zugrunde und für Fukuyama ist »soziales Kapital nichts anderes [...] als ein Werkzeug zur Rekonzeptualisierung der Rolle, die Werte und Normen im ökonomischen Leben spielen« (Vortrag auf der CEPAL-Konferenz »Einem neuen Paradigma entgegen: Soziales Kapital und Armutsreduzierung in Lateinamerika und der Karibik«, 2001).

Kontext erscheint es als Eigentum einer Gesellschaft oder Gemeinschaft, oder als Ressource Einzelner, um ihre Fähigkeit zum Erreichen bestimmter Ziele zu maximieren. Das soziale Kapital von Bowlingclubs und Nähzirkeln in den USA ist erkennbar nicht das der Armen in Lateinamerika, und seine Wirkungen können nur im Verhältnis zu konkreten politischen und sozialen Formationen adäquat begriffen werden.

Lange bevor soziales Kapital und sein politisches Derivat, »Partizipation«, zum integralen Teil von Entwicklungspolitiken wurden, hatten die katholische Kirche und die Linke sich bereits durch Christliche Basisgemeinden für Gemeinwesenentwicklung eingesetzt. Gleichzeitig förderte eine Tradition des populistischen Klientelismus (wie etwa in Mexiko, Argentinien und Brasilien) kooperative Verbindungen zwischen einzelnen Gemeinschaften. Die Dekaden des Übergangs von autoritären Diktaturen begünstigten die Entstehung eines breiten Spektrums sozialer Bewegungen und brachten ein reges Vereinsleben in vielen Ländern der Region mit sich. Frauenbewegungen waren ein hervorstechendes Charakteristikum dieser Aktivitäten, bei denen feministische und Volksbewegungen auf Graswurzelebene mit oft umfangreicher politischer Mobilisierung von Frauen in Parteien, Protest- und Aneignungsbewegungen interagierten.³

Was heute allgemein als soziales Kapital gefasst wird, ist keine neue Politikform in Lateinamerika. Neu ist, dass diese Versuche sich von den Rändern entwicklungspolitischer Praxis hin zu zentraleren Politikbereichen bewegt haben. Die »Neue Entwicklungspolitische Agenda« kombiniert Elemente einer »Entwicklung von unten nach oben« – v.a. Partizipation und Dezentralisierung – mit einem Programm fortschreitender ökonomischer Restrukturierung, dessen Resultate wachsende soziale Ungleichheit und ein gleichbleibender Grad von Verarmung sind.

In Lateinamerika wie andernorts hat diese neue Agenda ihren Ursprung in politischen Veränderungen, die üblicherweise als Einfluss des Neoliberalismus oder als Washingtoner Konsens apostrophiert werden. Die Strukturanpassungsmaßnahmen der 1980er waren von einem Kompendium der Privatisierung, exportorientierten Entwicklung, Deregulierung der Wirtschaft und Abbau staatlicher Verantwortlichkeiten begleitet gewesen. Indessen hat die auf den Zusammenbruch der Sowjetunion folgende globale Wende zur Demokratie wie auch der wachsende Einfluss der Menschenrechtsbewegung in den 90ern bürgerrechtliche Themen zu einer Zeit auf die internationale Agenda gebracht, als eine Neubewertung der Entwicklungspolitiken vergangener Dekaden einsetzte. »Entwicklung von unten nach oben« gewann Unterstützung, und die »verschlankten« Staaten wurden als entwicklungspolitische Akteure partiell rehabilitiert; ihre Funktionen wurden gleichwohl durch die anhaltende Privatisierung »de-konzentriert« – während die Zivilgesellschaft eine stets aktivere Rolle bei der Bereitstellung von Sozialleistungen einnahm. Die Tätigkeit von Nichtregierungsorganisationen (NGO) weitete sich aus; viele betrieben auch Lobbyarbeit gegenüber den Regierungen und arbeiteten zusammen mit Graswurzelbewegungen an der Stärkung von Bürgerrechten und Strategien zum

3 Zur besonders reichhaltigen Erfahrung Brasiliens und der Rolle der dortigen Frauenbewegung während der Transitionsperiode vgl. Alvarez 1990.

»Empowerment« der Armen. Entwicklungspolitik sollte fortan stärker beratend vorgehen und sich mehr auf die Bedürfnisse der Armen, der Umwelt, der ethnischen Minderheiten und Frauen ausrichten. Diese Verschiebung repräsentierte weniger ein »neues Paradigma« als das Faktum, dass Entwicklungsorganisationen endlich auf 30 Jahre der Kritik an ihrer Politik des »Von oben nach unten« und des Mottos »Wachstum zuerst« eingingen.

Dies wurde durch den bleibenden Einfluss des Marktfundamentalismus in einigen der einflussreichsten politischen Arenen konterkariert. Der Washingtoner Konsens hatte sich ein neues Image gegeben, aber zahlreiche seiner Glaubenssätze herrschten ungebrochen fort. In den meisten Entwicklungsländern blieben die Wachstumsraten gering, während sie in einigen der ärmsten fielen. Die von der Globalisierung ausgelöste wachsende »Interdependenz« blieb selektiv, und die großen Investitionsströme schlossen zumeist nur eine kleine Anzahl historischer Partnerländer ein, während der Rest der Welt über wenig oder gar keine Devisen verfügte (UNDP 1999). Zur gleichen Zeit bewegte sich kurzfristiger »Aktionärskapitalismus«, am notorischsten repräsentiert durch *Hedge Funds*, in die Länder hinein und heraus, ohne jemals für die dadurch gezeitigten finanziellen Krisen zur Verantwortung gezogen zu werden.

Der Prozentsatz derjenigen in der CEPAL-Region, die in Armut leben, liegt nach wie vor über dem Prozentsatz von 1980 (35 %), und die absolute Zahl der Armen bleibt stabil bei 200 Millionen (CEPAL 1999). Frauen stellen deren Mehrheit und befinden sich auch unter den Erwerbslosen und Analphabeten in der Mehrzahl gegenüber Männern; die Zahl der Analphabetinnen ist noch immer signifikant höher unter den Indigenen (CEPAL 2000, UNIFEM 2000). Sie haben die schlechtbezahltesten, unsichersten Jobs und sind gleichzeitig dem höchsten Risiko personaler Gewalt ausgesetzt. Wie Frauen durch ihre Rolle in der reproduktiven Ökonomie in Zeiten ökonomischer Krise als »Puffer« dienen, ist umfassend theoretisiert und dokumentiert worden (Elson 1991). Die Privatisierung hat die Fürsorgeverantwortung von Frauen erhöht, während gestiegene Kosten für entsprechende Dienstleistungen viele Frauen und Mädchen dazu brachten, sie weniger in Anspruch zu nehmen.

Die Wiederentdeckung der Gemeinschaft

In den 1980er Jahren waren Analysen und Entwicklungspolitiken von anderen theoretischen Konzepten bestimmt. »Zivilgesellschaft« (später Bürgerschaft) war insbesondere in Debatten über die Rolle von sozialen Bewegungen und Demokratisierung im post-autoritären Lateinamerika zentral. Vermutlich weniger prominent waren »soziale Kohäsion« und dessen sinnverwandte Begriffe soziale Integration bzw. Inklusion in Diskussionen über Armut und soziale Marginalisierung. Soziales Kapital stellt ein schwächeres Konzept dar, auch als Politikinstrument. Überdies kann sein Auftauchen im politischen Feld als Signal des Rückzugs von strittigen Politikagenden seitens regierender Eliten und Entwicklungsorgane gesehen werden. Während rechtspolitische Agenden Fragen staatlicher Politik und Rechtsansprüche an diese und Debatten um soziale In- und Exklusion implizit sozialpolitische

Themen aufwerfen, spricht soziales Kapital, wo es nur auf mikropolitische Prozesse fokussiert, wenige dieser herausfordernden Fragen an. Damit folgt es seinem soziologischen Vorgänger »Community« und dessen politischem Abkömmling »Kommunitarismus«.

Ebenso kommt ihm, so meine These, in Lateinamerika eine spezielle Bedeutung als Post-Übergangskonzept zu, welches in dem Moment auftauchte, als soziale Bewegungen und Vorstellungen von radikaler Demokratie an Antriebskraft verloren. Diese früheren Kämpfe standen oft hinter den innovativsten und erfolgreichsten Entwicklungsinitiativen in Lateinamerika. Die von ihnen begründeten Projekte werden heute, abgeschnitten von ihrer politischen Herkunft, lediglich als Beleg für den förderlichen Einfluss sozialen Kapitals dargestellt, was ihrer Geschichte kaum gerecht wird und zur Erklärung wenig beizutragen hat. Im Zuge der Strukturanpassungspolitik eigneten sich internationale Institutionen und Regierungen zunehmend die Ideen von Partizipation und Entwicklung von unten nach oben an und formten sie in Politikinstrumente um. Prägnant ausgedrückt wird dies im Weltbankbericht von 1997, in dem zu »größeren Bemühungen, durch Einbeziehung von Bürgern und Gemeinschaften in die Bereitstellung von überlebenswichtigen kollektiven Gütern die Bürde vom Staat zu nehmen«, aufgerufen wird (1997, 117).

Aber wer entscheidet, welche genauen Formen von sozialem Kapital einer Stärkung bedürfen, welche Vereinigungen zu unterstützen sind, und durch Intervention welcher externen Akteure? Dies sind sehr politische Fragen. Es existieren auch hierarchische Formen sozialen Kapitals. Die Zivilgesellschaft ist durchdrungen von Staat und Parteiklüngeln; Regierungen stecken in der Regel Ressourcen in ihre eigenen Klientel-Netzwerke, um Wahlstimmen zu sichern: ein vielzitiertes Beispiel hierfür ist das Solidaritätsprogramm PRONASOL in Mexiko (1988-94) unter der Salinas-Administration (Dominguez/McCann 1998, Fox 1997). Auch NGOs geraten zunehmend unter die Kontrolle von Regierungen, die ihre Aktivitäten v.a. dort zu begrenzen und zu kanalisieren versuchen, wo sie Interessen der Regierung in Frage stellen – wie oft im Fall von Frauenprojekten⁴.

Geschlecht und soziales Kapital

Ein großer Teil der Literatur über soziales Kapital ignoriert Geschlechterverhältnisse komplett oder verbindet damit normative Annahmen, die zu politisch zweifelhaften Verdiensten führen. Da »Geschlecht« in der Entwicklungspolitik seit den 1970ern eine anerkannte Kategorie ist und Thema umfassender feministischer Auseinandersetzungen war, mag das überraschen. Standardisierte Projektpräsentationen und Evaluationen bezüglich Geschlechterdimensionen mögen einen falschen Eindruck darüber vermitteln, bis zu welchem Grad »Geschlecht« ernstgenommen wird. Eine

4 Die Alemán-Regierung in Nicaragua (1994-2001) versuchte die finanzielle Förderung feministischer NGOs herabzusetzen und ging zeitgleich in offene Konfrontation mit feministischen Forderungen auf der internationalen Bühne wie denen der Peking *Platform for Action*.

jüngste Evaluation von 100 Weltbank-Projekten zeigte, dass Geschlechterthemen in Konzeption und Implementierung der Projekte »weitgehend vernachlässigt« wurden (Francis 2001, 86). Ebenso haben Studien über NGOs in lateinamerikanischen Ländern ergeben, dass die Kategorie »Geschlecht« kaum in die Verwaltungsapparate der Sozialfonds eingeführt wurde (Gideon 1998). Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass dasselbe Missverhältnis zwischen behaupteten Intentionen und Projektimplementierung im Fall von Projekten, die sich auf soziales Kapital beziehen, nicht bestünde.

Eine geschlechtersensible Annäherung an soziales Kapital hat nicht mit der Anerkennung, sondern der Problematisierung dessen zu beginnen, dass Frauen seitens entwicklungspolitischer Akteure meist eine zentrale Bedeutung für den Aufbau von sozialem Kapital zugeschrieben wird. Gerade Frauen niedriger Einkommensgruppen bilden häufig Netzwerke, engagieren sich in reziproken Unterstützungssystemen und unterstützen kirchliche Aktivitäten. Ebenso sind sie in Selbsthilfeprojekten anzutreffen, ob in Gesundheits-, Erziehungs-, nachbarschaftlichen Versorgungsinitiativen oder Wohnungsförderungsprogrammen. Die Anerkennung dessen hat zu einigen perversen Effekten geführt. An erster Stelle steht die verbreitete Annahme, dass Frauen naturgemäß prädestiniert dafür seien, ihren Familien oder Gemeinschaften zu dienen – entweder weil sie weniger selbstbezogen seien, oder materieller, wegen ihrer sozialen »Einbettung« in familiäre und nachbarschaftliche Bindungen. Geschlechtliche Arbeitsteilungen werden zudem durch kulturelle Normen gestärkt, die unter dem Einfluss des Katholizismus Mutterschaft zum zentralen Referenzpunkt der Identitätsentwicklung machen. Die vermutete »Disposition« von Frauen zur Aufrechterhaltung sozialen Kapitals wird so naturalisiert und bestehende Machtverhältnisse bleiben unhinterfragt.

In der Konsequenz beinhalten Selbsthilfeprojekte oft eine beträchtliche, nicht anerkannte Abhängigkeit von unbezahlter Frauenarbeit. In Guatemala mobilisierte UNICEF ehrenamtlich arbeitende Frauen für ein Stadtentwicklungsprojekt, wo sie z.B. für Hausbesuche und die Erstellung von Gesundheitsberichten zuständig waren, und wöchentlich etwa acht Stunden Arbeit anfielen (Espinoza/Lopez Rivera 1991, zit.n. Gideon 1998). Unterstützung in Form von Kinderbetreuung wurde nicht bereitgestellt, und die Freiwilligen zogen sich aus dem Projekt zurück. Dieses Beispiel ist leider typisch für viele. Projekte, die mit der Verfügbarkeit von Frauen für unbezahlte Arbeit rechneten und konzipiert wurden, um die Arbeitsproduktivität von Frauen zu steigern, scheiterten immer wieder, weil sie bereits überlasteten Frauen zusätzliches aufbürdeten, ohne ihnen eine adäquate Entschädigung zu bieten, noch Unterstützung in Form von Kinderbetreuung oder Vermittlung berufsqualifizierender Fähigkeiten zur Erlangung einer bezahlten Arbeit.

Ein zweiter perverser Effekt betrifft die Art, wie soziales Kapital als Wundermittel gegen Armut gehandelt wird. Feministische Analysen haben belegt, dass die Auswirkungen der Armut, in die viele in den 1980ern absanken, noch weitaus zerstörerischer gewesen wären, hätte es nicht die Anstrengungen von Frauen gegeben, Überlebensstrategien zu finden. In Peru organisierten sich unter den ökonomischen Krisenbedingungen zehntausende von Nachbarschaftsvereinigungen wie etwa in der Ein-Glas-Milch-Kampagne oder den Volkskantinen. Viel der anfallenden

Arbeit wurde von Frauen geleistet, und mangels Alternativen kollektivierten sie die Verantwortung für das Überleben. Diese Beispiele nur als Beleg für soziales Kapital im Sinne einer kollektiven Ressource zur Armutsbekämpfung wahrzunehmen, weicht aber dem Umstand aus, dass sie sich in Reaktion auf etwas entwickelten, das als Krise der sozialen Reproduktion betrachtet werden kann (Pearson 1997). Daraus entsteht ein zu rosiges Bild des Gemeinschaftslebens, in dem soziales Kapital – auch in diesem Fall unbezahlte Arbeit von Frauen – als Sicherung gegen unverantwortliche makroökonomische Politiken und mangelhafte Regierungspraxen mobilisiert wird.

Soziales Kapital gedeiht, wie Putnam (1993) betont hat, am besten dort, wo die materiellen Bedingungen die Entwicklung eines reichen Vereinslebens ermöglichen; Vertrauen gedeiht, wo zivile Normen Bestand haben. Moser (1996) hat gezeigt, dass Armut zur Generierung von sozialem Kapital in Form gestärkter Verwandtschaftsbeziehungen in geteilten Notlagen führen kann; doch Armut bringt ebenso die Erosion der Sozialstruktur mit sich. Wenn Vermögen und Erwerbsmöglichkeiten abnehmen, ziehen sich die Armen aus den Austauschbeziehungen zurück und vermeiden Abhängigkeiten aus Angst, nicht zurückzahlen zu können (Moser 1998). Breiter angelegte gemeinschaftliche Formen von Solidarität und Reziprozität werden geschwächt, wenn einzelne Haushalte sich nach innen kehren; Kriminalität und Bandenkriege in Wohnvierteln verschlimmern Angst und Misstrauen gegenüber anderen. Für die unter Bedingungen der Armut entstehenden Kooperationen könnte »Bewältigungsstrategien« eine passendere und weniger wertbeladene Beschreibung sein. Hier könnte zwischen erzwungener Kooperation und wählbaren Formen von Solidarität unterschieden werden.

Die sozialen Beziehungen, in denen soziales Kapital reproduziert wird, werden in der einschlägigen Literatur selten angemessen erfasst. Nicht alle haben gleichermaßen Zugang dazu. Portes hat die unterschiedliche Ausstattung migrantischer Gemeinschaften mit sozialem Kapital beschrieben und festgestellt, dass jene, die über besonders enge Netzwerke verfügen, zu Selbstbezüglichkeit und Ausschluss tendieren (Portes/Sensenbrenner 1993). Wenn Netzwerke sowohl Ein- als auch Ausschlussfunktionen aufweisen, dann ist die Geschlechtsspezifität umso deutlicher. Erstens gehören Frauen normalerweise nicht den Netzwerken an, aus denen ein ökonomischer Vorteil entsteht: wertvolle Kontakte ergeben sich typischerweise durch männliche *in-groups* innerhalb männlich geprägter sozialer Räume, die Frauen ausschließen. Sie hängen zudem von Zeit und Ressourcen ab, deren Verfügbarkeit wiederum geschlechtsspezifisch verschieden ist. Zweitens besitzen weibliche Netzwerke weniger ökonomische Ressourcen und beruhen eher auf Zeit und geldunabhängigem Austausch von Arbeit, der im Rahmen der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung realisiert werden kann. Bleibt dies unberücksichtigt, so werden oft existierende Ungleichheiten verschlimmert, indem Netzwerke von Männern bevorzugt und die von Frauen gratis in Anspruch genommen werden.

Ein Beispiel für die ökonomische Förderung von Frauennetzwerken und zentraler Teil neoliberaler Armutsbegrenzungsstrategien sind Mikrokreditprogramme. Grund für deren häufiges Scheitern sind u.a. Geschlechterbeziehungen, die den Zugang von Frauen zu dem behindern, was sie erwirtschaften: in anderen Worten, Männer eignen sich dies an und kontrollieren es – etwa durch Ausschluss der Frauen von männlich

kontrollierten Märkten (Goetz 1996; vgl. auch Mayoux 2001). Im Bericht eines der erfolgreichsten Programme in Bolivien wird gefolgert, dass Mikrokredite »im Vergleich zu arbeitsmarktpolitischen und infrastrukturellen Maßnahmen ineffektiv in der Reduzierung extremer Armut« waren (Mosley 2001, 101). Im Gegenteil trugen zahlreiche Mikrofinanzierungsprojekte zur Unterminierung sozialer Solidarität bei, indem statt kooperative Beziehungen ein sozial zersetzender, konkurrenzförmiger Individualismus gefördert wurde. Hier hängt die Interpretation davon ab, ob soziales Kapital als individuelle oder kollektive Ressource verstanden wird.

Die Kehrseite des sozialen Kapitals

Aus der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit entsteht ein weiteres Problem der Sozialkapitalansätze durch deren konservative Grundlagen. Routinemäßig wird dazu aufgefordert, auf existierendes soziales Kapital aufzubauen, was oft als Unterstützung »traditioneller« Netzwerke und Selbstverwaltungsformen interpretiert wird. Bestehende Eliten und Organisationen können jedoch durchaus als Hindernis gegenüber der Beteiligung von Frauen und der Herausbildung solidarischerer Gemeinschaftsbeziehungen angesehen werden. Die konservative Grundlage wird da am deutlichsten, wo sich Sozialkapitalansätze mit kommunitaristischen Agenden verbinden. Erstere haben eine implizite Tendenz, Gemeinschaften zu idealisieren – als seien diese frei von Machtbeziehungen und Konflikten (Francis 2001). Zweifel daran bestehen u.a. angesichts der Umsetzung von Repräsentation und Partizipation: die Stimmen der Machtlosen werden oft zum Schweigen gebracht und so kein legitimer Konsens erreicht. Die Prämisse, dass Gemeinschaften notwendig effektiver und effizienter als gut regierte Staaten seien, lässt sich in der Praxis nicht bestätigen.

Am deutlichsten werden die Sympathien für den Kommunitarismus im Umgang mit der Familie. Diese wird oft normativ als Einheit verstanden, ohne Notiz von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung oder in ihr wirkenden Machtverhältnissen zu nehmen. Feijóo (2001) hebt hervor, dass in aktuellen Anwendungen der Kategorie soziales Kapital frühere Arbeiten zu haushaltsinternen Beziehungen vergessen scheinen⁵, und fordert eine stärkere Berücksichtigung der Diversität von Familienformen. Das Kernfamilienmodell trifft für höchstens 50 Prozent der Haushalte in Lateinamerika zu. Angesichts der steigenden Anzahl von Frauen geführter und erweiterter Haushalte und der Einbindung von 40 Prozent der verheirateten Frauen in Erwerbsarbeit in den meisten Ländern wundert es, wie die »Unterstützung der Familie« in Politik übersetzt und wie dies mit den Bemühungen von Frauenorganisationen in Einklang gebracht werden soll.

Kommunitaristen und Theoretiker des sozialen Kapitals sind vereint im Lamento über die zersetzenden Effekte des Eintritts von Frauen in bezahlte Arbeitsverhältnisse. So sieht Putnam (2000) den Untergang von Familie und Verwandtschaft als einen hauptsächlichen Faktor in der Erosion sozialen Kapitals und macht

5 Sie zitiert u.a. das »geschlechterblinde« Überblickspapier Durstons (2001) für die CEPAL-Konferenz.

insbesondere »marktbasierte Kinderbetreuung« dafür verantwortlich – eine Sichtweise, die Fukuyama in seinem letzten Werk *The Great Disruption* (London 1999) übernahm. Die konservative Kirche Lateinamerikas fällt in diese Verurteilungen ein. Frauen zur Einkommenssicherung zu befähigen, ist jedoch der ausschlaggebendste Faktor zur Milderung von Familienarmut und Mangelernährung von Kindern und ebenso grundlegend dafür, dass Frauen sich der Gewalt seitens der Ehemänner oder anderer männlicher Verwandte entziehen können. Es scheint, dass die unbezahlte Arbeit von Frauen zum Vorrat an sozialem Kapital beiträgt, nicht aber ihre bezahlte Arbeit.

Frauenbewegungen und feministische NGOs in Lateinamerika waren für die Stärkung der Bürgerrechte von Frauen eingetreten und hatten begonnen, andere Quellen sozialen Kapitals zu generieren, indem sie Netzwerke des Vertrauens und der Solidarität unter Frauen durch Erwerbsmöglichkeiten, Berufsbildung und Gesundheitsprogramme aufbauten. In einem Kontext, in dem sie der »Ermutigung zum Bruch mit der Familie«⁶ bezichtigt wurden, konnten diese Gruppen nur unter größten Mühen Unterstützung für Projekte finden, die sich an frauengeführte Haushalte unter den Ärmsten richten. Die »Detraditionalisierung« der Familie und die Neugestaltung eines Geschlechtervertrags, der auf weiblicher Unabhängigkeit beruht (Giddens 1990), erfordern seitens der Politik kreativere Antworten als den simplen Ruf nach »Unterstützung und Schutz der Familie«.

Aus geschlechtsspezifischer Sicht sind die Ambivalenzen des Konzepts »soziales Kapital« nur allzu deutlich. Im negativen Sinne ist das Konzept Wasser auf die Mühlen derjenigen, die den Platz von Frauen in der patriarchalen Familie sehen und gleichzeitig unbezahlte Frauenarbeit zu instrumentalisieren versuchen. Im positiven Sinne kann es in den Händen phantasiereicherer Organisationen in einen Zusammenhang mit bürgerrechtlichen Bewegungen gestellt und zur Unterstützung kooperativer und demokratischer Formen gemeinschaftlichen Handelns eingesetzt werden – auch um dem etwas entgegenzusetzen, was Portes (1998) »die Kehrseite sozialen Kapitals« nennt, seien es kriminelle Banden, korrupte Verwaltungen, ausschließende Eliten oder autoritäre Gemeinschaften.

Aus dem Spanischen von Corinna Trogisch

6 Interview der Autorin mit NGOs in Nicaragua und Chile sowie mit Repräsentantinnen von NGOs auf dem Lateinamerika-Regionalgipfel der UN im Jahr 2000.

Literatur

- Alvarez, Sonja, *Engendering Democracy in Brazil: Women's Movements in Transition Politics*, Princeton 1990
- Dominguez, Jorge I., u. James Mc Cann, *Democratizing Mexico: Public Opinion and Electoral Choices*, Baltimore 1998
- Durston, John, »Capital Social, parte del problema, parte de la solución. Su papel en la persistencia y en la superación de la pobreza en America Latina y el Caribe« (2001), <http://www.eclac.cl/prensa/noticias/comunicados/3/7903/Durstenvale.pdf>, 15.9.2005
- CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe), *Social Panorama of Latin America 2000*, Santiago de Chile 1999
- dies., »Report in Beijing Plus 5 Process«, unveröff. Manuskript, Santiago de Chile 2000
- Elson, Diane (Hg.), *Male Bias in the Development Process*, Manchester 1991
- Espinosa, Lair, u. Oscar A. López Rivera, »UNICEF's Urban Basic Services Programme in Illegal Settlements in Guatemala City«, in: *Environment and Urbanization*, 13. Jg., 1991, H.1, 39-54
- Feijóo, Mari-Carmen, »Condiciones de género y capital social« (2001), <http://www.eclac.cl>
- Fox, Jonathan, »The World Bank and Social Capital: Contesting the Concept in Practice«, in: *Journal of Public Policy*, 19. Jg., 1997, H. 2, 141-73
- Francis, Paul, »Participatory Development at the World Bank: The Primacy of Process«, in: B. Cooke u. U. Kothari (Hg.), *Participation: The New Tyranny?*, London-New York 2001, 72-97
- Giddens, Anthony, *The Consequences of Modernity*, Cambridge 1990
- Gideon, Jasmine, »The Politics of Social Service Provision through NGOs: A Study of Latin America«, in: *Bulletin of Latin American Research*, 17. Jg., 1998, H. 3, 303-21
- Goetz, Anne-Marie, »Who takes the Credits? Gender Power and Control over Loan Use in Rural Credit Programmes in Bangladesh«, in: *World Development*, 24. Jg., 1996, H. 1, 45-63
- Harriss, John, u. Paolo de Renzio, »Policy Arena: »Missing Link« or Analytically Missing? The Concept of Social Capital – An Introductory Bibliographical Essay«, in: *Journal of International Development*, 9. Jg., 1997, H. 7, 919-37
- Mayoux, Linda, »Tackling Down Side: Social Capital, Women's Empowerment and West African Micro-Finance«, in: *Development and Change*, 32. Jg., 2001, H. 3, 435-64
- Moser, Carolyn, *Confronting Crisis: A Comparative Study of Household Responses to Poverty and Vulnerability in Four Poor Urban Communities*, Washington 1996
- dies., »The Assess Vulnerability Framework: Reassessing Urban Poverty Reduction Strategies«, in: *World Development*, 26. Jg., 1998, H. 1, 1-19
- Mosley, Paul, »Microfinance and Poverty in Bolivia«, in: *Journal for Development Studies*, 37. Jg., 2001, H. 4, 101-32
- Pearson, Ruth, »Renegotiating the Reproductive Bargain: Gender Analysis of Economic Transition in Cuba in the 1990s«, in: *Development and Change*, 28. Jg., 1997, H. 4, 671-706
- Portes, Alejandro, »Social Capital: Its Origins and Applications in Modern Sociology«, in: *Annual Review of Sociology* 24, 1998, 1-24
- dies., u. Julia Sensenbrenner, »Embeddedness and Immigration: Notes on the Social Determinants of Economic Action«, in: *American Journal of Sociology*, 98. Jg., 1993, H. 6, 1320-50
- UNDP (United Nations Development Programme), *Human Development Report*, New York 1999
- UNIFEM (United Nations Development Fund for Women), *Progress of the World's Women*, New York 2000
- Woolcock, Michael, »Social Capital and Economic Development: Toward a Theoretical Synthesis and Policy Framework«, in: *Theory and Society*, 27. Jg., 1998, H. 2, 151-208
- Weltbank, *The State in a Changing World*, New York 1997
- Weltbank, *Engendering Development: Through Gender Equality Rights, Resources, and Voice*, New York 2001

Hanna Behrend und Peter Jehle

Eine Kontroverse um kritische Literatur-Lektüre

Im Editorial zum Heft 259 (1, 2005) kündigten wir eine Fortsetzung der Diskussion um *Die gelbe Tapete* als Auseinandersetzung um die literaturkritische Methode an. Um uns nicht lediglich in unseren Vorschlägen zu wiederholen, gingen wir zurück auf den Streit um »Wertorientierung« vs. »Materialästhetik«. Hanna Behrend stellt ihren Bezug, orientiert an der Romanistin Rita Schober vor; dies bewog uns, den Romanisten Peter Jehle um seine kritische Stellungnahme zu bitten. FH

Was ist ein emanzipatorischer Umgang mit künstlerischen Texten? (Hanna Behrend)

Jeder Text ist ein sprachliches Kommunikationsangebot, das sich in der Rezeption realisiert. Er besteht aus Zeichen, deren Bedeutungen sich im Verlauf historisch-kultureller Entwicklung herausgebildet haben. Unsere Sprache ist, wo sie zum Zweck zwischenmenschlicher Verständigung oder Kommunikation eingesetzt wird, primär *instrumental*. Bei einem künstlerischen Text ist die Auswahl der Zeichen, die Textstruktur, die Komposition des Textes, die Gestaltung der Figuren, ihrer Umwelt und ihrer Hierarchie im Text mehrdimensionaler als in anderen sprachlichen Registern. Die Sprache ist in solchen Texten *gegenständlich*, denn sie will nicht in erster Linie »über objektive Sachverhalte und gesetzmäßige Zusammenhänge informieren [...] sondern sie prüft diese Sachverhalte und Zusammenhänge auf ihre Bedeutung für den Menschen und stellt diese [...] verdichtet dar. [...] Die »zweite Wirklichkeit« der Kunst ist nicht einfach ein Abklatsch der objektiven Realität. Denn das Kunstwerk zeigt uns die Welt nicht in ihrem An-sich-Sein, sondern in ihrem Für-uns-Sein.« (Schober 1982, 25)

Funktionen der Kunst

Die Romanistin Rita Schober war eine der ersten deutschen Literaturwissenschaftlerinnen, die eine literaturtheoretische Position entwickelte, die internationale marxistische ästhetische Auffassungen unter Berücksichtigung auch neuerer nicht-marxistischer Erkenntnisse einbezog (vgl. 1982). Sie stellte in ihrem Aufsatz *Kunst contra Wissenschaft* die damals in der DDR geführte Debatte über die Funktion(en) der Kunst so dar:

Das klassische Funktionspaar des »docere et delectare« [...] als Elemente der geistigen Formung des Menschen scheint irgendwie auch durch marxistische Funktionsbestimmungen durch, so z.B. durch Kagans Auffassung von der Polyfunktionalität der Kunst, die er als *aufklärerisch-bildende*, d.h. erkenntnisvermittelnde, *erzieherische*, d.h. wertorientierende, *hedonistische*, d.h. genussvermittelnde und als *kommunikative*, d.h. mitteilende bestimmt. Durch das Zusammenwirken all dieser Funktionen erfülle die Kunst ihre »humanisierende« Funktion. (88)

Gegen diese Funktionsbestimmung wurde (so z.B. Wolfgang Heise, Horst Redeker und Lothar Kühne, Wilhelm Girmus) eingewandt, dass die kommunikative Funktion allen anderen Funktionen inhärent sei und dass diese Bestimmung zu stark werkästhetisch und zu wenig historisierend vorgenommen worden sei, denn ein Kunstwerk könne unter anderen kommunikativen Zusammenhängen eine andere Bedeutung erlangen. Diese marxistischen Literaturwissenschaftler betonten dagegen die *wertungsorientierende* Funktion von Kunst. Für Girmus stellt »die Kunst ein Experimentierfeld dar [...], auf dem die Menschen ›strategische Verhaltensspiele‹ individuellen und gesellschaftlichen Verhaltens durchspielen können« (1977, 89). Am deutlichsten hat den wertungsästhetischen Ansatz Michail Bachtin formuliert: In seinem Aufsatz *Zur Ästhetik des Wortes* (1977) wendet er sich gegen die Materialästhetik¹, die er nur für produktiv hält, wenn

die Technik des künstlerischen Schaffens untersucht wird. Sie wirkt jedoch schädigend und ist dort unzulässig, wo auf ihrer Grundlage versucht wird, das künstlerische Schaffen insgesamt, in seiner ästhetischen Spezifik und Bedeutung zu begreifen und zu erforschen. (139f) [...] Eine Form die nur als naturwissenschaftlich-mathematisch oder linguistisch-determinierte Form des Materials verstanden wird, bleibt ihre rein äußerliche, das Moment der Wertung ausklammernde Systematisierung. Die Gefühls- und Willensintensität der Form, der ihr eigene Charakter des Ausdrucks einer gefühlsbestimmten wertorientierenden Beziehung von Autor und Rezipient zu etwas außerhalb des Materials Existierendem, bleibt völlig unverstanden, obwohl diese durch die Form – Rhythmus, Harmonie, Symmetrie u.a. formale Momente – ausgedrückte Gefühls- und Willensbeziehung einen viel zu angespannten und aktiven Charakter besitzt, als dass sie lediglich als Beziehung zum Material interpretiert werden könnte (140). [...] Das Material wird in der Kunst durch die Form so organisiert, dass es angenehme [oder unangenehme] Empfindungen und Zustände des psycho-physischen Organismus erzeugt (ebd.). [...] Die Sprache wird in der Dichtung total, allseitig und in all ihren Momenten gebraucht. Die Dichtung verhält sich keiner einzigen Nuance des linguistischen Wortes gegenüber neutral (157). [...] Obwohl die Dichtung so hohe Forderungen an die Sprache stellt, überwindet sie diese dennoch als Sprache, die im linguistischen Sinne determiniert ist [...] Das künstlerische Schaffen, das durch die Beziehung zum Material bestimmt wird, ist dessen Überwindung (ebd.).

Dabei ist, wie Schober betont, »der wirkliche Geschichtsprozess die primäre wertungsproduzierende Ebene. Aber das fiktive Erleben vermittelt der Kunst kann die Aneignung dieser Ergebnisse befördern, vertiefen, gegebenenfalls auch ersetzen oder modifizieren.« (94).

Die künstlerische Methode

Nur deshalb ist Kunst unersetzbar. Darauf gründet sich auch die Bedeutung der künstlerischen Methode und entsprechend auch die Methode der Rezeption künstlerischer Texte. Der Schriftsteller kann und muss sich somit des gesamten Reichtums der Sprache bedienen, wenn er nicht nur eine Information weitergeben, eine Anweisung erteilen, einen sachlichen Zusammenhang erläutern oder ähnlich eindeutige Sachverhalte reproduzieren, sondern seine Sicht auf menschliche Lebenszusammenhänge

1 Unter Materialästhetik versteht Bachtin eine Arbeitshypothese, die sich in ihrer Methodologie ausschließlich auf das Wortmaterial bezieht.

darstellen will. Dann steht ihm die sprachliche Metaphorik, die Symbolik, kurz die ganze Polyfunktionalität der Sprache zur Verfügung. Der Schriftsteller kann auch durch den historischen Rückgriff auf bereits von anderen Schriftstellern verfasste und zum allgemeinen literarischen Erbe gewordene Texte (Intertextualität) dem Leser Assoziationen nahe legen, die dieser dekodieren kann, wenn er in eine bestimmte (Lese)Kultur integriert ist. Auch lexikalischer, kompositorischer und struktureller Neuschöpfungen kann der Schriftsteller sich bedienen, um bestimmte emotionale oder ästhetische Wirkungen auszulösen. Jeder künstlerische Text hat im Unterschied zum einfachen Prosatext somit mehrere sprachliche Ebenen, die es dem Schriftsteller/der Schriftstellerin ermöglichen, mit mehreren Stimmen zu sprechen, den Text auf einer anderen Ebene zu ironisieren oder in anderer Weise infrage zu stellen. Auch der künstlerische Text ist vor allem ein Kommunikationsangebot eines Schreibenden an einen Lesenden und jeder Leseakt ist ein individueller und zugleich gesellschaftlicher Vorgang, ganz gleich, ob es sich um einen spontanen oder um einen professionellen Leser handelt. Er ist ein individueller Vorgang, weil jeder Text die individuelle Sozialisierung, Interessenlage, Weltsicht, Bildungspotenzial, Lebenserfahrung, etc. des Schreibenden abbildet und weil der Rezipient bei der Rezeption des Textes dies ebenfalls tut. Divergieren beide zu sehr, so kommt keine Kommunikation zustande. Der Lesende versteht den Text gar nicht, ist irritiert, liest nicht weiter oder nimmt nur dessen Oberflächenstruktur wahr.

Nach Schober bezieht sich »der Begriff der künstlerischen/literarischen Methode als die dialektische Einheit von Schaffens- und Gestaltungsmethode [...] auf das künstlerisch/literarische Schaffen als Ganzes« (112). Die Methode ist »das geistig ideale Steuerungszentrum des künstlerischen Schaffensprozesses in all seinen Phasen, sowohl in der Phase der Wirklichkeitsaufnahme als auch ihrer Verarbeitung und Wertung, ihrer Gestaltung und Umgestaltung im Werk, durch das die jeweils spezifische Art und Weise dieses Prozesses, des daraus hervorgehenden Resultats, also des Werkes, und seiner Wirkungsabsicht und beabsichtigten Wirkungsweise bestimmt wird (121).

Zur Rezeption von künstlerischer Literatur

Marxistische Literaturwissenschaftler waren bereits in den 1970er und 80er Jahren zu folgender Überzeugung gelangt:

Allgemeine Kriterien der Bewertung von Literatur aufstellen zu sollen, die für alle Zeiten und alle Literaturen absolute Gültigkeit besäßen, wäre ein von vornherein verfehltes Unternehmen (251).

Diese Einsichten bedurften ergänzend einer neuen Sicht auch auf die Rezeption künstlerischer Werke. Schober verweist auf die Rezeptionsästhetik von Ingarden² und Mukarovsky³ und auf die kritische Auseinandersetzung seitens marxistischer

2 Roman Ingarden, 1893-1970, polnischer Philosoph; vgl. *Das literarische Kunstwerk*, Tübingen 1972; *Vom Erkennen des literarischen Kunstwerks*, Darmstadt 1968; *Erlebnis, Kunstwerk und Wert. Vorträge zur Aesthetik* (1937), Tübingen 1969.

3 Jan Mukarovsky, 1891-1975, tschechischer Literaturtheoretiker, einer der Begründer der Prager Schule, bedeutender Strukturalist; *Esteticka, funkce, norma a hodnota jako socialni fakty*, o.O. 1936

Literaturwissenschaftler mit ihr⁴ (253). Dabei wurde die Steuerungsfunktion des Werks als Rezeptionsvorgabe hervorgehoben und die Feststellung, dass sich der aktuelle ästhetische Wert eines Kunstwerkes erst im ästhetischen Kommunikationsakt entfaltet. Es ist der Rezipient, der Leser, der entsprechend seiner individuellen Lesekompetenz die ästhetische Potenz des Werks aktualisiert. Dabei könne es aber, schreibt Schober, weder darum gehen, in einen absoluten Relativismus zu verfallen und alle Sinngebungsakte oder Leseweisen für gleichwertig zu betrachten, noch darum nur eine normative Lesart zu privilegieren (260).

Wohl aber muss die Frage nach der Adäquatheit die prinzipiell in der Interaktion zwischen Werktext und Leser angelegte Möglichkeit der Unterschreitung oder Überschreitung des im Werktext vom Autor intentionierten Sinnpotenzials, seiner Verfehlung oder nur teilweisen Realisierung im Rahmen der durch die konkrete historisch-gesellschaftliche Situation gegebenen Bedingungen als Möglichkeit in Betracht ziehen. [...] Die Frage nach der Adäquatheit der Aneignungsergebnisse der Rezeption kann demnach nur jeweils historisch konkret gestellt werden. [...] Die Möglichkeit adäquater Lektürelleistung und einer darauf aufbauenden adäquaten Bewertung [...] wird nur im Ausnahmefall das Ergebnis des im ästhetischen Erlebnis selbst erfolgenden spontanen Geschmacksurteils sein, auch wenn dieses immer die Grundlage bleibt (ebd.).

Bedeutung des close reading als Voraussetzung adäquater Rezeption künstlerischer Texte

Auch Engels musste sich, wie er in der *Sickingen-Debatte* ausführt, von seinem ersten Eindruck, der packenden und bewegenden Lektüre des Werks, erst lösen, um zu einer sachlichen Bewertung zu gelangen. Eine solche sachliche und adäquate Bewertung eines Kunstwerks bedarf einer gründlichen Untersuchung aller seiner Aspekte sowie der Kenntnis des historischen Ortes und der Intentionen des Schriftstellers. Zu einer solchen Erfassung aller Seiten des Werkes ist die Technik des *close reading* als Voraussetzung für das systematische Erfassen und Analysieren aller Facetten des Textes unerlässlich. Wer Komposition und Struktur des Textes, seine Figurengestaltung, Metaphorik und sprachliche Gestaltung nicht genau untersucht hat, kann keine adäquate Leseweise entwickeln. Leseweisen, die dem Text Bedeutungen zuschreiben, die durch ungenaues Lesen, mangelndes Verständnis für die Polyvalenz sprachlicher Mittel oder mangelnde Einsicht in die Bedeutung bestimmter Erzählstrategien ermittelt wurden oder die dem Autor Absichten unterstellen, die sich nicht aus dem Text nachweisen lassen, führen nicht zu einer, der Ermittlung der Wahrheit dienlichen Kommunikation zwischen Autor und Leser. Und daher auch nicht zu emanzipatorischen Ergebnissen.

4 Mecklenburgh 1977, Gej 1977, Barabasch 1977

Der Wert der Literatur (Peter Jehle)

›Werte‹ fungieren im moralischen und zivilen Leben als Wegweiser, die den Subjekten Orientierung versprechen. Wo es jedoch im Straßenverkehr darum geht, den Unfall zu vermeiden, mit dem sich die Gesellschaftlichkeit der am Verkehr partizipierenden Individuen hinterrücks geltend macht, ist der Sinn des ›Du sollst‹, das uns von den moralischen Wegweisern unablässig anspringt, nicht ohne weiteres evident. Auch hier drohen ›Unfälle‹, unkoordiniertes, weil von oben nicht kontrolliertes Zusammentreffen gegensätzlicher Interessen. Wie Rauch auf Feuer, deutet der Wert auf Umkämpftes. Das gilt auch für den vornehmen, den ›literarischen‹ Verwandten der Werte. Was im Reich der schönen Literatur Ansehen genießt und sich als Musterhaftes der Nachahmung empfiehlt, ist freilich kein den einzelnen Werken innewohnendes Abstraktum. Das Werthafte, das die Zugehörigkeit zum Kanon scheinbar begründet, ist seinerseits ein ›Gemachtes‹, Resultat antagonistischer Beanspruchung. Nicht immer sind die Kräfteverhältnisse so eindeutig verteilt wie weiland im »Literarischen Quartett«, wo, wie bei Dumas, die Heldentaten der drei Musketiere vor allem diejenigen des vierten ins Licht rücken sollten. Der ›Wert‹ resultiert aus einer Kette von Interpretationen, deren ursprünglich eingreifender Charakter verblasst, um – wie der Knochensplitter des Heiligen in den seiner Verehrung gewidmeten Altar – als Spurenelement in den Kult des ›großen Werks‹ und dessen überzeitlicher Bedeutung einzugehen. Es sieht dann so aus, als sei der ›Wert‹ die Substanz des Werks, der als ein Sich-Verbergender ein besonderes Verfahren der Entbergung fordert. Daher die Kompetenz der Interpreten, in der sich ein spezielles Können mit institutioneller ›Autorität‹ verknüpft, die der Stellung im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung entspringt. Wie alle ideologische Wertförmigkeit begründet auch die literarische eine bestimmte Kampftechnik: Um den eigenen Forderungen Nachdruck bzw. den literarischen Produkten Prestige zu verleihen, müssen diese als Repräsentanten eines allgemeinen Guten sich darstellen. Dieser Vorgang zwingt sie in die Wertform. Wo immer von ›literarischen Werten‹ die Rede ist, wird man daher auf die Kräfteverhältnisse achten, in denen sie produziert werden und die der Schlüssel zu ihrem geschichtlichen Verständnis sind.

Eine entdialektisierte Auffassung von ›literarischem Wert‹ hat auch den Marxismus heimgesucht. Schlicht ›positive Helden‹ tauchen auf, sobald die Kämpfe um den richtigen Weg eine neue Orthodoxie hervorgebracht haben, ausgestattet mit einer Lehre, welche die Zeichen der Zeit eindeutig zu entziffern beansprucht. So wird der im Politbüro für Kulturfragen zuständige Genosse zu dem im Zweifelsfall ›befugtesten‹ unter den ›befugten Interpreten‹. Der Maßstab, nach dem verfahren wird, setzt einfache Distinktionen voraus: Der ›literarische Wert‹ wird verdinglicht zur Auszeichnung, die bestimmten Werken wie eine Trophäe angehängt wird. Was ›wertvoll‹ ist, steht fest, noch bevor Autoren und Leser überhaupt tätig werden. Die Frage, wie der Kampf um »eine neue Zivilität, einen neuen Typus des Menschen und Staatsbürgers« (Gramsci, H. 8, §130) auch im Kulturellen zu führen ist und deren Beantwortung in Richtung einer experimentellen Offenheit und umfassenden

Aktivierung von Produzenten und Konsumenten gesucht werden muss, wird überführt in die Geschlossenheit einer Norm, die ihre Maßstäbe dem organischen Kunstwerk entnimmt. Auch in ihrer zur »wertungsorientierenden Funktion« gesänftigten Variante (Schober 1982, 88) schwingt noch der normative Anspruch einer Kunstlehre mit, die der »production silencieuse« (de Certeau) des den gebotenen Stoff konsumierenden Lesers misstraut. Wie ihr dem französischen Absolutismus entspringender Vorläufer, die *doctrine classique*, die den ›Wert‹ eines Theaterstücks der Beurteilung durchs Publikum entzog, um ihn der Sorge einer an den ›Regeln‹ von den ›drei Einheiten‹ sich orientierenden Gelehrtenwelt zu überantworten, setzt sie die Position eines wissenden Idealesers voraus, der die »wertend dargestellte Welt im Kunstwerk« (89) verstehend verinnerlicht. Dem wissenden Leser entspricht ein Produzent, der, im sicheren Besitz »der künstlerischen Methode als Wertungsmethode« agierend (90), die Kunst zu einem »wertungsproduzierenden Organ der Gesellschaft« ausbaut, wie Schober zustimmend Erpenbeck zitiert (93). Die Proliferation des Begriffs der »Wertung« ist Symptom einer Operation, die unausgesprochen bleibt: Die Ersetzung des Kritik-Begriffs. Wo die Leser nur als Empfänger fix und fertiger »Wertungen« interessieren, die sie annehmen oder verwerfen können, ohne sich dabei in Widersprüche zu verwickeln oder bisherige Erfahrungen in die Krise zu führen, muss aber auch die Rede von der ›Botschaft der Dichtung‹ jeden Kredit verlieren. Allzu oft auf den autoritären Sinn einer bloßen Verlautbarung innerhalb einer edukationistischen Anordnung von Erziehern und zu Erziehenden, Wissenden und Unwissenden reduziert, übersah man, dass die Erzieher selbst erzogen werden müssen. Nur im Blick auf beide Seiten, Schreibende wie Lesende, verflüssigt sich das im Schriftwerk Fixierte zu einem Kommunikationszusammenhang, der »nicht nur vom Willen dessen, der es schuf, sondern nicht weniger von der Gesinnung derer, für die es geschaffen wurde« (Krauss 1934/1997, 330), Zeugnis ablegt. Eine mündige Leserschaft, die das ihr ›Wertvolle‹ in einem »in der Offenheit des Gesprächs« ausgetragenen Prozess (ebd.) selbst erkundet, ist weder in der Genie-Ästhetik vorgesehen, die den kongenialen Interpreten verlangt, noch im sozialistischen Realismus, der eine ideologische Ordnungsmacht voraussetzt, die die Reinheit der Lehre gegen unzulässige Vermischungen abdichtet. Letztere sind nichts, was unabhängig von solcher Intervention existieren würde. Sie erzeugt, was ihr Dasein rechtfertigt.

Gramsci betont, dass bei ›Historischer Materialismus‹ »der Akzent auf den ersten Terminus, ›historisch‹, gelegt gehört, und nicht auf den zweiten, der metaphysischen Ursprungs ist« (H. 11, §27, 1430). Dasselbe gilt fürs Verhältnis von Literaturgeschichte und ästhetischer Theorie, die, wenn bevorzugt, erstere »vornehmlich als ein Reservoir zur Entnahme von Beispielen« betrachtet, »die sich für die Illustration von im Umlauf befindlichen ästhetischen Kategorien eignen« (Naumann 1984, 24). Die Erforschung neuen literarischen Materials muss in dieser Perspektive als sinnloses Unterfangen erscheinen, sind doch die Kategorien, in denen der ästhetische ›Wert‹ aller Literatur verfügt ist, bekannt. Wie im dialektischen Materialismus die Gesetzmäßigkeiten aller geschichtlichen Entwicklung vermeintlich gültig formuliert waren, so in einer philosophischen Ästhetik die Grundsätze gültiger literarischer Produktion. Zwar nimmt die Genesis des »ästhetischen Wesens« bei Lukács einen breiten Raum ein, aber seit es,

bezogen auf Wortkunst, in der Epik Homers erstmals ›zu sich‹ gekommen ist, hat es selbst keine Geschichte mehr – nurmehr ein »Schicksal in der Geschichte« (ebd., 26), gegen deren Unordnungskräfte es die Logik seiner Kategorien durchsetzen muss. Das Historische wird zur Funktion des Ästhetischen, statt umgekehrt das Ästhetische zur Funktion des Historischen, zur Funktion der Gesellschaft. Die besorgte Frage, was denn eigentlich das ›Sozialistisch-Realistische‹ an den in der Wirklichkeit in ungezwungener Vielfalt auftauchenden Gegenständen sein sollte, war Symptom dieser ver-rückten Ordnung, in der »die künstlerische Methode« für eine längst brüchig gewordene Einheit aufkommen sollte (vgl. Schober 1982, 98).

Nicht mehr nur Objekt zu sein, und sei es auch nur von wie immer ›anspruchsvoller‹ Unterhaltung, ist einer der Impulse für die Ausarbeitung der »Materialästhetik« in den 1920er Jahren. Der »Rohstoff, das heißt der revolutionäre Prozess der Wirklichkeit selbst«, sollte ins Blickfeld rücken (Mittenzwei 1975, 13), nicht nach Maß gefertigte Gefühle, die der kunstgenießende Konsument anprobieren und mit nach Hause nehmen kann wie neue Kleider. Wenn Lukács die Wirklichkeit (oder die Geschichte) in seinem ästhetischen Koordinatensystem wie einen Gefangenen mitführte, zielte hier der Einsatz bestimmter ästhetischer Verfahren auf die Wirklichkeit selbst, d.h. auf ihre Veränderung. Daher sagt der Philosoph im *Messingkauf*, er komme ins Theater, weil ihn »die Art und Weise des Zusammenlebens der Menschen« interessiert (GW 16, 502), »die Vorfälle aus dem wirklichen Leben« (506). Er interessiert sich fürs Material, mit dem gearbeitet wird, fürs Messing, nicht für die fertige Trompete: Kunst für Produzenten. Literatur kann ihren ›Wert‹ nur praktisch erweisen. Was immer uns ›der Dichter sagen‹ wollte, entscheidend ist, was mit dem lesend Angeeigneten getan wird.

Literatur

Bachtin, Michail M., »Zur Ästhetik des Wortes«, in: Rosemarie Lenzer u. Pjotr Palijewski (Hg.), »Kontext«. *Sowjetische Beiträge zur Methodendiskussion in der Literaturwissenschaft*, Berlin 1977, 138-59

Barabasch, J. J., »Algebra und Harmonie«, in: Lenzer/Palijewski 1977, 15-94

Brecht, Bertolt, »Der Messingkauf«, in: *Gesammelte Werke* 16, Frankfurt/M 1967, 499-657

Gej, N. K., »Zeichen und Bild«, in: Lenzer/Palijewski 1977, 117-37

Krauss, Werner, »Über die Träger der klassischen Gesinnung im 17. Jahrhundert« (1934), in: ders., *Spanische, italienische und französische Literatur im Zeitalter des Absolutismus* (Werke, Bd. 3), hgg. v. Peter Jehle, Berlin u.a. 1997, 330-43

Mecklenburg, Norbert (Hg.), *Literarische Wertung. Texte zur Entwicklung der Wertungsdiskussion in der Literaturwissenschaft*, Tübingen 1977

Mittenzwei, Werner, »Brecht und die Schicksale der Materialästhetik. Illusion oder versäumte Entwicklung einer Kunstrichtung?«, in: *Dialog 75. Positionen und Tendenzen*, Berlin/DDR 1975, 9-44; nachgedruckt in: *Brechts Tui-Kritik. Aufsätze, Rezensionen, Geschichten*, Argument-Sonderband AS 11, Berlin/W-Karlsruhe 1976, 175-212

Naumann, Manfred, »Divergenzen im Literaturbegriff: Krauss und Lukács«, in: ders., *Blickpunkt Leser. Literaturtheoretische Aufsätze*, Leipzig 1984, 22-35

Schober, Rita, *Abbild – Sinnbild – Wertung. Aufsätze zur Theorie und Praxis literarischer Kommunikation*, Berlin/DDR-Weimar 1982

Kongressbericht

Bertelsmann – Ein globales Medienimperium macht (Hochschul)Politik. Kongress der Freien Hamburger Hochschule vom 15.-17. Juli 2005 in Hamburg

Die Freie Hamburger Hochschule (FHH), eine während des Streiks im Sommersemester 2003 entstandene studentische Initiative, lud ein, die forschungsstrategische Praxis der Bertelsmann-Stiftung zu durchleuchten. Die Initiative ist auch während des Semesters aktiv. Sie erprobt neue Wege des universitären Lernens und koordiniert selbstverwaltete Seminare, die von Studierenden aus allen Hamburger Hochschulen angeboten werden.

Hersch Fischler, Journalist und Mitautor einer kritischen Bertelsmann-Firmengeschichte, kratzte im Eröffnungsvortrag am Mythos von der sauberen Vergangenheit: Der Verlag, der im Dritten Reich florierte, sei von den Nazis keineswegs aus politischen Gründen verboten, sondern bei Schwarzmarktgeschäften großen Stils erwischt und sanktioniert worden. Seine Skizze der globalen Aktivitäten des Medienriesen ließ keine Illusionen darüber aufkommen, dass das Unternehmen gerade über seine Stiftung an fast allen sozial- und bildungspolitischen Reformen (u.a. Hartz, Agenda 2010) mitwirkt und viele weitere Politikfelder von Gesundheit bis zu ›Sicherheit‹ beeinflusst.

Den Hamburger Studierenden, die mit der Einführung von Studiengebühren konfrontiert sind, war ein Projekt der Bertelsmann-Stiftung ein besonderer Dorn im Auge: Nicht nur ist das 1994 gegründete Gütersloher »Centrum für Hochschulentwicklung« in der Hochschulpolitik allgegenwärtig, in Hamburg nahm es gar direkt Einfluss bei der Auflösung der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP), an der das Studium auch ohne Abitur möglich war. Sie wurde jüngst, trotz hastig eingeführter Bachelor-Studiengänge, dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Univ. Hamburg einverleibt. »Hochschulreformpolitik als Politik der Unterwerfung« war der Titel des Vortrags von Martin Bennhold, Professor für Rechtssoziologie in Osnabrück. Die Strategie Bertelsmanns zielt auf eine weiträumige Kommerzialisierung von Bildung und Wissenschaft – nicht zuletzt, weil der Konzern sich hier neue Märkte erschließen könne. An den Hochschulen sei die Einführung von Studiengebühren deshalb zentral für das Unternehmen, weil diese erst dadurch für private Investitionen lukrativ würden. Mit dem CHE verfolge Bertelsmann die sog. Public-Private-Partnership-Taktik, nach der privat finanzierte Institutionen gezielt die Kooperation mit öffentlichen Gremien anstreben, um darüber Prestige und Einfluss zu gewinnen. So werde eine subtile Privatisierung von Politik, Kultur und Gesellschaft betrieben, mit deren Aufdeckung man sich dem Verdacht aussetzt, man erliege einer »Verschwörungstheorie«.

Wie im Beitrag des Soziologen Oliver Schöller vom Wissenschaftszentrum Berlin deutlich wurde, wirkt das CHE mit seiner Lobbyarbeit für Studiengebühren in ein breites politisches Spektrum hinein. Auch die gewerkschaftsnahe Böckler- und die grüne Böll-Stiftung sind im Visier, auch wenn der Einfluss der Bertelsmänner manchmal nur schwer nachvollziehbar ist. Ein Beitrag Schöllers über die Bildungspolitik der Bertelsmann-Stiftung für Werner Rügemers Buch *Die Berater* wurde nicht gedruckt. Der transcript-Verlag hatte den Herausgeber dazu bewegen, auf die Studie zu verzichten. Direkte Einflussnahme ist nicht nachweisbar, aber der starke Arm von Bertelsmann reicht weit hinein ins linke Spektrum. Für transcript besorgt die Bertelsmann-Tochter Digitron Satz und Druck zu günstigen Bedingungen, um die der Verlag möglicherweise hätte fürchten müssen. – In einem weiteren Vortrag zeichnete Bennhold Bertelsmanns Einfluss auf europäischer und globaler Ebene nach. Über die Beteiligung am European Round Table of Industrialists (ERT) finde der Konzern Zugang zu den WTO-Verhandlungen. Hauptziel des ERT sei es, Europapolitik als europäische Wirtschafts-

und Wettbewerbspolitik zu reformulieren, in deren Rahmen auch die Hochschulen, Bildung und Wissenschaft unter Primat der Ökonomie gestellt werden sollen. In der Diskussion wurde das Scheitern der Softwarepatent-Richtlinie im EU-Parlament als Hoffnungszeichen gesehen. Bennhold vermutete hier Einzelinteressen der Abgeordneten als treibende Kraft neben der mittelständischen Software-Industrie. Die hartnäckige kritische Lobbyarbeit der Hackerszene war den Debattierenden nicht bekannt.

Weitere Kongressbeiträge lieferten Eckart Spoo, Veteran der legendären Anti-Springer-Kampagnen und Hg. der Zeitschrift *Ossietzky*, und der pensionierte Hauptschullehrer und Anti-Bertelsmann-Aktivist Horst Bethge (GEW, PDS), der Bertelsmanns Schulpolitik als »Invasion der Kennziffern« im Schulalltag beschrieb: Über 900 verschiedene dieser Vergleichswerte habe er gezählt, die den aus der Industrie übernommenen Ranking- und Best-Practise-Verfahren die »empirische« Grundlage liefern sollen. – Eine sich unter den Veranstaltern des Kongresses herausbildende Bertelsmann-Initiative erwägt derzeit, ihr Logo mit einem Wappentier zu zieren. Im Gespräch ist eine Krake. Thomas Barth (Hamburg)

Ankündigungen

Aktualität der marxistischen Klassentheorie. Tagung in Köln, veranstaltet von der Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, dem Verein zur Förderung der politischen Kultur e.V./ Sozialistisches Forum Rheinland und Z. – *Zeitschrift marxistische Erneuerung*, 22. Oktober 2005
Nach einem Eröffnungsvortrag von Frank Deppe (Marburg) referieren Olaf Grohsamberg (Münster) zu Klassentheorie und Klassenanalyse, Ben Diettrich (Hamburg) zu Gewerkschaftspolitik und Klassenfragmentierung und Margarete Steinrücke (Arbeiterkammer Bremen) zu Klasse und Geschlecht.

Beginn: 11 Uhr; Ort: Jugendherberge Köln-Deutz, Siegesstr. 5

Weitere Informationen und Anmeldung: www.sf-rheinland.de

Towards a Cosmopolitan Marxism. Jahreskonferenz der Zeitschrift *Historical Materialism* in London, zusammen mit dem Isaac and Tamara Deutscher Memorial Prize Committee und *Socialist Register*, vom 4.-6. November 2005

Neben drei Abendveranstaltungen – »The Politics of Assumption, the Assumption of Politics«; »Telling the Truth about Class« und »The State of the Third Way«; »War and Capitalism« – gibt es zahlreiche Workshops, u.a. zu Nietzsches Philosophie, Kritik des Liberalismus, Gramsci, Althusser, der junge Marx, Europäische Integration, Kapital-Interpretation, Marxismus und Intellektuelle, Marxismus und Philosophie, Veränderungen der Produktionsweise, sozialistische Utopien, Deleuze und Marx, Imperialismus, Venezuela, *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*

Es nehmen teil: Chris Arthur, Giorgio Baratta, Thomas Barfuss, David Bates, Alex Callinicos, Mario Candeias, Paresh Chattopadhyay, Alex Demirovic, Gregory Elliott, Roberto Fineschi, Alan Freeman, Fabio Frosini, Marta Harnecker, Wolfgang Fritz Haug, Bob Jessop, Juha Koivisto, Michael R. Krätke, Michael Kustow, Rocco Lacorte, Michael Lebowitz, Colin Leys, Domenico Losurdo, Giacomo Marramao, David Miller, Rastko Mocnik, Oliver Nachtway, Peter Osborne, Ozren Pupovac, Jan Rehmann, Massimiliano Tomba, Elisa Van Waeyenberge, Frieder Otto Wolf u.a.

Tagungsort: Birkbeck College and School of Oriental and African Studies

Die Teilnahme ist kostenfrei; Anmeldung: historicalmaterialism@soas.ac.uk

Besprechungen

Philosophie

Bidet, Jacques, *Explication et reconstruction du Capital*, PUF, Paris 2004 (318 S., kart., 25,65 €)

Bidet, Spätabkömmling der Althusser-Schule, beansprucht nicht weniger als eine »Neugründung«, die »Neuaufnahme des von Marx initiierten theoretischen Unternehmens von Anfang an« (10). »Die Philosophen haben *Das Kapital* nur verschieden interpretiert, es kommt jetzt darauf an, es zu verändern.« (9) – Dabei verzeichnet er eine neue Aktualität des marxischen Hauptwerks, da der Kapitalismus in der aktuellen Phase der Globalisierung zu seinen wilden Ursprüngen zurückkehre, während er zugleich, »diesmal auf der letzten Stufenleiter« (»à l'échelle ultime«), da sich die Frage des »Weltstaats« stellt (283), »die Zeichen seines angekündigten Endes erneuert« (9).

Die »Neugründung« erfolgt teils als Explikation impliziter Voraussetzungen, teils als »Richtigstellung«, »Ergänzung« oder »Erweiterung«. Anders als Marx möchte Bidet auf eine »théorie générale« hinaus, eine systematische Soziologie nicht nur der kapitalistischen, sondern der modernen Gesellschaft schlechthin. Dieses sein Erkenntnisobjekt schreibt er Marx zu, wie er überhaupt ständig bemüht ist, seine Auffassung als kritische Auslegung der – ja sogar Einführung in die – marxische Kapitaltheorie zu reklamieren. Der Kapitalismus werde dort »als ganzheitliches soziales Phänomen«, nicht aber »als *Produktionsweise*« (95) behandelt. Dann wieder gilt ihm bereits »Produktionsweise« in der Tradition der v.a. von Poulantzas fortgeführten Fehldeutung Althusser (zur Kritik vgl. W.F.Haug, *High-Tech-Kapitalismus*, Hamburg 2003, 27ff) als ganzheitliche »Artikulation einer solchen ökonomischen Basis [...] und eines politischen, ökonomischen und juristischen ›Überbaus‹« (153).

Sein Buch gliedert Bidet in »Erklärung« und »Rekonstruktion«. Dass es dabei v.a. um die ersten drei Abschnitte von *Kapital I* gehen muss, ergibt sich aus seiner zentralen Revision marxistischer Tradition. Sie betrifft das Verhältnis zwischen Warenproduktion (mit deren Darstellung Marx beginnt) und Kapitalismus, »d.h. auch zwischen interindividuellen Beziehungen und Klassenverhältnissen« (104). Indem die Warenproduktion »sich unterm Kapitalismus hindurchzieht«, erkennt Bidet ihr »eine starke Autonomie in Bezug auf den Rest des Werkes« zu (16). Mehr noch: Es könne für die Darstellung keinen »Übergang« von der »Form Markt« zur »Form Kapital« geben, sondern nur einen »Bruch«.

Seit Engels und Rosa Luxemburg ist der marxischen Darstellung der Warenproduktion vor der des Kapitals von vielen Interpreten ein Doppelstatus zuerkannt worden. Im Kapitalismus als einem Gewordenen begriff man das Werden als dialektisch aufgehoben, also auch auf eine höhere Ebene gehoben und somit zugleich aufbewahrt. Die entwickelnde begriffliche Darstellung der entsprechenden Ebene des Kapitalismus deutete nach diesem Verständnis zugleich auf eine genetisch vorgängige einfachere Gestalt der Warenproduktion. Denen, die so dachten, war dabei immer klar, dass Warenproduktion vor dem Kapitalismus immer nur eine gesellschaftliche Randexistenz fristen konnte. Andererseits ist es bereits bei Marx nicht weniger klar, dass nicht nur die für den Kapitalismus vorausgesetzte »historische Bedingung« der Möglichkeit eines »Arbeitsmarkts« »eine Weltgeschichte« umschließt (MEW 23/184), dass also nicht nur, wie Bidet hervorhebt, der Übergang vom Geld zum Kapital nicht bruchlos vonstatten geht, sondern dass bereits vorkapitalistische Warenproduktion einen Bruch in Gestalt der Zerstörung des ursprünglichen Gemeinwesens durch Rückschlag von zwischengesellschaftlichen Tauschverhältnissen ins Innere des eigenen

Gemeinwesens voraussetzt (102). »In den altasiatischen, antiken usw. Produktionsweisen spielt die Verwandlung des Produkts in Ware, und daher das Dasein der Menschen als Warenproduzenten, eine untergeordnete Rolle, die jedoch um so bedeutender wird, je mehr die Gemeinwesen in das Stadium ihres Untergangs treten.« (93)

Gegen jede hier anschließende Interpretation, die als »historische« abgewehrt wird, setzt Bidet im Namen eines »logischen« Methodenverständnisses den Meißel an. Er plädiert für »eine ›theoretische‹ Lektüre der Theorie, als entwickelte Darstellung vom Abstrakten zum Konkreten« (45). Allerdings muss auch er einräumen, dass »auf dieser abstrakt-allgemeinen Darstellungsebene, die erst die Ware-Geld-Beziehungen kennt, bestimmte Kategorien nicht nur für die kapitalistischen Gesellschaften, sondern in gewisser Hinsicht für andere, antike oder mittelalterliche Gesellschaftsformationen gelten, auf die [im *Kapital*] angespielt wird« (92). Wie bereits in *Que faire du Capital?* (1985; rez. in *Arg.* 242/2001, 712f) und *Théorie de la modernité* (rez. in *Arg.* 186/1991, 287ff) macht er sich anheischig, mittels des von ihm geprägten Begriffs der »Metastruktur« der Rede von vorkapitalistischer Warenproduktion den Boden zu entziehen. Hierin weiß er sich einig mit der, wie er in kurioser Blickverengung sagt: »deutschen Exegese« (91) von Backhaus, Reichelt und deren Adepten bis hin zu Heinrich, denen er sonst ein theoretisches Heiligtum nach dem andern entwindet, vor allem die Manie, in der abstrakten Arbeit »allzu vorschnell [...] das, was daraus im ›Kapital‹ wird«, zu sehen (41) – und die marxische Auflösung »aller Ökonomie« in »Ökonomie der Zeit« (42/105) zu ignorieren – oder die abstrakte Arbeit gar erst aus einer Reduktion im Tauschakt hervorgehen zu lassen, während Bidet zeigt, wie sie der Sache nach bereits in der Produktion für den Tausch handlungsrelevant wirksam ist (59), dazu Backhaus esoterische Lösung, »die ›Wahrheit‹ des *Kapital* in den vorausgegangenen Fassungen« zu suchen (10), eine Wahrheit, die dann durch Popularisierung verdorben worden sei (68f).

Die Wortbildung »Metastruktur« erhält eine gewisse Plausibilität fürs poststrukturalistisch gestimmte französische Publikum, da die ursprüngliche französische Fassung von *Kapital I* das Begriffspaar Basis/Überbau mit *structure/superstructure* wiedergibt, wie ja auch Marx im Vorwort von *Zur Kritik der politischen Ökonomie* (1857) die den Produktivkräften »entsprechenden« Produktionsverhältnisse als die »ökonomische Struktur der Gesellschaft« bezeichnet hat, »worauf sich ein juristischer und politischer Überbau« (13/8) erhebe. Im *Kapital* geht es nun zwar um die ökonomische Struktur des Kapitalismus, doch die im Tauschverhältnis implizierten »interindividuellen« Rechtsverhältnisse sich als frei und gleich anerkennender Personen und ihre gesamtgesellschaftliche (staatliche) Institutionalisierung (als die beiden Seiten des Kontraktualismus) tauchen im ersten Abschnitt auf, wo von kapitalistischer Klassenstruktur noch keine Rede sein kann. Daraus folgert Bidet, dass jene politisch-juristischen Verhältnisse nicht im Überbau dieser Herrschaftsstruktur aufgehen können, obwohl diese sie voraussetzt. »Metastrukturell« nennt Bidet all das, was »vor jeder Berücksichtigung der Klassenverhältnisse«, d.h. der kapitalistischen »Struktur«, abgehandelt werden muss, obgleich es erst von dieser als ihre Möglichkeitsbedingung gesetzt ist (165), »ein *gesetztes* Vorausgesetztes« (211). Hierzu gehört der »metastrukturelle Staat«, »Staat vor den Klassen« (94), wie der Staat ja bei Marx vor den Kategorien Lohnarbeit und Staat auftaucht, wo es um Münzprägung und, durch »Staatszwang«, um den »Zwangskurs« der für ein Hoheitsgebiet gültigen Währung geht (vgl. 23/143). Die metastrukturelle Abstraktion tritt hier an die Stelle dessen, was einmal als »Staatsableitung« Furor gemacht hat: »Der ›strukturelle‹ Staat kann nur ausgehend vom ›metastrukturellen‹ Staat begriffen werden.« (97) Unter letzterem soll verstanden werden »ein staatlich-gesellschaftliches Verhältnis zwischen allen *Gesellschaftsmitgliedern*, gesetzt als ›Nicht-Klasse: *gesetzt als*

solche durchs moderne Klassenverhältnis, als sein Vorausgesetztes«. Der so »als Agent einer monetären Ordnung intervenierende Staat [...] »kennt« angenommenermaßen [censément] nur *Individuen*, tauschende Warenproduzenten, d.h. als frei, gleich und rational *unterstellte Wesen*« (ebd.).

Der ontologische Status jener vom Kapitalismus »gesetzten Voraussetzungen« seiner selbst ist verwickelt: Sie sollen weder ideell noch materiell sein (Bidet sagt »ni idéalité, ni réalité«, doch auch Ideelles kann wirken, also wirklich sein), sondern eben »vorausgesetzt« (202). Wie Nicolai Hartmanns Wertsphäre, die transzendental immer ›da‹ ist, aber der Realisierung durch bestimmte selektive Berufung in bestimmten Umständen bedarf, ist Bidets Metastruktur »Fiktion. Doch nicht rein fiktiv, denn sie ist immer auch in gewissem Maße realisiert [chose faite].« (213f) Sie ist »deklariert« (ebd.), proklamierter Anspruch (»prétension«), präntierte Ordnung, daher »von konstitutiver Zweideutigkeit« (»amphibologie«) (211), ein instabiler Zustand, der zu antagonistischer Reklamation der präntierten Freiheit und Gleichheit einlädt. »Kurz, die metastrukturelle, für die Moderne konstitutive Fiktion wird historisch nie anders als in einer ›strukturellen‹ Situation in Kraft gesetzt, in der sie immer bereits in ihr Gegenteil verkehrt ist, das sie setzt.« (220) Über die Implikation des Gegensatzes sei dem Kapitalismus daher die Selbstkritik eingeschrieben, was seine Geschichte zu einer von Volksaufständen und sozialen Revolutionen gemacht habe (223).

Bidets Idee der »Metastruktur« – er verkleidet sie als »marxschen Begriff der Metastruktur« (168): Marx »erfindet [invente] die Metastruktur«, auch wenn er sich über Reichweite und Konsequenzen dieser »Erfindung« nicht klar geworden sei (117) – bestimmt seine Kritik der marxschen Darstellung wie seinen Gegenentwurf. Das *Kapital* erklärt er für »defekt«, »défectueuse« (224), weil im ersten Abschnitt »einseitig« die Marktseite des Kapitalismus behandelt werde – mit verhängnisvollen Folgen für den Marxismus und seine Revolutionskonzepte. Dagegen führt er, als bei Marx unterbelichteten Gegenpol zum Markt, die Dimension der *Organisation* ein. Auf der Ebene politisch-juristischer Beziehungen soll dem polaren Gegensatz von Markt und Organisation der von individualistischem vs. an Gemeinzielen orientiertem Kontraktualismus entsprechen (12). Entsprechend stellt er den Kapitalisten die Manager und Verwaltungsangestellten und der vom Eigentum abgeleiteten *Macht* deren *Kompetenz* gegenüber (vgl. das Schema auf S. 318) und unterscheidet entsprechende Rationalitätstypen und Formen der Sinnhaftigkeit. Dem marxschen Kapitel 5.1 über den Arbeitsprozess weist Bidet »seinen logischen Platz *vorgängig*, in einem Vorspann (en préalable) [...], d.h. vor dem Anfang« zu (111). Auch Produktionsweise im Allgemeinen hätte in einem solchen Vorspann dargelegt gehört (112).

›Richtiggestellt‹ und ergänzt wird von ihm bereits der erste Satz des ersten Kapitels. Bei Marx lautet er: »Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ›ungeheure Warensammlung‹, die einzelne Ware als seine Elementarform.« – »Inexakt«, urteilt Bidet (61). Er stellt den Satz um und unterschiebt ihm ein anderes Erkenntnisobjekt: »In den Gesellschaften, wo Kapitalismus herrscht, weist der Reichtum zu *einem großen Teil* die Warenform auf.« (157) Doch der für den Kapitalismus *spezifische* Reichtum, auf den Marx Eingangssatz zielt, ist etwas anderes als Reichtum *in* kapitalistischen Gesellschaften, der spezifische *und* unspezifische Formen umfasst. Bidet lässt sich nicht darauf ein, dass Marx hier das Ende des Ariadnefadens aufnimmt, der durchs kapitalistische Labyrinth führen soll. Er möchte von vornherein die nicht als Ware produzierten öffentlichen Güter benannt haben. An die Stelle des marxschen »erscheint«, das den (im Fortgang korrigierten) spontanen ersten Eindruck meint, soll objektives Sein treten. Wenn Marx dann fortfährt: »Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Analyse

der Ware«, korrigiert Bidet: wo Marx von der Ware spricht, »behandelt er in Wahrheit den Markt« (54), und das Rechtsverhältnis zwischen den in der Tauschbeziehung als gleich und frei geltenden konkurrierenden Privateigentümern sei ebenso unmittelbar präsent wie der organische Gegenpol zum Markt, der Staat (ebd.).

Wie der »Staat vor den Klassen« soll nun aber auch die Lohnarbeit »logisch« vor dem Kapital und damit vor der Klassenbestimmung rangieren (193), eben weil sie den Eigentümer und formell freien Verkäufer seiner Arbeitskraft voraussetzt. Hier stützt Bidet sich darauf, dass Marx den Markt – ironisch zwar, doch mit tieferer Bedeutung – als »wahres Eden der angeborenen Menschenrechte« bezeichnet (23/189). Die von Marx bearbeitete französische Fassung spricht sogar von einem »véritable Eden des droits naturels de l'homme et du citoyen« – Bidet unterschlägt allerdings in seinem Zitat das Wort »naturels« (100), hat er doch kurz zuvor Ernst Bloch dafür gescholten, von der Naturrechtskonzeption Gehalte für den Marxismus gewinnen zu wollen (90).

Wenn Bidet darauf dringt, die Struktur des Kapitalismus insgesamt als unabdingbares Zusammenwirken von ökonomischer Struktur und politischen und ideologischen Superstrukturen zu fassen, ist ihm zuzustimmen, wie ja bereits Marx davon ausgeht, »dass die Gegensätze in der materiellen Produktion eine Superstruktur ideologischer Stände nötig machen« (26.1/259). Nur ist dies nicht das Erkenntnisobjekt des *Kapitals*. Als Kritik der politischen Ökonomie behandelt es die Schnittstellen zu Staat, Recht, Religion, Moral usw., keineswegs diese selbst. Indem Bidet Staats- und Ideologie-Theorie in seine »erweiterte« Kapitaltheorie zwingt, bringt er sie um ihr eigenes Recht.

Gegen »die liberale These, die unter dem Namen »Zivilgesellschaft« einzig die privaten Tauschverhältnisse fasst und die öffentliche Produktion, gleich ob Warenproduktion oder nicht, als »staatliche Sphäre««, spricht er von der »organisierten« im Unterschied zur »warenproduzierenden Zivilgesellschaft« (159), was unsinnig ist und den verquerten Übersetzungsverhältnissen mit ihrer notorischen Verwechslung von bürgerlicher und Zivilgesellschaft entspringt (vgl. dazu W.F.Haug, *Politisch richtig oder richtig politisch*, Hamburg 1999, 52ff). Bidet geht es dabei um die (durchaus sinnvolle) Kombinatorik, dass quer zur Unterscheidung privat/öffentlich die von Nicht/Warenproduktion verläuft.

Den Krieg erklärt Bidet für wesensmäßig kapitalistisch (287), zwar nicht dem Lohnarbeitsverhältnis entspringend, wohl aber dem Kapitalismus als »Weltsystem«: »der Krieg ist sein Wesen« (»sa nature«); er wohnt seiner »Systemform – Imperialismus und Imperium« inne (288). Andererseits hat auch »die Welt« zu existieren begonnen, denn das kapitalistische Weltsystem geht mit dem »Weltstaat« schwanger, einer zutiefst ambivalenten werdenden Instanz, die »eine perverse Beziehung mit dem Imperialismus« unterhält, aber zugleich seine Politik im Lichte allgemeiner Interessen vor der »Weltöffentlichkeit« als »Übereinstimmung aller« rechtfertigen muss. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, dass die »Menge« (»multitude«) auftritt, die sich nurmehr »von unten« als »Weltsubjekt« und zum »Weltvolk« »konstruieren« muss, das nicht nur die Klassenstruktur des Kapitalismus gegen sich hat, sondern auch dessen »Systemform«, »die einzig Gewalt (*force*) als Antwort auf Gewalt kennt«. Doch kann selbst die imperialistische Gewalt »sich nicht völlig den Sinnverhältnissen entziehen, die dem »Welt-Horizont entspringen, als Elemente seiner neuen Macht«, die sich in der UNO auskristallisieren, aber dem »künftig gemeinsamen Alltagsleben der gewöhnlichen Leute« entspringt (ebd.). Mit dieser Auskunft schließt das Buch.

Von einer sozialliberalen Vision à la Habermas unterscheidet sich die bidetsche dadurch, dass sie die »Umkehrung der verkehrten Welt« auf ihre Fahnen schreibt (280) und sich der Frage der antagonistischen Kräfteverhältnisse stellt. Ihr begrifflicher Konstruktivismus, der

sich der Zumutung konkreter Analyse der konkreten Situation im Namen des Anspruchs einer »allgemeinen Theorie« ausdrücklich entzieht, berührt wie eine Tangente den Kreis der gegenwärtigen Weltverhältnisse, deren sozialen Bewegungen sie eine orientierende Perspektive geben möchte. Doch die Verbindung zwischen dem Ausgedachten und der konkret zu analysierenden Faktizität ist ihr wunder Punkt, wie es bereits der Anspruch ist, die Axiomatik des eigenen ›Systems‹ sei in Wahrheit die von Marx, der sie als die seine nur nicht klar gesehen habe. Die politische Perspektive von Bidets theoretischer Anlage kommt schließlich in bedenkliche Nähe zum Verfahren Proudhons, von dem Marx sagt, er »schöpft erst sein Ideal der Gerechtigkeit [...] aus den der Warenproduktion entsprechenden Rechtsverhältnissen [...]. Dann umgekehrt will er die wirkliche Warenproduktion und das ihr entsprechende wirkliche Recht diesem Ideal gemäß ummodellern.« (23/99, Fn. 38) Bidets Perspektive ist die der schließlichen »Umkehrung der Metastruktur in Struktur« (280).

Bidet täuscht sich, wenn er glaubt, sein Buch sei auch für Anfänger als Einführung ins *Kapital* geeignet (13). Dazu sind die Probleme, die er aufwirft, viel zu komplex. Dass er das spezifisch marxssche Aufbrechen der Dialektik, ihre geschichtsmaterialistische und praxisphilosophische Bescheidung verkennt und damit die Darstellungsweise des *Kapital* in ihrem buchstäblich diskursiven Aufbau verfehlt und seine Verbesserung auf eine Vereitelung desselben hinauslaufen würde, heißt nicht, dass alle seine Thesen unbrauchbar wären. Im Anschluss an Marx entwirft er eine allgemeine Theorie der Gesellschaft, sehr französisch, mit Comte und Durkheim im Rücken, Weber, Parsons, Habermas und Rorty vor Augen. Einziger Anlass für die rund 80 Fußnoten des Buches sind Querverweise auf Stellen in anderen Schriften seiner selbst, ein Verweissystem, in dem sich ein statischer Systemzwang manifestiert, eine quasi juristisch-administrative Erstarrung der Dialektik zu einer enzyklopädischen Ordnung. Doch den anderen Spielarten des Logizismus hat der seine den Realismus im Blick auf die Gegenwart voraus. Er befähigt ihn zu der sonderbaren Ehrenerklärung, dass die marxssche »Darstellung des *Kapital* nicht vollständig *more geometrico*« verfare (111). Gegen jede ökonomistische Verengung der *Kapital*-Lektüre aber sind die von ihm eingeklagten Implikationen und Voraussetzungen berechtigt. Sie rechts liegen zu lassen käme dem Verlust jeder Hegemoniefähigkeit gleich. Insgesamt gibt es kaum ein anderes Werk der Gegenwart, das sich mit solchem Ernst, ja das Monomanische streifend, mit dem marxsschen Hauptwerk auseinandersetzt. Wer es ebenso ernst meint, wird sich damit auseinandersetzen müssen.

Wolfgang Fritz Haug (Los Quemados)

Callinicos, Alex, *Die revolutionären Ideen von Karl Marx*, mit einem Vorwort zur 2. dt. Ausgabe, aus dem Engl. v. Elke Anweiler u.a., überarb. v. Rosemarie Nünning, Wilfried Dubois, Oliver Nachtwey u. Thomas Walter, Neuer ISP-Verlag, Köln 2005 (264 S., kart., 14,80 €)

Callinicos, führendes Mitglied der trotzkistischen Socialist Workers Party Großbritanniens, erklärt im Vorwort zur englischen Ausgabe von 1983 die »Entdeckung von Marx durch die Akademiker« zur »Quelle von Verfälschungen« und benennt als Ziel seines Buches, »Marx vor Verfälschungen zu retten« (23f). In der 2. engl. Ausgabe von 1995 legt er nach, es gelte, die »wirkliche marxistische Tradition«, die von Marx und Engels ins Leben gerufen und v.a. von Lenin, Trotzki und Luxemburg entwickelt worden sei, von den »Verfälschungen [zu] unterscheiden«, als welche er neben dem ML »eine von der Praxis abgekoppelte wissenschaftliche Forschung« namhaft macht (18). Die sowjetische Gesellschaftsformation erklärt er »für bürokratischen Staatskapitalismus, für eine Variante desselben ausbeuterischen Gesellschaftssystems, das im Westen existiert« (ebd.). –

Die vermeintliche Hinwendung »der« Akademiker zu Marx ist nicht die einzige Verkenning. Dass die Konzerne des Exportweltmeisters Deutschland im Zuge neoliberaler Politik soziale Errungenschaften kassieren, führt Verf. im Vorwort zur 1. dt. Ausgabe von 1998 auf »eine tiefe Krise ihrer Konkurrenzfähigkeit« zurück; zugleich sieht er eine »seit der Weimarer Republik beispiellose Klassenpolarisierung, da die Arbeiter sich dieser Offensive widersetzt haben« (13). Der Kapitalismus schließlich ist ihm zufolge »für seine Ablösung überreif« (20), »entweder durch Selbstmord mittels eines Atomkriegs oder durch das Werk der Arbeiterklasse« (246). Insgesamt waltet ein organisatorisch-dogmatischer Alleinvertretungsanspruch, den man – abgesehen von marginalem Sektierertum – mit dem ML aus der Welt verschwunden glaubte. Theorie ist hier wieder die Ideologie einer Organisation; zu sehen bleibt, was damit aus ihr wird. Die Verachtung des »akademischen« Marxismus (d.h. des Diskussionszusammenhangs einer vielstimmigen wissenschaftlichen Gemeinschaft) rächt sich. Wie im vulgären Handbuchmarxismus wird hier Marx rücksichtslos aus den verschiedenen Phasen seiner Denkentwicklung zusammenmontiert, wie es gerade ins Bild passt.

Hier nur einige symptomatische Einzelheiten: Aus der 6. Feuerbach-These zieht Verf. die Behauptung: »Es gibt keine abstrakte ›menschliche Natur‹.« (90) Daran dürften die Übersetzer mitgewirkt haben, die nicht bemerkt haben, dass die marxsche Formulierung vom »menschlichen Wesen«, das »in seiner Wirklichkeit das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse« sei, gelegentlich statt als »human essence« als »human nature« ins Englische übersetzt ist (so stellt die von Cyril Smith übersetzte Internetversion von *marxist.org* dem ersten Satz in Klammern hinzu: »menschliches Wesen = ›human nature‹«). Erinnern wir uns also mit Klaus Holzkamp, dass es sehr wohl eine »menschliche Natur« gibt (vgl. etwa *Grundlegung der Psychologie*, Frankfurt/M 1983, Kap. 5.4), und »abstrakt« kann man sie nennen, weil in ihr die historischen Herausarbeitungen des »menschlichen Wesens« nicht enthalten sind. – Aus dem von Marx als Ausgangsproblem aller Wissenschaft konstatierten Auseinanderfallen von »Erscheinungsform und Wesen der Dinge« (vgl. MEW 25, 825) macht Verf. in Bezug auf den Kapitalismus eine manipulationistische These: »Denn der Kapitalismus als eine Klassengesellschaft setzt systematisch Ideologie ein, um unsere Wahrnehmung von seiner Funktionsweise zu verzerren.« (98) Dies ausgerechnet in einem Kapitel, welches »Marx Methode« überschrieben ist. Letztere bestimmt er als den »Vorgang, Abstraktionen als Ausgangspunkt für die Erklärung von Erscheinungen zu nehmen und sich ›durch eine Masse Mittelglieder‹ zu arbeiten« (99f). Das ist seine Zusammenfassung des bekannten Abschnitts aus dem Methodenteil der sog. »Einleitung zu den *Grundrissen*« (vgl. MEW 42, 34f). Marx beschreibt dort die Struktur der ökonomischen Systeme seit Adam Smith, »die vom Einfachen wie Arbeit, Teilung der Arbeit [... etc.] aufstiegen bis zum Staat« (ebd.) etc. Callinicos: »Dies bildet also Marx Untersuchungsmethode.« (100) Es hätte sich vielleicht doch gelohnt, in die »akademischen« Debatten über die dialektische Spezifik des marxschen Theorieaufbaus einzutauchen. Dialektik selbst reduziert Verf. auf die gewiss vernünftige Absicht, »innerhalb des bestehenden Zustands Möglichkeiten für einen Wandel aufzuspüren« und »politisches Handeln [...] auf das objektiv Machbare [zu] stützen« (104f).

Im Schlusskapitel, »Marx heute«, wo es um »Veränderungen seit seinem Tod« (223) gehen soll, sucht man vergeblich nach einer Wahrnehmung der Strukturen, Akteure und Bewegungsformen des transnationalen High-Tech-Kapitalismus. Das berechtigte Interesse an Funktionen von Rüstung und Krieg verdeckt allein schon die Frage nach der gegenwärtigen Produktionsweise. Automation kommt nur in der Abwehr der Übertreibung ihrer Folgen vor (244). – Die im Anhang zum Studium empfohlene weiterführende Literatur

schließlich beschränkt sich auf einen engen Umkreis von Autoren; selbst Gramsci, der das Schlagwort »Philosophie der Praxis« liefern durfte (vgl. 104ff), ist dort abwesend, und sein Titelbegriff fehlt denn auch im Register. – Kurz: So viel im einzelnen der Marx-Engels-Zitate oder -Referate brauchbar sein mag, das Ganze dieser »zugänglichen, modernen Einführung« (7) ist das Unbrauchbare. Ihre geistige Enge mit ihren trügerischen Gewissheiten gehört aufgesprengt. Das kann nur das Werk vieler engagierter marxistischer Intellektueller sein, von denen Callinicos seinem Publikum auf der letzten Seite noch einmal zur Immunisierung einimpft, dass es »davon [...] zu viele« gebe (246).

Wolfgang Fritz Haug (Los Quemados)

Kinner, Klaus, u. Helmut Seidel (Hg.), Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes, Karl Dietz, Berlin 2002 (330 S., geb., 19,90 €)

Anlässlich von Luxemburgs 130. Geburtstag richtete die nach ihr benannte Stiftung im März 2001 in Leipzig eine Konferenz aus, deren Beiträge der Band wiedergibt. Die Zielsetzung bestehe darin, zu einer »von heutigen Erfahrungen ausgehenden historisch-kritischen Analyse ihres theoretischen Vermächnisses« beizutragen, deren Überfälligkeit außer Zweifel stehe (Umschlagtext). Dem ist unbedingt zuzustimmen. Besonders pikant macht dieses Desiderat die Groteske, dass die DDR-Führung die Herausgabe der Werke und Briefe gewährte (hier der dringende Appell an die Herausgeberin Annelies Laschitzka, die »Geheimgeschichte« dieser Entscheidung zu veröffentlichen!), aber deren produktives Einbringen in Forschung und Lehre unterband, so dass als (nahezu) einzige die »Bürgerrechtler« mit dem aus allen Zusammenhängen gerissenen Satz von der »Freiheit der Andersdenkenden« Nutzen aus einem Projekt zogen, welches das marxistische Denken zu erneuern berufen war (und ist). Den offiziellideologischen Umgang mit Luxemburg fasst Thälmanns schlichter Satz zusammen: »In allen Fragen, in denen Rosa Luxemburg eine andere Auffassung als Lenin vertrat, war ihre Meinung irrig« (zit. 316). Zum Glück fallen die Beiträge nicht ins andere Extrem, Luxemburgs kritischen Positionen gegenüber Marx oder Lenin bedingungslos zuzustimmen. Fünf exemplarische Aspekte seien im Folgenden skizziert: 1. Luxemburg weist dem geschichtlichen Ereignis den Status einer »Überraschung« zu, »an die wir erst hinterdrein unsere Vorstellungen anpassen müssen« (GW 1/2, 487); in der politischen Richtungssuche rangiere oft das »Unbewusste vor dem Bewussten«, die Taktik wird »in ihren Hauptzügen überhaupt nicht »erfunden«, sondern sie ist das Ergebnis einer fortlaufenden Reihe großer schöpferischer Akte des experimentierenden, oft elementaren Klassenkampfes« (GW 1/2, 432). Das hat, so Wolfgang Fritz Haug, tiefgreifende Folgen für die Einschätzung dessen, was Bewusstsein und Rationalität maximal vermögen. »Hier liegt vielleicht, bei radikal gewandelten politischen Bedingungen, der Kern einer Aktualität ihres Denkens, die seither eher größer als kleiner geworden ist.« (62) – 2. Ein zentrales Problem bei Luxemburg ist das Verhalten der Massen. Ihr Glaube an diese sei »sicherlich etwas naiv« gewesen, meint Uwe-Jens Heuer, »aber vielleicht ist es das, was sie uns heute so sympathisch macht« (166). Konkreter ist Wolfgang Eichhorn, er verweist darauf, dass die Katastrophe vom August 1914 (nicht zuletzt) aus der Anpassung von »Teilen der Arbeiterschaft an die Militarisierung der Wirtschaft, an deutsche Machtpolitik, an den Drang nach Kolonien« resultierte (298). Abgesehen davon, dass nicht nur die deutschen Arbeiter angepasst waren – hier wie bei Heuer sind die Gründe dieser »Anpassung« ausgespart, obgleich doch genau da anzusetzen wäre für eine (bis heute ausstehende) marxistische Theorie des Opportunismus. – 3. Eva Müller – ihre frappierende Lösung des Realisationsproblems (vgl. Luxemburgs *Akkumulation*

des Kapitals, GW 5, 97ff) sollte nachgelesen werden – resümiert, Luxemburgs Akkumulationstheorie »begründete zwar nicht den Zusammenbruch des kapitalistischen Weltsystems, sie bildete aber trotzdem eine wesentliche theoretische Grundlage für ihre revolutionäre politische Position« (100). Diese Behauptung wird nicht belegt, deutet jedoch in Richtung der Wechselwirkung zwischen Gesellschaftstheorie und politischem Handeln und wirft die Frage auf, inwieweit letzteres überhaupt »theoriebedürftig« ist, um in gegebenen Situationen »richtig« zu sein. Auf den gegenwärtig aktuellen Punkt gebracht: Wieviel und welche Theorie braucht sozialistische Politik im High-Tech-Kapitalismus? Vielleicht könnte dies Thema einer weiteren Rosa-Luxemburg-Konferenz sein. Auf ihr wäre auch das in Laschitzas Vergleich der Biographien von Luxemburg und Karl Liebknecht Ausgesparte nachzuholen – Liebknechts auf der subjektiven Wertlehre basierende ethische Begründung des Sozialismus (die entsprechenden Notizen sind in der neunbändigen DDR-Ausgabe nicht enthalten) im Lichte seiner politischen Aktivitäten zu diskutieren. – 4. Luxemburgs Methode der Aufklärung der Massen, beispielhaft vorgeführt von Frigga Haug, bestand wesentlich darin, statt sich über Kriegs- und Kolonialpropaganda zu empören, deren Zustimmungsfähigkeit zu untersuchen, die sich aus der Volksmeinung speiste, es gehe den Regierenden tatsächlich um die Hebung des Volkswohlstandes. Diese Illusion beim Wort nehmend, belegt Luxemburg die vom Volk abverlangten Opfer. Ihre Argumentierweise ist so angelegt, als säße das angesprochene Volk selbst an der Regierung. »Ist dieser Standpunkt, der in der regierungsoffiziellen Propaganda auch der Standpunkt der herrschenden Klasse ist, erst praktisch eingenommen, dann können weitere Fragen von Politik und Gesellschaftsgestaltung auf die Tagesordnung kommen, nicht vorher. [...] Ihr Mittel ist nicht die Belehrung, sondern die bestimmte Informationen. Angeknüpft wird an Bestandteile im Alltagsverstand.« (145) – Frage: Wie geht die Linke heute mit dem Alltagsverstand des Volkes um? – 5. »Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!« (*Was will der Spartakusbund?*, 14.12.1918, GW 4, 441) – Geht der »epochale Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus weiter«, wie Ingo Wagner bejaht (174), oder ist die Entscheidung längst gefallen? Ist es möglich, den »Kern der sozialistischen Gesellschaft aus der ihm widersprechenden kapitalistischen Hülle herauszuschälen« (GW 1/1, 53)? Wie geht dieses Bild (es findet sich auch bei Marx) zusammen mit dem dialektischen Denken gesellschaftlicher Totalität, das die agierenden Subjekte lehrt, dass nur das *Ganze* das Wahre (Hegel) bzw. das Unwahre (Adorno) und damit das zu Packende, zu Verändernde ist?

Thomas Marxhausen (Halle)

Miéville, China, *Between Equal Rights. A Marxist Theory of International Law*, Brill, Leiden-Boston 2005 (375 S., geb., 93 US\$)

Der Haupttitel ist ein abgebrochenes Zitat. Im von Samuel Moore und Edward Aveling ins Englische übersetzten, von Engels 1887 herausgegebenen marxschen Hauptwerk *Capital: A Critical Analysis of Capitalist Production* heißt es: »Between equal rights force decides« (MEGA II.9/203), was dem deutschen Original von 1867 entspricht: »Zwischen gleichen Rechten entscheidet die Gewalt« (MEW 23/249, MEGA II.5/181). Allerdings bezieht sich diese Behauptung nicht auf das Völkerrecht, sondern auf das Arbeitsrecht, genauer auf die Regelung der Länge des Arbeitstages: Da dessen zeitliche Begrenzung nicht aus der Natur des Warenaustausches folgt, ergibt sich nach Marx zwischen dem Recht des Käufers der Ware Arbeitskraft und dem ihres Verkäufers eine Antinomie, die als Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten und dem Gesamtarbeiter ausgetragen und schließlich durch Gewalt entschieden wird.

Der Autor ist Mitglied des Herausgeberkollegiums der Zeitschrift *Historical Materialism* und deren Buchreihe, als deren Band 6 die überarbeitete Fassung seiner an der *London School of Economics and Political Science* erarbeiteten Dissertation publiziert ist. Mit ihr wird der Absicht nach eine neuartige marxistische Völkerrechtskonzeption begründet. Bekanntlich hat Marx keine Völkerrechtstheorie hinterlassen und sich auch nicht eben häufig zum Völkerrecht seiner Zeit geäußert, dessen damaligen Entwicklungsstand er zudem gelegentlich verkannte.

Anders als Marx, der Ökonom, spielt Marx, der Jurist, bei Miéville so gut wie keine Rolle. Sein eigentlicher Held ist Jewgeni B. Paschukanis (1891-1937). Dessen *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus* (russisch: Moskau 1924; deutsch: 1929; französisch: 1970; englisch: 1980; annotierte Edition: Freiburg/Berlin 1991), ergänzt durch sein Völkerrechts-Lemma in der sowjetischen *Staats- und Rechts-Enzyklopädie* von 1927 (ins Englische übersetzt hier im Anhang abgedruckt), wird als einzigartig gerühmt: dieses Werk habe »the indispensable optic to understand international law« bereitgestellt (114). Die Kategorien des heutigen Völkerrechts könnten nur als solche einer globalisierten kapitalistischen Marktwirtschaft verstanden werden, und niemand habe die Spezifik der Rechtsform aus den »Naturgesetzen der modernen Produktionsweise« (Marx, MEGA II.10, 255) so konsequent herausentwickelt wie eben Paschukanis. Diesem – freilich in einer intellektuellen und physischen Tragödie endenden – »giant of Marxist legal theory« sei die Ontogenese der *Rechtsform (legal form)* aus der *Warenform (commodity form)* des im Kapitalismus »for and on the basis of commodity exchange« Produzierten zu verdanken (64, 84, 105).

Mit den Rechts- und Völkerrechtstheorien von John Austin, Hans J. Morgenthau, Carl Schmitt, Hans Kelsen, Howard L.A. Hart, aber auch mit den Konzeptionen der *Critical Legal Studies*-Bewegung (einschließlich Martti Koskenniemi und Jürgen Habermas), des Marxisten B.S. Chimni und natürlich der (pauschalisierten) sowjetischen Theorie wird radikal abgerechnet. Ohne Rücksicht auf mögliche Missverständnisse werden die Gewalttätigkeiten des Gegenwarts-Imperialismus nicht als Bruch des heutigen Völkerrechts, sondern als dessen eigentliches Mittel und Medium charakterisiert. Im Völkerrecht widerspiegeln, verberge und verwirkliche sich nichts anderes als eben der Imperialismus; wer innerhalb der gegenwärtigen internationalen Beziehungen »humanitäre Interventionen« oder eine Globalisierung des Rechtsstaates fordert, der verkenne ungeachtet seiner vielleicht lobenswerten Absichten die Natur des Rechts: »the international rule of law is not counterposed to force and imperialism: it is the expression of it« (8).

Nun hat Paschukanis tatsächlich das Völkerrecht der ersten beiden Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts als die Rechtsform bezeichnet, in der sich der Kampf der kapitalistischen Staaten untereinander um die Herrschaft über den Rest der Welt vollzieht (322). Und bedenkt man die als humanitäre Interventionen getarnten Aggressions- und Subordinationskriege der USA samt ihrer willigen Vasallen gegen Afghanistan, Jugoslawien und den Irak, fügt man noch den gezielt limitierten Wirkungsbereich des Internationalen Strafgerichtshofes (ICC) sowie die unübersehbaren inner- und zwischenstaatlichen Menschenrechtsverletzungen der Ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, des tatsächlich ranghöchsten Völkerrechtsorgans, hinzu, dann wird verständlich, warum Miéville das Völkerrecht für keine Gesamtheit allgemeinverbindlicher Regeln hält, sondern für eine strukturelle Komponente kapitalistisch determinierter und imperialistisch orientierter Machtverhältnisse. Die USA- und NATO-Kriege nebst deren sich anschließende Okkupationen bloß als illegal zu charakterisieren, wird von ihm – und zurecht! – als unangemessene Kritik bezeichnet; sie schwäche schlimmstenfalls sogar die

Antikriegsbewegung, denn deren Erfolg hänge vor allem davon ab, ob es gelingt, die Ursachen dieser Kriege offenzulegen. Die Verletzung von Völkerrecht zählt aber gewiss nicht zu diesen Ursachen. Idealistischer Unfug sei es, ein von der Wirklichkeit abstrahierendes Trugbild (etwa das von einer Staatengemeinschaft) gegenüber dieser Wirklichkeit (also der durchkapitalisierten Weltgesellschaft) zu privilegieren, statt letztere in ihrer determinierenden Widersprüchlichkeit zu begreifen.

Insofern sind Fragen nachfolgender Art ernst zu nehmen: Ob der Menschheit ein dritter Weltkrieg bisher wegen des zwischenstaatlichen Gewaltverbots der UNO-Charta erspart blieb, oder aber wegen des atomaren Patts innerhalb eines über Jahrzehnte bipolaren Staatensystems? Ob die Grundnorm des Völkerrechts, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, nicht bloß pure Verschleierungsideologie sei, da doch den seit 1945 bis in die jüngste Vergangenheit exekutierten ethnischen Säuberungen ganze Völker zum Opfer fielen, sichtbarer Beweis dafür, dass diese Säuberungen nur das Gegeneinander von Völkern petrifizieren, deren Miteinander gescheitert ist? Ob nicht die einzig positive Funktion des Völkerrechts in der fatalistischen Einsicht schwacher Staaten bestehe, sich durch eine limitierte Unterwerfung unter die starken Staaten (bzw. durch ihre Einordnung in die Hierarchie eines Empire) wenigstens den Untergang zu ersparen? Ob nicht der Riesenaufwand für das diplomatische Welttheater der UNO nur die reale Belanglosigkeit des Völkerrechts oder deren eigentliche Funktion verdecke, die internationalen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse aufrechtzuerhalten, wenn auch in etwas gemilderter, nämlich geregelter Form? Oder biete die Verrechtlichung des Politischen dem Machtlosen tatsächlich eine Chance, die Macht des Übermächtigen in ihre Grenzen zu zwingen?

Für Euphorie gibt es wahrlich keinen Anlaß. Gleichwohl verengt die Reduktion der Rechtsform gesellschaftlicher Verhältnisse auf die Warenform von Arbeitsprodukten sowie des Rechtsinhalts auf die Interessen herrschender Gesellschaftsklassen in unzulässiger Weise die Widersprüche innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft und zwischen den kapitalistischen Staaten. Die sich über viele Jahrhunderte hinziehende Geburt des innerstaatlichen Verfassungs- und des zwischenstaatlichen Völkerrechts aus den Interessenkonflikten der menschlichen Gesellschaft beweist, dass auch diese die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht unmittelbar regulierenden Rechtsbereiche zwar als *Mittel*, aber auch als *Maß* von Macht wirken. Es sind die Klassen- und die Staatengegensätze selbst, die dafür sorgen, dass auch dieses Recht, obschon es *Klassenwille* bleibt, weder immer noch überall zu *Klassenwillkür* ausartet. Es ist der Gehorsam der Schwachen, der die Starken stärkt, und es ist der Widerstand eben dieser Schwachen, der die Starken schwächt. Und es ist eine nur realhistorisch zu beantwortende Frage, ob das jeweilige inner- und zwischenstaatliche Ordnungsreglement »the popular pressure from below« (298) durch Krieg und Terror vollständig unterdrückt oder durch gerichtlich gesicherte Freiräume für Parteien und deren relative Pressefreiheit erleichtert, auch wenn letzteres in einer undemokratischen Gesellschaft die Existenz eines demokratischen Staates vortäuscht.

Ungeachtet ihrer illusionserzeugenden Nebenwirkungen dürfen die Menschen- und Bürgerrechte unter kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsbedingungen keineswegs als eine »meaningless rhetoric of the powerful and oppressor« (303) abgewertet werden. Auch deshalb ist es unverzichtbar, auf der relativen Selbständigkeit normativer Ebenen der Gesellschaft gegenüber ihren ökonomischen, politischen und medialen Bedingungen zu beharren. Der Kampf zwischen dem Gesamtkapitalisten und dem Gesamtarbeiter hat nämlich viele Facetten. Trotz unübersehbarer Teilwahrheiten ist *Rule of law* mit dem Totalverriß »the chaotic and bloody world around us« (319) alles

andere als hinreichend charakterisiert. Es rächt sich hier, wie auch sonst, dass der Autor die Überfülle rechtstheoretischer Analysen innerhalb des *Œuvre* von Marx ebenso wie die einschlägige Gesamtkonzeption von Norman Paech und Gerhard Stuby, *Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen*, Hamburg 2001, vermutlich aus sprachlichen Gründen, nicht berücksichtigt hat. Sonst wäre ihm vielleicht ein noch wichtigeres Werk gelungen. Was nicht ist, hat den Vorteil, noch werden zu können.

Gewidmet hat Miéville sein mit bolschewistisch anmutender Impertinenz geschriebenes Werk *To the Memory of Fred Hampton*, ohne zu sagen, warum und weshalb. Für hiesige Leser hinzugefügt: Dieser 1948 geborene Hampton gehörte einer Gruppe marxistischer Jurastudenten innerhalb der *Black Panther Party* Chicagos an und wurde, von einem FBI-Spitzel denunziert, am 4. Dezember 1969 während einer Razzia von der Polizei seiner Stadt gezielt totgeschossen. *Shoot-to-kill-policy as Rule of law?* Hermann Klenner (Berlin)

Ritsert, Jürgen, *Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2004 (268 S., br., 29,90 €)

Ritsert bietet – anders, als es der Titel vermuten lässt – einen Überblick über die politische Philosophie von Hobbes, Locke, Rousseau, Kant und Hegel. Unter Sozialphilosophie möchte er nämlich eine »*philosophia practica univeralis*« (12) im Sinne Kants verstanden wissen, wobei er ohne weitere Erörterung voraussetzt, dass die nachidealistische Trennung von Moralphilosophie, Rechtsphilosophie, Gesellschaftstheorie und politischer Ökonomie einen theoretischen Rückschritt darstelle. Dementsprechend sei die Aufgabe der Sozialphilosophie nicht eine Beschäftigung »mit konkreten rechtlichen und staatlichen Institutionen in der Geschichte, sondern mit Fragen des menschlichen Zusammenlebens überhaupt« (20). Von der Gesellschaftstheorie unterscheide sie sich insofern, als sie »die allgemeinsten Voraussetzungen, Hintergrundannahmen und methodischen Prinzipien der verschiedenen Sozialwissenschaften reflektiert« (26) als eine Art »Wissenschaftstheorie der Sozialwissenschaften« (27). Derart setzt Ritsert nicht nur Gesellschaftstheorie mit einer Soziologie gleich, die unfähig zur Reflexion ihrer eigenen Grundlagen ist; mit der Bestimmung der Philosophie als »Metatheorie« (ebd.) verdeckt er auch deren unhintergebar politischen Charakter. Der hegelsche Begriff der Staatsgesellschaft scheint ihm als das theoretische Non plus Ultra zu gelten, um über grundsätzliche Fragen des menschlichen Zusammenlebens nachzudenken (23).

Verf. verfolgt einen ambitionierten Anspruch: »Es soll gezeigt werden, welche zentrale Rolle einige ausgewählte Motive aus der ›großen abendländischen Erzählung‹ über Recht, Moral, Gerechtigkeit und staatlich-gesellschaftliche Ordnung bei der Analyse und Kritik ›hoch entwickelter‹ Gegenwartsgesellschaften immer noch spielen und/oder spielen könnten!« (13) Hobbes, Locke, Rousseau, Kant und Hegel sind demnach nicht allein ideologiekritisch zu lesen, insofern ihre Theorien im Dienste der Herrschaft stehen, sondern sie formulieren wesentliche Einsichten über moderne Gesellschaften.

Der Gegenwartsbezug, den Verf. aufzeigt, erschöpft sich dann allerdings in den Feststellungen, dass der Kontraktualismus von Rawls eine individualistische Version des Naturzustandes beinhaltet, dass Hegels Verständnis von Reflexivität sich in der Systemtheorie wiederfindet und dass das Problem der *volonté générale* für demokratietheoretische Überlegungen relevant bleibt, die unter Demokratie mehr verstehen als pragmatische Verfahren der Mehrheitsbildung. Auf diese Weise verschwindet einiges von theoretischem Interesse. Die Revolution der Gleichheit z.B., die Hobbes Auffassung des Naturzustandes darstellt, wird in einen Nebensatz verbannt, der Machtbegriff auf einer einzigen Seite abgehandelt (136) und zum Verhältnis von Naturrecht und Rechtspositivismus findet sich nichts.

An der von Ritsert referierten Kritik, die Locke im *First Treatise of Government* an Robert Filmers patriarchaler Gottesgnadentumslehre formuliert, hätte gezeigt werden können, wie illegitim z.B. Foucaults Operation ist, unterschiedlichste Vertragstheorien mit einem personalen Souveränitätsbegriff gleichzusetzen und zu theoretischen Legitimationen des Absolutismus zu erklären. Auch hätte von Locke aus der ontologisierende Souveränitäts-Mythos kritisiert werden können, den jüngst Giorgio Agamben produziert hat. – Als Einführung hält Ritserts Buch einige wichtige philosophiehistorische Tatsachen fest: z.B. dass Rousseau eine ›Okkupationstheorie des Eigentums‹ vertritt, während Locke einer ›Arbeitstheorie des Eigentums‹ anhängt. Oder dass der *Contrat social* und der *Discours sur l'inégalité* den Gesellschaftszustand gegensätzlich einschätzen – einmal positiv, einmal negativ. Das kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die weitreichenden theoretischen Ansprüche nicht eingelöst werden.

Urs T. Lindner (Berlin)

Lüdemann, Susanne, *Metaphern der Gesellschaft. Studien zum soziologischen und politischen Imaginären*, Wilhelm Fink, München 2004 (214 S., br., 26,90 €)

Nicht erst seit der Mode, gegenwärtige Verhältnisse als Risiko-, Erlebnis-, Informations- oder Spaßgesellschaft zu beschreiben, vermittelt, wer sie im Ganzen thematisiert, zugleich eine vorgreifende Auffassung von ihrer Struktur. Lüdemanns Habilitationsschrift geht davon aus, dass solche Auffassungen theoretisch nicht begründbar, aber praktisch gehaltvoll sind. In den an Foucault geschulten, Literatur- und Sozialtheorie verbindenden Kreisen, denen die Arbeit entstammt (als Hauptförderer wird Albrecht Koschorke genannt), wird das oft mit dem Begriff der Konstruktion formuliert. »These ist, dass jede Konstruktion gesellschaftlicher Totalität nur von dem her verständlich wird, was sie ausschließen will, ja muss, nämlich eine (jede) andere Konstruktion gesellschaftlicher Totalität« – und statt ihre jeweilige Sachhaltigkeit zu prüfen, vermöge eine reflektierte Sozialtheorie nur »normative Vorentscheidungen sichtbar zu machen« (13). Anders als bei Mannheim, der Ähnliches zu zeigen versuchte (wenngleich er zu objektivistisch auf ›wirkliche‹ Gegebenheiten rekurriert habe), wird dabei »nach der politischen Position, dem zu lösenden Problem oder der ›Klassenlage‹ eines Autors« nur »en passant« gefragt (15). Im Kern geht es stattdessen darum, Gesellschaft als ›symbolische Ordnung‹ zu erweisen. Hauptbeispiele für den Aufbau einer solchen Ordnung sind die semantischen Traditionen des sozialen Organismus und des Gesellschafts- bzw. Staatsvertrags; genereller Titel für ihre Funktionsweise ist der Begriff ›Metapher‹.

Dieser ist freilich recht weit gefasst – denn »die Unterscheidung von Begriffen und Metaphern« sei »ontologisch« wertlos (36). Wie man mit der modernen Linguistik, namentlich mit Roman Jakobson sehen könne, »verfahren sowohl die Begriffsdefinition als auch die metaphorische Aussage *substitutiv* oder *interaktiv*, d.h. sie erläutern die Bedeutung« von Ausdrücken, »indem sie andere Ausdrücke an ihre Stelle setzen« (ebd.). Daher lasse sich höchstens »heuristisch« feststellen, was in einer Kultur als begriffliches und was als metaphorisches Sprechen »wahrgenommen wird« – etwa »Ein Kamel ist ein Säugetier« im Gegensatz zu »Ein Kamel ist ein Wüstenschiff« (37). Beide Sätze würden verschieden verwendet (genau besehen – der zweite wohl überhaupt nicht) und verlangten recht unterschiedliche Anschlussoperationen; es sei aber unmöglich, eine stabile Unterscheidung zu etablieren. So verschafft sich Verf. für ihre Analysen die Lizenz, auch theoretisch anspruchsvolle Konzepte wie das ›soziale System‹ oder die ›soziale Ordnung‹ Metaphern zu nennen – ohne aber das *spezifisch* Metaphorische in den untersuchten Rede- und Theoriefiguren herauszuarbeiten.

Vielleicht werden deshalb in der exemplarischen Durchführung zwei ›Metaphern‹ verglichen, die auf verschiedenen Ebenen liegen: Der Analogie Gemeinwesen/Organismus hat man gewöhnlich – spätestens seit Hobbes – mechanistische, eben die Konstruktion betonende Staats- und vielleicht auch Gesellschaftsdarstellungen entgegengesetzt; Verf. wählt stattdessen die Fiktion des Staatsvertrages, die zwar oft – namentlich bei Hobbes – dem zweiten Pol zugeordnet wird, aber weniger die Struktur als die Legitimität des Gemeinwesens betrifft. Auch starke, ›organische‹ Gemeinschaften können als Produkt eines ursprünglichen Vertrages dargestellt werden – so bei Rousseau, mit dem die ›Sorge um die Gemeinschaft‹ in die moderne Welt gekommen sei (103). Statt derartiger Überlagerungen werden zwei getrennte Figuren vorgeführt: Auf der einen Seite das Bild des sozialen Körpers in der (mit Paulus ins Christentum erweiterten) Antike und der frühen Soziologie, auf der anderen Seite eben der hobbesche Gesellschaftsvertrag. Eine Pointe dieses Kontrasts: Hobbes erscheint moderner, weil kontingenzbewusster, als die Soziologen. Metaphorologischen Gewinn wirft das bei der Lektüre Durkheims ab: Indem er gerade die traditionale Vergesellschaftung als ›mechanisch‹ und die moderne, arbeitsteilige als ›organisch‹ bezeichnet – weil in der einen fast alle das Gleiche tun, während sie sich in der anderen funktional ergänzen –, kann er begrifflich die Klassenkämpfe und Fragmentierungen seiner Gegenwart unsichtbar machen bzw. als ›pathologisch‹ an den Rand drängen. Anlass genug, Durkheims Profession insgesamt in ein kritisches Licht zu rücken: »Der Preis, den die Soziologie – und mit ihr die Gesellschaft – für diese ›biologische Option‹ zahlt, ist [...] (bis heute) hoch: Mit dem mechanistischen Weltbild und dem daran gekoppelten Vertragsmodell geht nämlich die Möglichkeit verloren, [...] die soziale Ordnung als symbolische Ordnung zu denken.« (123)

Doch ihre konstruktivistischen Vorannahmen verbieten auch der Verf. einen genaueren Blick auf gesellschaftliche Mechanismen wie etwa je herrschende Regeln des Diskurses; soziale Wirklichkeit soll ja ohnehin nicht erfasst werden, und von der normativ bevorzugten Konstruktion des Vertragsdenkens erfährt man vor allem, dass sie sich selbst als Konstruktion durchschaut. Übrig bleiben nur Erklärungsmodelle, die erst gar nicht sozialwissenschaftlich auftreten: neben Sprachlehre vor allem Psychologie und Anthropologie. Ausführlich stellt Verf. Castoriadis Theorie der *Gesellschaft als imaginäre Institution* dar, der sie zwar in beinahe jedem Punkt widerspricht, die aber »einer der wenigen Versuche« sei, »psychoanalytische Begriffe und Denkfiguren überhaupt für die Sozialtheorie fruchtbar zu machen« (59); sie betont mit Freud, »dass Vorstellungen niemals neutral, sondern stets [...] affektbesetzt sind« (74); schließlich geht sie mit Blumenberg und Gehlen davon aus, dass der von Natur aus unterbestimmte Mensch orientierende Leitbilder braucht – in Theoriedeutsch: dass »die Metaphernbildung den Elementarvorgang der ursprünglichen Supplementierung biologischen Mangels durch die Institution von Bildern und Symbolen darstellt« (73). Damit allerdings führt der radikale, mit viel Avantgardetheorie angereicherte Konstruktivismus am Ende zurück ins Biologische. Zur liberalen Ideologie des Urvertrags tritt die konservative, dass Freiheit ein Mangel, und ein Vorrat verbürgter Illusionen lebensnotwendig sei. Analyse und Kritik des organizistischen Erbes in der klassischen Soziologie hätten einen weniger verstaubten Rahmen verdient.

Tilman Reitz (Jena)

Badiou, Alain, Deleuze. »Das Geschrei des Seins«, Diaphanes, Zürich-Berlin 2003 (178 S., br., 24,90 €)

Auf den ersten Blick wirkt die Hauptthese des Buches überraschend: Deleuze habe, entgegen aller offensichtlichen Parteinahme für ›das Viele‹, Multiple, anarchisch Bunte, ein Denken des Einen entwickelt, weswegen er einen wirklichen Begriff des Mannigfaltigen und Differenten immer verfehlen musste. Mit dieser Behauptung wird zugleich ein Kernproblem der poststrukturalistischen Linken angesprochen: Wie lässt sich bei einer radikal immanenten, antidialektischen Bejahung des Mannigfaltigen noch politische Gegnerschaft denken, wie lässt sich Opposition gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung begründen? – Tatsächlich hat Deleuze nie einen Zweifel daran gelassen, dass er die Widersprüche und Gegensätze der Dialektik zu Gunsten unregulierter Differenz überwinden will. Eben dafür schien ihm jedoch, so Badiou, nur das nichthierarchische, von ›transzendentalen‹ Kategorien befreite Sein eine philosophische Garantie zu bieten. Es diene als Grundlage für seine ›Utopie‹ einer Gesellschaft der Gleichen, deren einziger Imperativ die »egalitäre Affirmation all dessen ist, was ist« (65). Dieses Projekt sei ein Rückfall in die überkommene ontologische Ordnung.

Die Schwierigkeit liegt im Nachvollzug des Standpunkts, von dem aus Verf. einen solchen ›Rückfall‹ kritisieren will. »Sagen wir, dass die deleuzesche Philosophie, wie im Übrigen die meine, entschieden *klassisch* ist.« (66) Als »klassisch« gilt ihm dabei »jede Philosophie, [...] die so tut, als ob der von Kant gegen die Metaphysik geführte Prozess null und nichtig wäre« (ebd.). Dem entspricht eine ontologische Argumentation ohne gesicherten Bezug auf mögliche Erfahrung. Im Zentrum steht dabei der Begriff des Virtuellen – es wird gegen seine herkömmliche Definition (›nur der Möglichkeit nach vorhanden‹) als das verstanden, was sich äußert oder erscheint, ohne aktuell erfahrbar zu sein. Für Deleuze bilde es das jedem Seienden innewohnende »Fundament«, das aber »stets zurücknimmt, was es begründet« (90). Als Beispiele werden u.a. die Strukturen einer Sprache oder die »Regeln der Verwandtschaft« (55) genannt, die ›Sinn‹ produzieren, ohne selbst sinnvoll zu sein. Offenbar glaube Deleuze, nur mit dieser Konstruktion »das Sein des Einen als Veränderung« (91) und Vielfalt adäquat denken zu können. »Seine Realität besteht gerade darin, endlos neue Virtualitäten zu aktualisieren« (72), woraus sich umgekehrt – dem Vorbild Nietzsches entsprechend – ergibt, »dass jede (aktuelle) Ordnung immer nur ein Trugbild ist« (100). Folgerichtig sei bei Deleuze die Frage der »Wahrheit« suspendiert; wirksam und wirklich sei unter den gemachten Voraussetzungen nichts als die »Macht des Falschen« (82).

Nicht, dass Verf. dagegen eine wissenschaftliche Vorstellung von Wahrheit, einen Anspruch auf ›Objektivität‹, auf Konsistenz und Nachvollziehbarkeit in Anschlag brächte. Im Gegenteil ist ihm Deleuzes »radikale Kontingenz des Seins« (106) noch nicht absolut genug. Gegen den Anspruch, das Denken der »Erfahrung der Grundlosigkeit« auszusetzen (117), halte er daran fest, dass »die Verbindung aller Objekte zum Rest des Universums letztlich auf dem Objekt ›selbst‹ markiert« sei (119). Für Verf. hingegen steigen die Ereignisse willkürlich aus der »Leere des Seins« empor (108); Wahrheit ist ihm nichts als die ›Treue‹ gegenüber ebenso zufälligen wie seltenen, absolut neuen Ereignissen, etwa »der (politischen) Revolution, der (Liebes-)Leidenschaften, der (wissenschaftlichen) Erfindungen und der (künstlerischen) Schöpfungen« (93). Andeutungsweise bezieht er diesen Anspruch auch auf die politische Gegenwart. Für ihn geht vom »Wahrheitsereignis« der Anspruch aus, sich gegen die anglo-amerikanisch-pragmatisch-demokratische Hegemonie zur Wehr zu setzen (137). Gegen sie und die »Mächte des Verfalls« im »Fäulnis erregenden Kapitalismus« (ebd.) biete die deleuzesche Subversion nicht genug Widerstand.

In solchen Formulierungen schimmert Badiou's leninistisch-maoistische Herkunft durch, die aber nicht mehr zu einer konkreten Analyse führt. Was bleibt, ist die pathetische Feier des Ereignisses schlechthin, das letztlich willkürlich und voluntaristisch mit den Insignien der Wahrheit und eines neuen Universalismus ausgestattet wird; ein philosophisches Gegenkonzept bleibt im Dunkeln. Im für Deleuze – und nach Badiou's Ansicht überhaupt fürs 20. Jh. – charakteristischen Antiplatonismus, dem »Platon als der erste ›Meisterdenker‹ des Totalitarismus« gilt (140), sei jede Chance auf selbständiges philosophisches Denken untergegangen. Wie sich aber mit Platon eine neue Verbindlichkeit realisieren ließe und zugleich am postmodernen Pluralismus festgehalten werden könnte, zeigt er nicht. Carsten Schmidt (Berlin)

Villa, Paula-Irene, Judith Butler, Campus, Frankfurt/M 2003 (162 S., br., 12,90 €)

Die Einführung ist entlang zentraler Themen von Butler geordnet. Im Kapitel zu Sprache und Diskurs werden zwei Thesen vorgestellt, die sich wie rote Fäden durch die Folgekapitel ziehen: Die diskursive Konstruktion von Identitäten und die »immanente Möglichkeit des Widerspruchs« (36). Villa betont, dass es Butler nicht um die abstrakte Negierung von Subjekt, Körper, Identität oder Geschlecht gehe, sondern um die Thematisierung der politisch-diskursiven Mächte und psychischen Prozesse, die jene produzieren. Indem diese Wirklichkeiten als konstruiert entlarvt werden, werden neue Lesarten, neue Konstruktionen gesellschaftlicher Verhältnisse ermöglicht. Sie sollen als »Potenzialität«, als »Schauplatz der Möglichkeiten« (84) gedacht werden.

Der politischen Dimension räumt Villa unter dem Titel »Queer Politics« ein weiteres Kapitel ein. Auch wenn es vielen von Butlers Kritikerinnen angesichts drängender Probleme wie Frauenhandel und ökonomischer Benachteiligung als »esoterischer Luxus« (127) erscheine, berge die »Spannung zwischen strategischer Nutzung bestimmter Kategorien und ihrer gleichzeitigen Hinterfragung« (112) das Potenzial, bestehende Verhältnisse zu variieren, parodieren, unterlaufen und vielleicht auch dauerhaft zu verändern. Gegen eine Romantisierung dieses widerständigen Potenzials betont Villa, dass »Parodie, Travestie und theatralische Übertreibungen [...] nicht zwangsläufig subversiv oder politisch effektiv« sind (118), und ist sich dabei auch bewusst, wie nahe die Anerkennung heterogener Identitäten der neoliberalen Pseudo-Individualisierung kommen kann: »Die butlersche Kurzformel von *gender* als Performance und ihre Kritik an eindeutigen Identitäten passen durchaus zu einem Zeitgeist, der ein *Anything goes* – kommerziell erfolgreich – suggeriert und der propagiert, dass politische Emanzipationsbewegungen wie etwa der Feminismus altmodische Ideologien sind, die niemand mehr braucht« (106).

Weitere Kritiken an Butler werden im abschließenden Kapitel zur Rezeptionsgeschichte behandelt. Butlers Forderung nach der Anerkennung des Anderen thematisiere Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht, zudem blieben institutionelle und politische Kontexte von Sprechakten ausgeblendet. In ihren Arbeiten erscheinen Diskurse oft als merkwürdig zeitlos, so als ob etwa »die Zwangsheterosexualität immer schon überall dasselbe« gewesen sei (149). In der Frage der Handlungsfähigkeit des postsouveränen Subjekts dagegen stimmt Villa mit Butler überein: sie finde sich »genau an solchen Schnittpunkten, wo der Diskurs sich erneuert« (147). – Unter Verweis auf Butlers Machtkonzeption nimmt Villa sie mehrmals gegen Kritik in Schutz (so gegen den Vorwurf, sie begreife den Körper nur als Text), aber dieses Machtkonzept wird nur am Rande abgehandelt.

Während Butlers Sprache häufig Anlass »zynischer und verzweifelter Klagen über ihren Stil« (12) war, gelingt es Villa, die Theorie durch anschauliche Beispiele alltäglicher Identitätszuschreibungen zugänglich zu machen. Mit Dualismen wie Ebbe und Flut

oder Tag und Nacht verdeutlicht sie, dass sich Identitäten immer über Ausschlüsse konstituieren; mit Verweisen auf Gesten, Bewegungsformen und Haltungen macht sie performative Akte plastisch, durch die wir Geschlechtsidentitäten imitieren und annehmen. An der Gruppe ›Kanak Attak‹, die ihr als Beispiel für Kritik der Identitätspolitik und für ›queere‹ Politikformen gilt, zeigt sie, dass Butlers Argumentationen über den Bereich der Geschlechterverhältnisse hinaus tragen.

Pia Eberhardt (Köln)

Kunst und Kultur

Raunig, Gerald, *Kunst und Revolution. Künstlerischer Aktivismus im langen 20. Jahrhundert*, Turia + Kant, Wien 2005 (261 S., br., 22 €)

Raunig geht von einem sogenannten poststrukturalistischen Revolutionsbegriff aus, der nicht aus historischer Forschung, sondern aus ›Dekonstruktionen‹ des leninschen Begriffs gewonnen wird. Negri, Foucault, Deleuze, Guattari sind die Theoretiker, die den Rahmen seiner Darstellung bilden. Revolution wird hier nicht als der eine große historische Einschnitt begriffen, der in der Übernahme der Staatsapparate gipfelt, sondern als ein unabschließbarer Prozess, der v.a. die Konfrontationen unterhalb der Ebene der traditionellen (Parteien-)Politik betrifft. Verf. lehnt infolgedessen auch das leninsche Modell ab, das entsprechend dem Ziel der Staatsübernahme den Widerstand und die Konstituierung der Macht als zeitlich unterschiedene Phasen der Revolution voneinander trennt. Lenins in politischer Absicht entworfenes Modell war an dem Vorbild der Französischen Revolution orientiert, deren moderne historische Erforschung durch Soboul Lenins Analyse im wesentlichen bestätigt hat.

Doch Raunig und seinen theoretischen Stichwortgebern kommt es nicht auf die Erforschung konkreter Revolutionen an, sondern auf eine aktuelle Perspektivierung des Begriffs, der mit den heutigen Bedingungen und Eingriffsmöglichkeiten kompatibel sein soll. Eine Revolution ist demnach weniger zielorientiert auf ein Jenseits der gegenwärtigen Verhältnisse gerichtet, als vielmehr eine endlos sich verschiebende Konstellation von Macht und Widerstand. Der Aufstand der Zapatistas ist dafür das prominenteste und überzeugendste Beispiel. Es bleibt aber fragwürdig, den Begriff auf Phänomene sehr unterschiedlicher Größenordnung anzuwenden, ohne zwischen ihrer politischen bzw. künstlerischen Relevanz zu differenzieren. Die postmoderne Entgrenzung des Begriffs ›Revolution‹ droht ihn konturenlos werden zu lassen und ephemere Phänomene des Widerstands (z.B. die VolxTheater-Karawane) über Gebühr zu dramatisieren. Die drei Komponenten einer Revolution – Widerstand, Aufstand und konstituierende Macht – sind nicht trennbar und in einer linearen Folge anzuordnen, vielmehr durchdringen und bedingen sie einander in jeder Phase, ohne dass die Dominanz einer der Komponenten einer zeitlichen Logik folgte.

Erklärermaßen interessiert es Verf. nicht, das Verhältnis zwischen Revolution und Kunst in seinen diktatorischen Momenten zu studieren, wo die eine Seite die andere total subsumiert. Er meint, in Courbets Engagement während der Pariser Kommune Momente einer Dominanz von künstlerischen Interessen wahrnehmen zu können – nämlich in der Verteidigung von Notre-Dame als Kunstwerk, das von den Kommunarden als Symbol der gegnerischen Macht zerstört werden sollte. In aller Regel wird jedoch umgekehrt die Kunst politischen Zielen untergeordnet und heteronomisiert, sei es der Idee des Krieges (im Fall Richard Wagners) oder des Friedens (Lunatscharski). Verf. verzichtet somit darauf, gerade ein ›enges‹ Verhältnis zwischen Revolution und Kunst zu analysieren und die schwierige

Frage anzugehen, wie weit auch in ihm die künstlerische Phantasie aktiv bleiben kann. Jedes mittelalterliche Altarwerk bezeugt die Kraft, die sich in einem vorgegebenen ideellen Rahmen entfalten, ihn zersetzen oder sprengen kann.

Stattdessen interessieren Verf. die Überlagerungen des künstlerischen und politischen Feldes, die von beiden Seiten gewollten Kooperationen in einem revolutionären Prozess. Eindrucksvoll stellt er aus der Phase des Proletkults etwa die ständig wechselnden Aktivitäten Tretjakows dar, oder die Reaktionen der Situationisten auf den Pariser Mai 1968 oder des Wiener Aktionismus und der österreichischen Volkstheater-Karawane. Nicht von ungefähr präferiert er die aktivistische, situative und ephemere Kunstform des Theaters. Seine These von der (zeitweiligen) Überlappung des künstlerischen und politischen Aktionsfeldes kulminiert in der Darstellung aktueller Formen des Widerstandes, bei der politische und künstlerische Aktionen ineinander aufgehen und ununterscheidbar werden. Sein Beispiel ist weniger die aktive Globalisierungskritik in Genua, wo sich Macht- und Gegenmachtdemonstrationen wechselseitig blockierten, verfestigten und ritualisierten, als vielmehr – trotz der Aspekte des Scheiterns, die der Autor nicht übersieht – das antirassistische, internationale Grenzcamp vor Strasbourg 2002. Hier wurden (Landes)Grenzen, deren vorgebliche Aufhebung die neoliberale Ideologie feiert, sowohl sichtbar gemacht als auch undefiniert. So könnten Grenzzonen entstehen, in denen sich die Möglichkeiten potenzieren, sobald die Differenzen zum Oszillieren gebracht werden, eine revolutionäre Mikropolitik, die nicht zuletzt auf der Basis ständiger Selbstkritik neue Organisations- und widerständige Handlungsformen hervorbringt und erprobt. Die Kreativitätspotenziale der Künstler werden bei diesen Aktionen zur Herstellung und Neufigurierung sozialer Situationen genutzt, in denen die gesellschaftlichen Konflikte aufscheinen können. Die Aktionen changieren zwischen Ausnahmezustand und alltäglicher Praxis und versuchen so, die verhärteten sozialen Zustände zu verflüssigen.

Was die historische Empirie betrifft, beruft sich das Buch auf Autoren, die nach 1968 begannen, das Verhältnis von Kunst und (revolutionärer) Politik zu untersuchen: Tim Clark, Knödler-Bunte, Gorsen und andere. Ihre Argumentationsfiguren sind aus den Diskussionen zwischen »orthodoxen Marxisten« und »Spontis« bekannt. Sprach man in den 70er Jahren von Abbildtheorie versus künstlerische Praxis, von der Alternative und Dringlichkeit, die politischen Inhalte bzw. die künstlerischen Produktionsapparate zu verändern, so konfrontiert Verf. das Prinzip der Repräsentation und deren Systeme (mit ihrer Identitätstiftenden und -stabilisierenden Tendenz) mit einem (politischen und künstlerischen) Aktivismus, der mit seinen performativen, subversiven Strategien sich dem alten Schauplatz der Medien verweigert. Trotzdem ist das Buch keine Reprise alter diskursiver Fronten, sondern denkt die Alternativen weiter, entlang den aktuellen medialen und politischen Konstellationen. Dabei favorisiert der Autor die partizipativen, basisdemokratischen, handlungsorientierten künstlerischen und politischen Inszenierungen, wo körperlicher Einsatz und Konzeption zur Deckung gelangen. Das in seinen Augen starre System der Repräsentation, der Vertretung und der distanzierten Darstellung soll zum Verschwinden gebracht werden. Die Frage ist allerdings, ob dieser politische und künstlerische Flexibilisierungswille nicht selbst den neoliberalen Axiomen aufsitzt und Verhaltensmuster propagiert, die ubiquitär geworden sind. Ist es nicht längst an der Zeit, die gescholtenen Stabilisierungsfaktoren der Repräsentationsorgane zu verteidigen oder neu zu erfinden, gegen den neoliberalen Strom ihrer Demontage? – Dieser engagierte Darstellung ist eine ebenso lebendige und offene Diskussion zu wünschen. Frei von dem blasierten Zynismus, der heute gemeinhin die Rede von vergangenen revolutionären Intentionen untermalt (wenn diese überhaupt noch thematisiert werden), könnte es dem Autor gelingen, gerade auch jüngere Leser/innen zu interessieren. Jutta Held (Karlsruhe)

Kegler, Karl R., Karsten Ley u. Anke Naujokat, *Utopische Orte. Utopien in Architektur- und Stadtbaugeschichte*, Forum Technik und Gesellschaft der RWTH Aachen 2004 (204 S., br., 15 €)

Das Utopische hat seinen Namen schon von jeher verraten: Nie war es ortlos. Auch wenn man die genaue Lage der Insel nicht kannte, von der Thomas Morus berichtete, so hatte sie doch ihren Platz im Weltmeer; und Ernest Callenbachs Ökoptopia wurde an der Pazifikküste der USA errichtet. Utopien haben aber nicht nur eine, wie auch immer fiktive Lage, sie orientieren sich auch an literarischen Topoi, also konventionalisierten Denkfiguren – sie sind mithin doppelt ›topisch‹. Topoi des Utopischen versammelt und analysiert der hier anzuzeigende Band. Er ist aus einem interdisziplinären Seminar Aachener Architekten entstanden; die studentischen Seminararbeiten bilden das Fundament, auf dem die drei Autoren oder besser: Redakteure, den Band gegründet haben. Als solche Topoi werden in einzelnen Kapiteln Gärten, Labyrinth, Ruinen, Inseln, Wolken, Maschinen, Höhlen, der Weltraum und, als eine zeitgenössische Neuerwerbung, der Cyberspace vorgestellt. Vorangestellt sind definitorische Überlegungen zum Utopischen von Adelheid Kegler sowie Darstellungen klassischer Utopieentwürfe von Francis Bacon bis Charles Fourier.

Zwar ist der in der Einleitung geäußerte Anspruch, hier werde präsentiert, was »in der bisherigen Utopienforschung keine Beachtung gefunden« habe (5), in seiner Pauschalität zu hoch gegriffen – zum Thema ›Garten‹ etwa hat Helmut Schneider bereits vor 20 Jahren notiert, im Gartenstil spiegele sich der Wandel des utopischen Bewusstseins »von zentralistischer Ordnungskonstruktion zu individueller Zukünftigkeitserfahrung«, und über den Topos der Insel ist nun wahrhaftig viel Papier bedruckt worden. Dennoch ist die vorgelegte Zusammenstellung erfrischend, zumal die Beispiele in der Regel bis ins 21. Jh. reichen. Der dominante Blickwinkel ist stets ein städtebaugeschichtlicher, und daraus erklärt sich auch, warum der Topos ›Stadt‹ in der Liste fehlt: Er stellt die Klammer des Ganzen dar.

»Utopisch« sollen die vorgestellten Orte gemäß der einführend gegebenen Definition von Utopie als »Darstellung der vollkommenen Gesellschaft mit den Mitteln der Imagination« (9) sein, wobei die Vollkommenheit an Frieden und Überfluss des »goldenen Zeitalters« gemessen werde (8). Eine solche weithin bloß formale Utopie-Definition erlaubt, unter »utopischen Orten« sowohl gebaute Ideologie zu verstehen wie den Vor-Schein eines noch nicht realisierten ausbeutungs- und herrschaftsfreien Gemeinwesens im Sinne Blochs. Mehrfach werden denn auch architektonische Idealisierungen vergangener Geschichtsepochen als »Utopie« angesprochen (95 u.ö.), und wenn etwa zum Thema Weltraum von »Raumstationsutopien« die Rede ist (182), geschieht dies ohne jede politische oder ökonomische Reflexion. Aber es wäre vielleicht verfehlt, einen Sammelband über Utopisches an die kurze Leine strenger Definitionen zu legen. Nur wäre ein allgemeinerer Titel wie etwa »Gebauete Imagination« angemessener gewesen. Problematischer ist, dass – um beim Weltraum-Kapitel zu bleiben – die im Kosmos verorteten Utopien der Literatur gar nicht vorkommen. Ursula Le Guins libertärer *Planet der Habenichtse* wird nicht aufgesucht, auch nicht Lems totalitäre Dystopien. Dass aber z.B. die »regellose Komplexität« von Bauwerken, die der Naturform der Höhle nachempfunden sind, bei Hans Poelzig oder bei Lebbeus Woods sich mit Konzepten eines antihierarchischen gesellschaftlichen Neuaufbaus verbanden (170), ist ein wichtiger Fund. – Da der Schwerpunkt auf ästhetischen Aspekten des Utopischen (bzw. Imaginären) liegt, sind die zahlreichen Abbildungen ein wichtiger Bestandteil des Buches. Allerdings sind viele der mehr als 350 Bilder bis zur völligen Unkenntlichkeit verkleinert. Man gewinnt den Eindruck, dass die imaginären Konstruktionen, gerade durch die Tür der Manifestation in den Raum der Sichtbarkeit gelangt, sogleich durchs Fenster der Mikroskopierung wieder hinausbefördert werden sollen.

Rüdiger Haude (Wuppertal)

Meschnig, Alexander, u. Mathias Stuhr, *Wunschlos unglücklich. Alles über Konsum*, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 2005 (220 S., br., 19,90 €)

Der im Untertitel erhobene Anspruch, »alles über Konsum« vor dem Leser auszubreiten, ist nur durch einen differenzierten analytischen Zugriff sinnvoll einzulösen. Der Begriffsbildung kommt daher entscheidende Bedeutung zu. Die Verf. nennen »unser heutiges System in Abgrenzung zu einem älteren, das die Befriedigung von materiellen Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellte, ›Konsumismus‹«. Als »globales System« fügt dieser der unmittelbar materiellen Bedürfnisbefriedigung eine »quasi-religiöse Dimension« bei (9). Diese Bestimmung bezieht sich auf Benjamins Fragment *Kapitalismus als Religion*, das vom Kapitalismus als dogmatikfreier Religion, von der Permanenz des Kultes sowie dem nicht entzündenden, sondern »verschuldenden« Charakter dieses Kultes (und, von dem Verf. nicht thematisiert, vom Zwang zur Verheimlichung des Gottes des Kultes) handelt. Aus solcher Optik lassen sich die »Mehrwerte« verstehen, welche heute – wichtiger als die Gebrauchswerte – versprochen und mit religiösen Motiven aufgeladen werden. Bringt der Bezug auf Benjamin eine wichtige Station der Entgrenzung von Konsum ins Bild, so wird doch der Begriff selbst nirgends klar exponiert: mal ist damit nur das (exzessive) Verbrauchen von Gütern gemeint (22), ein ander Mal wird das Flanieren in Läden dazugerechnet (63). So bleibt undifferenziert, was sich sowohl hinsichtlich vorgelagerter Bedürfnisse und Motivationen als auch der zugehörigen Handlungsmuster unterscheidet.

Kapitelweise beschreiben die Verf. verschiedene Zugänge zum Konsumismus: die Politik, die sich vermehrt mit sog. Verbraucherfragen auseinandersetzen muss; die Produktion, die sich dem Konsum annähert, indem sie ihn in sich einbaut und umgekehrt produktive Elemente in den Konsumbereich auslagert; die Identitäten, die sich zunehmend durch Konsumgüter und -aktivitäten herausbilden; die Marken, die als Sinnstifter die Gebrauchswerte hinter sich lassen; oder die Medien und ihre auf Konsum orientierende Durchkommerzialisierung. Auf diese Weise setzt sich vor dem Leser Stück um Stück das Puzzle eines allgegenwärtigen Konsumismus zusammen.

Das alles kommt flott geschrieben daher. Es erleichtert zunächst das (schnelle) Lesen und vermittelt den Eindruck, dass der Lesende primär als Textkonsument angesprochen werden soll. Dabei verschwimmen allerdings Nuancen und Unterscheidungen: So ist fraglich, ob vom »Aufstieg des Konsumenten zum neuen Superstar auf der politischen Bühne« (12) geschrieben werden kann, ohne die in den saloppen Ton eingewickelte Distanzierung auch wirklich auszupacken: die Umdeutung des Bürgers zum Konsumenten ist mehr als modischer Etikettenschwindel. Sie geht einher mit einer fortschreitenden Beschneidung politischer Handlungsräume. Dabei ist die Verknüpfung von Konsum mit Demokratisierung nicht platterdings falsch, macht doch Geld »alle gleich, unabhängig von Herkunft, Familie, Religion oder Beruf. [...] Das demokratische Element der Konsumgesellschaft besteht in einer monetären Egalität.« (172f) Diese droht zu verschleiern, dass die Menschen keine Entscheidungsbefugnis darüber haben, was und wie produziert wird, wie für die Produkte geworben wird oder wie die Preisgestaltung aussehen soll. Wenn die Verf. schließlich zu dem Urteil kommen, Fundamentalismus und Konsumismus seien sich einig »im Kampf gegen die Ideen der Demokratie und der Zivilgesellschaft« (181), so versuchen sie, übers Ganze gesehen, an dieser Differenz doch noch festzuhalten. Sie beziehen damit Position gegen Norbert Bolz, für den Konsumismus der einzige massendemokratisch mögliche Lebensstil ist. Allerdings verwenden sie hier ihrerseits einen harmlosen Begriff der »Zivilgesellschaft«, die anders denn als Ort von Kämpfen nur um den Preis eines idealistisch-harmonisierenden Zugriffs zu haben ist.

Sichtbar bemühen sich die Verf., dem Konsumismus gegenüber eine kritische Haltung einzunehmen. »Die Konsumwelt ist gnadenlos« (92), urteilen sie vor dem Hintergrund von Thorstein Veblens Analyse des demonstrativen Konsumierens. Weiter verweisen sie auf den Widerspruch, dass der Kapitalismus zugleich materielle Knappheit überwindet und Mangel neu schafft, insbesondere mittels Werbung: »ich Sorge mich, ob ich morgen weiß, was mir heute schon fehlt« (62). Die Debatten um die Deregulierung der Ladenöffnungszeiten würden geführt »als ginge es um ein elementares Menschenrecht« (17), das Recht, jederzeit und überall kaufen zu können. Der Konsumismus als eine Welt der Versprechen geht einher mit der Unmöglichkeit, diese einzulösen: »Die Enttäuschung ist dem Konsum immanent« (10); Marktsättigung tritt vermehrt in Erscheinung (157). Hier leisten die Verf. nützliche Analysen. Sie führen vor, wie das Verschwinden der Produktion und der damit verbundenen Beschwerden für die produzierenden Menschen in der Form »eventisierter« (sic!) Produktion inszeniert wird: gläserne Produktionsorte wie von Bayer in Bitterfeld oder Volkswagen in Dresden werden als treffende Beispiele angeführt (33). Kompensatorischer Konsum, der »nicht den eigentlichen Wunsch [erfüllt], sondern etwas, das an seine Stelle tritt« (45), verwandelt den Konsumenten selbst ins Produkt. Ein weiterführender Gedanke hätte angeschlossen werden können: dass das Individuum zuweilen nicht nur konsumiert, sondern als Produkt selber konsumiert wird, dass also nicht nur der Konsument die Ware verbraucht, sondern umgekehrt der Konsument gebraucht wird zur Warenvernichtung.

Birgt konsumistischer Konsum Entwicklungsmöglichkeiten? Im Bereich der Wissensindustrie etwa sehen die Verf. die Rolle des Konsumenten erweitert durch dessen Funktion als Wissensproduzent. Beispiel: die mit Linux verbundene »Open-Source-Bewegung« – ein sich ständig erweiterndes Wissensprodukt »von unzähligen miteinander vernetzten Nutzern« (41); Kunde und Produzent würden ununterscheidbar (Prosuming). Weiter führen die Verf. die »Corporate Social Responsibility« (CSR) an, wo es um soziale Standards geht, an die Unternehmen sich halten sollen aus Gründen der Imagekonkurrenz (vgl. 143f). Was dabei offenbar den mandevilleschen »private vices, public benefits« entspringt, wäre allerdings daraufhin zu prüfen, wie weit es sich in emanzipatorischem Sinne entwickeln lässt. – Unter dem Aspekt, ideologische Mehrwerte aus dem ›Westen‹ nicht übernehmen zu wollen, können etwa die im bzw. für den arabischen Raum hergestellten Anti-Barbie-Produkte (»Sara und Dara«, »Razanne«) als Produkte einer Entwicklung gesehen werden, die auf kulturelle Eigenständigkeit setzt (112ff). Allerdings ist zu fragen, ob Barbie hier überhaupt negiert und nicht vielmehr ideologie- und marktgerecht modifiziert wird. So bietet der Band zwar nicht alles über Konsum, aber doch eine Fülle von Material und Information zum Konsumismus und seinen aktuellen und prospektiven Entwicklungen; der Gefahr, den Konsum dabei über alles zu stellen, entgeht er der Absicht nach, nicht immer jedoch in der begrifflichen Arbeit.

Franz Hochstrasser (Basel)

Pädagogik

Arnold, Patricia, Lars Kilian, Anne Thillosen u. Gerhard Zimmer, *E-Learning. Handbuch für Hochschulen und Bildungszentren, Didaktik, Organisation, Qualität*, BW Bildung und Wissen, Nürnberg 2004 (320 S., geb., 36 €)

Das Handbuch zeigt anschaulich und in voller Themenbreite, wie Angebote des Lehrens und Lernens mit ›Neuen Medien‹ praktisch umzusetzen sind. Im Vordergrund stehen der Aufbau nach didaktisch-methodischen Prinzipien und die Sicherung der Nachhaltigkeit von Lernprozessen; Ziel ist eine wissenschaftlich fundierte Unterstützung der Praxis. Das Buch entstand aus der Evaluation des Bundesleitprojekts »Virtuelle Fachhochschule für Technik, Informatik und Wissenschaft (VFH)« – eines Projekts von zwölf Fachhochschulen und zwei Universitätsinstituten –, das die Verf. unter der Leitung von Gerhard Zimmer (Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg) mit dem Arbeitspaket »Didaktik und Methodik telematischen Lehrens und Lernens« über mehr als fünf Jahre begleiteten. – Zwei Kapitel sind zentral: »Bildung mit E-Learning?« fragt danach, wie Bildung mit ›Neuen Medien‹ überhaupt möglich werden kann; und im Kapitel »Nachhaltigkeit« wird dies aus dem Blickwinkel der langfristigen Wirkungen von Lernprozessen untersucht. Fazit: ohne die Verständigung aller Beteiligten auf grundständige Positionen und Werte in Bildungseinrichtungen funktioniert das Angebot virtueller Lehr- und Lernprozesse nicht, es hat »ohne didaktisch durchdachte und schlüssige Konzeption keinen dauerhaften Erfolg« (130).

Bisher finden die meisten Lernangebote mit ›Neuen Medien‹ bei den Studierenden wenig Anerkennung und werden kaum über die jeweilige Projektlaufzeit hinaus genutzt. Doch wird es möglich, eine »neue, ja revolutionäre pädagogische Infrastruktur zu schaffen« (5), wenn es aus didaktischer Perspektive gelingt, die Studierenden als aktiv gestaltende Lernende mit ihren jeweiligen Interessen einzubeziehen. Die Didaktik bezieht sich auf den Lerngegenstand als ein ›gemeinsames Drittes‹, auf das sich »das Lehren begründet darstellend und das Lernen reflektiert fragend jeweils beziehen« (26) müssen. Im Vordergrund steht der Lernende und sein Wissen als subjektive Leistung. Dabei bedingen sich Lehren und Lernen gegenseitig in einem pädagogischen Verhältnis, das erst unter dieser Prämisse zum Bildungsprozess werden kann. Das zu erwerbende Kompetenzprofil einer Person kann »weder einfach gemessen noch verkauft oder gekauft werden wie ein gewöhnliches Produkt. Bildung als ›Qualität‹ einer Person ist auf keinem Markt handelbar.« (27) Wird der Computer in seiner Vermittlerfunktion erkannt, so werden kooperative und selbstorganisierte Lernprozesse auf einer neuen Ebene möglich. Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist die auf der Kritischen Psychologie Klaus Holzkamps aufbauende Konzeption von »Lernen als situierter sozialer Handlung der Partizipation an gesellschaftlichen Praxisformen zur Gewinnung subjektiver Handlungskompetenz« (39). Daraus werden sechs Ansatzpunkte zur Förderung einer neuen Lernkultur bestimmt: aufgabenorientierte didaktische Konzepte, Förderung autodidaktischer Kompetenzen und von Medienkompetenzen, Professionalisierung des Lehrens und Lernens, Gestaltung benutzerfreundlicher virtueller Lernmodule, Entwicklung lernförderlicher Zeitstrukturen. Diese werden in Handlungsfeldern spezifiziert: der virtuelle Lernraum, die didaktische Konzeption und Entwicklung virtueller Lernmodule, die Online-Betreuung, das Qualitätsmanagement und die Evaluation, die Standardisierung sowie die Nachhaltigkeit. In jedem der entsprechenden Kapitel werden die wissenschaftlichen Grundlagen des Gestaltungsfeldes dargestellt, die Umsetzungsoptionen an einem Praxisbeispiel des VFH-

Verbundprojekts veranschaulicht und praktische Hinweise für die Gestaltung virtueller Bildungsangebote formuliert. – Das klar strukturierte Buch gibt eine wissenschaftlich fundierte und anwendungsorientierte Zusammenfassung der Gestaltungsfaktoren virtueller Bildungsangebote. Sympathisch ist, dass »Irrwege und Fehler« ebenso vorgezeigt werden »wie erfolgreiche Lösungen« (45). Albert K. Petersheim (Wuppertal)

Meister, Dorothee M., Sigmar-Olaf Tergan u. Peter Zentel (Hg.), *Evaluation von E-Learning. Zielrichtungen, methodologische Aspekte, Zukunftsperspektiven*, Waxmann, Münster 2004 (248 S., br., 19,80 €)

Kandzia, Paul-Thomas, u. Thomas Ottmann, (Hg.), *E-Learning für die Hochschule. Erfolgreiche Ansätze für ein flexibleres Studium*, Waxmann, Münster 2003 (300 S., br., 25,50 €)

Seit Mitte der 1990er Jahre wird E-Learning an Universitäten und Hochschulen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und den Landesministerien stark gefördert. Dennoch blieben die Akzeptanz der Studierenden und die Nachhaltigkeit, die Initiatoren und Geldgeber erwartet hatten, oft aus; die anfängliche Euphorie wich der Ernüchterung.

Der Band von Meister, Tergan und Zentel enthält Beiträge eines Expertenworkshops zur Evaluation BMBF-geförderter E-Learning-Projekte an Hochschulen. Die vier Hauptabschnitte behandeln »Zielrichtungen von Evaluation«, »Methodologische Aspekte«, »Zukunftsperspektiven« und »Kurzportraits von Projekten«. Es werden methodologische Fragen diskutiert sowie Erfahrungen mit konkreten Evaluationsmodellen vorgestellt. Im Vordergrund stehen pädagogische und didaktisch-methodische Evaluationskriterien, Schwerpunkte liegen auf der Verbesserung der Nutzerfreundlichkeit und der Wirksamkeit von Lernprogrammen oder -szenarien. Auch werden neue Ansätze präsentiert, z.B. die Cluster-Evaluation (eine Form der Programmevaluation bei multizentrischen Projekten) oder das Concept-Mapping (die computerunterstützte Erstellung eines Begriffsnetzes zu Evaluationszwecken). Der Förderstruktur entsprechend, werden in der Regel einzelne Projekte evaluiert; Implementierung, Nachhaltigkeit und organisatorische Rahmenbedingungen sind weniger im Blick. Die dargestellten Evaluationsmethoden, -ziele und -ergebnisse sind zwar aufgrund ihrer Heterogenität schwer vergleichbar, bieten jedoch umfangreiche und qualitativ hochwertige Anregungen zu Theorie und Praxis von Evaluation (nicht nur von E-Learning).

Der von Kandzia und Ottmann herausgegebene Band reflektiert selbstkritisch die Erfahrungen des Hochschulverbundprojekts VIROR (Virtuelle Hochschule Oberrhein), das im Rahmen des Landesprogramms »Virtuelle Hochschule Baden-Württemberg« von 1998 bis 2003 gefördert wurde und in dem die Universitäten Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe und Mannheim kooperierten. Das erste Kapitel stellt (z.T. selbstentwickelte) technische Einrichtungen vor, die im gesamten Projekt oder zumindest an einer ganzen Hochschule eingesetzt wurden, z.B. den »Knowledge Pool Baden-Württemberg«, eine Datenbank für digitale Lernobjekte. Dabei wird deutlich, wie notwendig eine gemeinsame Infrastruktur ist, aber auch, welche Probleme den autonomiegewohnten Lehrstühlen und Universitäten eine gemeinsame Auswahl und Nutzung bereitet. Drei Kapitel stellen in VIROR entwickelte multimediale Lernmaterialien und virtuelle Lehr- und Lernformen vor. Dabei wird das Konzept der Computer- bzw. Web-Based-Trainings (Kap. II), das für die Diskussion virtueller Lehre anfangs prägend war, als eine Ursache für die »ernüchternde« (81) Situation der Virtuellen Hochschule betrachtet – obwohl zwei der drei präsentierten Projekte mehrfach mit Preisen ausgezeichnet wurden. Die »Virtualisierung von Vorlesungen und Übungen« (Kap. III), d.h. die digitale Aufzeichnung von Veranstaltungen, sei hingegen

eine »wesentliche Säule« (147) für den Erfolg von VIROR, ebenso das Angebot ortsverteilter oder teilvirtueller »Seminare im Netz« (Kap. IV). Im fünften Kapitel geht es um (aus dem didaktischen Konzept des »Learning Cycle« abgeleitete) Evaluationskriterien, -methoden und -ergebnisse. Deutlich wird, dass sich die Evaluatoren in einem Spannungsfeld zwischen der Vertrauen benötigenden Forschung und Beratung in den Einzelprojekten und der vom Projektbeirat erwarteten Beurteilung bewegen. – Das letzte Kapitel verweist auf den Widerspruch, von einer zeitlich begrenzten Förderung einzelner Lehrstühle tiefgreifende strukturelle Veränderungen auf hochschul- und bildungspolitischer Ebene zu erwarten. Zurecht fordern die Verf., die dafür benötigten, lange vernachlässigten unterstützenden Strukturen zu schaffen. Unklar aber bleibt, anhand welcher Kriterien sie selbst Nutzen und Nachhaltigkeit von Projekten beurteilen und welche Personen oder Gremien darüber entscheiden sollen. Dies betrifft beispielsweise die Auflösung des Kompetenzzentrums für Multimedia und Telematik (KMMT) nach der ersten Projektphase. Auch die starke Präferenz für so dozentenorientierte bzw. wenig handlungsorientierte Präsentationsformen wie digitalisierte Vorlesungen (Kap. III) wird vor allem mit Kosten, Personal- und Erstellungsaufwand begründet und von den Evaluatoren im fünften Kapitel nicht geteilt. – Davon unberührt liegt das Verdienst des Bandes besonders darin, die Einzelbereiche eines E-Learning-Verbundprojekts in ein kritisches Resümee aus der Perspektive des Gesamtprojekts einzubetten und daraus konstruktive Anregungen für die Förder- und Hochschulpolitik abzuleiten.

Anne Thillosen (Hamburg)

Schulmeister, Rolf, *Lernplattformen für das virtuelle Lernen. Evaluation und Didaktik*, Oldenbourg, München 2003 (291 S., kt., 49,80 €)

Rinn, Ulrike, u. Dorothee M. Meister (Hg.), *Didaktik und Neue Medien. Konzepte und Anwendungen in der Hochschule*, Waxmann, Münster 2004 (281 S., br., 19,80 €)

Kerres, Michael, Marco Kalz, Jörg Stratmann u. Claudia de Witt (Hg.), *Didaktik der Notebook-Universität*, Waxmann, Münster 2004 (292 S., br., 25,50 €)

Rolf Schulmeister, ausgewiesener Experte des Gegenstandes, hat im Auftrag der Hamburger Behörde für Wissenschaft und Forschung Lernplattformen auf ihre Einsatzmöglichkeiten für die Hochschullehre getestet. Das sind Softwaresysteme, die mittels Benutzerverwaltung, Kommunikationsmöglichkeiten, differenzierter interner Rollenverteilung und einer Kursverwaltung die pädagogische Gestaltung von virtuellen Lernumgebungen gestatten. Der Markt ist unübersichtlich, und allein die Aufzählung und Erklärung der Auswahlkriterien füllt das erste Drittel des Buches (leserfreundlicher hätten sie in den Anhang gehört). Von den 171(!) gesichteten Lern-Management-Systemen entsprachen am Schluss nur zwei den Anforderungen. Da die Auswahlkriterien transparent gemacht werden, die geführten Diskussionen mitbedacht und die getroffenen Auswahlentscheidungen vom Leser nachvollzogen werden können, lässt sich der Ertrag für zukünftige Nutzer nicht hoch genug einschätzen. – Im letzten Drittel des Buches geht es um das »didaktische Dreieck des virtuellen Lernens« (155): Kognition, Kommunikation und Kollaboration, verstanden als Konstruktion, Konventionalisierung und Ko-Konstruktion von Wissen; verdeutlicht wird dies in »Szenarien netzbasierten Lernens« (163), wobei die »Transparenz der qualitativen didaktischen Aspekte [...] für den Nachfragenden durch Bezug auf überprüfbare Kriterien« (169) im Vordergrund steht. Die Überprüfbarkeit wird anhand der Parameter Form (Präsenzveranstaltung vs. virtuelles Seminar), Funktion (Information vs. synchrone Kooperation) und Methode (Instruktion vs. Selbstorganisation) konzipiert und dann vier Szenarien entwickelt: »I: Präsenzveranstaltungen begleitet durch

Netzeinsatz mit dem Ziel der Instruktion, II: Gleichrangigkeit von Präsenz und Netzkomponente mit prozessbezogener Kommunikation, III: Integrierter Einsatz von Präsenz- und virtueller Komponente mit moderierten Arbeitsgruppen, IV: Virtuelle Seminare und Lerngemeinschaften und Selbststudium mit kooperativen Zielen.« (177) In der anschließenden »Taxonomie der Interaktivität« werden sechs Stufen danach unterschieden, »ob der Benutzer die Repräsentationsform und/oder den Inhalt der Komponente bzw. das Objekt modifizieren kann« (210). In der niedrigsten Stufe ist der Anwender auf reine Betrachtung oder Rezeption verwiesen, während auf der höchsten die Konstruktion von Objekten mit einhergehenden Rückmeldungen erreicht werden soll.

Im Tagungsband von Rinn und Meister dominiert die Theorie des »Instructional Designs« und – meist verschwommen – des Konstruktivismus). Das Instructional Design unterscheidet sich nach Schnotz von der Didaktik darin, dass sie »sich von der Sphäre der Wertentscheidungen bei der Festlegung von Lernzielen fern hält« (130). Gegen die Euphorie, die auch aus manchen der versammelten Aufsätze spricht, rücken zwei Forscher aus dem norwegischen Trondheim die Maßstäbe zurecht: »die größte didaktische Chance von IKT« (Informations- und Kommunikationstechnologie) liege »nicht in der Eröffnung neuer Lernmöglichkeiten, sondern in der besseren Bewältigung althergebrachter Aufgaben« (Haugan/Hopmann, 83). – Die multimedial orientierten Praxisbeispiele entstammen Psychologie, Statistik und Medizin. Im medizinischen Projekt PROMETHEUS geht es um den Aufbau einer Kliniksimulation, in deren Zentrum der Prozess der ärztlichen Entscheidungsfindung steht. Dabei soll das im Studium vermittelte Fakten- in klinisches Handlungswissen überführt werden. Ein medizinischer Praktiker sei trotz möglicherweise eingeschränkten Faktenwissens schnell in der Lage, praktische Probleme zu lösen. Dabei wird das Wissen in sog. »illness scripts« zerlegt, Wissenshäppchen, »die kodiert und zu einem Ereignisschema zusammengesetzt werden« (201). PROMETHEUS bringt die Studenten in ein »Goal based Scenario« (204). Ziel ist das Finden der richtigen Diagnose – nicht zuletzt in Zusammenarbeit mit Kommilitonen. Aufenanger, Janneck und Pape befassen sich in ihrem »Wissensprojekt Informatiksysteme im Kontext« (WissPro) mit technischen Möglichkeiten des kollaborativen Lernens an einer E-Learning-Plattform. Sie gehen von einem »ganzheitlichen und projektorientierten Lernen aus, das von den Studierenden eigenverantwortlich gestaltet und von Lehrenden beratend begleitet werden soll« (243). Die Plattform soll den Austausch aller Beteiligten unterstützen ohne vorausgreifend zu lenken. Die verwendete Lernplattform CommSys hat deshalb drei Bestandteile: Projekträume, die den kommunikativen Austausch der Projektbeteiligten ermöglichen; ein Archiv, das eine Sammlung der von den Beteiligten erarbeiteten Artikel, Arbeiten etc. beinhaltet; und ein Portal, das Projekträume und Archiv erschließt und eine integrierende Sicht auf die Komponenten des Projekts zulässt. Sie ist nur einer geschlossenen Benutzergruppe zugänglich, was eine anonyme Verwendung verhindert und die Verantwortlichkeit der Beteiligten stärkt. Die Verf. sehen sie als nur eines von verschiedenen Medien, denn »ein allumfassendes Werkzeug für die universitäre Lehre, das alle Kommunikationsbedürfnisse abdeckt«, sei »nicht machbar« und »nicht erstrebenswert« (246).

Die »Notebook-Universität« geht noch einen Schritt weiter in der Einbeziehung der »Neuen Medien« in den Hochschulalltag. Für Kerres hängt ihr Erfolg davon ab, ob »die unterschiedlichen digitalen Dienste aus den Bereichen Lehren und Lernen, Prüfen und Verwalten, Forschen und Publizieren etc. in einem integrierten Informationsmanagement« zusammengeführt werden (26). Die meisten vorgestellten Projekte wurden

vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert und befassen sich mit naturwissenschaftlichen Studiengängen. Das traditionelle Lehrangebot wird durch digitale Vor-, Nach- und Aufbereitung erweitert. Die Lernenden bringen ihre Notebooks mit in den Lehrraum, können sich mittels WLAN in das hochschulinterne Netz einloggen und dann an den Veranstaltungen partizipieren. Dies reicht von Notebook-unterstützten Präsenzveranstaltungen über Seminare mit Notebook, bis zu ergänzenden Formen der Wissensvermittlung wie in der klinischen Ausbildung. Gemeinsam ist allen Projekten, dass das Notebook nicht bloß das herkömmliche Instrumentarium erweitert, sondern mit seiner Hilfe neue Zugangswege zu den Lehrinhalten geschaffen werden. Der ›digitale Hörsaal‹ soll die Präsenzlehre nicht ablösen, sondern unterstützen. Er verlangt keine grundlegenden Änderungen beim Dozenten, bietet aber neue Möglichkeiten des Wissenstransfers (digitale Präsenzveranstaltungen) und der Wissensüberprüfung (Online-Tests). An der Charité wurde ein »MeduMobile-Seminarsystem« für die klinische Ausbildung entwickelt – ein Videokonferenzsystem, bei dem Studenten, die verteilt auf dem Campus an ihren Notebooks sitzen, mittels kabelloser Datenübertragung und mithilfe eines Headsets der medizinischen Vorstellung von Patienten beiwohnen können. Dies ermöglicht die Teilnahme an Diagnosesituationen, die sonst kaum oder nur in kleinen Gruppen möglich sind (Geburtshilfe, Pädiatrie u.a.m.). Die Lernsituation ist dabei »fallbasiert, real, aktuell« und kann »eine erhöhte Zahl von Fällen und deren Ausprägungen« demonstrieren (227). Eine erste Evaluation zeigt, dass das »MeduMobile-Seminarsystem« nach Anfangsschwierigkeiten bei den Studierenden und den involvierten Patienten auf Zustimmung stieß.

Michael Bauer (Umkirch)

Soziale Bewegungen und Politik

Kreutzer, Mary, u. Thomas Schmidinger (Hg.), *Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?*, ça ira, Freiburg 2004 (418 S., br., 19 €)

Die knapp 30 Artikel sollen sowohl in Geschichte, Politik und Gesellschaft des Irak einführen, als auch Diskussionen über die aktuellen Entwicklungen anregen. Den Kern bilden Beiträge eines breiten Spektrums irakischer Autoren. – Im ersten Kapitel werden Aspekte der neueren Geschichte nachgezeichnet. Schmidinger betrachtet den religiös-politischen Widerstand schiitischer Parteien, Hussain Ali Bawa Ideologie und Herrschaftstechnik der Baath-Partei und Suzan Mame die Unterdrückung von Frauen durch das Baath-Regime. Oft werden behandelte Aspekte nur angerissen; hiervon abzuheben sind u.a. Andrea Fischer-Tahirs Beitrag über Widerstand und genozidale Verfolgung in Kurdistan und der von Kasim Talaa über die Tragik der Irakischen Kommunistischen Partei (IKP), die nach dem Sturz der Monarchie 1958 zur größten in der arabischen Welt wurde. Sie unterstützte die linken Offiziere um Qasim; dessen Gegenspieler Arif wurde von Nasseristen und Baathisten unterstützt, deren Schlägertrupp bis 1961 ca. 300 Sympathisanten und Parteimitglieder der IKP ermordeten. Qasim versuchte, seine Gegenspieler zu bändigen, indem er die Kommunisten niederhielt, er verweigerte der IKP die Legalisierung und ließ eine ›Konkurrenz-KP‹ gründen. Aus ihrem »schleichenden Machtverlust erwachte die IKP am 8. Februar 1963 mit einem Schock, als eine Gruppe baathistischer und anderer nationalistischer Offiziere [...] die Regierung Qasims aus dem Amt putschten« (98). Die folgenden Gewaltexzesse, denen 10000 Menschen zum Opfer fielen, trugen dazu bei, dass sich die Baath-Partei 1963 noch nicht an der Macht halten konnte, sondern von anderen Nationalisten verdrängt wurde. – Nach internen Machtkämpfen kam

1968 eine Gruppe baathistischer Generäle an die Macht, deren Partei bis 2003 regierte. Da sich die Baath-Partei an die Sowjetunion anlehnte, konnte sie sich »als ›wahre‹ anti-imperialistische Kraft darstellen, die mit den Verstaatlichungen der Ölindustrie alte Forderungen der IKP erfülle« (100). Die IKP verlor zunehmend an Einfluss. Ihr Ende als oppositionelle Kraft war besiegelt, als sie trotz Widerstands der Parteibasis in die Nationale Patriotische Front eintrat und sich 1972 kommunistische Minister an der Regierung beteiligten.

Dem Pluralismus der irakischen steht ein Anliegen der anderen, hauptsächlich österreichischen und deutschen, Autoren entgegen: die Rechtfertigung des letzten Kriegs gegen den Irak. Hierzu bedarf es einiger Kunstgriffe, wie bereits das erste Kapitel zeigt: »Das blutige 20. Jahrhundert« stellt zwar die Barbarei des Baath-Regimes dar, aber weder den Iran-Irak-Krieg noch den zweiten Golfkrieg – als wären diese nicht blutig gewesen. Die Ausblendung beider Ereignisse entspricht der absurden Behauptung von Thomas Uwer und Thomas von der Osten-Sacken: Die »Vorstellung, wonach die ›strukturellen‹ Ursachen für Krieg und Armut linear auf den abstrakten Wirkungsmechanismus von ›Globalisierung‹, ›Neo-Liberalismus‹ und ›Imperialismus‹ zurückzuführen sind« – gleich zwei Popanze, ›linear‹ und ›abstrakt‹ – sei eine »konsequente Missachtung der konkreten Verhältnisse innerhalb der nahöstlichen Staaten« und ähnele den »Kausalketten, mit denen Islamisten und Panarabisten jeden Zustand aus einer anti-arabischen oder anti-muslimischen Verschwörung herleiten« (71). – Im anschließenden Kapitel »Die USA, Europa, der Irak und der Krieg« schreiben fast ausschließlich die nicht-irakischen Autorinnen und Autoren; nach der Lektüre ist klar, warum hier weder Houzan Mahmoud noch Kasim Talaa zu Wort kommen, die beide »den us-geführten Krieg gegen das Baath-Regime trotz ihrer Opposition gegen Saddam Hussein ablehnten« (10): Mary Kreutzer rechtfertigt den Krieg mit der Befürchtung der USA, die »Selbstblockade der arabischen Gesellschaften« (237) könne die Region in Gewalt und Chaos stürzen. Die Ursache jener ›Selbstblockade‹ sieht sie – mit Herfried Münkler – in der »Herausbildung eines auf der Erdölförderung basierenden spezifischen Typus des Rentiers- beziehungsweise Allokationsstaates, der gesellschaftliche Entwicklungen blockiert und politischen Partizipationsforderungen die Spitze genommen hat« (238). Mit dem »gewaltsamen Sturz Saddam Husseins« sei der gordische Knoten der »auch weltpolitisch gefährlichen Selbstblockade« durchschlagen worden (240).

Abschließend werden Facetten des Demokratisierungsprozesses wie neue Frauenbewegung (Mahmoud) und Föderalisierung (Bawa) besprochen. Die stärksten Gegner der Demokratisierung – fanatische Baathisten und radikale Islamisten – wollen den Irak in ein Schlachtfeld für ihren Kampf gegen die USA und den Westen verwandeln. Dass dabei häufig als ›Kollaborateure‹ gebrandmarkte Zivilisten ermordet werden, verbietet jede pauschale Sympathie für diesen Widerstand. Mit der Demokratisierung – deren Träger im irakischen Regierungsrat und den neuen zivilgesellschaftlichen Bewegungen verortet werden – »könnte in der Region eine Kettenreaktion ausgelöst werden, die zum Fall der anderen Militärdiktaturen und konservativen Monarchien der Region führen könnte« (344). Diesen – aus der US-Propaganda bekannten – Optimismus allerdings trübt Bawa: der Irak stehe »vor dem Dilemma, dass weder mit noch ohne Koalitionstruppen Frieden und Ordnung herstellbar sind. Wenn die Besatzungstruppen im Irak bleiben, wird sich die Lage nicht zum Besseren ändern. Sollten sie sich aus dem Irak zurückziehen, könnte das Land wie einst der Libanon in einen Bürgerkrieg stürzen.« (310) Tobias Willms (Berlin)

Rougier, Bernard, *Le jihad au quotidien*, PUF, Paris 2004 (262 S., br., 20 €)

Verstehen ist der Anfang von allem. Diese Studie über Ideologisierungprozesse in Flüchtlingscamps im Libanon will »verstehen, wie sich eine neue religiöse Ideologie, die dogmatische Auslegung heiliger Texte, Nachahmung der ersten muslimischen Gemeinschaften (*salaf*) und Kult eines Djihads in seiner kriegerischen und militärischen Dimension, im palästinensischen Milieu verwurzeln konnte« (1). Ihr Verf. analysiert Orte der Glaubenspraxis und Institutionen islamischer Lehre als »Sozialisationsstrukturen« (18). Damit stehen nicht nur ideologietheoretische Fragen auf dem Spiel – die vorgenommene Einschätzung der palästinensischen Nationalbewegung ist auch ein politischer Einsatz.

Um die Konstruktion islamistischer Ideologie zu verstehen, hat Verf. vier Jahre im Flüchtlingscamp Ain el-Héloué im Südlibanon zugebracht. Mit 35 000 Einwohnern ist dieses nicht nur die größte palästinensische Präsenz im Libanon, sondern zugleich ein Territorium, das »eine wichtige Rolle auf der mittel-östlichen Karte des salafistischen Islamismus spielt« (88). Mehr noch: mit der Konzentration von Armutsbevölkerung und dem Verschwinden des historisch-palästinensischen Bewusstseins stellt das Camp »einen aufschlussreichen Idealtyp allgemeinerer Entwicklungen in der arabischen Welt« dar (Verf. im Interview mit *Le Monde*, 8.1.05). Gemeint sind drei Entwicklungen; erstens: eine aufwertende und brutalisierende Redefinition des Djihad-Begriffs, in der sich durch Einfluss von Wahabismus und Muslimbruderschaft die angestrebte Reinheit religiöser Normen und Praxen mit weitergehenden politischen Fragen verbindet. Zur Wiederherstellung der angeblich vom Abendland produzierten Spaltung der Muslime wird eine »De-Okzidentalisation« (188) und »Rückkehr zur ›Authentizität‹« (203) projiziert, für die das 1924 von Atatürk aufgelöste Kalifat ein Modell abgibt. Zweitens mobilisieren Islamisten gegen das politische System, das nicht nur als korrumpiert, sondern wegen seiner weltlichen Normen und dem Souveränitätsprinzip als Konkurrent zu religiösen Vorschriften bzw. göttlicher Allmacht gilt. Die gleiche Ablehnung trifft die offiziellen Instanzen des sunnitischen Islam und die am politischen System partizipierenden islamischen Parteien, wobei als Alternative eine »ideologische Staatsbürgerschaft« (164) vorgeschlagen wird. Drittens konstruiert sich die islamistische Identität in Opposition zu allen, »die die kollektive Gruppenidentität erschüttern, die von nun ab ausschließlich in religiösem Vokabular definiert wird« (168). So entsteht eine »soziale Anti-Bewegung« (M. Wieviorka, zit. n. 99), die sich nicht der Durchsetzung konkreter Interessen einer sozialen Gruppe, sondern der Verteidigung eines abstrakten islamischen Prinzips verschrieben hat und dieses im Kampf bis zum Tod gegen seinen Gegner durchzusetzen versucht.

Einem Verständnis, d.h. einer zusammenhangsbezogenen Erkenntnis, entzieht sich die Entwicklung eines globalisierten Djihad-Diskurses auch noch nach der Lektüre dieser Untersuchung. Denn mit der Analyse der Politik, die Islamisten mit der sich in den palästinensischen Flüchtlingscamps seit den 1970er Jahren dramatisch verschlechternden Ausbildungssituation machten (179ff), präsentiert die Studie lediglich einen Ansatz zur genetischen Rekonstruktion des Islamismus aus den gesellschaftlichen Verhältnissen. Auch reduziert Verf. soziale Zusammenhänge auf Interessenkonstellationen, und so wird aus dem erstrebten ›Verstehen‹ ein ›Beschreiben‹, d.h. die geordnete und klare Darlegung eines Sachverhalts. Diese ideologietheoretischen Defizite holen auch die Analyse der palästinensischen Nationalbewegung ein. So plausibel es zunächst erscheinen mag, den islamistischen Diskurs als »De-Nationalisierung der palästinensischen Geschichte« (17) und folglich als »Kriegserklärung an eine politische Kultur, die sich um die Erinnerung an die Katastrophe von 1948 (*nakba*) konstruiert hat« (133), zu deuten, so wenig leuchtet ein,

warum Islamismus »der palästinensischen Welt fremd« (18) und diese zugleich »a priori gegen solche Art von Ideologie immunisiert« (20) sein soll. Zweifellos stehen palästinensischer bzw. arabischer Nationalismus und Islamismus in einem Konkurrenzverhältnis zueinander. Wie sehr sich jedoch ihre ideologischen Repräsentationen seit Beginn der sog. Al-Aksa-Intifada angenähert haben, illustrieren die von beiden Bewegungen begangenen Selbstmordattentate, die ihrer Form nach terroristisch und ihrem Inhalt nach antisemitisch sind (vgl. Lindner u.a. in *Arg.* 251/2003). Doch dem mit der Islamisierung der nahöstlichen Gesellschaften anwachsenden Antisemitismus (200f) zollt Verf. genauso ungenügende Aufmerksamkeit wie dem damit einhergehenden antifeministischen Roll-back (93f). Sein Fokus auf die Konsequenzen islamistischer Hegemonie für die palästinensische Nationalbewegung ist allein von seiner politischen Hoffnung bzw. Enttäuschung bestimmt. Die vorliegende Studie harrt daher nicht nur ideologietheoretischer Durchdringung, sondern auch emanzipatorischer Nutzbarmachung.

Kolja Lindner (Paris)

Scharenberg, Albert, u. Oliver Schmidtke (Hg.), *Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2003 (387 S., br., 24,90 €)

Gegen die verbreitete, oft fatalistische Rede vom »Sachzwang Globalisierung« setzen die Autor/innen eine wohlthuend analytische Auseinandersetzung über Form und Gestaltbarkeit von Politik in den gegenwärtigen Macht- und Herrschaftsverhältnissen; dabei eint sie der Widerspruch gegen neoliberale Selbstbeschränkung und die »Eindimensionalität« der Politik. Im Zentrum steht die These von einem »Strukturwandel des Politischen«, der verschiedene Dimensionen umfasse. Wesentlich sei die in der Politikwissenschaft als (partielle) Denationalisierung diskutierte Verschiebung im politischen Mehrebenensystem – der Aufstieg supranationaler und regionaler/lokaler (Entscheidungs-)Instanzen auf Kosten des Nationalstaates. In der Einleitung wird dies eingebettet in die Verschiebung der Machtdispositive von der Politik auf die transnationalen Konzerne – durch den »Sachzwang Weltmarkt« werde die Ökonomie dem politischen Zugriff zunehmend entzogen. Das habe eine »Entkoppelung von Verfahren demokratischer Kontrolle und politisch-ökonomischer Macht« (15) zur Folge, eine schleichende Entdemokratisierung. Ferner hätten sich im Zuge des jüngsten Globalisierungsschubes auch Grenzen und Reichweite des Politischen nachhaltig verschoben. Dadurch seien neue ideologische Verwerfungen entstanden, die sich u.a. im globalen Bedeutungsgewinn von Identitätsfragen und dem Wiedererstarken europäischer Rechtsparteien abbilde.

Die These vom »Strukturwandel« wird in vier Abschnitten untersucht. Im ersten werden Grundannahmen der Diskussion über »Globalisierung und Transnationalisierung« kritisch diskutiert. Dabei wird die oft behauptete soziale »Entstrukturierung« der Gesellschaft durch Nachweis der wachsenden sozialen Polarisierung widerlegt (Scharenberg) und der Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages über »Globalisierung der Weltwirtschaft« einer kritischen Prüfung unterzogen (Kurt Hübner). Außerdem wird die »geschlechtsspezifische Matrix« der Globalisierung nachgezeichnet (Birgit Sauer) und die in den Wirtschafts- wie Politikwissenschaften unterstellte »Allmacht« des globalen Kapitals dekonstruiert (Suzanne Bergeron). – Der Teil über die »Grenzen« des Politischen beginnt mit einer demokratietheoretischen Phänomenologie der »Verfassung der Globalisierung« (Wolf-Dieter Narr). Das durch die Weltmarktdynamik intensivierte Problem der Größenordnungen verstärkte die »institutionelle Armut« der nationalstaatlich verfassten repräsentativen Demokratie. Trotzdem versuchen selbst linksliberale Intellektuelle, den Nationalstaat gegen auch berechtigte Kritik und alternative Vorstellungen – bspw. im Kontext der EU –

zu immunisieren, wobei sie zur Enthistorisierung und Ontologisierung des Nationalen neigen (Schmidtke). Andererseits bleiben die Strukturen der EU ebenso elitär wie männerbündisch (Susanne Schunter-Kleemann). Versuche, diese Strukturen andernorts nachzuahmen («Afrikanische Union»), scheitern an der Ungleichzeitigkeit der Globalisierung (Reinhart Köbller/Henning Melber). – Die Auswirkungen der Globalisierung auf die Strukturen lokaler Politik sind Thema des dritten Abschnitts. Einleitend werden die Anschläge des 11. September 2001 in den Zusammenhang der Globalisierung gestellt und deren politische und ökonomische Folgen für die internationale Stadtentwicklung reflektiert (Peter Marcuse). Hierauf baut die These von der »Wiederkehr des Geographischen«, die unter Rekurs auf die Global-Cities-Theorie als »ungleiche Re-Territorialisierung« gefasst wird (Roger Keil/Neil Brenner), und es werden neue Formen lokaler Politik vorgestellt, die im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und fragmentierten, »postfordistischen« städtischen sozialen Bewegungen entstehen (Margit Mayer). – Der letzte Abschnitt stellt die Frage, ob die globalisierte Politik »entpolitisiert« worden sei – eine rhetorische Frage, die alle Autor/innen verneinen. Zunächst werden die Potenziale von Internet und Netzwerkstrukturen zur Herstellung einer partiell globalen Öffentlichkeit ausgelotet (Sabine Lang). Dann wird am Beispiel der UNO-Frauenkonferenzen die veränderte Rolle der NGOs einer kritischen Prüfung unterzogen (Christa Wichterich). Als eine Möglichkeit, den Strukturproblemen der Gewerkschaften im Kontext der Globalisierung zu begegnen, wird die Entwicklung transnationaler Kampagnen angeregt (Thomas Greven). Schließlich werden die »Ambivalenzen praktischer Globalisierungskritik« am Beispiel von Attac und dem »World Wide Web« der globalisierungskritischen Bewegung diskutiert (Ulrich Brand). – Dieser Sammelband unterscheidet sich von vielen anderen durch sorgfältige Edition und hohe inhaltliche wie theoretische Integration der Beiträge, die im ständigen Bezug auf emanzipatorische Praxis Alternativen zur herrschenden gesellschaftspolitischen Eindimensionalität aufzeigen. Insofern ist das Fragezeichen im Titel gut gesetzt. Stefanie Ehmsen (Berlin)

Ökonomie

Bollinger, Stefan (Hg.), *Imperialismustheorien. Historische Grundlagen für eine aktuelle Kritik*, Promedia, Wien 2004 (173 S., br., 12,90 €)

Deppe, Frank, Stephan Heidbrink, David Salomon u.a., *Der neue Imperialismus*, Diestel, Heilbronn 2005 (155 S., br., 9,50 €)

Harvey, David, *Der neue Imperialismus*, VSA, Hamburg 2005 (236 S., br., 22,80 €)

Bollinger versammelt klassische Texte (von Bucharin, Hilferding, Hobson, Kautsky, Lenin und Luxemburg) im Glauben, dass diese wieder unmittelbar aktuell sind: Hobsons Polemik finde »vielfache Bestätigung« (ebd.); transnationale Konzerne und globale Wertschöpfung änderten »wenig« daran, dass Lenins Erkenntnisse über den Monopolkapitalismus richtig und seine Definition des Imperialismus nach wie vor »stimmig« (13) seien, usw. – Verf. erinnert an die Rolle des Staates, der wegen »personeller Verflechtungen« und »unmittelbarer Einflussnahme der führenden Unternehmer auf die jeweiligen Regierungen« Profite sichere (24). Im Auge hat er George Bush, der die Interessen von Erdöl- und Rüstungsmonopolen durchsetze (25). Aber wie das Verhältnis von Politik und Ökonomie in den klassischen Texten tatsächlich gedacht wurde oder was die Texte in Zeiten von Transnationalisierung zur Diskussion dieses Verhältnisses beitragen können, darüber muss sich der Leser in der Tat »selbst ein Urteil bilden« (24).

Deppe u.a. bieten einen knappen Überblick über eine Vielzahl von Ansätzen. Die Klassiker werden kurz zusammengefasst und kritisiert (21ff), aber nicht in ihrer theoretischen Substanz, sondern in falschen taktischen Einschätzungen – Wirkung von Nationalismus und Krieg auf die Arbeiterbewegung, Konsum durch Reallohnsteigerung, Überschätzung der ökonomischen Relevanz der Kolonien (31ff). Der ökonomische Reduktionismus (36) wird benannt, ohne auszuführen, wie er der Theoriegrammatik entspringt. Ähnliches gilt für die Theorie der Unterkonsumtion, die für Luxemburg zentral sein soll. Der von ihr beschriebene Zusammenhang sei im Fordismus außer Kraft gesetzt, wird aber für eine bestimmte Phase akzeptiert. Die *innere Konsistenz* dieses Theorems wird nicht – wie z.B. bereits von Otto Bauer – angezweifelt. Doch geht es nicht nur um klassische Texte (21ff), sondern auch um Beiträge, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden: von Baran und Sweezy's *Monopolkapital*, über den staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Dependenztheorien bis zu Emmanuels ›ungleichem Tausch‹ (55ff). Knapp die Hälfte des Bändchens widmet sich Theorien über die Rolle der USA und die Weltordnung nach 1990. Die Existenz eines us-amerikanischen Imperiums steht dabei im Zentrum, in starker Anlehnung an David Harvey.

Dieser unterscheidet »territoriale« und »kapitalistische« Logik, die »auf komplexe und manchmal widersprüchliche Weise miteinander verwoben« (36) sind. Die Maßlosigkeit der Kapitalakkumulation mache eine »räumliche Fixierung« notwendig (89), da sie eine »langlebige physische und soziale Infrastruktur« (90, 101) erfordere. Für den Kapitalismus seien Überakkumulationskrisen konstitutiv, deren wichtigste Bearbeitungsform »räumliche Strategien« (98) des Kapitals seien, welche die Politik maßgeblich strukturieren. Dies sei »einer der entscheidenden Punkte, an denen die territoriale und die kapitalistische Logik der Macht sich kreuzen« (101). Dabei komme dem Staat eine zentrale Rolle zu. Sein Ziel sei, strukturelle Asymmetrien, die sich zu seinem Vorteil auswirken, aufrechtzuerhalten (38). Das gelte für jeden Staat. Die Grundlagen der Hegemonie seien »Geld, Produktionskapazitäten und militärische Macht« (47). – Die USA sieht Harvey aus einer Schwäche heraus agieren (213) – sie wären schon lange keine Hegemonialmacht mehr, wenn nicht ihre Machtausübung »kollektiven Nutzen« (45) hätte. Nach und nach werde jedoch die Konsensorientierung aufgegeben und »auf Vorherrschaft durch Zwang« zurückgegriffen (195). Als »neoliberalen Staat« (180) stehe den USA kaum eine nekeynesianische Option offen. Seit Mitte der 1970er Jahre und vor allem seit dem Ende des Staatssozialismus werde die Akkumulation durch eine Strategie der Enteignung gesichert.

Theoretischer Einsatzpunkt dafür ist die sog. ursprüngliche Akkumulation, die nicht nur die Vorgeschichte des Kapitals bilde, sondern eine systematische Voraussetzung des Kapitalismus sei – was Harvey mit dem Begriff der »Akkumulation durch Enteignung« einzufangen versucht (143). Diese nehme unterschiedliche Formen an: Zur-Ware-Werden von Boden; Umwandlung von Eigentumsrechten; Unterdrückung der Nutzung von Gemeindeland sowie traditioneller Formen der Produktion; imperiale, koloniale etc. Aneignung von Vermögenswerten; Monetarisierung des Tausches; spekulative Plünderungen durch Hedge Fonds; geistiges Eigentum (146); Privatisierung (148, 155ff) – wobei letztere als eines der »Schlüsselemente« (71) fungiert. Auch der »neue Imperialismus« sei eine Form der Akkumulation durch Enteignung (177ff). Allerdings stellt sich die Frage, ob ein Begriff sinnvoll ist, mit dem sowohl Privatisierungen als auch imperialistische Kriege gefasst werden sollen. Welche Erklärungskraft bleibt, wenn damit nur sehr allgemeine Dynamiken bezeichnet werden können? Eine »militärische Intervention« sei nur die »Spitze des imperialistischen Eisberges« (177). »Bei imperialistischen Praktiken geht es [...] darum, die ungleichen geographischen Bedin-

gungen [...] auszunutzen« (38). Dabei entstehen »unfairer Handel«, »Monopolmächte« und »Wucher«. Es sei offensichtlich, »dass die geopolitischen Konflikte fast notwendigerweise aus den molekularen Prozessen der Kapitalakkumulation entstehen, ganz egal, welche Ursache sie in den Augen der Staatsmacht haben« (108f). Aber zur »Beurteilung des Anstoßes zu imperialistischen Bestrebungen« müssten die interne Rolle der Klassenbeziehungen, der Klassenkampf und die spezielle Struktur der Klassenbündnisse beachtet werden (126).

Bei der Einschätzung der gegenwärtigen Politik der USA wird Verf. diesem Anspruch nicht gerecht – vor allem, weil ihm eine Staatstheorie fehlt. Zwar erkennt er die zentrale Rolle des Staates nicht nur in der sog. ursprünglichen Akkumulation an (93): »Der Imperialismus lässt sich [...] nicht verstehen, ohne dass man zunächst die Theorie des kapitalistischen Staates in all ihren vielfältigen Formen durchgeht.« (179) Doch spricht er nur abstrakt davon, dass sich verschiedene Logiken kreuzen (101). Sobald die Analyse konkreter wird, muss »eine neokonservative Gruppe von Denkern in der Nähe der Macht« (185) herhalten, um zu erklären, warum eine bestimmte Politik gegenüber einer anderen präferiert wird. Unklar bleibt, wie und warum bestimmte Interessen und Bedürfnisse gegenüber anderen systematisch bevorzugt werden. Dafür wäre eine Theorie des Staates und ein Begriff von Hegemonie notwendig, die zwar eingeklagt, aber nicht systematisch eingeführt werden.

Ingo Stütze (Berlin)

Biesecker, Adelheid, Martin Büscher, Thomas Sauer u.a. (Hg.), *Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancún*, VSA, Hamburg 2004 (176 S., br., 14,80 €)

Der Band versammelt Diskussionsbeiträge zum vorläufigen Attac-Positionspapier »Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung« in der Spannweite von »refomorientierten Globalisierungskritikern und radikalen Globalisierungsgegnern« (85). – »Die moderne Ökonomie hat sich von ihren eigenen Grundlagen (Grundkategorien) gelöst und damit gesellschaftlich und ethisch isoliert« (14), so Büscher. Entgegen der gängigen Auffassung »Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht«, lasse sich selbst »mit Adam Smith für mehr staatlichen und gesellschaftlichen Einfluss auf wirtschaftliche Entwicklung argumentieren« (13). – Daniela Gottschilch unterscheidet drei »feministische Strategien gegen neoliberale Globalisierungspolitik« (23ff): a) Widerstand, verstanden als »sichtbarer Protest«; b) Transformation durch Partizipation, die auf »Steuerung und Gestaltung des Systems« z.B. durch Lobbyarbeit zielt; c) Aufbau von Gegenmacht, die als »Gestaltung von Alternativen innerhalb und jenseits der Marktökonomie« beide Strategien in sich vereine. Ziel sei »die Umgestaltung der ganzen Ökonomie nach versorgungswirtschaftlichen Prinzipien« 33) anhand der Leitbilder: »Vorsorge statt Nachsorge«, »Kooperation statt Konkurrenz«, »Orientierung am für das »gute Leben« Notwendigen statt [...] am Profit« (31ff).

Stratmann-Mertens kritisiert aus der Perspektive der »Deglobalisierer« neoklassische Orientierungen, auch bei der Attac-Kampagne gegen Sozialabbau. Die Fixierung auf Wirtschaftswachstum gilt ihm als »Kernstück neoliberaler wie neoklassischer Globalisierung« (42). Die »Verengung des Blickwinkels auf Umverteilung« (40) mache blind für soziale und ökologische Bedingungen der Reichtumsbildung. Er fordert Wachstumsstopp und die Abkehr »von der Export- und Weltmarktorientierung hin zu einer Binnenorientierung der Wirtschaft, auf die Produktion für kleinräumige Märkte« (48). – Als Vertreter eines »globalen Keynesianismus« tritt Sauer für Re-Regulierung und globale Steuerung von Wirtschaftsprozessen ein. Angesichts der Effizienzgewinne durch internationale Arbeitsteilung sieht er die Ablehnung von Ricardos Theorem der komparativen Kostenvorteile als »fatalen Fehler« (56) der Subsistenz- und Deglobalisierungsansätze. »Globale makroökonomische und subsidiäre

mikroökonomische Steuerung« seien aber »nicht als einander widersprechende, sondern als sich gegenseitig ergänzende Grundsätze zu sehen« (67). – Eine »global integrative Nachhaltigkeit« (76) müsse sich, so Mohssen Massarrat, »Chancengleichheit als Leitethik« nehmen, als »Gleichheit des Zugangs zu – im Unterschied zur Gleichheit der Zuteilung von – natürlichen Ressourcen, Gütern und Positionen« (80).

Unter der zapatistischen Losung »Fragend gehen wir voran« stellt Uli Brand die Hoffnung auf *den* »großen strategischen Wurf« (155) infrage. Da »die neoliberal-kapitalistischen Verhältnisse sich in Alltagsverhältnissen gleichsam »einpflanzen« und von handelnden Menschen bestätigt werden«, gehe es um die Entwicklung konkreter Forderungen, die »Widersprüche politisch zuspitzen und soziale Sprengkraft entfalten, ohne dabei die Ziele emanzipativer Politik vorzuschreiben« (133). – Claudia von Braunmühl kritisiert die Grundwerte der Globalisierungskritik als »Erbe westlicher Aufklärung«: Die Reformvorschläge verdanken sich »der Logik und dem Modell eines Sozialstaatskonzepts, das in nur wenigen hoch entwickelten Ländern je realisiert wurde und [...] bis zu seiner Demontage ob seiner Ungleichgewichte heftig umstritten war« (132). Brigitte Young führt die »gegenwärtige Herrschaft der Neoliberalen [...] auf eine konzertierte, langfristige und effektive ideologische Anstrengung identifizierbarer Akteure« zurück (140); Oppositionsbewegungen müssten deshalb – theoretisch angeleitet – institutionelle Rahmenbedingungen sowie formelle und informelle Denkgewohnheiten ändern, »wie dies in den USA die neoliberalen und rechtslastigen Akteure über einen Zeitraum von 20 Jahren gemacht haben« (144). Thomas Fritz hingegen erkennt in der Entwicklung konkreter, umsetzbarer Alternativen eine Herrschaftsstabilisierung: es gelte die »Fesseln solcher »konstruktiven Kritik«« (149) abzulegen zu Gunsten einer »im besten Sinne »destruktiven Kritik««, die bis zur »Bewusstmachung der Reproduktion von Herrschaft durch die Beherrschten selbst« reicht (155). Diese Delegitimierung der Herrschaftsverhältnisse müsse von einer Politik sozialer Aneignung begleitet sein, die »Stück um Stück Produktion und Reproduktion einer bewussten gesellschaftlichen Steuerung« unterwirft (156).

Während der Großteil der Bewegung schon »richtige Modelle« für die Konstruktion einer »anderen Welt« gefunden zu haben glaubt und an konsensfähigen Positionen zimmert, stellen andere dieses Ansinnen an sich infrage. Wo einige die Übernahme der Erfolgsstrategien neoliberaler Eliten nahe legen, suchen andere die Möglichkeiten widerständiger Politik in den Alltagspraxen der Beherrschten. Eine spannende Momentaufnahme des Diskussionsprozesses bei Attac.

Margot Geiger (Berlin)

Bsirske, Frank, Hans-L. Endl, Lothar Schröder u. Michael Schwemle (Hg.), *Wissen ist was wert. Wissensmanagement*, VSA, Hamburg 2003 (254 S., br., 14,80 €)

Der Band, dessen Titel mit dem Internet-Kürzel »www« spielt, enthält die zentralen Beiträge einer Tagung der Gewerkschaft ver.di und der Arbeitnehmerkammer Bremen vom Februar 2003 (abrufbar unter www.wissen-ist-was-wert.de). Die Autoren kommen aus Gewerkschaften, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. – Seit »man sich nicht mehr traut, von Spätkapitalismus oder Bürgerlicher Gesellschaft zu reden« (Negt, 23), wird »Wissen« zu einem Hauptmerkmal der Gesellschaft stilisiert (wie zuvor »Erlebnis«, »Risiko«, »Information«, »Netzwerk« ...). Im Unterschied zu Daten und Informationen sei Wissen an Personen gebunden und zu großen Teilen implizit (Roth, 168; Goergens, 73). In der »Wissensgesellschaft« werde nun Wissen zum »Produktionsfaktor«, demgegenüber »Arbeit, Kapital und Rohstoffe [...] an Bedeutung« verlieren (Bulmahn, 130). Dabei wird die Analogie so weit getrieben, dass man von einer Delegation des Wissenserwerbs an

»elektronische Agenten« träumt, die passend zur Organisation von Produktionsprozessen auch ein »Just-in-Time-Lernen« ermöglichen sollen (Schröter, 233). Weil zugleich Wissen immer schneller wertlos werde, nichts mehr langfristig gelte, wird Flexibilität zum höchsten Wert (Glotz, 53). Der daraus folgende »Mythos«, man müsse mehrfach im Leben den Beruf wechseln, »wird vor allem von Akademikern verbreitet, die selbst niemals in ihrem Leben den Beruf wechseln« (Bosch, 119). – Für die Unternehmen geht es darum, das Wissen von seinen Trägern unabhängig zu machen und es auch bei Personalabbau im Unternehmen behalten zu können. Einen (technischen) »Wissensspeicher«, den man füllen und anzapfen kann, gibt es aber nicht (vgl. 69, 92). Daher sei die Stunde des »Wissensmanagements« gekommen, »Management von Personen, Daten, Prozessen, Zeit und Rahmenbedingungen unter dem Aspekt Wissen« (Roth, 168). Simpel gesagt geht es darum, bereits vorhandenes Wissen zu identifizieren, zu »externalisieren« (aus den »Köpfen« in die Datenbanken) und für andere auffindbar und nutzbar zu machen (aus den Datenbanken in die »Köpfe«). Oft ist mit Wissensmanagement einfach nur das technische Werkzeug zum Speichern und Wiederauffinden von Wissensbeständen (»Wissensdatenbank«) gemeint. Bei Siegfried Roth wird die Formationsspezifität des Wissensmanagements – Konkurrenz und »freiwillige« Selbstenteignung der Arbeitenden – erahnbar: »Wissen abzugeben, aufzunehmen oder gemeinsam zu teilen, ist an die individuelle Bereitschaft und Motivation der Wissenden gebunden«, weswegen Wissensmanagement »nur indirekt, durch Kontextsteuerung« möglich sei (168).

Erwerb und Wiederabgabe von Wissen benötigen die Ressourcen Zeit und Geld (Faulstich 140ff; so auch Heidemann, Roth und Schröter), und es treten Interessenkonflikte zutage: Ist Lernzeit Arbeitszeit? Wer trägt die Kosten? Wer verfügt wie über das Wissen, das über den einzelnen Mitarbeiter gespeichert ist? – Unternehmen tendieren dazu, von Mitarbeitern (teilweise) selbstfinanzierten Wissenserwerb in der Freizeit zu verlangen und Entlohnungen an in Datenbanken gespeicherten »Skillprofilen« zu orientieren. Betriebsräte werden daher aufgefordert, ihre Mitbestimmungsrechte bei der Ausgestaltung von Wissensmanagement wahrzunehmen (Höfers, 212ff). Ziel sei dabei »Verteilungsgerechtigkeit« (Tremel, 8; so auch Bsirske, Sommer, Bulmann und Schröder) – auch zwischen den Geschlechtern (Hauffe, 83ff). Ein »neuartiger Gerechtigkeitsbegriff« wird gefordert, der nicht Wissensarbeiter (»Geschäftsbereichsleiter bei der Telekom«) und Rentiers »einfach in den großen Topf der »Besserverdienenden« wirft« und damit die »Dynamik« der »Gesellschaft« lähmt (Glotz, 54).

Wie also umgehen mit den Herausforderungen des Wissensmanagements? Gerhard Bosch fordert (mit vielen »sollte«, »müsste« und »könnte«) den Aufbruch zu »neuen Lernkulturen in der beruflichen Bildung« (126ff); allerdings zeigt das Beispiel Bildungsurlaub, dass selbst gesetzlich fixierte Ansprüche noch nicht zur Wahrnehmung von Rechten führen: 99 % der Berechtigten lassen ihre Ansprüche verfallen (Faulstich, 148). Wenn aber Appelle an »Gerechtigkeit« und »Verantwortung« nichts fruchten, bleibt zynisches Achselzucken – Peter Glotz zitiert zustimmend den »Trendforscher« Matthias Horx: »Unsere Gesellschaft wird sich den Luxus von 20 % Ausrangierten leisten, die ihr Leben vor 35 Fernsehprogrammen fristen, sich auskömmlich bei Aldi, Hofer und Penny versorgen.« (55) – Im Gegensatz zu anderen Autoren (Endl, 211; Schmaltz, 243) denkt der ver.di-Vorsitzende Bsirske Wissensmanagement keineswegs als »Win-Win-Situation«, sondern fasst es als eines der Instrumente, die den »Druck des Marktes unmittelbar auf die Beschäftigten« weitergeben, »die diesen dann in eigener Regie, aber stets unter den Rentabilitätsvorgaben des Arbeit- oder Auftraggebers, zu

bewältigen haben« (20f). – Zwar bewegt diese Form von Eigenregie manchen dazu, sich als ›Arbeitskraftunternehmer‹ zu denken, honoriert wird dieser Einsatz jedoch kaum. Der Personalvorstand der Deutschen Telekom berichtet, dass bei 385 Mio. Einsparungen aus Verbesserungsvorschlägen 2002 nur 3,5 Mio. Euro Mitarbeiter-Prämien »ausgeschüttet« wurden – weniger als 1 Prozent (Klinkhammer, 204).

Heinz Knoth (Kefenrod-Hitzkirchen)

Vogel, Berthold (Hg.), *Leiharbeit. Neue sozialwissenschaftliche Befunde zu einer prekären Beschäftigungsform*, VSA, Hamburg 2004 (182 S., kt., 14,80 €)

Da Zeitarbeit und Personal-Service-Agenturen (PSA) in der öffentlichen Debatte entweder als innovative Vermittlungskonzepte angepriesen oder als moderne Sklavenarbeit kritisiert werden, kommt dieser Sammelband gerade recht: Er bietet aktuelle empirische Untersuchungen über die praktischen Auswirkungen von Leiharbeit auf die Leiharbeiter und ihr berufliches wie soziales Umfeld. – In einem Vergleich mit dem Verleih von Langzeitarbeitslosen durch gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassungen gelangt Claudia Weinkopf zu der Einschätzung, dass die PSA kostenintensiv ist, Mitnahmeeffekte ermöglicht und dass Problemgruppen kaum berücksichtigt werden. Ein Rückgang der Arbeitslosigkeit ist nicht festzustellen, Aussagen über die langfristigen Effekte der PSA lassen sich noch nicht treffen. Markus Promberger und Stefan Treuer stellen Daten des Forschungsinstituts der Bundesagentur für Arbeit (IAB) über Betriebe vor, die Leiharbeit einsetzen. Die meisten Zeitarbeiter werden in mittleren und großen Industrieunternehmen eingesetzt, die hochflexibel am Markt agieren und Strategien zur Flexibilisierung der Arbeitszeit verfolgen. In Großbetrieben werden Leiharbeiter häufiger übernommen als in kleinen und mittleren Unternehmen, doch oft entstehen hier Randbelegschaften als Resultat einer Integration (in den Arbeitsmarkt) bei gleichzeitiger Ausgrenzung (innerhalb des Betriebs). Elke J. Jahn analysiert anhand von IAB-Daten Strukturen und Arbeitsweisen der ersten PSA und kommt zu dem Schluss, dass dieses Instrument wenig ausgereift ist. So fehlen u.a. Vorgaben für die Auswahl von und den Umgang mit arbeitsmarktpolitischen Zielgruppen; auch finden sich neben der bloßen Vermittlung selten weiterführende Maßnahmen wie Qualifizierungen. Andreas Ammermüller und Bernhard Boockmann präsentieren die Prognosen von ca. 500 Leiharbeitsfirmen, welche zum Zeitpunkt der Einführung der PSA Umsatzrückgänge und steigende Personalkosten befürchteten. Nur wenige zogen eine eigene PSA-Bewerbung in Betracht, denn zwischen der Verleihabsicht der Zeitarbeitsagenturen und der Vermittlungsabsicht der PSA besteht eine Divergenz. Erstere profitieren von einer dauerhaften Beziehung sowohl zur verliehenen Arbeitskraft als auch zum leihenden Unternehmen, während letztere Gewinn aus der zügigen Vermittlung von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt ziehen. Ulrich Schenck untersucht Modelle betriebsinterner Zeitarbeit anhand von Fallstudien (Flugzeughersteller EADS-Airbus und Großbanken). Als zentrale Bedingungen für die regelmäßige Nutzung von Zeitarbeit gelten hier Haustarifverträge, die den Verträgen der festen Mitarbeiter angeglichen sind, sowie die Möglichkeit, gezielt und wiederholt auf qualifizierte Kräfte zurückgreifen zu können – die Leiharbeit passt sich den regulären Arbeitsverhältnissen an. Für die prekäre Zone der Erwerbsarbeit hingegen stellen Klaus Kraemer und Frederic Speidel vielfältige Desintegrationstendenzen im betrieblich-sozialen Umfeld und in der gesellschaftlichen Position und Teilhabe fest. Auch Vogel analysiert die subjektiven Erfahrungen der Zeitarbeiter und ihre erwerbsbiographischen Perspektiven. Er präsentiert eine Typologie der Wahrnehmungs- und Bewältigungsformen, die zwischen der strategischen Nutzung von

Zeitarbeit für den beruflich-sozialen Aufstieg und ihrer Wahrnehmung als Indikator für die eigene berufliche Deklassierung oszillieren. Ingrid Wilkens erläutert die Reformierung des niederländischen Modells der Leiharbeit, das den Anspruch erhebt, die soziale Sicherheit für Zeitarbeiter stufenweise auszuweiten. Da nur wenige Zeitarbeitnehmer über ihre Rechte informiert sind und sich dementsprechend kaum jemand darauf beruft, geht der praktische Effekt der Reform gegen Null.

Antje Pabst (Hamburg)

Geschichte

Rieck, Heide (Hg.), *Doch seht wir leben. Vom inneren Widerstand. Zwangsarbeit 1939-1945*, unter Mitarbeit v. Waltraud Jachnow u. Wolfhart Matthäus, Geest, Vechta-Langförden 2005 (432 S., br., 15 €)

In den vergangenen Jahren erschienen etliche regionalgeschichtliche Studien zur Zwangsarbeit im Nationalsozialismus, in die Zeugnisse von Betroffenen eingingen, die subjektive Einblicke in den Lagerterror ermöglichten. Eigenständige Veröffentlichungen der Opfer blieben aber selten. Diese Lücke füllt der Band mit Liedern, Gedichten, Tagebuchaufzeichnungen, Berichten, Briefen und Bildern. Sein Titel verweist auf ein Gemeinsames der Texte: Gegen die Reduktion auf ihre Funktion als Arbeitskräfte kämpften die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auch mit der Behauptung ihrer Individualität. Der Wunsch nach Rückkehr zu Familie und Freunden stärkte den Überlebenswillen; gegen die Gewalt der Deutschen stellte man sich mit Sarkasmus und Spott. So belegt eine knappe französische Wandinschrift aus dem Kölner Gestapogefängnis das, was die Hg. als »inneren Widerstand« bezeichnet: »Die deutschen Sitten enthüllen sich besonders in Zelle 6, wo die es fertig bringen, bis zu 33 Menschen auf einmal hineinzupferchen.« (99) Die Zelle maß 9 m².

Neben der Gewalt geht es immer wieder um die Sehnsucht nach der Heimat, den Verlust von Kindheit und Jugend, die Hoffnung auf ein Ende der Tortur (»Doch feiern wir den Tag des Sieges jetzt / als unsere zweite, glückliche Geburt!«, 379). Heute gelesen, sind diese Texte auch eine Anklage gegen eine Gesellschaft, die in ihrem Alltagsdiskurs den »Fremdarbeitereinsatz« immer noch als unvermeidliche Kriegsfolge und nicht als Verbrechen einstuft. – Wunderlich ist, weshalb die Hg. auch Berichte von Deutschen aufgenommen hat, in denen Begegnungen mit Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern geschildert werden. Deren mitfühlende Menschlichkeit war, wie die Anthologie belegt, für die Betroffenen eher eine Randerfahrung. Gut 60 Zeugnisse aus sieben Ländern werden im Original und in deutscher Übersetzung vorgestellt. Zu den meisten Verfassern finden sich biographische Notizen. Die Einleitung referiert auf fünf Seiten »Daten und Fakten« zur Zwangsarbeit – zu wenig, um Leserinnen und Lesern, die sich vorher nicht mit dem Thema beschäftigt haben, hinreichend zu informieren.

Reinhard Rohde (Celle)

Sander, Ulrich, *Die Macht im Hintergrund. Militär und Politik in Deutschland von Seeckt bis Struck*, PapyRossa, Köln 2004 (204 S., br., 14 €)

»Das Primat der Politik ist passé!« (9). Wie weit militaristische Positionen zum politischen Konsens geworden sind, zeigt Verf. an den »Verteidigungspolitischen Richtlinien« des Jahres 1992, die den Wechsel von einem Verteidigungsauftrag zur offensiven Sicherung deutscher Interessen im Ausland markieren und 2002 in der Aussage des Verteidigungsministers mündeten, deutsche Interessen würden »auch am Hindukusch« verteidigt (Wortwahl »aus dem Vokabular der Generalität«, 50). In der Kontinuität der Pläne zur

Remilitarisierung nach beiden Weltkriegen sieht Verf. eine ungebrochene Tendenz des Militärs, seinen Handlungsspielraum immer wieder bis zur Vorbereitung und Durchführung von Angriffskriegen zu erweitern; durch personelle Kontinuitäten im Führungspersonal der Bundeswehr sowie Traditionspflege, die SS und NS-Kriegsverbrecher einschließt, wird sie bis heute aufrechterhalten. Er zeichnet die Schritte nach, die ab 1990 zur deutschen Beteiligung an internationalen Militäreinsätzen führten und untersucht, womit sich die Bundeswehr derzeit strategisch und operativ Handlungsspielräume eröffnet: das Zentrum für Analysen und Studien (ZAS, ein Think Tank), das Einsatzführungskommando (eine Art Generalstab für ›Kriseninterventionen‹), das Kommando Spezialkräfte (KSK, eine Elite-truppe für Sonderaufgaben wie Anti-Terror-Einsätze). Daneben arbeitet er die Bedeutung der Armee als »Schule der Nation« mit immerhin 9,6 Mio. Reservisten heraus, von denen bisher 1,9 Mio. an Wehrübungen teilgenommen haben (29). Schließlich ergänzt er die Studie um eine Skizze rassistischer und neofaschistischer Tendenzen in der Bundeswehr.

Das Buch liefert eine Fülle an Material, u.a. aus schwer zugänglichen Quellen. Problematisch ist die Bestimmung des Verhältnisses von Politik, Militär und Öffentlichkeit. Die Militarisierung sei unbemerkt von Öffentlichkeit vollzogen worden, gleichzeitig verankere die »Schule der Nation« militärische Prinzipien in den Rekruten. Da die Militäreinsätze von großen öffentlichen Debatten begleitet wurden, ist diese These nicht haltbar. Auch sieht Verf. in den heutigen Verteidigungspolitikern kaum mehr als den verlängerten Arm der Militärs, die als »Macht im Hintergrund« die Fäden ziehen. Die Wirkungszusammenhänge sind jedoch komplexer. Inwieweit wurde die allmähliche Legitimierung des Krieges als Mittel der Politik von der Bevölkerung mitgetragen? Inwieweit lässt sich – etwa an der Nichtbeteiligung Deutschlands am zweiten Irak-Krieg – eine eigene Systemlogik der Politik erkennen, die militärischen Interessen ggf. zuwiderläuft? Und vor allem: Der Ausbau militärischer Optionen ist keineswegs ein rein deutsches Phänomen – sind also andere sozioökonomische Entwicklungen, z.B. die zugespitzte Weltmarktkonkurrenz, ausschlaggebend für den Ausbau und die Aktivierung eines militärischen Potenzials?

Robert Erlinghagen (Betzdorf)

Börrnert, René, *Wie Ernst Thälmann treu und kühn! Das Thälmann-Bild der SED im Erziehungsalltag der DDR*, Julius Klinkhardt, Bad Heilbrunn/Obb 2004 (210 S., br., 27 €)

Verf. behandelt zunächst einschlägige Monographien, von denen pro Dekade jeweils eine oder zwei aufgelegt wurden: Beginnend mit Willi Bredels *Beitrag zu einem politischen Lebensbild* von 1948, endend mit der 1979 bzw. 1988 durch Günter Hortzschansky und Walter Wimmer publizierten Großen bzw. Kleinen Thälmann-Biographie. Die Arbeit Rudolf Lindaus lag 1956 wegen Unstimmigkeiten mit der aktuellen Parteilinie zeitweise unter Verschluss. Ein Kuriosum unter den literarischen Bearbeitungen ist Max Zimmerings *Vermächtnis*, das Thälmann in allen Zugmaschinen, Martinsöfen, Ätherwellen, in jeder Tonne Kohle und Roten Fahne sowie im Rattern der Traktoren weiterleben sah (28f).

Das Thälmann-Bild, das durch Druckschriften, DEFA- und Fernsehfilme, im Schulunterricht und in Pionierversammlungen vermittelt wurde, untersucht Verf. entlang der üblichen Stereotypen: Sohn seiner Klasse; Führer des Hamburger Aufstands 1923 (und der Arbeiterklasse überhaupt); Freund der Sowjetunion; unbeugsamer Kämpfer hinter faschistischen Kerkermauern; Opfer von Hitlers Mordbefehl 1944; niemals Gefallener. Anhand neuerer Publikationen verdeutlicht er, dass dieses Bild in vielem der Wahrheit widerspricht. Dabei sind ihm einige gewichtige Entstellungen sogar entgangen, die sich in Peter Monteath (Hg.), *Ernst Thälmann – Mensch und Mythos*, Amsterdam-Atlanta 2000,

und Siegfried Lokatis, *Der rote Faden*, Köln 2003, finden. Offenbar selbst ein wenig vom Thälmann-Kult infiziert, sagt Verf. Kurt Maetzig's Monumentalfilmen aus den frühen 1950ern nicht nur eine vom Regisseur unterdes bestrittene künstlerische Qualität nach, sondern verschließt auch die Augen vor zahlreichen in den Streifen enthaltenen Geschichtsfälschungen. Thälmanns gefledderte *Reden und Schriften* und seine verstümmelten *Antworten auf Briefe eines Kerkergegnossen* (der nicht kommunistischer Kämpfer, sondern Krimineller war) hätten umfassender gewürdigt werden können. – Zurecht wird Stalins überragender Einfluss auf den KPD-Führer betont. Unzutreffend ist aber die Behauptung, der Bericht über die Trauersitzung des SED-Zentralkomitees nach Stalins Tod am 6.3.1953 belege, dass der KPD-Vorsitzende erst durch diesen zum Arbeiterführer wurde (77). In dem Bericht heißt es vielmehr: Stalin stand »unserem unvergesslichen Ernst Thälmann mit Rat und Tat zur Seite, mit dem ihn eine enge Freundschaft verband« (*Die SED... Ein Handbuch*, 1997, 602). Die Freundschaft des KPdSU-Chefs zu seinem deutschen Amtsbruder erwies sich übrigens in dem Moment als Heuchelei, als er Thälmann trotz dessen Bitten zur Zeit des deutsch-sowjetischen Paktes in nazistischer Gefangenschaft beließ.

Bei den Ausführungen zur höchstrangigen Thälmann-Medaille »Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung der Heimat«, die erstmals »Teilnehmern der Friedensdemonstration der deutschen Jugend am 15.8.1951 in Berlin« überreicht wurde (136), fehlt der Hinweis, dass diese in Westberlin stattfand und von der dortigen Bereitschaftspolizei zusammengeschlagen wurde; verliehen wurde die Medaille ein Jahr später in Halle, dabei trat Franz Dahlem als Redner auf, den Generalsekretär Ulbricht bald danach aus der Partei stieß. Unrichtig ist die Behauptung, die FDJ habe sich von Anfang an »auf einen kommunistischen Ursprung« orientiert und ihre Gründung 1946 sei eine Fortführung des KJVD gewesen (100). Ganz im Gegenteil wurde damals Wert auf Überparteilichkeit gelegt und dem Kommunistischen Jugendverband Sektierertum nachgesagt. Unzutreffend ist auch die Ansicht, alle Mitglieder des einstigen Thälmann-ZK, auch Dahlem, Ewert und Merker, hätten zu den offiziellen Vorbildern für die DDR-Jugend gehört (90), galten doch die Genannten lange als Parteifeinde.

Verf. sucht Thälmann wie auch jenen in der SED-Führung gerecht zu werden, die den Kult um ihn entfachten. Letzteres sei nicht nur eine »Instrumentalisierung der historischen Gestalt [...] zu machtpolitischen Zwecken« gewesen, sondern zugleich Zeichen der Verbundenheit Piecks, Ulbrichts und Honeckers mit dem einstigen populären Vorsitzenden und prominenten Hitler-Opfer (179). Der Kult selbst habe wenig gebracht, sein Objekt aber werde heute noch von Arbeitern als einer der ihren geachtet. Daher sei das Thälmann-Denkmal in Magdeburg nach seiner Entfernung wieder aufgestellt worden (184). Unerwähnt bleibt hier die Auseinandersetzung um den geplanten Abriss des Berliner Denkmals, der verhindert werden konnte. Verf. vermutet die Existenz eines dritten Thälmann-Mythos, der im Osten erst nach der ›Wende‹ von 1989/90 entstand und Thälmann zum »Symbol eines nicht verwirklichten Sozialismus« mache: »er bietet die Projektionsfläche für untergründige [...] Hoffnungen auf eine noch immer mögliche praktische Umsetzung dieser politischen Idee« (190), und wäre damit erfreulich subversiven Charakters. Manfred Behrend (Berlin)

Chin, Peng, *My Side of History – as told to Ian Ward and Norma Mirafior*, Media Masters, Singapore 2003 (527 S., br., 36,40 S\$)

Zwei konservative britische Historiker befragen Chin Peng, den langjährigen Generalsekretär der *Communist Party of Malaya* (CPM), »the last of the region's old revolutionary leaders« (515) in seinem thailändischen Exil. Den Leser erwartet die politische Biographie eines Sozialisten, der souverän aus seinem Gedächtnis schöpft und brisante Dokumente

aus Archiven ausbreitet, wenn er über den Kampf seiner Partei vom Vorabend des Zweiten Weltkrieges bis zur Einstellung der bewaffneten Aktivitäten der CPM nach dem Friedensabkommen von 1989 berichtet. 1924 wurde er in das chinesischstämmige Milieu der kleinen Shopkeepers und Handwerker in den malaysischen Protektoraten vor dem Zweiten Weltkrieg hineingeboren, das er ausführlich beschreibt. Die Kriegspolitik Japans gegenüber China politisierte seit 1931 auch dort die chinesische Bevölkerungsgruppe. Die Lektüre von Mao Tse-tungs Aufsatz *Über den langdauernden Krieg* von 1938 wurde das Schlüsselerlebnis seiner Jugend. Rückblickend wertet er dieses Handbuch der Mobilisierung der Volksmassen zum Guerillakrieg als »my personal passage to communism« (47). Bereits ab 1940 arbeitete Chin für die CPM und kann daher Materialien ihrer Frühgeschichte aus erster Hand bieten. Von Singapur nach Norden ausgreifend baute die junge Partei, permanent von der britischen Kolonialpolizei verfolgt, Stadt- und Regionalkomitees auf und gewann Einfluss besonders unter den gewerkschaftlich organisierten Zinnminen-, Plantagen- und Transportarbeitern als auch unter Bauern in den nordwestlichen Territorien und der Schuljugend. – Die Geschichte der CPM erfuhr eine jähe Wende, nachdem am 8. Dezember 1941 im Nordosten der malaysischen Halbinsel die japanische Armee gelandet war und dem Britischen Empire eine vernichtende Niederlage bereitete. Die Partei bildete am 10. Januar 1942 die *Malayan Peoples Anti-Japanese Army* (MPAJA) und begann den Guerillakrieg. Die Briten »had to live and sleep with the fact that we were the only functioning resistance movement on the peninsula« (11). So kam es zu einem historischen Pakt zwischen der CPM und dem South East Asia Command (SEAC). Beide Seiten wussten aber, dass sie einen »deal with the devil« (ebd.) eingegangen waren.

Erstmalig erhalten wir einen Einblick in die militärische, politische und finanzielle Organisation der CPM/MPAJA. Siegreiche Gefechte werden beschrieben und Gründe für verlustreiche Niederlagen benannt. Mit seiner Version der Lebensgeschichte von Lai Te, Generalsekretär der CPM während des Zweiten Weltkriegs, zerstört Chin bisher in der Geschichtsschreibung kolportierte Legenden: Anfang 1947 hatte Chin den Generalsekretär auf einer ZK-Tagung als Spion des britischen Geheimdienstes entlarvt. In Bangkok wurde Lai Te von Beauftragten der thailändischen KP in Zusammenarbeit mit der paramilitärischen Stadtorganisation der vietnamesischen Kommunisten aufgespürt und während eines Handgemenges getötet. Unmittelbar nach dem gewaltsamen Ende von Lai Te wurde Chin mit 23 Jahren zum jüngsten Generalsekretär gewählt, den es je in einer KP gegeben hat.

Als »a cauldron of simmering discontent« (135) bezeichnet Chin British-Malaya in der Nachkriegszeit und analysiert die ökonomischen, innen- und außenpolitischen Krisen: Die British Military Administration (BMA) war weder fähig noch bereit, gegen Hunger, Korruption, Bandenunwesen und ethnische Zusammenstöße zwischen Chinesen und Malaysiern vorzugehen. Die von der CPM geleiteten Volkskomitees und die ihr nahestehenden Gewerkschaften waren »at the time, the only recognisable political movement functioning throughout the newly reclaimed colonial territory« (135). Die Streikbereitschaft der verelendeten Volksmassen wuchs, worauf 1947 ultra-reaktionäre Kreise des britischen Plantagen-, Minen- und Handelskapitals mit chinesischen Geheimgesellschaften und Anhängern der Kuomintang (KMT) eine gewaltbereite Interessengemeinschaft bildeten und die BMA drängten, CPM und kommunistische Gewerkschaften mit einem Schlag zu vernichten. Für die damalige Labour-Regierung in London, die mit den Dollarerlösen aus dem Verkauf der malaiischen Kolonialwaren die Stabilität der Sterling-Währungszone aufrechterhalten wollte, war der kommunistische Einfluss in Malaysia nicht mehr kalkulierbar: »These were the issues that dominated the British Cabinet's deliberations.«

(246) Im Juni 1948 verkündete die Kolonialverwaltung den Notstand und denunzierte die Mitglieder der CPM als *CTs, communist terrorists*, während Chin, nach Kriegsende noch mit hohen britischen Kriegsauszeichnungen geehrt, fortan im britischen Empire als »Public Enemy No.1« galt (300). Die Partei ihrerseits begann den bewaffneten Kampf, indem sie aus ihren Dschungelcamps heraus Polizei- und Militärstationen angriff, Plantagen und Transportwege zerstörte oder Attentate auf Politiker und Geschäftsleute verübte. Vorherrschend in der Partei war die Vorstellung vom schnellen Sieg der sozialistischen Revolution nicht nur auf der malaysischen Halbinsel, sondern auch in Thailand, Indonesien, Vietnam, Laos und Burma. Chins Berichte über die Suche nach der richtigen Strategie, Taktik, Logistik, Leitung, Finanzierung und Koordination des kommunistischen Partisanenkriegs, über die Moral der 3-5000 Kämpfer und Kämpferinnen im Dschungel, über den Einsatz mutiger Kuriere und über die Menschenrechtsverletzungen des zahlenmäßig und kampftechnisch weit überlegenen Feindes, aber auch über Verrat, der bis ins Politbüro reichte, über misslungene Kampfeinsätze, über sich abspaltende Partisanengruppen und willkürliche Gewalt innerhalb der eigenen Reihen, ergeben ein dichtes narratives Patchwork des Widerstandskampfes. Während die CPM mit ihrer Losung »Down with British Imperialism« (226) große Teile der Volksmassen mobilisieren konnte, stellte sich ihr Ziel der Errichtung einer »People s Democratic Republic of Malaya« als ein »critical mistake« (238) dar. Abdul Rahman, Sohn des Sultans von Kedah, konnte der CPM die historische Initiative im Unabhängigkeitskampf entreißen und proklamierte 1957 die Föderation von Malaysia.

Immer wieder überrascht Chin mit bisher unbekanntem oder vergessenen historischen Ereignissen. So hatte offensichtlich Laurence Sharkey, der Generalsekretär der Australischen KP, einen bedeutenden Einfluss auf die Entscheidung der CPM, den bewaffneten Kampf gegen die Briten aufzunehmen. Chin erinnert an einige hundert japanische Soldaten, die nach der Kapitulation ihres Landes in Malaysia verblieben waren, um in den kommunistischen Partisanengruppen zu kämpfen. Nachdem 1952 die CPM einen Teil ihrer Operationsbasen nach Südthailand verlegt hatte, bekämpfte sie dort – unter stillschweigender Zustimmung der ansonsten militant antikommunistischen Behörden Thailands – marodierende KMT-Soldaten. Chins Memoiren schließen mit dem Friedensabkommen von 1989, das die CPM-Führung mit der malaysischen und thailändischen Regierung abschloss: »We failed to win the revolution but neither did we suffer the ignominy of surrender. It is the kind of peace for my people I can accept and with which I can live with some satisfaction.« (514)

Gunter Willing (Chiang Mai)

Koch-Grünberg, Theodor, *Die Xingu-Expedition (1898–1900). Ein Forschungstagebuch*, hgg. v. Michael Kraus, Böhlau, Köln 2004 (507 S., Ln., 99 €)

Der Ethnograph Koch-Grünberg (1872–1924) hatte sich Ende des 19. Jh. als wissenschaftlicher Begleiter einer Expedition nach Zentralbrasilien in das Quellgebiet des Xingu angeschlossen, einem südlichen Zufluss des Amazonas. Sie stand unter der Leitung von Hermann Meyer, Spross einer Leipziger Verlegerfamilie. Der Band präsentiert Meyer mit seinen kolonialen Interessen als negative Kontrastfigur, von der die unpräzise Forscherpersönlichkeit des Koch-Grünberg (KG) positiv abgesetzt wird. Diesem sei es um ein enthierarchisiertes »freundschaftliches Miteinander« zwischen dem teilnehmenden Beobachter als lernendem Gast und den Indianern gegangen (472). Die protoethnographischen Tagebuchtexte bieten jedoch ausreichend Material, um den wissenschaftlich-philanthropischen Charakter des Projekts zu bezweifeln.

Auf der Anfahrt mit dem Dampfer ins Zielgebiet beobachtet KG eine »dreckige« und »hässliche Gesellschaft«, mit »Neger- und Indianerblut vermischt«, »Schmutz und Gestank – immer dasselbe Bild« (43f, 46, 57ff). Hier reist der Repräsentant einer Kultur an, deren Überlegenheitsgefühl sich aus dem Besitz von tropen- und »rassenhygienischem« Wissen speist. Bei Gelegenheit spielt KG auf das Aufkommen der »Gummi-Industrie« in Lateinamerika an. Zu den Rahmenbedingungen der Reise gehört eine koloniale Situation der ursprünglichen Akkumulation, in der die Indianer mit Terrormaßnahmen zur Ausbeutung der Kautschukvorkommen im Dschungel angetrieben wurden – zeitgenössischen Schätzungen zufolge fielen dem bis zu drei Viertel der eingeborenen Bevölkerung zum Opfer. Die Indianer zogen sich aufgrund ihrer schlechten Erfahrungen im Kontakt mit Weißen beim Anblick einer Forschungskarawane häufig in den Dschungel zurück (56, 60, 92).

Schauerliche Gerichte von indianischen Überfällen im Forschungsgebiet machen immer wieder die Runde (116, vgl. 41, 91f, 150f), auch deshalb ist die Expedition reichlich mit Waffen und Munition ausgestattet, nachts legt man sich vorsorglich mit geladenen Waffen schlafen (84, 134ff, 160). Auf der metaphorischen Ebene wird die Erforschung des fremden Landes für KG zur gewaltsamen Annexion. Die Ankunft im »jungfräulichen« Quellgebiet des Xingu-Flusssystemes gerät zu einem Akt symbolischer Penetration: was man auf »gefährvoller Fahrt« habe »erobern« wollen, habe man jetzt »in Besitz genommen« (159). »Forschungsreisen in wilden, besonders tropischen Ländern« sind für ihn »Kriege, die man mit der Natur führt« (173). Der Reisende bedient sich einer Rhetorik der Besitzergreifung im Namen von Kultur und Wissenschaft – doch um seine Vernunft ist es zunehmend schlechter bestellt. Unter den gegebenen Bedingungen kann er gar keine rationale Forschung leisten. Im Verlauf der Reise leidet er an Malaria und »Chinindusel«, an Hunger und Durchfall, an Neurasthenie und Neuralgie, an Depressionen und Schwindelanfällen: gelegentlich vermeint er, Militärmusik zu hören. Der Expeditionsarzt verabreicht ihm Opiumpastillen (vgl. 174, 178, 189f, 195, 198, 200, 212, 219, 256, 312). Immer wieder kentern die Kanus, Gepäckstücke versinken. Die für den Transport zuständigen Expeditionsteilnehmer neigen zur Revolte. Angesichts von Zeichen, die auf die Nähe von Indianern hindeuten, entwickelt die Expedition Verfolgungsängste, ohne dass sie bis dahin einem »heimtückischen Wilden« begegnet wäre (vgl. 190, 197f, 201f). – Dem Mythos von Rationalität und Philanthropie abendländischer Wissenschaft steht die auf der Reise praktizierte Kultur der Gewalt schroff gegenüber. KG bekennt sich zu dem Wunsch, die phasenweise »renitenten« angeworbenen Indianer an einen Baum zu binden und durchzuprügeln (168). Doch letztlich ist der wissenschaftliche Drang, den Wilden zu sehen, stärker als die Furcht vor ihm.

Und dann treffen die Forscher wirklich auf einen unmittelbar verlassenen Indianerplatz, die ausgehungerten Reisenden bedienen sich bei den zurückgelassenen Lebensmitteln. Als man die Treibjagd im Wald aufnimmt und einen »ersten völlig nackten Indianer« trifft, nimmt der sofort »Reißaus«. In einer Hütte, deren Bewohner ebenfalls fliehen, raffen sie Ethnographica zusammen und lassen »einige Perlen und ein altes Messer« zurück. Ausgerüstet mit Gewehr und Revolver, Perlen und Kinderspielzeug geht die Suche weiter. Der malariakranke Expeditionsleiter lässt sich auf einem Stuhl durch den Wald tragen. Erneut »nehmen« die Herren von einem verlassenen Haus »Besitz«, um bei dieser Plünderungsaktion noch eine »armselige Nachlese« zu halten (222, 226ff, 231). – Ein Schamgefühl wird den »Primitiven« aberkannt. Als die Expedition den Hauptknotenpunkt ihrer Rundreise erreicht, wo sich das Quellflusssystem zum eigentlichen Rio Xingu formiert, folgen sie einem anderen Fluss stromaufwärts in bekanntes Terrain. Unter »allgemeinem Gaudium«

der anwesenden Männer handeln die Forscher den Indianerinnen die ethnographischen Objekte – Uluris, die Schambekleidung der Frauen – gegen Perlen »vom Leib weg« ab (253). Die »humorvolle« Aufzeichnung dieses anthropologischen Spektakels im Dschungel folgt den Regularien, die auch für die Berichte über die Präsentation nackter Wildheit in den Völkerschauen der imperialen Metropolen Europas gelten. – Um im Urwald die »Kontrolle« über das Erhandelte zu behalten, »lockert man den Revolver«, und als doch etwas fehlt, droht KG den Indianern: Entweder geben sie alles zurück oder der Expeditionsleiter werde sie »pung pung« mit seiner Flinte »totschießen« (254ff). In der Art, das Problem zu lösen, bricht sich der rassistische Zynismus einer Kolonialherrenmentalität Bahn. Hier geht KG mit Meyer gegen die Indianer eine Interessensallianz ein, die weit wichtiger erscheint als das Insistieren auf Differenzen zwischen den beiden Tropenreisenden.

Thomas Schwarz (Berlin)

Die »mean streets« von Schwaben

Ob Stuttgarter Ministerienfilz oder Wirtschaftskungelei in der schwäbischen Provinz – Lehmanns originelle, schnörkellos-toughe Lisa-Nerz-Krimis sind gewürzte Wirklichkeit.



Christine Lehmann
Harte Schule
 Ariadne Krimi 1157
 9,90 € · ISBN 3-88619-887-1



Christine Lehmann
Höhlenangst
 Ariadne Krimi 1161
 9,90 € · ISBN 3-88619-891-X

Im Buchladen oder beim Argument-Versand: Reichenberger Straße 150
 10999 Berlin · Tel. 030/61 13983 · Fax 030/61 14270 · versand@argument.de

 Argument
 www.argument.de

Personenangaben

V: Veröffentlichungen A: Arbeitsgebiete M: Mitgliedschaften

Barth, Thomas, 1962; freier und Online-Journalist, Dipl.-Psychologe, Dipl.-Kriminologe, Lehrbeauftragter für Ethik in den Studiengängen InterMedia und Mediengestaltung der priv. FH Vorarlberg GmbH (Österreich), sozialwiss. Tätigkeit in Internetprojekten zur Integration von Benachteiligung (Senior Online) und Netzdemokratie (EDEN: European Network for Electronic Democracy). V: *Soziale Kontrolle in der Informationsgesellschaft* (1997). A: Psychologie des Computers, Hacker-Subkultur, Medienkultur des Internet

Bauer, Michael, 1959; Dipl.-Pädagoge, IT-Professional. A: Didaktik der Weiterbildung, E-Learning

Behrend, Hanna, 1922; Dr. habil., Dozentin für englische Literatur i.R. V: *German Unification. The Destruction of an Economy* (1995); *Die Abwicklung der DDR* (Hg. und Autorin, 1996); »Entnazifizierung«, HKWM 3 (1997); *Zeiten der Hoffnung – Zeiten des Zorns. In der Sicht eines DDR-Chronisten* (Hg., 2005). A: Zeitgeschichte, Frauenbewegung, Kulturwissenschaft; Hg. der Schriftenreihe »Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft«

Behrend, Manfred, 1930; Dr. phil., Historiker. V: *Der schwere Weg der Erneuerung: Von der SED zur PDS* (Mithg., 1991); *Franz-Josef Strauß. Eine politische Biographie* (1995); *Leo Trotzki (1879-1940). Verdienste und Fehler eines großen Revolutionärs* (1999); *Zeiten der Hoffnung – Zeiten des Zorns. In der Sicht eines DDR-Chronisten* (Autor, 2005). M: Gesellschaftswissenschaftliches Forum. Förderverein für Forschungen zur Geschichte; Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Bond, Patrick, 1961; Prof., Direktor des Centre for Civil Society der Univ. of KwaZulu-Natal. V: *Talk Left, Walk Right: South Africa's Frustrated Global Reforms* (2004); *Fanon's Warning: A Civil Society Reader on the New Partnership for Africa's Development* (2005); *Elite Transition: From Apartheid to Neoliberalism in South Africa* (2005). A: Politische Ökonomie, Wasser und Energie, Sozialpolitik, Stadtentwicklung, Finanzwirtschaft, Politik Südafrikas und Zimbabwes. M: Wiss. Beirat v. *Socialist Register, Historical Materialism, Studies in Political Economy, International Journal of Health Services, Multinational Monitor*

Eberhardt, Pia, 1978; MA, Politologin; freie Mitarbeiterin der Nichtregierungsorganisation WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung) im Bereich Welthandel und Investitionspolitik. M: Attac

Ehmsen, Stefanie, 1969; Politikwissenschaftlerin, Doktorandin an der Freien Univ. Berlin. A: Feminismus und Frauenbewegung, Rechtsextremismus, Politische Bildung

Ellner, Steve, 1946; Ph.D., lehrt an der Univ. de Oriente in Venezuela seit 1977. V: *Venezuelas Movimiento al Socialismo: From Guerrilla Defeat to Electoral Politics* (1988); *Organized Labor in Venezuela, 1958-1991: Behavior and Concerns in a Democratic Setting* (1993); *Venezuelan Politics in the Chávez Era: Class, Polarization and Conflict* (Mithg., 2003); *Venezuelan Exceptionalism Revisited. Latin American Perspectives* 141/142 (Mithg., 2005). A: Parteien und Arbeiterorganisationen in Lateinamerika. M: Latin American Studies Association

Erlinghagen, Robert, 1969; M.A., Selbständiger Berater im Bildungs- und Wissenschaftssystem, nebenberuflich Referent und Moderator in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. V: *Die Diskussion um den Begriff des Antifaschismus seit 1989/90* (1997); »Das Argument: als Anknüpfungsort der Neuen Rechten?« (*Das Argument* 232/1999). A: Faschismus, politische Theorie. M: *Projekt Konservatismus und Wissenschaft*, Marburg

Fastner, Daniel, 1976; M.A., Philosophie. A: Sprachphilosophie, Hegel, Marxismus

Freund, Bill, 1944; Ph.D. Prof. of Economic History an der Univ. of KwaZulu-Natal, Durban/South Africa. V: *The African Worker* (1988); *Insiders and Outsiders. The Indian Working Class of Durban* (Milverf., 1995); *The Making of Contemporary Africa* (Mitverf., 2. Aufl. 1998); *The African City. A History* (2006 i.E.). A: Politik und Wirtschaft Afrikas, Arbeiter- und städtische Geschichte

Geiger, Margot, 1974; Dipl.-Politologin, Doktorandin an der Freien Univ. Berlin. A: Staat und soziale Bewegungen im neoliberalen Globalisierungsprozess

González Casanova, Pablo, 1922; Prof. em. der Facultad de Ciencias Políticas y Sociales an der UNAM; Premio Nacional de Historia, Ciencias Sociales y Filosofía 1984. V: *Las categorías del desarrollo económico y la investigación en Ciencias Sociales* (1977); *Sociología de la explotación* (1980); *El estado de los partidos políticos en México* (1983); *Imperialismo y liberación en América Latina* (1983); *La democracia en México* (1984); *La hegemonía del pueblo y la lucha centro-americana* (1984)

Graf, Ruedi, 1952; Dr. phil., wissenschaftlicher Archivar. V: *Das Theater im Literaturstaat* (1992); *Gramsci, Gefängnishefte Bd. 10* (Mitübersetzer und Mithg., 2002). A: 18. Jh., Theater, Geschichte der Intellektuellen. M: InkriT

Harris, Jerry, 1948; Prof. of History an der DeVry Univ., Chicago. A: Transnational Capitalist Class, US Military/Industrial Complex, Information Technology and Social Transition. M: *Redakteur Cy.Rev.*, Global Studies Association of North America

- Haude, Rüdiger*, 1959; Dr. phil., Soziologe. V: *Dynamiken des Beharrens* (1993); *Herrschaftsfreie Institutionen* (Mitverf., 1999); »Kaiseridee« oder »Schicksalsgemeinschaft« (2000). A: Kulturgeschichte, Institutionentheorie, politische Anthropologie
- Haug, Frigga*, 1937; Dr. phil. habil.; Prof. für Soziologie. V: *Frauenpolitiken* (1996); *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit* (1999); *Lernverhältnisse. Selbstbewegungen und Selbstblockierungen* (2003). A: Arbeit, Frauen, Methode, Lernen. M: Inkrit, BdWi, Wiss. Beirat von Attac
- Haug, Wolfgang Fritz*, 1936; Dr. phil. habil., Prof. für Philosophie. V: *Elemente einer Theorie des Ideologischen* (1993); *Philosophieren mit Brecht und Gramsci* (1996); *Politisch Richtig oder richtig politisch – Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus* (1999); *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus* (Hg., 1994ff); *Dreizehn Versuche, marxistisches Denken zu erneuern* (Erw. Ausgabe, 2005). M: Leibniz-Sozietät, Inkrit, BdWi, Wiss. Beirat von Attac
- Held, Jutta*, 1934; Dr. phil. habil., Prof. em. für Kunstgeschichte der Univ. Osnabrück. V: *Französische Kunsttheorie des 17. Jahrhunderts und der absolutistische Staat* (2001); *Intellektuelle in der Frühen Neuzeit* (Hg., 2002); *Kirchliche Kultur und Kunst des 17. Jahrhunderts in Spanien* (Hg., 2004); *Avantgarde und Politik in Frankreich: Revolution, Krieg und Faschismus im Blickfeld der Künste* (2005). M: Guernica Gesellschaft
- Hochstrasser, Franz*, 1945; Dr. phil., Inhaber einer Beratungsfirma im Bildungs- und Sozialbereich; Projektarbeit in der Ausbildung für den Strafvollzug in Osteuropa. V: *Konsumismus und Soziale Arbeit* (1994); *Die Fachhochschule für Soziale Arbeit. Bildungspolitische Antwort auf soziale Entwicklungen* (Mithg. u. Autor, 1997). A: Konsumismus, Soziale Arbeit
- Jehle, Peter*, 1954; Dr. phil.; Lehrer. V: *Werner Krauss und die Romanistik im NS-Staat AS 242* (1996); *Gramsci, Gefängnishefte Bde. 7-10* (Mithg., 1996-2002); *Werner Krauss. Briefe 1922 bis 1976* (Hg., 2002). M: Inkrit, GEW
- Klenner, Hermann*, 1926; Dr. iur., Honorarprof. an der Humboldt-Univ. Berlin. V: *Arthur Baumgarten (1884-1966) – Rechtsphilosoph und Kommunist* (Mithg., 2003); *Die Geschichtlichkeit des Rechts: klassisches Rechtsdenken in Deutschland* (2003); *Recht und Unrecht* (2004); »Historische Rechtsschule«, »immaterielle Güter/immaterieller Schaden« (HKWM 6/I, 2004); »Juristen-Sozialismus/juristische Weltanschauung« (HKWM 6/II, 2004)
- Knoth, Heinz*, 1952; Studium der Politik, Geschichte, Philosophie und Pädagogik; Senior Consultant in einem IT-Beratungsunternehmen. V: *Software Engineering für Programmierer* (1992); *Tom Wheeler: Offene Systeme* (Übers. u. Bearb., 1993)
- Lindner, Kolja*, 1980; Student der Politikwissenschaft am Institut d Etudes Politiques und der Ecole Normale Supérieure Paris. V: »Antisemitismus und Terror: Gegen Labica« (Mitverf., *Das Argument* 251/2003). A: Politische Theorie
- Lindner, Urs Titus*, 1976; M.A., Philosophie. V: »Antisemitismus und Terror: Gegen Labica« (Mitverf., *Das Argument* 251/2003). A: Politische Philosophie und Gesellschaftstheorie
- Marxhausen, Thomas*, 1947; Prof. Dr. sc. phil. V: »historische Mission der Arbeiterklasse«, »historische Schule der Ökonomie« (HKWM 6/I, 2004), »Jakobinismus« (HKWM 6/II, 2004). A: MEGA-Edition, HKWM-Redakteur
- Melcher, Dorothea*, 1941; Dr. rer. soc., Prof. em. für Wirtschaftsgeschichte der Univ. de Los Andes, Mérida/Venezuela; Mitarbeit an Forschungsprojekten in Venezuela und Deutschland. V: *El Estado y el movimiento obrero en Venezuela 1936–1948: Represión e integración*. (1992); *Salvador de la Plaza. Escritos sobre Petróleo* (Hg., 1996f). A: Zeitgeschichte Venezuelas (Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Gewerkschaften, Informeller Sektor, Indígenas, Globalisierung und Lateinamerika, Geschichte der Komintern in Lateinamerika, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Solingens
- Molyneux, Maxine*; Prof. für Soziologie am Institute of Latin American Studies London. V: *Women's Movement in International Perspective: Latin America and Beyond* (2000); *Hidden Histories of Gender and the state in Latin America* (Hg., 2000). A: Soziale Bewegungen in Lateinamerika, Gender, Entwicklungspolitik
- Nowak, Jörg*, 1973; Promovend in Philosophie an der Freien Univ. Berlin. V: »Automatische Autonomie? Immaterielle Arbeit, Aneignung und Staat« (*Das Argument* 235/2000). A: Globalisierung, Arbeitsverhältnisse, Staatstheorie, Poststrukturalismus. M: ver.di
- Pabst, Antje*, 1975; Dipl.-Päd.; wiss. Mitarbeiterin an der Professur für Berufs- und Betriebspädagogik der Helmut-Schmidt-Univ., Univ. der Bundeswehr Hamburg. A: Moderne Tätigkeitsformen und ihre Auswirkungen auf Beruflichkeit, Berufswahl in der modernen Arbeitswelt
- Penshorn, Sascha*, 1977; Student der Geschichte und Anglistischen Literaturwissenschaft an der Univ. Aachen.
- Petersheim, Albert K.*, 1951; Dr. phil., Dipl.-Pädagoge. V: *Bildung und Kommunikation. Untersuchungen zu einer beziehungsanalytischen Theorie der Erwachsenenbildung* (1993); *Aktives Studieren mit dem Internet* (Mitverf., 2003)

Reitz, Tilman, 1974; Dr. phil.; wiss. Mitarbeiter am Institut für Philosophie der Univ. Jena. V: *Bürgerlichkeit als Haltung. Zur Politik des privaten Weltverhältnisses* (2003); »Friedhof der Kuscheltiere. Die Neutralisierung Adornos« (*Das Argument* 254/2003). A: Gesellschaftstheorie, politische Philosophie, Ästhetik

Ripalda, José María, 1936; Prof. für Geschichte der Philosophie an der UNED (Madrid). V: *The Divided Nation* (1978); *Fin del Clasicismo* (1984); *De Angelis* (1990); *Los límites de la dialéctica* (1994). A: Deutscher Idealismus, Postmoderne

Rohde, Reinhard, 1956; Politologe. V: *Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-)Deutschland 1945-2000* (Mitverf., 2001). A: Erinnerungspolitik, Neue soziale Bewegungen

Sader, Emir, Prof. für Politikwissenschaft an der Universidade de São Paulo und Direktor des Laboratório de Políticas Públicas der Universidade do Estado do Rio de Janeiro. V: *A Vingança da História* (2003); *Os Porquês da Desordem Mundial – Mestres Explicam a Globalização* (Hg., 2003); *Crisis hegemônicas en tiempos imperiales. Los dilemas del Brasil de Lula* (2004); *Reforma ou revolução? Para além do capitalismo neoliberal: concepções, atores e estratégias* (Mithg., 2004). M: Partido dos Trabalhadores

Schmidt, Carsten, 1960; Angestellter

Schoenberner, Gerhard, 1931; Autor und Publizist; Träger des Eitinger-Preises der Univ. Oslo; gehört zu den Pionieren der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, die er durch seine Bücher sowie zahlreiche Ausstellungen und Filme vorangetrieben hat; er war Leiter des Deutschen Kulturzentrums in Tel Aviv, Gründungsdirektor der Gedenkstätte »Haus der Wannsee-Konferenz«, Vizepräsident des westdeutschen PEN-Zentrums und Co-Vorsitzender der »Freunde der deutschen Kinemathek« in Berlin. V: *Der gelbe Stern* (1960), *Zeugen sagen aus* (Hg., 1983) – mit zahlreichen Neuauflagen und Übersetzungen

Schwarz, Thomas, 1962; Honorarkraft für Deutsch als Fremdsprache an der Freien Univ. Berlin. A: Robert Müller, Exotismus, Kolonialismus. M: GEW

Solty, Ingar, 1979; Student der Politikwissenschaft an der Philipps-Univ. Marburg. V: *Der neue Imperialismus* (Mitverf., 2004). A: Konservatismus, Materialistische Staatstheorie, Imperialismustheorie, USA. M: Forschungsgruppe Europäische Integration, IG Metall, AgF

Stütze, Ingo, 1976; Dipl.-Politologe. A: Staatstheorie, Kritik der politischen Ökonomie. M: ver.di

Tamayo, Juan José; Prof. für Theologie und Religionswissenschaften an der Univ. Carlos III in Madrid. V: *Fundamentalismos y diálogo entre religiones* (2004)

Thillosen, Anne, 1964; Dipl.-Theol., Doktorandin an der Helmut-Schmidt-Univ., Univ. der Bundeswehr Hamburg. V: *E-Learning. Handbuch für Hochschulen und Bildungszentren* (Mitverf., 2004). A: Didaktik des E-Learning, Evaluation, Veränderung der Literalität durch die neuen Medien

Willing, Gunter, 1953; Dr. phil. habil., freiberufl. Historiker. V: »feudaler Sozialismus« (*HKWM* 4, 1999). A: KP-Geschichte, Marxismus

Willms, Tobias, 1979; Student der Politikwissenschaft an der Freien Univ. Berlin. A: Anti-autoritäre Arbeiterbewegung, marxistische Gesellschaftstheorie

Wittich-Neven, Silke, 1947; V: *Lustmolche und Köderfrauen* AS 252 (Mitverf., 1997). A: Arbeits-, Sozial- und Zivilrecht, feministisches Recht

Wolf, Frieder Otto, 1943; Dr. phil. habil.; PD für Philosophie an der Freien Univ. Berlin, gesellschaftswissenschaftlicher Forscher und Berater bei Econ/berlin. V: *Die neue Wissenschaft des Thomas Hobbes* (1969); *Wissenschaftskritik und sozialistische Praxis* (Mithg., 1972); *Für eine grüne Alternative in Europa* (Mitverf., 1991); *Radikale Philosophie* (2002). M: GEW, HVD

Wolff, Richard D., (1942); PhD, Prof. of Economics Univ. of Massachusetts, Amherst. V: *Knowledge and Class: A Marxian Critique of Political Economy* (Mitverf., 1987); *Class Theory and History: Capitalism, Communism and the USSR* (Mitverf., 2002); *New Departures in Marxist Theory* (Mitverf., 2006 i.E.). A: Marxsche Ökonomietheorie, Kritik der Weltwirtschaft, Theorie und Methode der Wirtschaftswissenschaften, Politische Ökonomie und Gesellschaftstheorie. M: Redaktion *Rethinking Marxism*, Association for Economic and Social Analysis (AESAs)

Zuckermann, Moshe, 1949; lehrt am Cohn Institute for the History and Philosophy of Science and Ideas an der Univ. Tel Aviv. V: *Zweierlei Holocaust. Der Holocaust in den politischen Kulturen Israels und Deutschlands* (1998); *Gedenken und Kulturindustrie. Ein Essay zur neuen deutschen Normalität* (1999); *Kunst und Publikum. Das Kunstwerk im Zeitalter seiner gesellschaftlichen Hintergebarkeit* (2002); *Zweierlei Israel?* (2003)

FORUM

Wissenschaft

3 / 2005
Kunst + Kultur

St.Antczack: Was macht mein Leben gelungen? Ästhetische Bildung als Lebenselixier

D.Kramer: Kultur, Kunst, Markt

J.Held: Verschwunden oder umgeformt? Der Ort der Arbeit in der Kunsttheorie

K.Dietz: Kommerzialisiert, privatisiert, demokratiefrei? Europäische Entwicklungen

Ch.Spehr: Der Förderanzug. Aktuelle Geschichte der städtischen Kultur

V.Mirschel: In der Sahel-Zone der Einkommen. Über die soziale Lage von KünstlerInnen

K.Maase: Kulturimperialismus oder Entamerikanisierung?

O.Tolmein: Supermann und Selbstmordkandidaten. Behinderung in US-Filmen und -Wirklichkeit

J.P.Schulz, A.Keller, S.Kiel, T.Bultmann, M.Berndt, H.Weinbach, E.Steven, R.Rilling u. Ch.Spehr: Bilanzen: Sieben Jahre Rot-Grün

D.Eißel u. C.Ludwig: Steigende Armut – kein Handlungsbedarf?

F.Wurtz: Nach dem Referendum. Auswertung der frz. EU-Verfassungsentscheidung

K.Mruck u. G.Mey: »Open Access«. Freier Zugang zu wissenschaftlichem Wissen

22. Jg. 2005

Herausgeber: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e.V. (BdWi) – BdWi-Büro: Gisselberger Straße 7, 35037 Marburg – Verantwortl. Redakteurin: Claudia Stellmach – Redaktion: Annerose Gulbins, Nele Hirsch, Werner Krämer, Bernd Schneider – Erscheint vierteljährlich, Einzelheft 7 €, Jahresabo 26 €

Freiburger FrauenStudien

17
Queering Gender – Queering Society

S.Hestermann: Queerness is beautiful – Suniti Namjoshi feministische Fabelwelt

J.Halberstam: Zurück zur Zukunft: Generationen des Feminismus oder »Transgender-Feminismus und die Evolution des Clownfischs«

V.S.Vukadinovi: Guérillères & Kriegsmaschinen. Über Monique Wittig

A.Büchler u. M.Cottier: Transgender-Identitäten und das Recht

Ch.Schenk: queering legislation – Notwendigkeit und Chancen für einen Paradigmenwechsel

N.Degele: Heteronormativität entseלבstverständlichen: Zum kritischen Potenzial von Queer Studies

F.Schöbller: Zur Anatomie der bürgerlichen Geschlechterordnung: Homo- und Heterosexualität bei Thomas Jonigk

J.Pfeiffer: Grenzüberschreitungen. Die Konstruktion der Geschlechter in Kleists Penthesilea

D.Schirmer: Familie Feuerstein privat – Die Sache mit den Trieben oder warum konsumieren vor allem Männer Pornos?

S.Buchen: Neue Geschlechterkonstruktionen und (queere) subkulturelle Strömungen in der Weimar Republik

M.Maier: Queere Paarbeziehung? – Homosexuelle Paare als Untersuchungsgegenstand

Herausgeber: M.Penk Witt. – Redaktion: R.Brand, R.Giuliani, M.Grimmig, C.Harms, A.Ingelfinger, G.Lenz, M.Mangelsdorf, B.Mundt, M.Penk Witt, T.-K.Pusse, F.Schöbller, E.Vogel. – Wissenschaftliche Leitung: N.Degele, J.Jurt, E.Manske. – Redaktionsadresse: Belfortsstr. 20, 79098 Freiburg, Tel. 0761/203-8846, Fax 0761/203-8876, frauenst@mail.uni-freiburg.de. – Einzelheft bis Bd. 13 10 €, ab Bd. 14 12,50 €, je zzgl. Porto, Abopreis 11 € pro Bd.

PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft

139 / 2005
Globale Ungleichheiten

A.G.Frank: Das 21. Jahrhundert wird ein Asiatisches sein

R.H.Wade: Über die Gründe global zunehmender Armut und Ungleichheit

Ph.Hersel: Von der Ungleichheit des globalen Naturverbrauchs

H.Gerstenberger u. U.Welke: Wie nationale Souveränität zu Märkten getragen wird

H.-J.Bieling: Die Europäische Union: eine neue Supermacht mit imperialen Ambitionen

M.Helgi: Auf dem Weg zur finalen Krise des Kapitalismus? Weltsystemtheoretische Beiträge zur neuen Debatte um Imperialismus

E.Balibar: Was für eine Europäische Verfassung?

T.Pflüger: Gegen diesen EU-Verfassungsvertrag

I.Lorey: Die Wiederkehr des Verdrängten am Beispiel des Ekels. Zum Betrachten der Folterbilder aus Abu Ghraib

35. Jg. 2005

Herausgeber: Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. – Redaktion: E.Altvater, M.Heinrich, H.Herr, B.Mahnkopf, K.Müller, S.Nuss, P.Schaper-Rinkel, D.Schmidt. – Erscheint vierteljährlich. Einzelheft 10,20 €, Jahresabo 8,20 € zzgl. Porto. – Redaktionsanschrift: Postfach 100529, 10565 Berlin. – Verlag Westfälisches Dampfboot, Dorotheenstraße 26a, 48145 Münster

Sozialismus

10 / 2005
Historische Zäsur

J.Bischoff u. B.Radke: Von der rot-grünen Krise der politischen Klasse. Deutschland vor einer schwierigen und instabilen Regierungsbildung

Ch.Lieber: Wozu eine Linkspartei?

R.Detje: Rifondazione! Neugründung der deutschen Linken

J.Bischoff: Aufstieg und Fall von Paul Kirchhof. Zum Wahlkampfstar doch nicht geeignet

Lohnarbeit oder Existenzgeld?

K.Kipping u. R.Balschke: »Und es geht doch um ...« – das Gespenst des Grundeinkommens

D.Kreutz: »Bedingungsloses Grundeinkommen«. Verwirrung, Fallen und Legenden

J.Bischoff u. J.Müller: Nische Grundeinkommen oder Aufhebung der Entfremdung?

M.Opielka: Zweite Deutsche Einheit. Parteienformierungen und das politische Projekt Wohlfahrtsstaat

Forum Gewerkschaften

R.Detje u. O.König: Wendepunkte und Systemwechsel im Tarifsysteem

M.Wendl: Öffentlicher Dienst – Abschied vom einheitlichen Entgeltniveau?

I.Schmidt: Exportweltmeister träumt von der Sozialpartnerschaft

Neue Soziale Bewegungen

J.P.Neelsen: In Opposition zum globalen Kapitalismus. Die Neuen Sozialen Bewegungen

32. Jg. 2005

Herausgeber: T.Bergmann, H.Bierbaum, J.Bischoff, K.Bullan, H.Conert, F.Deppa, O.König, S.Stamm, M.Wendl, A.Zieher u. Sost e.V. – Redaktion: J.Bischoff, R.Detje, C.Lieber, B.Müller, B.Sander – Erscheint 11 mal jährlich. Einzelheft 6,20 €, Jahresabo 62 € zzgl. Porto, ermäß. 44 € – Redaktionsanschrift: Postfach 106127, 20042 Hamburg – St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg – www.sozialismus.de

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

48 / 2005

Europa Sozial

H.Schui: Europäische Verfassung und Wirtschaftsordnung. »Soziale Marktwirtschaft« als Verfassungsnorm

K.Dräger: Alternativen zur Lissabon-Strategie der EU. Europa braucht eine integrierte Nachhaltigkeitsstrategie

M.Wissen: Europäische Wettbewerbsstaatlichkeit. Die Rolle der EU im Prozess der neoliberalen Restrukturierung

N.Imboden: Mindestlohnpolitik und Gleichstellung. Frauenlöhne in Europa und in der Schweiz

St.Steinmetz: Geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegregation. Ein europäischer Vergleich

E.G.Rodríguez: Das postkoloniale Europa dekonstruieren. Zu Prekarisierung: Migration und Arbeit in der EU

M.R.Krätker: Hat das europäische Sozialmodell noch eine Zukunft?

A.Brie: Zertrümmerung oder Erneuerung des Sozialstaates. Thesen

M.Beckmann u. H.-J.Bieling: Europäische Union ziviler oder imperialer Globalisierungsakteur?

S.Schunter-Kleemann: Europäische Handelspolitik. Rückschläge für Demokratie, Entwicklung und Frauenrechte

H.Hofbauer: Der Hinterhof der Europäischen Union. Gewinner und Verlierer der Osterweiterung

22. Jg. 2005

Herausgeber und Redaktion: R.Amsler, H.Aubert, P.Franzen, S.Howald, W.Schöni, U.Sekinger, T. Soiland, E. Tomferde. – Ersch. halbjährlich, Einzelheft 25 Fr./16 €; Jahresabo 40 Fr./27 € zzgl. Versand. – Redaktionsadresse: Postfach, CH-8026 Zürich. – vertrieb@widerspruch.ch, www.widerspruch.ch

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Z.

63 / 2005

Prekarisierung, Soziale Desintegration, Gesundheitsverschleiß

K.Dörre u. F.Fuchs: Prekarität und soziale (Des-)Integration

K.Michelsen u. K.Mosebach: Soziale Ungleichheit und Gesundheit

K.Priester u. J.Reusen: Die Arbeitswelt von heute – Belastungswandel, gesundheitliche Folgen, Interventionsbedarf

Auseinandersetzung um den Sozialstaat

J.Bischoff: Neuer Kapitalismus? Strukturen und Kultur des Vermögenskapitalismus

J.Leibiger: Demographische Wende und Finanzierung des Wohlfahrtsstaats

B.Stolz-Willig: Solidaritätspotenziale im flexiblen Kapitalismus

Lateinamerika – Krise neoliberaler Hegemonie?

D.Boris, St.Schmalz u. A.Tittor: Reflexionen zur »neoliberalen Hegemonie« in Lateinamerika

D.Boris: Lateinamerika im Übergang – Standortbestimmungen

A.Wehr: Das Publikum verlässt den Saal. Europa ohne Verfassung

W.D.Hund: Vergesellschaftung durch Entmenschlichung. Perspektiven der historischen Rassismusforschung

16. Jg. 2005

Hgg. v. Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt) und vom IMSF e.V. – Redaktionsbeirat: J.Bischoff, D.Boris, F.Deppe, W.Goldschmidt, H.Heininger, J.Huffscheid, U.Schumm-Garling, H.Werner – Redaktion: W.Burkhardt, A.Leisewitz, J.Reusch, D.Salomon, R.Schweicher, G.Speckmann, G.Wiegel. – Erscheint vierteljährlich. Abopreis 32 €, im Ausland 38 €, Einzelheft 9,50 € – Redaktion und Vertrieb: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt/M



* Die jW-Festlesewochen wurden verlängert: Das Angebot gilt jetzt bis 18.9. (nur im Inland – BRD)

Liebe Argument-Leserinnen und Leser,

seit zehn Jahren halten wir uns auf diesem knallharten Pressemarkt, mit Hilfe unserer Genossenschaft – und konsequent linker Positionen. Wir wollen das mit Euch feiern. Deshalb spendieren Euch *junge Welt*-Leserinnen und -Leser ein dreiwöchiges Probeabo. Ihr könnt so selbst prüfen, was die *junge Welt* taugt. Nach drei Wochen läuft das kostenlose Testabo automatisch aus. Vorher fragen wir gerne mal nach, was Euch gefällt und was nicht. Und falls Ihr dann abonnieren wollt: Einen Abocoupon findet Ihr fast täglich in der *jungen Welt*. Viel Spaß beim Testlesen und ...

Ja, ich will die Tageszeitung *junge Welt* für drei Wochen testen. Das Testabo endet automatisch.

.....
Vorname argument

.....
Name

.....
Straße, Hausnummer

.....
Postleitzahl, Ort

.....
Telefon

.....
E-Mail

- ◆ Coupon senden an Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 33, 10178 Berlin, oder faxen an die Nummer 0 30/53 63 55-44
- ◆ Bitte beachten Sie, daß eine optimale Bearbeitung nur dann möglich ist, wenn Ihre E-Mail-Adresse bzw. Telefonnummer vollständig und korrekt eingegeben sind. Wir garantieren, daß die Daten nur zu diesem Zweck genutzt werden.

**... mit roten Grüßen Verlag,
Redaktion und Genossenschaft
der Tageszeitung *junge Welt***

Weitere Informations- und Bestellmöglichkeiten:
◆ www.jungewelt.de
◆ 0 30/53 63 55-80

Summaries

Rick Wolff: Economic Fundamentals and Fundamentalist Religion. Bush's Reelection and the Perspective for a US Left Party

The elections of 2000 and 2004 reflect basic changes in US capitalism. Before 1970, US workers had obtained rising real wages as compensation for increasing rates of exploitation for about a century. In the last 30 years, exploitation has continued to intensify, but real wages have been falling steadily. Workers have incurred immense personal debts, and more members of working class families have become wage labourers. The results of these developments are physical exhaustion, psychological stress and disintegrating families. Out of desperation, a considerable number of workers have turned to religion for solace and support. Bush has succeeded in positioning the right wing of the Republican Party as »champions of religion«. Thereby, he received enough workers' votes to take victory in both elections.

Ingar Solty: A US Left Party? A Comment on Rick Wolff

The advance of the German »Linkspartei« has raised hope for similar developments elsewhere, not least in the US. In the face of dwindling class consciousness, the time seems ripe for leftist populism. However, leftist populism has assumed diverse shapes given the systemic differences in bourgeois democracies. This can be seen in the phenomenologically similar, yet strategically different approaches of Howard Dean and Oskar Lafontaine.

Moshe Zuckermann: Israel's Disengagement from the Gaza Strip

Israel's unilateral disengagement from the Gaza strip may indicate that Ariel Sharon, the forceful initiator and perpetrator of Israeli settlement activity in the occupied territories, has fundamentally changed his views on how to solve the Israeli-Palestinian conflict. Yet the disengagement may also hint at a hidden program of giving up Gaza in order to stabilize the occupation of the West Bank. Dramatic as the act of disengagement may be for the settlers, their self-presentation as »victims« is ideological in essence. It turns a blind eye on the oppressive reality which has been perpetuated by the settlements for decades – with considerable help of all Israeli governments since the mid-1970s.

Jerry Harris: Emerging Third World powers. China, India and Brazil

China, India and Brazil have become world economic powers; they are attempting to harness the forces of globalisation so as to strengthen their international standing in multilateral institutions like the WTO. They do not surrender to imperialism, but attempt to build a bulwark against it. The aim is to implement national strategies for development which are different from those followed by the non-aligned movement after Bandung. While each country is pursuing a somewhat different path, their collective might within the G-20 is already forcing concessions on trade, agriculture and subsidies from the US and EU. But do such growing South-South economic linkages have the potential to transform the global balance of power?

Steve Ellner: The Three Anti-Neoliberal Strategies of Latin America

Three strategies emerged in the 1990s in Latin America in the struggle against neoliberalism: Jorge Castañeda's approach which assigns centrists a key role; the strategy associated with Marta Harnecker in which the left prioritises anti-neoliberalism; and the strategy defended by James Petras in which anti-neoliberal demands are supposed not to overshadow anti-imperialism or anti-capitalist struggles. The experiences in Venezuela (Rafael Caldera), Argentina (Fernando de la Rúa), Chile (Ricardo Lagos) and Mexico (Vicente Fox), where Castañeda's strategy was put into practice, demonstrate that anti-neoliberal goals are blurred when centrists dominate the governing coalition. The cases of Hugo Chávez in Venezuela and »Lula« in Brazil put in evidence the influence of the »national bourgeoisie«, organized labour and the marginalized sectors on the directions that anti-neoliberal governments take. Contrary to Petras' thinking, non-leftist leaders and organizations were essential in the rise to power of Chávez and Lula and in their responses to initial challenges.

Dorothea Melcher: Venezuela's Oil Socialism

Income from oil rents is a determining economic and political factor in Venezuela since 1920. Hugo Chávez's success is the result of a »distributionist« society, in which unequal access to the blessings of development lead to large social differences. His »socialism of the 21st century« and his strategy in foreign policy, which is directed against the US dominion over Latin America, is analysed from the perspective of political and social history.

Margot Geiger: The Reintegration of the Rebellious in Argentina

The massive popular rebellion in 2001 was a result of an unprecedented alliance between the movement of unemployed workers and substantial sectors of the middle class. While political elites and institutions were discredited at the time, the current government enjoys high popularity ratings. The article examines the attempt of the Kirchner administration to re-legitimise the political system through its transformation. In order to gain support of the vast public sector, the government implemented a series of progressive policies. This however occurred in the context of strong continuities as regards socio-economic structures and political practices.

Emir Sader: Brazil's Adaptation to the World Market

The author briefly traces the PT's trajectory that led it from being rooted in oppositional social movements to executing neo-liberal social and economic policies and thereby alienating former allies. This development has been due as much to external pressures from financial markets as to Lula's own political mistakes, such as a tendency to exceed even the demands made by the IMF. Moreover, the author discusses what the Brazilian left, including leftist currents within the PT, should do in order to regroup after this devastating disillusionment.

Patrick Bond: South African's Surrender to Neoliberalism

The apartheid system's race, gender and class oppressions were notorious. Unfortunately, in socio-economic terms, the 1994 liberation of South Africa was skin-deep, only allowing a small group of black people – largely associated with the ruling party – access to the privileges enjoyed by whites. To comprehend the unsatisfying characteristics of the elite transition, we must consider the deeper dynamic of capital accumulation and the context of worsening international inequality associated with neoliberalism, a global system that South African rulers have condemned yet simultaneously bolstered.

Bill Freund: Mbeki's »Third-World-Vision«

This rejoinder to Patrick Bond argues that the neo-liberal vocation of the ANC is indeed significant, but it does not explain aspects of the regime which are better described as centre-left and show variance with what the International Financial Institutions generally prescribe. The position of the ANC from 1994 was in respects quite weak and required a strategic engagement with the dominant forces in South African civil society; and yet, this game has largely been won. It is also important to understand that the ANC has always been and continues to be essentially a nationalist organisation with a third-worldist orientation rather than a socialist or revolutionary one and its policies appear far more coherent if looked at from this perspective.

Pablo González Casanova: Social Movement before Leftist Government. For the Great Discussion of the Mexican Zapatistas

Due to the forces of globalised neoliberalism on the one hand, and the lack of a nation-wide social movement on the other hand, an anti-neoliberal government in Mexico would fail right now. The question is not how to find a candidate for the elections in 2006, but how to organise a »great discussion« between the different initiatives against neoliberalism and the traditional left, including the experiences and claims of the Zapatista movement.

Maxine Molyneux: Gender and »Social Capital«

Social capital has entered development policy thinking and practice in Latin America where it converges with the premises of a new development agenda that emerged in the 1990s. Women are often central to the forms of social capital that development agencies are keen to mobilise in poverty relief programmes, but the terms of women's insertion into these programmes is rarely problematised. This article critically examines the gendered assumptions that govern efforts to build social capital, and explores some of the tensions that have arisen in post-transition Latin America between women's rights and social capital agendas.

Hanna Behrend, Peter Jehle: A Controversy on the Critical Reading of Literature

With reference to Romanist scholar Rita Schober, Hanna Behrend insists that the close reading of all facets and levels of a text is a prerequisite of appropriating its significance and establishing communication between its author and the reader. – Whenever interpretations claim to be centred on the »artistic value« of an author's work, one has to be aware of the power relations behind this claim. From the standpoint of »Materialästhetik«, Peter Jehle criticises Rita Schober's concept of close reading as a Marxist variant of the reification of aesthetics. According to him, it is aimed at stabilising a social order in crisis – which is the social order of eastern European socialism.

Soziale Bewegungen und Politik

Kreutzer, Mary, u. Thomas Schmidinger (Hg.), <i>Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?</i> (Tobias Willms)	599
Rougier, Bernard, <i>Le jihad au quotidien</i> (Kolja Lindner)	600
Scharenberg, Albert, u. Oliver Schmidtke (Hg.), <i>Das Ende der Politik? Globalisierung und der Strukturwandel des Politischen</i> (Stefanie Ehmsen)	602

Ökonomie

Bollinger, Stefan (Hg.), <i>Imperialismustheorien. Historische Grundlagen für eine aktuelle Kritik</i> (Ingo Stütze)	603
Deppe, Frank, Stephan Heidbrink, David Salomon u.a., <i>Der neue Imperialismus</i> (Ingo Stütze)	603
Harvey, David, <i>Der neue Imperialismus</i> (Ingo Stütze)	603
Biesecker, Adelheid, Martin Büscher, Thomas Sauer u.a. (Hg.), <i>Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancún</i> (Margot Geiger)	605
Bsirske, Frank, Hans-L. Endl, Lothar Schröder u. Michael Schwemmler (Hg.), <i>Wissen ist was wert. Wissensmanagement</i> (Heinz Knoth)	606
Vogel, Berthold (Hg.), <i>Leiharbeit. Neue sozialwissenschaftliche Befunde zu einer prekären Beschäftigungsform</i> (Antje Pabst)	608

Geschichte

Rieck, Heide (Hg.), »Doch seht wir leben.« <i>Vom inneren Widerstand. Zwangsarbeit 1939-1945</i> (Reinhard Rohde)	609
Sander, Ulrich, <i>Die Macht im Hintergrund. Militär und Politik in Deutschland von Seeckt bis Struck</i> (Robert Erlinghagen)	609
Börmert, René, <i>Wie Ernst Thälmann treu und kühn! Das Thälmann-Bild der SED im Erziehungsalltag der DDR</i> (Manfred Behrend)	610
Chin, Peng, <i>My Side of History – as told to Ian Ward and Norma Miraflor</i> (Gunter Willing)	611
Koch-Grünberg, Theodor, <i>Die Xingu-Expedition (1898–1900). Ein Forschungstagebuch</i> (Thomas Schwarz)	613

VIII

Buchhandlungen, die das Argument-Verlagsprogramm führen

Augsburg	Probuch, Gögginger Straße 34 (0821/579173)
Berlin	Argument-Buchladen, Reichenberger Straße 150 (030/611 39 83) Motzbuch, Motzstraße 32 (030/2115958) Schleichers Buchladen, Königin-Luise-Straße 40/41 (030/841902-0) Schwarze Risse, Mehringhof - Gneisenaustraße 2a (030/6928779)
Bielefeld	Eulenspiegel Buchladen, Hagenbruchstraße 7 (0521/175049)
Bremen	Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60 (0421/785 28)
Düsseldorf	BiBaBuZe, Aachener Straße 1 (0211/34 00 60)
Essen	Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8 (0201/820700)
Esslingen	Provinzbuch, Küferstraße 26 (0711/352738)
Frankfurt/M	Unibuch, Jügelstraße 1 (069/775082) Karl Marx Buchhandlung, Jordanstraße 11 (069/778807) Herbert Bärsch Nachf. GmbH, Hostatostr./Albanusstr. 29 (069/314032-0)
Freiburg	Jos Fritz, Wilhelmstraße 15 (0761/26877)
Göttingen	Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7 (0551/42128)
Hamburg	Heinrich Heine Buchhandlung, Schlüterstraße 1 (040/441133-0)
Hannover	Annabee, Gerberstraße 6 (0511/1318139)
Heidelberg	Buchhandlung Schöbel & Kube, Plöck 65 (06221/26036)
Hildesheim	Amei s Buhecke, Goschenstraße 31 (05121/34441)
Kassel	ABC Buchladen GmbH, Goethestraße 77 (0561/777704)
Kiel	Zapata Buchladen GmbH, Jungfernstieg 27 (0431/93639)
Köln	Der Andere Buchladen, Zülpicher Straße 197 (0221/416325)
Konstanz	Buchladen zur Schwarzen Geiss, Am Obermarkt 12 (07531/15433)
Mainz	Cardabela, Frauenlobstraße 40 (06131/614174)
Marburg	Roter Stern GmbH, Am Grün 28-30 (0542/24787)
München	Basis-Buchhandlung, Adalbertstraße 41b-43 (089/2723828)
Münster	Buchhandlung Rosta, Aegidiistraße 12 (0251/449026)
Stuttgart	Buch Weiss, Ebitzweg 44, Bad Cannstatt, (0711/4703388)
Nürnberg	Buchhandlung Libresso, Bauerngasse 14 (0911/225036)
Oldenburg	Buchhandlung Carl v. Ossietzky, Markt 24 (0441/13949)
Reutlingen	Jakob Fetzer, Georgenstraße 26 (07121/239080)
Schweiz	Basel Buchlade, Theaterpassage Theaterstraße (7 061/2718404) Bern Buchhandlung Candinas, Münsterergasse 41 (031/3121285)
Österreich	Wien Buchhandlung Winter, Landesgerichtstr. 20 (0043/1 - 405 12 34)
Niederlande	Utrecht De Rooie Rat, Oudegracht 65 (031-30-2317189)

Frauenbuchläden, die das Argument-Frauenprogramm führen

Augsburg	Frauenbuchhandlung Elisara, Schmiedgasse 11 (0821/154303)
Bochum	Frauenbuchladen Amazonas, Schmidtstraße 12 (0234/683194)
Bremen	Hagazussa, Friesenstraße 12 (0421/74140)
Düsseldorf	Frauenbuchladen, Becherstraße 2 (0211/4644050)
Göttingen	Laura GmbH, Burgstraße 21 (0551/47317)
Hamburg	Frauenbuchladen, Bismarckstraße 98 (040/4204748)
Kassel	Frauenbuchladen Aradia e.V., Pestalozzistraße 9 (0561/17210)
Köln	Rhiannon, Moltkestraße 66 (0221/523120)
Leipzig	Frauenbuchladen Tian, Könnerritzstraße 92 (0341/4797475)
Mannheim	Frauenbuchladen Xanthippe, T3, 4 (0621/21663)
München	Lillemor s Frauenbuchladen, Barerstraße 70 (089/2721205)
Nürnberg	Frauenbuchladen, Innerer Kleinreutherweg 28 (0911/352403)
Tübingen	Frauenbuchladen Thalestris, Bursagasse 2 (07071/26590)
Schweiz	Zürich Frauenbuchladen, Gerechtigkeitsgasse 6 (01/2026274)
Österreich	Wien Frauenzimmer, Lange Gasse 11 (0222/4068678)